

DM 7,50 Österreich 65,– öS Schweiz 7,50 sfr Nr. 10 Oktober 1992 E 8080 E

Das *andere* deutsche Nachrichtenmagazin

Deutschland:

Die Stasi holt zum Gegenschlag aus

Stramme Genossen in der Bundesbank verstehen nicht viel von Wirtschaft – spielen aber mit der Zinsschraube

Mitteldeutschland:

Gebraucht werden weitere 1,5 Billionen DM

Geheimdienste:

Ein Mossad-Agent stellt sich der Diskussion

Naher Osten:

Die Hintergründe des Golfkrieges

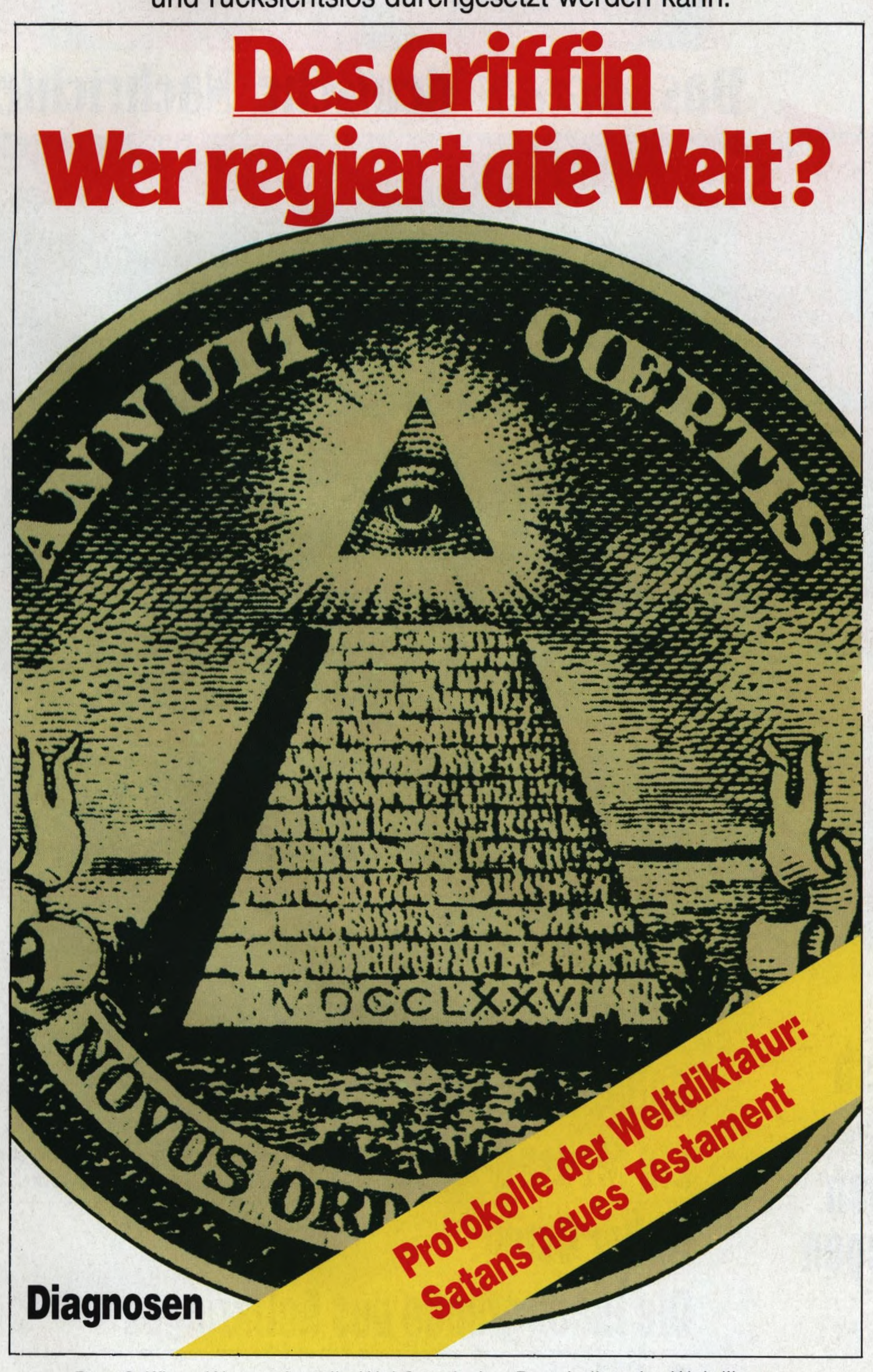
Rubel:

Das Ende einer Währung

Irak:

George Bush hat trotz biologischen Krieges gegen Saddam Hussein verloren

»Die Welt wird von Persönlichkeiten regiert, die sehr anders sind, als man meint, wenn man nicht hinter die Kulissen schauen kann«, meint Benjamin Disraeli. Dieses Buch informiert über diese massive Verschwörung – einer »verborgenen Hand«, einer »geheimen Kraft«, die die Nationen der Erde in den endgültigen Zusammenbruch führt, damit eine gottlose, totalitäre »Weltherrschaft« errichtet und rücksichtslos durchgesetzt werden kann.



Des Griffin: »Wer regiert die Welt?« mit den Protokollen der Weltdiktatur.
328 Seiten mit 60 Abbildungen. DM / SFR 25,– ISBN 3-923864-01-9
Verlag Diagnosen, D-7250 Leonberg · Zu beziehen über den Buchhandel
Verlagsauslieferung: SPS-Verlagsservice GmbH, D-5400 Koblenz
Telefon 02 61/8 07 06-0, Telex 862 662, Telefax 02 61/8 07 06 54

Sehr verehrte Leser,

bisher haben Sie CODE bei Ihrem Zeitschriftenhändler oder im Bahnhofsbuchhandel gekauft. Leider mußten wir laufend viele Klagen entgegennehmen. Die Leser teilten uns mit, daß CODE nicht mehr geführt wird, »die Zeitschrift eingestellt sei« oder »der Verlag sei pleite«. Wir haben uns alle Mühe gegeben, die Verbreitung von CODE zu verbessern, es lag jedoch nicht in unserer Hand. Wir sind dabei von den Grossisten abhänging.

Schweren Herzens haben wir uns entschlossen, CODE nur noch im Abonnement zu verbreiten.

Ab der November-Ausgabe können Sie CODE nur noch im Abonnement beziehen. Wir haben uns dazu einiges einfallen lassen, damit Ihnen dieser Schritt leichter fällt.

CODE wird in einem neutralen Umschlag von unserer Aboverwaltung verschickt. Wir haben ein besseres Papier.

Und wer den Schritt in das Abonnement wagt, bekommt als einmaliges Dankeschön unser neues Buch »Das ABC der Insider«.

CODE kostet im Abonnement DM 90,– einschließlich Porto und Mehrwertsteuer; im Ausland DM 90,– zuzüglich DM 15,– für den einfachen Postweg.

Wenn Sie bei einer deutschen Bank oder Postgiroamt ein Konto unterhalten, können Sie CODE auch in zwei Raten von jeweils DM 45,– bezahlen. Wir buchen den Betrag dann jeweils von Ihrem Konto ab.

Wir haben eine Bestellkarte vorbereitet. Schicken Sie uns bitte die Karte umgehend ein.

Wir hoffen, daß Sie für unseren Schritt Verständnis haben. Wir hatten keine andere Wahl.

Ihr
Diagnosen Verlag

Lieber Abonnent,

der Vertrieb von CODE über den Zeitschrifteneinzelhandel hat uns immer mehr Probleme und Kosten auferlegt. Es gab ganze Landstriche, wo Sie CODE nicht kaufen konnten.

Wir gehen nun ab der November-Ausgabe aus dem Einzelhandel heraus. CODE kann man dann nur noch im Abonnement beziehen.

Viele Abonnenten haben an uns immer wieder den Wunsch herangetragen, daß sie CODE verschlossen in einem Umschlag erhalten möchten. Mit der Umstellung zur November-Ausgabe tragen wir diesem Wunsch Rechnung, versenden CODE nur noch in einem neutralen Umschlag.

Auch das Papier der Zeitschrift wird verbessert.

Dies hat natürlich alles seinen Preis, zumal wir in der letzten Zeit mehrmals Erhöhungen der Postzeitungsgebühren hatten.

CODE kostet ab der November-Ausgabe im Abonnement DM 90,– für zwölf Ausgaben, einschließlich Porto und Mehrwertsteuer; im Ausland DM 90,– zuzüglich 15,– für den einfachen Postweg.

Bitte haben Sie für unsere Preiserhöhung Verständnis. Am Kiosk hat die Zeitschrift immer schon DM 90,– im Jahr gekostet.

Ihr
Diagnosen Verlag

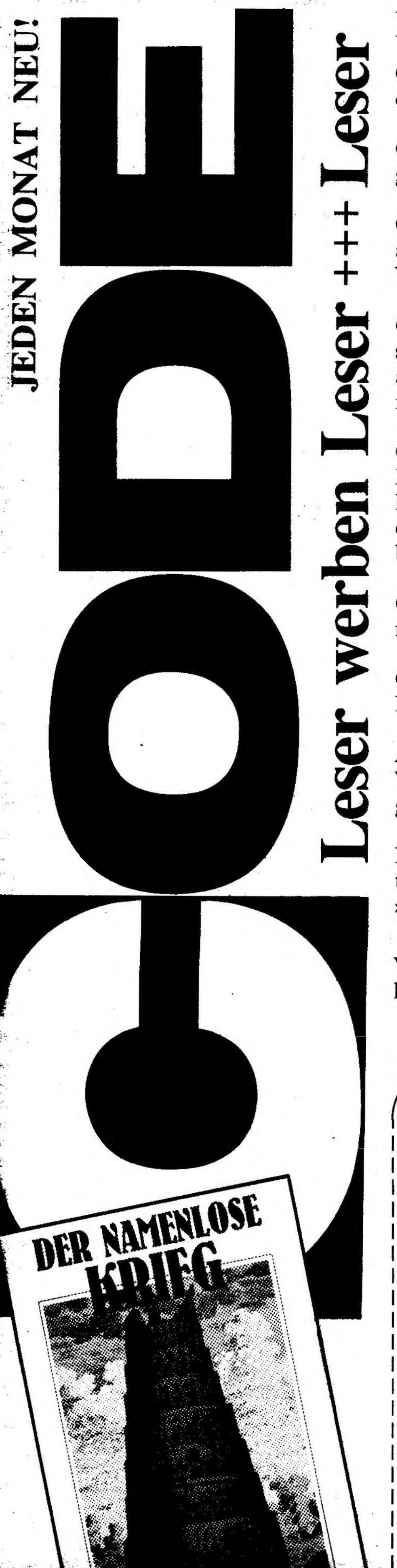
Bitte
Postkarte
mit 60 Pfennig
freimachen

Antwort

Verlag Diagnosen

Untere Burghalde 51

W-7250 Leonberg



Lieber Leser,

CODE ist das andere deutsche Nachrichtenmagazin, das sich vorwiegend Themen widmet, die in der Establishment-Presse einseitig, tendenziös oder gar nicht dargestellt werden.

CODE ist politisch, wirtschaftlich unabhängig und keinen gesellschaftlichen Gruppierungen verpflichtet.

CODE hat weltweit einen Mitarbeiterstab von 80 Korrespondenten und arbeitet mit der amerikanischen Zeitung »The Spotlight« und dem Nachrichtendienst »New American View« zusammen.

CODE bietet einer Reihe jüdischer Journalisten und Rabbiner die Möglichkeit, ihre politischen Bedenken gegen den Zionismus zu äußern. Diese jüdischen Autoren gehen davon aus, daß der politische Zionismus nichts mit ihrer Religion zu tun hat, und sie halten jene nicht für antisemitisch, die gegen den Zionismus vorgehen.

CODE veröffentlicht regelmäßig die Arbeitsergebnisse des Institutes for Historical Review. Die Beiträge werden aus der Vierteljahreszeitschrift »The Journal of Historical Review«, herausgegeben von Theodore J. O'Keefe, übernommen und für den deutschen Sprachraum erstmalig publiziert. Das Institute for Historical Review wird von einer Reihe international bekannter Historiker und Publizisten getragen.

CODE ist weder antiamerikanisch noch antisemitisch, weder rechts, noch links, auch nicht rot, schwarz, grün oder braun.

CODE ist national, konservativ, patriotisch und dadurch den deutschen Belangen und Problemen besonders aufgeschlossen.

Als Leser von **CODE** kennen Sie bereits die offene kritische Haltung dieser Zeitschrift. Wir bitten Sie daher, zu überlegen, wer aus dem Kreis ihrer Familie, Ihrer Bekannten, Kollegen und Freunde Abonnent von **CODE** werden könnte.

Für Ihre Mühe möchten wir Sie gerne entschädigen. Wenn Sie uns einen neuen Abonnenten, der noch nicht Bezieher der Zeitschrift war, werben, erhalten Sie als **Prämie das Buch »Der namenlose Krieg«.**

Vielen Dank
Ihr Diagnosen Verlag

Verlag Diagnosen · Untere Burghalde 51 · D-7250 Leonberg

Ich habe einen neuen Abonnenten für CODE geworben.

Senden Sie CODE ab ____________ bis auf weiteres zum jährlichen Abonnementpreis von 90.– DM einschließlich Porto und Mehrwertsteuer (im Ausland DM 90.– zuzüglich DM 15.– Versandkosten für den einfachen Postweg, der Betrag wird zum Tageskurs umgerechnet) an:

Name

Vorname

Straße und Hausnummer/Postfach

Postleitzahl/Stadt/Land

☐ Der neue Abonnent ist damit einverstanden, daß das Abonnentengeld von seinem Konto (Bank- oder Postscheckkonto) abgebucht wird.

☐ Jährlich DM 90.–

☐ Zweimal jährlich jeweils DM 45.–

Die Einziehungsermächtigung gilt bis auf Widerruf und erlischt automatisch bei Beendigung des Abonnements.

Datum

Unterschrift des Abonnenten/Kontoinhabers

Ich bin darüber belehrt, daß ich diese Bestellung des Abonnements ohne Angabe von Gründen gegenüber dem Verlag Diagnosen, Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, binnen einer Woche schriftlich widerrufen kann, daß es zur Fristwahrung genügt, wenn der Widerspruch innerhalb der laufenden Frist abgesandt wird.

Unterschrift

Ich habe den neuen Abonnenten geworben und erhalte dafür das Buch »Der namenlose Krieg«. Der neue Abonnent war noch nicht Bezieher dieser Zeitschrift, ist nicht mit mir identisch, und ihm wurde eine Kopie dieses Bestellscheins ausgehändigt. Meine Anschrift:

Name

CODE

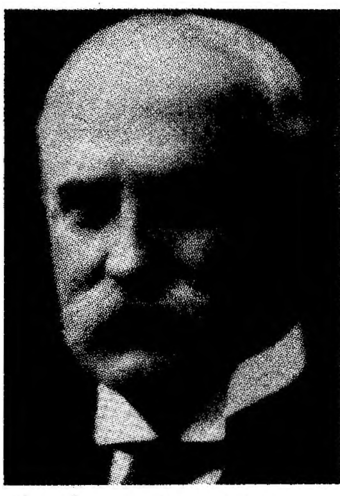
Das *andere* deutsche Nachrichtenmagazin

Deutschland



Egon Bahr, SPD: »Wer Wiedervereinigung sagt, begeht geistige Umweltverschmutzung.«

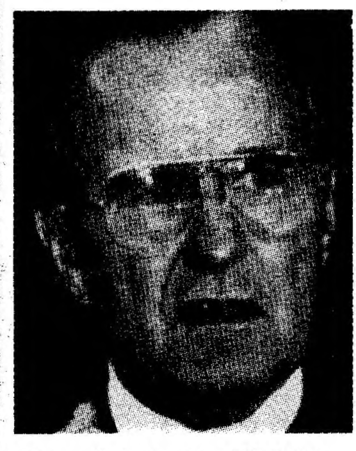
Finanzen



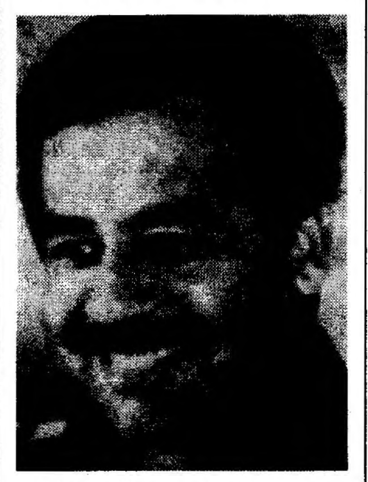
US-Senator Nelson Aldrich wurde zum großen Förderer der Pläne zur Währungsreform im amerikanischen Kongreß.

Internationales

6. Jahrgang Nr. 10 Oktober 1992



Was weiß der heutige US-Präsident George Bush aus seiner Zeit als CIA-Chef über das Attentat auf das kubanische Verkehrsflugzeug?



Saddam Hussein hat eine sehr erfolgreiche Kampagne durchgeführt, um seine Position zu festigen, während die Schuld für den ganzen Kummer des Landes George Bush angelastet wird.

Ständige Rubriken

Deutschland-Journal

Aufmerksame Beobachter aus dem Ausland

Eine sehr interessante Studie hat jetzt das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) der Öffentlichkeit vorgestellt. Danach ist das Interesse des Auslands an der deutschen Außenpolitik seit der (Teil-)Wiedervereinigung Mittel- und Westdeutschlands wieder stark gestiegen. So zeige eine Analyse ausländischer Medien, daß in Frankreich, Großbritannien und den USA »viele Vorurteile wiederaufgelebt (sind), von denen hierzulande viele glaubten, sie seien schon lange nicht mehr vorhanden«.

»Die Frage, die von der britischen Presse am meisten gestellt wurde, ist die nach der Stellung des vereinten Deutschlands in Europa. Verbreitet ist die Auffassung, daß Deutschland eine Abwendung von der westlichen Allianz vollzogen habe (Sunday Telegraph). Manche Leitartikler fordern den Westen auf, die Deutschen an die Leine zu halten, um einen deutschen Alleingang zu verhindern (The Independent), und andere Kommentatoren sehen langfristig eine Gefahr darin, die Deutschen könnten mit der Wiedervereinigung zugleich die Neutralität favorisieren (The Daily Telegraph).«

Bei all diesen Fragen sei es um die Problematik gegangen, wie Deutschland seine neue politische Souveränität nutzen werde und ob sich daraus mit seiner wirtschaftlichen Dominanz eine Führungsrolle in Europa ergeben könnte.

»Der nahezu einhellige Tenor in der Berichterstattung war: Die neu gewonnene Souveränität wird auch das politische Selbstbewußtsein der Deutschen stärken – und zusammen mit der wirtschaftlichen Macht in politische Dominanz münden. Anzeichen dafür gäbe es bereits in der europäischen Währungspolitik (Economist, Spectator). Die einzige Gegenstimme zu diesen Befürchtungen wurde in der ›Times‹ erhoben.

Mit Vorsicht wurde dagegen über das weitere außenpolitische Verhalten der Deutschen spekuliert. Auch wenn die Forderung des Westens nach mehr Westintegration zunimmt, bleibt doch Deutschland – aus der Sicht der britischen Presse – weiterhin mit eigenen Problemen beschäftigt.«

Allen untersuchten Artikeln sei gemein, so das IW weiter, daß sie die deutsch-britischen Beziehungen als kompliziert beschreiben. Nicht wenige Kommentatoren bedienten sich dabei des stereotypen Hinweises auf die traditionell antideutsche Haltung in Großbritannien oder auf die deutsch-britische Haßliebe.

Nicht viel anders sieht es in Frankreich aus. Auch dort gibt es sehr viele Vorbehalte gegen Deutschland.

»Die französische Presse konstatierte, daß nach der Wiedervereinigung in Deutschland im Eiltempo der Wunsch wach werde, in Europa eine Schlüsselrolle zu spielen (Le Figaro). Damit könnten die alten politischen Atavismen, die das gegenseitige deutsch-französische Mißtrauen nährten, wieder die Oberhand gewinnen (Les Echos).«

Unterschiedliche Positionen hätten die großen politischen Wochenmagazine eingenommen. Während »Le Point« weitgehend die Angst vor Deutschland walten gelassen habe, sei »L'Express« nach einigem Zögern seiner positiven Linie treu geblieben.

»Die Kritiker der deutschen Außenpolitik im französischen Fernsehen sahen bereits eine neue Weltmachtrolle Deutschlands (Antenne II, Europe I). Anspielungen an das alte aggressive Deutschlandbild vor den beiden Weltkriegen waren nicht zu übersehen.«

Große Vorbehalte gibt es gegen Deutschland auch in den USA. Dabei hätten im Zusammenhang mit der internationalen Rolle der Deutschen aus amerikanischer Sicht die sich ändernden Bedingungen für eine Sicherheitspolitik in Europa eine große Rolle gespielt. So falle mit der (Teil-)Wiedervereinigung die Integrationsfunktion der NATO für die Deutschen weg. Deshalb sei von den Deutschen eine geänderte Rolle in der NATO zu erwarten. Es wurde die Befürchtung geäußert, Deutschland könne aus der NATO austreten (Washington Post).

»An anderer Stelle hieß es: Deutschland werde das europäische Sicherheitssystem komplizieren – wenn auch nicht genau vorherzusehen sei, in welcher Weise. Von Deutschland ginge zwar keine militärische Bedrohung aus, doch ein Wiederaufleben von rivalisierenden nationalen Sicherheitspolitiken destabilisiere die europäische Sicherheit (Time). Ein Teil der US-Presse verbreitete bereits das Klischee, daß den Deutschen alles zuzutrauen sei.«

Damit hat nun ein nicht als rechtsextrem geltendes Institut das bestätigt, was konservative und nationale Kreise schon lange erklären, ihnen dies aber immer als Polemik vorgeworfen wurde: Daß es nämlich im Ausland jede Menge Vorbehalte gegen Deutschland gibt und daß die Hetze gegen Deutschland wieder Hochkonjunktur hat. Bislang ist auch nichts darüber bekanntgeworden, daß die Bundesregierung hiergegen bei den jeweiligen Landesregierungen protestiert hat. □

Ozonloch entpuppt sich als Jahrhundertschwindel

Was CODE exclusiv bereits seit mehreren Jahren behauptet, daß das Ozonloch eines der größten Lügen dieses Jahrhunderts ist, erweist sich zunehmend als richtig. Mehr und mehr Wissenschaftler und etablierte Presseorgane, wie zuletzt auch die »Wirtschaftswoche«, schließen sich dem an.
Hierzu haben jetzt auch der deutsche Physiker Ralf Schauerhammer und der amerikanische Geologe Roger A. Maduro die Fakten internationaler Experten zusammengetragen und in dem buch »Ozonloch – das mißbrauchte Naturwunder« zusammengetragen.

Das Fazit von ihnen lautet: 1. Es gibt kein sogenanntes Ozonloch. 2. FCKW ist nicht der Verursacher der zeitweisen Verdünnung der Ozonschicht. Die wichtigsten Begründungen lauten wie folgt:

»Seit 30 Jahren verändert sich die Ozonschicht in der Stratosphäre. Es gab Phasen, in denen sie weit dünner war als heute. Seriöse Klimaforscher wie der Amerikaner Dr. Hugh Elsässer wissen, daß es sich bei den Schwankungen um einen natürlichen rhythmischen Vorgang handelt.

Noch nie konnte die Aufspaltung von FCKW in der Stratosphäre durch kurzwellige UV-Strahlen nachgewiesen werden. Außerdem können Chlorverbindungen kaum in solche Höhe gelangen, weil sie vier- bis achtmal so schwer sind wie die Luftmoleküle. US-Expertin Dr. Dixie Lee Ray: ›Ich sehe zur Zeit keinen Beweis für die These, daß FCKWs Schaden anrichten. Das ist bis heute lediglich eine Theorie, die auf Computermodellen beruht.‹

Jährlich werden rund 1,1 Millionen Tonnen FCKW produziert. Sie enthalten 750000 Tonnen Chlor. Doch: Mehr als 660 Millionen Tonnen Chlor gelangen pro Jahr allein schon durch die Wasserverdunstung der Ozeane in die Atmosphäre. Und: Mehr als 36 Millionen Tonnen Chlorgase werden jährlich von Vulkanen ausgespien. Bei heftigen Ausbrüchen werden die Gase sogar direkt in die Stratosphäre katapultiert.

Ganz wichtig: In der Antarktis, wo die höchste Chlorkonzentration gemessen wird, spuckt der Vulkan Erebus täglich über 1000 Tonnen Chlor in den Himmel. Interessant: Dieser Vulkan ist nur 15 Kilometer von der berühmten Meßstation im McMurdo Sund entfernt!«

Ist der ganze Ozonloch-Horror und die Killergas-Theorie also nur die Basis für eines der größten und folgenschwersten Geschäfte auf Kosten der Allgemeinheit? Ja, meinen die Sachbuchautoren Maduro und Schauerhammer aufgrund ihrer umfassenden Recherchen.

»Denn: Die großen FCKW-Hersteller haben Patente für neue Ersatzstoffe. Sie sind 30mal so teuer

wie das FCKW! Für diese Ersatzstoffe muß die Erdbevölkerung jährlich drei bis fünf Milliarden Dollar aufbringen. Das wird für uns eine gewaltige Belastung, und für die Länder der Dritten Welt, die mehr als alle anderen auf preiswerte Kühlsysteme angewiesen sind, eine Katastrophe.

Wenn immer mehr Wissenschaftler sich von der Ozonloch-Theorie abwenden, andere sie bezweifeln: Dann darf der Begriff, ›Ozonloch‹ nicht schon zum Angstmacher Nr. 1 hochstilisiert werden, noch bevor die Forscher sich wenigstens in etwa einig in ihrem Theoriendschungel sind.«

Genau diese Punkte werden von CODE schon seit Jahren vertreten, mit zum Teil genau der gleichen Argumentation. Man kann den Politikern nur raten, ruhig auch einmal auf unbequeme Kritiker zu hören, denn dann wäre nicht nur Panik vermieden worden, sondern hätte der Staat auch viel Geld sparen können. Aber nein, lieber wird Personen wie Bronfman, der mit seiner Du-Pont der Hauptprofiteur vom Ozon-Schwindel ist, der Hof gemacht! □

WestLB übt harsche Kritik an Bundesbank

Eine in diesem Ausmaß selten erlebte harsche Kritik hat die Westdeutsche Landesbank (WestLB) an der Politik der Deutschen Bundesbank geübt.

Danach trage die Bundesbank bei ihrem avisierten Geldmengenziel von 3,5 bis 5,5 Prozent kaum dem Umstand Rechnung, daß sich die Zusammenhänge zwischen M3, die den Bargeldumlauf, die Sichteinlagen sowie Termin- und Sparkonten bis zu vier Jahren Laufzeit umfaßt, und den Bestimmungsfaktoren nach der (Teil-)Wiedervereinigung stark geändert haben. Von daher sei das Geldmengenziel »zu knapp bemessen«.

Zwar gestehe auch die Bundesbank ein, daß die Geldmenge M3 durch die inverse Zinsstruktur – die dadurch gekennzeichnet ist, daß es für kurzfristige Anlagen mehr Zinsen gibt als für langfristige –, die Unsicherheit über die neue Regelung der Zinsbesteuerung und die gestiegene Verwendung der Mark in Osteuropa als Ersatzwährung das Bild der monetären Expansion verzerrt, doch sei sie nicht zu einer Änderung ihrer Politik bereit.

Die WestLB wandte sich auch gegen die Kritik der Bundesbank an der Kreditausweitung. So diene ein erheblicher Teil der Ausleihungen zur Finanzierung von Projekten in den fünf neuen Bundesländern. Der »wirtschaftliche Um- und Aufbau« in Mitteldeutschland verursache aber »zwangsläufig« einen stark erhöhten Finanzbedarf und eine hohe Liquiditätshaltung. Auch führe die Angleichung der mitteldeutschen Preisstruktur an die westdeutsche »unweigerlich« zu starken Preisniveausprüngen, die nicht mit einer Inflation gleichzusetzen seien.

Kritik üben die WestLB-Volkswirte nicht nur daran, daß die Bundesbank den »gestörten Zusammenhängen« kaum Rechnung trage, sondern auch an den Annahmen für die Bestimmungsfaktoren des Geldmengenziels. So hätten die obersten deutschen Währungshüter das gesamtdeutsche Produktionspotential mit 2,75 Prozent veranschlagt, während der Sachverständigenrat diese Rate auf etwa 3,5 Prozent schätzt.

Obwohl die Preissteigerungsrate zum Zeitpunkt der Formulierung des Geldmengenziels bei mehr als sechs Prozent gelegen habe, seien nur zwei Prozent für den »unvermeidlichen« Preisanstieg angesetzt worden. Die WestLB hält eine Rückführung auf zwei Prozent binnen Jahresfrist selbst unter Inkaufnahme einer Rezession für »kaum erreichbar«.

Vielmehr erinnert das Düsseldorfer Bankhaus daran, daß in der Vergangenheit derartige Diskrepanzen zwischen Norm und Wirklichkeit dadurch berücksichtigt wurden, daß die Bundesbank den Zuschlag für den »kurzfristig unvermeidlichen« Preisanstieg zunächst etwas höher veranschlagt und danach von Jahr zu Jahr schrittweise verlängert hat. Vor dem Hintergrund der verheerenden Konsequenzen einer Stabilisierungsrezession sei eine solche Vorgehensweise auch in diesem Jahr angemessener. □

Genscher bald Bundeskanzler?

Heiße Gerüchte um den früheren Bundesaußenminister und ehemaligen FDP-Vorsitzenden Hans-Dietrich Genscher machen derzeit in Bonn die Runde. Danach soll sein Rücktritt im Mai dieses Jahres nicht mit irgendwelchen noch unentdeckten Skandalen zusammenhängen, sondern aus reinem Opportunismus und kaltblütiger Berechnung erfolgt sein.
Angeblich soll Genscher überzeugt davon sein, daß die Union und die FDP bei der Bundestagswahl 1994 keine absolute Mehrheit erhalten werden, sondern nur ein von den Republikanern unterstütztes Minderheitenkabinett stellen könnten. Dies wäre aber besonders für die Liberalen nicht akzeptabel.

Auf der anderen Seite könnte es aber, wenn auch nur knapp, für eine Ampelkoalition – also SPD, FDP und Grüne – reichen. Da Engholm sich in den vergangenen Monaten nicht gerade mit Ruhm bekleckert hat, er vielmehr nahezu gänzlich untergetaucht war, wird SPD-intern der Widerstand gegen ihn immer stärker. Ein anderer Kanzlerkandidat zeichnet sich aber nicht ab. Stolpe und Lafontaine hätten sich selber disqualifiziert, und weit und breit sei ansonsten niemand zu sehen.

Damit könnte dann endlich der langersehnte Wunsch der freien Demokraten in Erfüllung gehen, auch einmal den Bundeskanzler zu stellen. Und wer böte sich dabei besser an als Genscher?! Dies gilt umso mehr, als er noch immer hohe Sympathiewerte bei Umfragen bekommt.

Ein Indiz für die Richtigkeit dieser Gerüchte könnte auch sein, daß Genschers Worte zum von den Serben geführten Krieg gegen Bosnien und Kroatien immer schärfer werden, er damit sein Fähnchen wieder zur Volksmeinung gedreht hat. Man solle nur nicht glauben, daß Genscher sich damit zufrieden geben wird, bis zum Ende seines politischen Lebens, das er noch lange nicht anstrebt, ein »kleines Licht« im Bundestag zu bleiben. Sein Ehrgeiz sei nach wie vor ungebrochen, und mit einem Comeback müsse jederzeit gerechnet werden. □

Wo ist die Friedensbewegung?

Die wahre Einstellung der sogenannten Friedensbewegung ist selten so deutlich geworden wie in den vergangenen Wochen und Monaten. Wußten diese Friedensapostel vor Aktivität gar nicht wohin, wenn in Südafrika auch nur einem Neger ein Haar gekrümmt wurde oder ein Chilene sagte, ein Wärter habe einen glühenden Zigarettenstummel auf ihn fallen lassen, so rühren diese ansonsten so mitleidsvollen Engel nicht einen einzigen Finger, wenn altstalinistische serbische Betonköpfe binnen weniger Monate mehr als 35000 Menschen zum Teil bestialisch umbrachten und mehrere Millionen Moslems aus ihrer Heimat vertrieben.

Stürmten zehntausende Friedenspilger auf die Straße, als der Westen zum Ausgleich der sowjetischen Bedrohung Mittelstrekkenraketen installieren wollte, ist jetzt keiner von ihnen zu sehen. Lieber sitzen sie müslikauend vor dem Fernseher, sehen sich eine der wöchentlich 20 bis 30 Sendungen im Fernsehen an, die sich um eine Aufarbeitung der NS-Zeit bemühen, wobei ihr Pulsschlag vor Empörung auf mindestens 180 steigt, in vielen Fällen sogar die 200er-Marke weit hinter sich läßt.

Wer jetzt noch einen Beweis für die Linksaußen-Lastigkeit dieser Personen brauchte, hat ihn spätestens seit dem Jugoslawien-Krieg erhalten. Das traurige ist nur, daß viele Medien diese Figuren zu anderen Punkten durchaus befragen, aber es kaum eine Fernseh- oder Rundfunkanstalt für nötig erachtet, hierüber mal eine Dokumentation zu machen. Von wegen Ausgewogenheit des Programms! □



Bonn

Aug'in Aug' mit der staatlichen Meinungs-zensur

Beat Christoph Baeschlin

Einmal mehr ist festzustellen, daß wir im Zeitalter der politisch-ideologischen Heuchelei leben. Mit empörtem Protestgeschrei wird man uns sagen: »Es gibt keine Spur von staatlicher Meinungszensur im deutschen Musterstaat Bundesrepublik. Im Gegenteil; es hat auf deutscher Scholle noch nie einen so freiheitlichen Rechtsstaat gegeben wie unser demokratisches Regime ... und so weiter.«

Die vom Grundgesetz zugesicherte Freiheit der Meinungsäußerung ist aber einigen handfesten Einschränkungen unterworfen, wie solche sowohl im Deutschen Kaiserreich wie auch in der Weimarer Republik durchaus undenkbar waren. Vorab geht es um die Liste der verbotenen Bücher. Dazu gehören alle Schriften, die das Vorhandensein von Gaskammern zur Vernichtung von Juden während des Nationalsozialismus kritisch hinterfragen. Vermutlich handelt es sich da schon um eine umfangreiche Menge von Veröffentlichungen, denen die Polizeiorgane nachspüren müssen. Ist doch anzunehmen, daß ein eifriger Schwarzhandel sich um diese Bücher rankt. Denn, was verboten ist, reizt die Neugierde und setzt das liberale Spiel der Nachfrage und somit des Angebots in Schwung.

»Nur für Jugendliche verboten

Neben den verbotenen Büchern gibt es das umfangreiche Rudel der sogenannten »indizierten« Bücher. Das Wort »Index« läßt an den einstigen »Index Librorum Prohibitorum« der katholischen Kirche anklingen. Es war dies eine im Gefolge des Zweiten Vatikanischen Konzils abgeschaffte Verbotstafel von kirchenfeindlichen Schriften, die ein gläubiger Katholik nicht zur Hand nehmen durfte.

Aber die staatliche Meinungszensur in Bonn meint es offenbar nicht so bitterernst. »Indizierte« Bücher sind auf deutschem Staatsgebiet angeblich nur für Jugendliche verboten. Wie alt diese »Jugendlichen« sein müssen, um diesen Schutz zu genießen, wird nicht verraten. Vielleicht ist das ein Staatsgeheimnis, vielleicht aber liegt es im Ermessen der Ordnungshüter oder der Richter, zu befinden, mit welchem Alter einer »Jugendlicher« ist und wann einer aufhört, »Jugendlicher« zu sein.

Wer des »Jugendschutzes« in ideologischer Hinsicht bedarf, das bestimmen vermutlich die Hüter der Staatsdoktrin. Zwar läßt sich die »Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Schriften« in Bonn von Vertretern zahlreicher Berufsarten bei ihrer kitzligen Aufgabe »beraten«. Diese Gruppe umfaßt: Kunst, Literatur, Buchhandel, Verleger, Jugendverbände, Jugendwohlfahrt, Lehrerschaft und Kirchen. Dazu kommen drei »Länderbeisitzer«. Diesen ist wohl die Aufgabe zugedacht, den ideologischen Jugendschutz unter geographischen, vielleicht auch unter verschiedenen klimatischen Gesichtspunkten zu beurteilen.

Man muß sich fragen, ob all diese Leute etwas anderes sind als bloße Statisten. Wenn sie die Texte gelesen hätten, die in ihrem Namen herumverboten werden, wären die zum Teil hanebüchenen Ungereimtheiten und Schreibfehler ausgemerzt worden.

»Rassenhaß gegen Angehörige islamischen Glaubens...«

Das Buch »Der Islam wird uns fressen!« ist in dieser Zeitschrift schon mehrmals erwähnt worden. Es ist gemäß Verfügung vom 5. März 1992 mit dem Makel der »Indizierung« belegt worden unter dem Vorwurf: »Das Taschenbuch stachelt zum Rassenhaß gegen Angehörige islamischen Glaubens auf...!« Das ist nun wahrlich nicht banal zu nennen



Die Kaaba, ein würfelförmiger Stein und die heilige Stätte in Mekka, die Pilger berühren sie und preisen Gott.

»Rassenhaß gegen Angehörige islamischen Glaubens!«
Der Autor der offenbar so verwerflichen Schrift ist Alemanne, also Germane und könnte von »Rassenhaß« ergriffen sein gegen einen anderen Germanen, falls dieser sich zum islamischen Glauben bekennt.

Haben die Worte da überhaupt noch einen Sinn, oder wird da bloßes Geschwätz abgeleiert? Ist Rasse etwas, das mit der Klassierung von Lebewesen zu tun hat, oder ist es ein moralischer, vielleicht sogar ein religiöser Begriff? Darüber müßte doch vorerst einmal Klarheit herrschen, bevor man pauschale Werturteile fällt. Denn es ist Ausdruck intellektueller Unzulänglichkeit, das Wort »Rassenhaß« mit religiösen Dingen in Zusammenhang zu bringen. Der Vorwurf, Rassenhaß zu empfinden gegen Angehörige eines Glaubensbekenntnisses, ist heller Unsinn.

Sodann ist es durchaus rätselhaft, warum die Jugendprüfstelle folgenden Abschnitt aus dem Islam-Buch zitiert, um ihre »Anklage« zu bekräftigen. Der Autor erinnert an die 1962 erfolgte Vertreibung von zwei Millionen Europäern aus Algerien, und zwar aus eindeutigem Rassenhaß: »Die politischen ›Moralisten‹ haben vor einem Menschenalter den afrikanischen Rassenhaß als gesunde Äußerung des Volksempfindens betrachtet. Aber heute wollen uns dieselben ›Moralisten‹ aufschwatzen, es sei böse und verwerflich, die europäischen Länder vor der afrikanisch-asiatischen Invasion zu schützen.«

Was will die Bundesprüfstelle mit diesem Zitat bewirken? Will sie sagen, es sei böse, daran zu erinnern, daß die westliche Meinungsmache vor 30 Jahren den afrikanischen Rassismus wohlwollend beurteilt hat? Oder gibt es etwa »guten« und »bösen« Rassismus?

Der deutsche Staat macht sich lächerlich

Mit seinem »grenzüberschreitenden« Moralisieren macht der deutsche Staat eine etwas groteske Figur. Das ganze Theater der »Indizierung« meines Islam-Buches vermittelt den peinlichen Eindruck geistiger Einfalt. Schon die Anklageschrift ist von einer Dürftigkeit, als wäre sie von einem »Landjäger« oder Dorfschulzen zusammengestoppelt worden: Eine schockierende Menge von Tippfehlern und zahlreiche störende Ungenauigkeiten beim Abschreiben der Buchzitate zieren das Dokument und die Argumentierung ist von entwaffnender Primitivität.

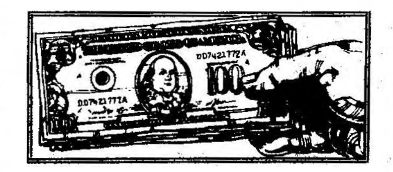
Noch bedenklicher ist die »Entscheidung Nr. 4215«, die offenbar sogar im »Bundesanzeiger Nr. 63/1992« veröffentlicht worden ist: Fünf zum Teil hanebüchene Fehler in den zitierten Buchtexten, zwei Grammatikfehler im Kommentar der »Prüfstelle« sowie drei falsche Seitenzahlen für Zitate aus dem Buch!

Wahrlich eine beachtliche Leistung von Leuten, die andern am Zeug flicken wollen.

In meiner Jugendzeit habe ich aus grenznachbarlicher Ferne den Aufstieg des Nationalsozialismus miterlebt. Trotz der alliierten Greuelpropaganda von 1914 bis 1948 war unsere Eltern- und Lehrergeneration bis dahin noch zutiefst erfüllt vom Respekt vor dem, was sie als deutsche Tugenden ansah: Zuverlässigkeit, Sorgfalt, Gründlichkeit. Da war es ein bitteres Erwachen, als deutsche Richter und moralische Führungspersonen vor dem Überschwang und Übermut der Nationalsozialisten diesen Tugenden untreu wurden. Viele ließen sich einschüchtern, ohne nur einen Versuch der Standhaftigkeit zu wagen. War es doch gefährlich, als »Volksfeind« verschrien zu werden.

Heute sind wir wieder soweit wie damals: Alle Druckmittel werden eingesetzt, damit die neue Staatsdoktrin der Völkerbastardisierung möglichst reibungslos verwirklicht werde. Wer diese, als »demokratisch« ausgegebene Politik der Völkervermischung nicht fördern hilft, wird als »jugendgefährdender Rassist« verschrien.

Das ist des Pudels Kern. □



Deutschland

Die Stasi holt zum Gegenschlag aus

Alfred König

Die Kampfkraft der linken Horden der ehemaligen DDR ist noch lange nicht gebrochen. Ganz im Gegenteil: Die Stasi holt jetzt zum Gegenschlag aus! Erreicht werden soll dies durch das im Juli gegründete »Komitee für Gerechtigkeit«. Dieses Komitee ist nichts anderes als eine kommunistische Kaderorganisation, die die katastrophale Politik der Kohl-Regierung zu ihren Gunsten ausschlachten und das Ruder wieder nach links drehen will.

Man braucht sich doch nur die Gründungsmitglieder anzusehen, dann weiß man, woher der Wind weht. Die beiden Hauptakteure sind dabei der Vorsitzende der SED-Nachfolgepartei, PDS, Gregor Gysi und der bei der CDU gescheiterte Peter-Michael Diestel. Gerade seine Rolle scheint äußerst obskur: Entweder war er schon immer ein »Maulwurf« der Kommunisten in der CDU, oder er wechselte aus purem Opportunismus und gescheitertem Stolz die Seite.

Hausaufgaben für den Verfassungsschutz

Einige weitere Beispiele, aus wem die 69 Unterzeichner des Gründungsaufrufes bestehen: Heinrich Fink, Ex-Präsident der Humboldt-Universität, der wegen seiner Tätigkeit als Informant der Stasi (Deckname Heiner) gehen mußte; Günter Maleuda, in der DDR Vorsitzender der gleichgeschalteten »Demokratischen Bauernpartei«, auch war er einer der Stellvertreter Honekkers als Staatsratsvorsitzender; Lothar Bisky, der als Rektor der Hochschule für Film und Fernsehen der DDR die sozialistische Medienmaschine schürte; Stephan Hermlin, einer der führenden und mit unzähligen Orden überschütteter Claceur-Literaten der DDR, der in den fünfziger Jahren Lobeshymnen an Stalin schrieb; Jürgen Kuczynski, einer der führenden Wirtschaftler der DDR und last but not least der Schriftsteller Stefan Heym. Stefan Heym geriet ja erst kürzlich in die Schlagzeilen und wurde von den etablierten Medien bemitleidet, weil ihm ein 61jähriger, in die USA ausgewanderter Ex-Bürger der DDR ein »Veilchen« geschlagen hatte. Wie sich aber später herausstellte, hatte Heym dem Jetzt-Amerikaner auf Vorhaltungen wegen der Tätigkeit des Literaten für die DDR geantwortet: »Wenn ich im Krieg ihrem Vater die Eier abgeschossen hätte, bräuchte ich mich jetzt nicht mit ihnen herumzuärgern.«

Der frühere Sonderberater der DDR-Regierung und jetzt zum antikommunistischen Streiter avancierte Hermann von Berg hatte schon 1988 in seinem Buch »Vorbeugende Unterwerfung« über Heym folgendes geschrieben: »Bevor Markus Wolf ging, erklärte er mir noch, warum Stefan Heym, den die Westmedien gerade wieder einmal lobten, ein Perspektivagent der CIA sei. Aber eingesperrt würde er nicht. Enttarnte Agenten seien nicht nur harmlos, sondern nützlich.«

Weitere Gründungsmitglieder sind die linken Rock-»Sänger« Rio Reiser und Tamara Danz sowie die »Liedermacherin« Barbara Thalheim. Hinzu kommen aus Mitteldeutschland »Liedermacher« Stefan Krawczyk, Altbischof Gottfried Forck und SED-Staatspreis-Dramatiker Heiner Müller. Aus dem Westen kom-

Deutschland

Die Stasi holt zum Gegenschlag aus

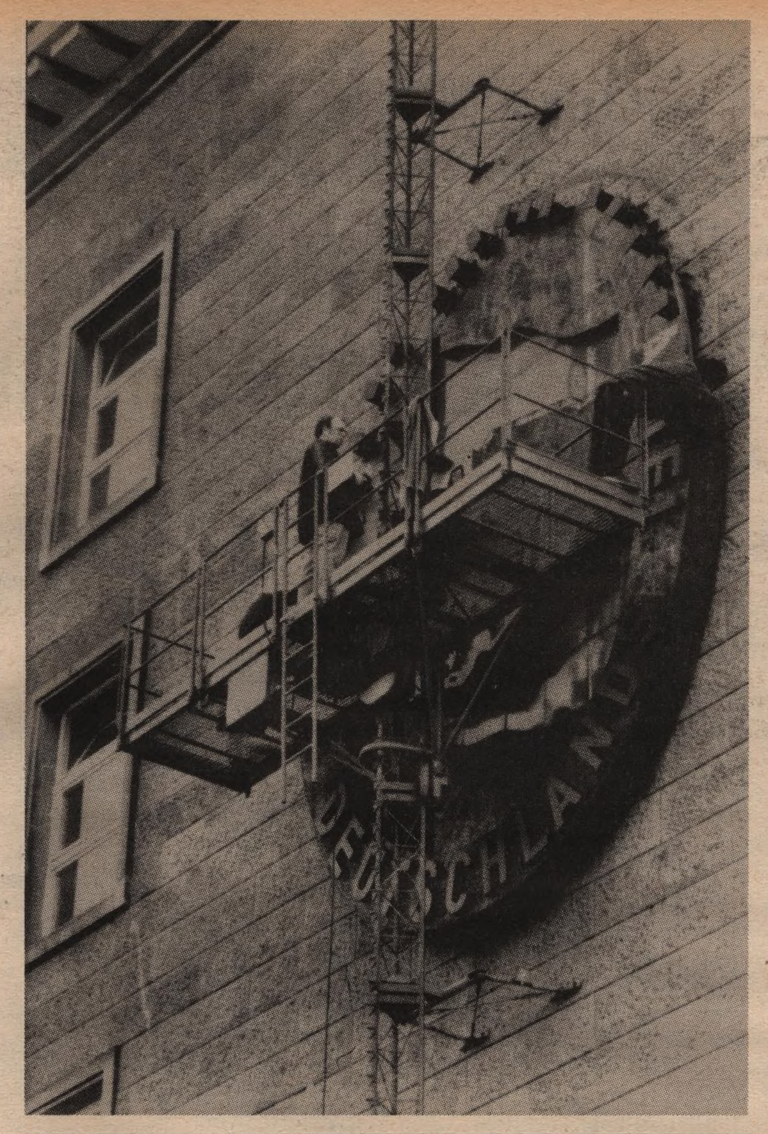
men Personen wie Kabarettist Dieter Hildebrandt, Kirchenrebell Jürgen Drewermann, Berlins Ex-Bürgermeister Heinrich Albertz und der kommunistische Sänger Hannes Wader.

Anscheinend hat der Verfassungsschutz wenigstens diesmal seine Hausaufgaben gemacht, denn vollkommen richtig messen die Kölner der PDS und der DKP eine führende Rolle bei dem Komitee bei. Die Bewegung solle Unzufriedenheit schüren und lenken. Die PDS wolle mit diesem Komitee versuchen, aus der Isolation auszubrechen. Auch hätten sich die meisten der westdeutschen Gründungsmitglieder früher in der DKP oder kommunistisch gesteuerten Bündnissen engagiert. Dann zeigt sich der Verfassungsschutz auf dem linken Auge aber wieder blind: »Wir beobachten die Komitees nicht.«

Zentrum aktiver Stasi-Seilschaften

Die Gründung dieses Komitees paßt auch zusammen mit der derzeit vom Verfassungsschutz festgestellten Mobilmachung von Stasi-Organisationen – hier überlegt man immerhin schon mal, ob man sie überwachen soll oder nicht –. In jüngster Zeit wurden nämlich »diffuse Gruppen« gegründet, die offensichtlich von ehemaligen Stasi-Offizieren aufgebaut werden. An der Spitze dieser Gruppen stehen übrigens Mitglieder der PDS. Die Mitgliederzahl dieser diversen Gruppen soll bereits bei rund 10.000 Personen liegen, was, wie es in einer »Aktuellen Analyse« heißt, »angesichts der (wahrscheinlichen) Bewaffnung und ihrer Ausbildung in Konspiration und Desinformation ein erhebliches Gefahrenpotential darstellt«.

Als Zentrum der weiterhin aktiven Stasi-Seilschaften entpuppte sich das »Insiderkomitee zur Aufarbeitung«, das aus ehemaligen Offizieren der Staatssicherheit



Das Ende der SED-Diktatur: Arbeiter demontieren das Symbol der SED am Parteigebäude.

besteht und theoretisch die Geschichte des zuletzt in Amt für Nationale Sicherheit umbenannten Ministeriums für Staatssicherheit schreiben will.

Nach außen hin tritt ein früherer MfS-Stabsoffizier namens Jörg Seidel auf, den die Verfassungsschützer aber nur für eine vorgeschobene Figur halten, während im Hintergrund wichtige Figuren aus der Generalität der Stasi angenommen werden. Vermutet wird, daß der wahre »starke Mann« dieses Insiderkomitees der frühere Leiter der Hauptverwaltung Aufklärung, Generalleutnant Werner Großmann, ist.

Großmann verlangt eine Generalamnestie mindestens für diejenigen, die als »Kundschafter« (oder im Klartext: Spione) in den alten Bundesländern tätig waren (also etwa 5000 Personen). Offiziell will das Insiderkomitee die Geschichte der Spione und der in der DDR wirkenden Stasi-Agenten und ihres Ministeriums »kritisch aufarbeiten«. Diese »kritische Aufarbeitung« klingt dann so (Originalton Seidel): Man wolle sich »gegen alle ungerechtfertigten Anschuldigungen zur Wehr setzen und zugleich die deutsche Nachkriegsgeschichte analysieren«. Wie sich dieses Insiderkomitee finanziert, weiß bisher selbst der Verfassungsschutz noch nicht.

Immer wieder stößt man auf die PDS

Daneben kennt das Kölner Amt eine zweite Stasi-Organisation (ISOR), die »unter 10000 Mitglieder« haben soll, wie sich der Leiter des Verfassungsschutzes, Werthebach, vorsichtig ausdrückte. Die Hauptaufgabe der von einer PDS-Funktionärin geleiteten Truppe ist neben der Wahrnehmung der Mitgliederinteressen auch Rechtsberatung, Beratung sowie Hilfe in schwierigen Situationen. Da es gelang, hier recht viel V-Leute einzuschleusen, ist der Kenntnisstand des Verfassungsschutzes hier recht gut. Sehr schlecht ist er dagegen bei der »Organisation der Offiziere des Ministeriums« (ODOM).

Die Kölner gehen darüber hinaus von der Existenz weiterer Stasi-Gruppen aus. Es sei ein Märchen zu glauben, die rund 100000 ehemals hauptamtlich bei der Stasi Beschäftigten hätten sich in Luft aufgelöst. Vielmehr stellten diese ein »besonderes Risikopotential« dar. So seien sie »im Umgang mit Waffen geschult, beherrschen die Regeln der Konspiration und Desinformation und kennen Fakten, mit denen zahlreiche Personen kompromittiert werden können«. Auch geht man davon aus, daß den anonymen Morddrohungen auch Taten folgen werden, sobald das Stasi-Geflecht gut genug organisiert ist, so daß man ortsfremde Täter einsetzen kann, um die Aufklärung zu erschweren oder gar ganz unmöglich zu machen.
Interessant: Bei jeder Fahndung nach alten Stasi-Verbindungen stößt man auf die PDS, die sich prinzipiell den alten MfS-Angehörigen geöffnet hat. Umso unverständlicher ist es dann, daß alle von der SPD beherrschten Bundesländer es ablehnen, die PDS überwachen zu lassen. Sie fürchten den von den Linken erhobenen Vorwurf der »undemokratischen Überwachung einer zugelassenen Partei« – was für rechte Parteien seltsamerweise aber nicht gilt –.

Genauso unverständlich ist es, daß Gysi der derzeit wohl am häufigsten zu Talkshows eingeladene Politiker ist. Es vergeht kaum eine Woche, wo er nicht mindestens einmal zu sehen ist. In einer Woche war er sogar in drei oder vier Talkshows zu sehen und, was noch schlimmer war, auch zu hören.

Welch Geistes Kind müssen die Talkshow-Verantwortlichen sein, wenn sie gerade den Politiker einladen, der in der Nachfolge eines Erich Honecker als SED-Vorsitzender steht? □

Bonn

Bundesbank überdreht die Zinsschraube

Gerhard Baader

Die Konjunktur der Bundesrepublik Deutschland befindet sich derzeit auf einem Scheideweg. Aufschwung oder Rezession, ist die Frage, die sich derzeit die meisten tatsächlichen oder vermeintlichen Wirtschaftsexperten stellen. Tatsache ist, daß die Stimmung viel schlechter als die Lage ist. Genauso richig ist es aber auch, daß die Konjunktur derzeit das einzige zarte Pflänzlein mitten in einem Schneesturm und das Überleben von daher sehr fraglich ist. Genau in diesem Moment, dem so ziemlich falschesten, den es überhaupt gibt, kommt die Bundesbank und erhöhte den Diskontsatz um drastische 0,75 Prozentpunkte auf 8,75 Prozent, den höchsten Satz seit den dreißiger Jahren.

Begründet wurde dieser – um es vorwegzunehmen, vollkommen überflüssige – Schritt von Bundesbankpräsident Helmut Schlesinger mit der seiner Ansicht nach notwendigen Eindämmung des Preisauftriebs und der Kreditausweitung in der Bundesrepublik. Nach Meinung des Zentralbankrates wird dadurch der deutschen Konjunktur keinerlei Schaden zugefügt, obwohl selbst Schlesinger zugeben mußte, daß es »hier und da« zu Überlegungen bei der Auftragsvergabe kommen werde und der Mittelstand und das Handwerk hiervon hauptsächlich betroffen sein werden. Schlesinger scheute sich in seiner Verteidigungsrede auch vor der Lüge nicht zurück, die Inflation liege derzeit bei vier Prozent. Dabei stand zu diesem Zeitpunkt bereits fest, daß die Inflationsrate im Juli deutlich unter vier Prozent fallen wird, da zum einen der Basiseffekt der deutlichen Steuer- und Abgabenerhöhungen vom 1. Juli 1991 wegfällt und zum anderen der ohnehin bereits niedrige Dollarkurs die Importpreise nochmals deutlich abschwächt.

Es ist die reinste Augenwischerei

Auf besondere Kritik der sogenannten »obersten Währungshüter« stieß dabei das Geldmengenwachstum M3, das den Bargeldumlauf, die Sichteinlagen bei Banken sowie die Termingelder und Spareinlagen bis zu vier Jahren umfaßt. Statt des von der Bundesbank vorgegebenen Zielkorridors von 3,5 bis 5,5 Prozent, war diese im Mai um neun Prozent gestiegen und damit nach Ansicht der Frankfurter Geldhüter viel zu hoch.

Dieses ist die reinste Augenwischerei, da bereits die Vorgabe des Zielkorridors von vornherein nicht einzuhalten war. In »normalen« Zeiten, also vor der (Teil-) Wiedervereinigung mit all ihren auf die Bundesrepublik zukommenden finanziellen Sonderaufwendungen zur Beseitigung des in 40 Jahren Kommunisten angefallenen Chaos, hatte der Zielkorridor schon meist bei zwei bis vier Prozent und sehr oft zwischen drei und fünf Prozent gelegen. Und bereits damals hatte die Geldmenge zumeist am oberen Ende gelegen. Von daher war es jedem Volkswirtschaftstudenden im ersten Semester klar, daß die Zielvorgabe von 3,5 bis 5,5 Prozent vollkommen unrealistisch war und niemals eingehalten werden konnte.

Zudem wird M3 derzeit noch durch viele andere Sonderfaktoren verzerrt. Einer dieser Hauptpunkte ist die derzeitige inverse Zinsstruktur. Dies bedeutet nichts anderes als das volkswirtschaftlich so ziemlich unerfreulichste was es gibt, daß nämlich für kurzfristige Geldanlagen mehr Zinsen gezahlt werden als für langfristige. Das sieht derzeit so aus, daß man für Tages- oder Monatsgelder je nach Anlagesumme durchaus zehn Prozent und mehr Zinsen bekommen kann, während der Zinssatz für mehrjährige Anlagen bei etwa acht Prozent liegt. Die Rendite deutscher Unternehmen liegt oft zwischen drei und fünf Prozent bei den Konzernen und im Mittelstand oftmals darunter.

Milliarden liegen auf kurzfristigen Festgeldkonten

So ist es dann auch kein Wunder, daß die kapitalkräftigen Unternehmen diese inverse Zinsstruktur derzeit nutzen, ihr Kapital risikolos zu vermehren. Alleine Siemens soll mehr als eine Milliarde Mark auf kurzfristigen Festgeldkonten liegen haben. So werden ohne jegliches Risiko mehr als 100 Millionen Mark eingenommen, während es bei einer Investition maximal 30 bis 40 Millionen Mark wären. Warum soll dann also investiert werden? Insgesamt wird geschätzt, daß zwischen 300 und 400 Milliarden Mark (!) kurzfristig geparkt sind, wie es schön zutreffend im Börsendeutsch heißt. Sobald die inverse Zinsstruktur aufgegeben wird, werden diese Gelder sofort entweder an den Kapitalmärkten langfristig angelegt oder investiert. Wenn überhaupt, gehen von dieser Summe wenige Milliarden Mark in den Konsum, sind damit also für die volkswirtschaftliche Statistik vollkommen unbedeutend. Damit muß dieses Geld eigentlich in den langfristigen Bereich gerechnet werden, der vom M3 nicht mehr erfaßt wird. Durch die Anhebung des Diskontsatzes erhöhen sich diese Zinsen sogar noch weiter!

Darüber hinaus hat sich die Deutsche Mark in den osteuropäischen Staaten oftmals noch vor dem Dollar zur Reservewährung Nummer 1 entwickelt. Auch dies ist ein Betrag in sehr großer Milliardenhöhe, der zwar auf den Bargeldkonten der Banken liegt, nichtsdestotrotz aber nicht in den Konsum gelangt und damit zwangsläufig auch nicht inflationssteigernd wirken kann.

Des weiteren wird M3 derzeit durch die subventionierten Kredite zur Umstrukturierung der Wirtschaft in Mitteldeutschland »belastet«. Dieser Kreditbedarf erledigt sich zum Teil selber, wenn die subventionierten Kredite Ende dieses Jahres zumindest teilweise auslaufen beziehungsweise ist dieser auch unbedingt notwendig, wenn die dortige Wirtschaft saniert werden soll. Alleine aus dem ohnehin oftmals viel zu niedrigen Eigenkapital westdeutscher Unternehmen und dem praktisch nicht vorhandenen Eigenkapital mitteldeutscher Unternehmen wäre dies nicht möglich. Also ist dies eine von allen gewollte Geldmengenausweitung.

Inflationsrate ist erstaunlich niedrig

Wenn man alleine die auf die vorgenannten drei Punkte entfallenden Gelder aus M3 herausrechnet, ergibt sich, daß das Geldmengenwachstum genau im vorgesehenen Korridor liegt oder im schlimmsten Fall bei vielleicht sechs Prozent und damit erheblich über den geplanten 5,5 Prozent liegt.

Und auch die Inflationsrate von derzeit knapp über drei Prozent ist kein Grund für eine Zinserhöhung. Selbst dann nicht, wenn man berücksichtigt, daß die Erhöhung der Mehrwertsteuer von 14 auf 15 Prozent ab dem 1. Januar des kommenden Jahres sich zwischen 0,2 und 0,5 Prozent verteuernd auf die Preise auswirken könnte.

Mit einer Preissteigerungsrate von nur noch etwas über drei Prozent liegt die Bundesrepublik bereits heute schon im unteren Drittel der EG-Staaten. Angesichts der vielen Sonderfaktoren, die Deutschland durch die (Teil-) Wiedervereinigung ausgesetzt ist, kann diese Inflationsrate als erstaunlich niedrig angesehen werden. In wohl allen anderen Staaten der Welt würde bei einer derartigen Konstellation mindestens eine fünf vor dem Komma stehen. Eine Preissteigerung, wie von der Bundesbank propagiert, von zwei Prozent ist absolut lächerlich und nie und nimmer zu verwirklichen – außer wenn man die Wirtschaft durch eine noch restriktivere Geldpolitik mit einem Diskontsatz von 15 Prozent und

Bonn

Bundesbank überdreht die Zinsschraube

einem Lombardsatz von 20 Prozent in eine Rezession zwingt –.

Betroffen ist der Mittelstand und die Mieten

Alles in allem ist die jüngste Diskontsatzerhöhung überflüssig wie ein Kropf. Vor allem erweist die Bundesbank nicht nur der deutschen Wirtschaft, sondern auch ihren eigenen Zielen einen Bärendienst.

Die Banken haben nämlich die Erhöhung des Diskontsatzes prompt an ihre Kreditnehmer weitergegeben, damit aber auch an den Wohnungsbau. Und gerade dieser ist in der Regel zu nahezu 100 Prozent über Kredite finanziert. Nicht nur, daß damit die Mieten in der ehemaligen DDR in immer unerschwinglichere Höhen getrieben und die Wohnungsnot auch in den alten Bundesländern vergrößert wird, wirkt sich die voll auf die Miete umgeschlagene Weitergabe der höhreren Kreditzinsen eben inflationsfördernd aus. 0,1 bis 0,2 Prozentpunkte können hierfür nach Ansicht vieler Experten ohne weiteres in die Inflationsrate eingerechnet werden.

Gleichzeitig wird aber auch der ohnehin schwache Wirtschaftsaufschwung noch weiter abgewürgt. Das Handwerk und der Mittelstand sind zu etwa 80 Prozent an der Entwicklung des Bruttosozialprodukts und auch der Beschäftigung beteiligt. Gerade für diesen Mittelstand und das Handwerk werden aber die Probleme durch die höheren Zinsen, wie selbst Schlesinger eingestehen mußte, immer größer. Bereits heute können die deutlich gestiegenen Kosten wegen des immer härter werdenden Wettbewerbs nicht mehr über die Preise an die Kunden weitergegeben werden, so daß die Eigenkapitalquote der Unternehmen, die ohnehin oftmals bereits erschreckend schwach ist, noch weiter aufgeweicht wird. Auch wird dadurch die Umstrukturierung in den neuen Bundesländern noch weiter verzögert.



Probleme mit dem schwachen Dollar

Ein weiterer Nebeneffekt war, daß der Kurs des für die deutsche Wirtschaft sehr wichtigen Dollar nach der Leitzinserhöhung in die Knie ging. Mit 1,40 Mark lag er Ende August unter seinem bisherigen historischen Tiefststand von 1,4535 Mark am 12. Februar 1991 – im US-Handel war der Dollar damals sogar auf 1,4430 Mark gefallen gewesen –. Hierdurch wird aber die besonders dollar- und zinsreagible Chemie-, Automobil- und Maschinenbaubranche stark belastet.

So sagte dann auch der Hauptgeschäftsführer des Verbandes deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA), Hans-Jürgen Zechlin, in einem Interview: »Der schwache Dollar, der in Zusammenhang mit der Erhöhung des Diskontsatzes um 0,75 auf 8,75 Prozent steht, dämpft zunächst die Hoffnung auf Aufschwungtendenzen, die wir noch im ersten Quartal des Jahres hatten. Konkret befürchte ich zwei Folgen für den Maschinenbau: Erstens eine mengenmäßige Auswirkung. Durch die Konkurrenz der jetzt preiswerteren US-Produkte werden wir weniger verkaufen. Ich schließe zusätzliche Wachstums-Einbußen im Maschinenbau von einem bis 1,5 Prozent nicht aus. Zweitens befürchte ich einschneidende Gewinneinbußen durch die Kursverluste. Bei Wachstumseinbußen von 1,5 Prozent müssen rund 15000 Arbeitsplätze im Maschinenbau zusätzlich abgebaut werden. 60000 sind bereits durch den Rückgang der Absätze in den letzten Monaten programmiert. Wir (die Gesamtkonjunktur; die Redaktion) haben eine stark auf den Außenhandel ausgerichtete Wirtschaft, so daß der schwache Dollar sich auch auf die Konjunktur insgesamt auswirken wird, vor allem auf die Zweige, die mit Anbietern aus den USA konkurrieren müssen.«

Doch das ist nicht alles. Zwar hat ein schwacher Dollar den Vorteil, daß die Importpreise niedrig sind und damit die Inflation entlasten, doch bringt er gerade im Zusammenhang mit den Importpreisen auch gravierende Nachteile mit sich. Da die Stärke der Mark und das durch die restriktive deutsche

Die Börse gleicht oftmals mehr einem Zockerlokal, dennoch erfüllt sie eine sehr wichtige volkswirtschaftliche Funktion.

Geldpolitik ausgelöste europaweit hohe Zinsniveau den Dollar auch gegenüber diesen Währungen abwertet, haben diese Länder eben auch den Vorteil der niedrigen Importpreise, wodurch sie zusätzliche Konkurrenten auf dem deutschen Markt für die einheimischen Anbieter sind.

Harte Kritik aus Japan

Insgesamt erwarten die meisten Experten aber, daß der Dollar mittlerweile die Talsohle erreicht hat und in den nächsten Monaten eher wieder fester tendieren wird. Die Westdeutsche Genossenschafts-Zentralbank sieht den Dollar bis Ende dieses Jahres sogar wieder auf 1,70 Mark klettern. Von daher dürften die Auswirkungen wahrscheinlich nicht ganz so drastisch ausfallen, wie von Zechlin beschrieben, aber immer noch einen nicht unbedeutenden negativen Effekt haben. Eines ist aber wahr, auch wenn dies von manchen immer in Frage

gestellt wird: Deutschland ist es dann wirtschaftlich am besten gegangen, wenn der Dollar hoch war. Ganz einfach aus dem Grunde, weil die positiven Folgen aus dem Exportgeschäft volkswirtschaftlich weitaus höher anzusetzen sind als die negativen Faktoren.

Querbeet fiel der Tenor auf die Entscheidung der Bundesbank dann auch durchaus negativ aus; selbst die zustimmenden Äußerungen waren von einem unüberhörbaren »Aber...« gekennzeichnet. Mit am schärfsten gingen – vollkommen richtig – die Japaner mit der Bundesbank ins Gericht. Nur eine Woche zuvor hatten nämlich die Regierungschefs und Finanzpolitiker der sieben wichtigsten westlichen Industrienationen auf dem Weltwirtschaftsgipfel beschlossen, alle ihnen möglichen Maßnahmen zur Ankurbelung der Weltkonjunktur durchzuführen. Dem hatte auch die Bundesrepublik zugestimmt. Angesichts der schwachen Weltkonjunktur und der Tatsache, daß die europäischen Volkswirtschaften mehr oder weniger alle von der deutschen Konjunktur abhängig sind, konterkarierte die Leitzinserhöhung genau diese nur wenige Tage zuvor gefaßten Beschlüsse. Sehr wichtig war auch der Kommentar einer französischen Zeitung, die von den »notorischen Inflationsängsten« der Deutschen schrieb.

Der Hintergrund für diese Entscheidung dürfte aber ganz woanders zu suchen sein: Nämlich in der Politik. Die Bundesbank und besonders die Landeszentralbanken haben sich in den vergangenen Jahren immer mehr zum Abladebahnhof für Politiker, die aus irgendwelchen Gründen gescheitert sind, sich im Laufe der Jahre für ihre Partei aber soviel Verdienste erworben haben, daß sie von dieser dann noch auf einen ausgezeichnet bezahlten Posten abkomplimentiert werden. Hierzu eignen sich die Landeszentralbanken ausgezeichnet, da sie nämlich der jeweiligen Landesregierung unterstehen.

Ein Tritt vor's Schienbein!

Bekanntlich tagt der Zentralbankrat im 14tägigen Turnus immer donnerstags in Frankfurt; am Mittwoch findet immer eine Vorbereitungskonferenz statt, an der hauptsächlich der Bundesbankpräsident und sein Vize – in diesem Fall Schlesinger und Tietmeyer – teilnahmen sowie die Mitarbeiter der zweiten Reihe – die aber in Wirklichkeit oft, wie auch in der Politik, die wahre Arbeit leisten –. Und wie aus in der Vergangenheit immer sicherer Quelle aus diesem Teilnehmerkreis verlautete, war in der Mittwochskonferenz lediglich eine technische Maßnahme – entweder Erhöhung der Mindestreservepflicht der Banken oder eine Senkung der Rediskontkontingente – vorbereitet worden; die Leitzinsen sollten aber unverändert bleiben.

Daß dem dann noch nicht so war, läßt darauf schließen, daß die gesamten SPD-Landesfürsten der Landeszentralbanken ihre Macht nutzten, sich zusammenschlossen und der Bundesregierung »einen Tritt vor's Schienbein« geben wollten. Dies ist aber nichts anderes als Machtpolitik auf dem Rükken der Volkswirtschaft. Hierzu paßt auch, daß Bundeskanzler Kohl und Bundeswirtschaftsminister Möllemann sich vor der Bundesbanksitzung in deutlichen Worten gegen jede Zinsänderung ausgesprochen hatten.

Auf lautes Gelächter stieß in Expertenkreisen das Interview von Ottmar Issing – seines Zeichens »Chefökonom« der Bundesbank und strammes SPD-Mitglied –, der in einem Fernseh-Interview äußerte, die Entscheidung der Bundesbank sei ein »Kompromiß zwischen den binnenwirtschaftlichen Notwendigkeiten und außenpolitischer Rücksichtnahme«. Gerüchten zufolge soll Issing sogar darauf gedrängt haben, den wirtschaftlich noch viel bedeutenderen Lombardsatz von derzeit 9,75 auf 10,5 Prozent zu erhöhen. Dieses hätte aber nahezu unweigerlich eine Rezession als Folge gehabt – was aber die Aussichten der SPD bei den nächsten Wahlen verbessert hätte.

Es ist dann auch kein Wunder, daß die Proteste gegen die Bundesbank immer lauter wurden. Nicht zuletzt auch seitens der Börse, wo die Aktienkurse binnen zwei Tagen durchschnittlich rund fünf Prozent verloren und die Zinsen deutlich stiegen – gerade letzteres hat natürlich auch den fatalen Nebeneffekt, daß der Staat mehr Zinsen für seine ohnehin schon horrende Staatsverschuldung zahlen muß –. □

Deutschland

Wahrungspflicht zur Erhaltung der Identität des deutschen Staatsvolkes

Helmut Schröcke

Volk und Staat in eins ergeben erst ein Reich, und dessen Erhaltungsgewalt bleibt das Volkstum. Zu diesem Thema sprach Professor Dr. Helmut Schröcke aus Kottgeisering vor der Nationalversammlung des Deutschen Ostens.

Die höchste Spitze der derzeit de facto ausgeübten Gerichtsbarkeit, das Bundesverfassungsgericht, führte in den Gründen seiner Entscheidung vom 21. Oktober 1987 aus:

»Es war die politische Grundsatzentscheidung des Parlamentarischen Rates, nicht einen neuen Staat zu errichten, sondern das Grundgesetz als Reorganisation eines Teilbereiches des deutschen Staates ... zu begreifen. Das Festhalten ... an der bisherigen Identität des Staatsvolkes des deutschen Staates ist normativer Ausdruck ... dieser Grundentscheidung ... Der Senat hat aus dem Wiedervereinigungsgebot ... auch ein Wahrungsgebot abgeleitet, alles zu unterlassen, was die Wiedervereinigung vereiteln würde ... Aus dem Wahrungsgebot folgt insbesondere die verfassungsrechtliche Pflicht, die Identität des deutschen Staatsvolkes zu erhalten.«

Aus Artikel 79 des Grundgesetzes (GG) folgt weiterhin, daß das deutsche Staatsvolk zu jenen Teilen des GG gehört, die überhaupt nicht geändert oder beseitigt werden können.

Über die Bedeutung des Begriffes »Volk« in den Rechtswissenschaften hat sich der Innsbrucker Völkerrechtler Th. Veiter wiederholt geäußert. Danach ist:

Die Identität des deutschen Volkes ist bedroht

»Volk eine Abstammungsgemeinschaft (Generationsgebilde), bei welcher zum naturhaften Element der Abstammung noch das Element der geistigen Zielrichtung kommt. Der Begriff ›deutsches Volk‹ ist trotz seiner ausdrücklichen Nennung im GG kein Rechtsbegriff, sondern ein nicht an die Staatsgrenze gebundener ethnischer Begriff.«

Damit übereinstimmend sagt das Bundesvertriebenengesetz vom 14. August 1957 in seinem § 6:

»Deutscher Volkszugehöriger im Sinne dieses Gesetzes ist, wer sich in seiner Heimat zum deutschen Volkstum bekannt hat, sofern dieses Bekenntnis durch bestimmte Merkmale wie Abstammung, Sprache, Erziehung, Kultur bestätigt wird.«

So wären eigentlich die Handlungsanleitungen für die Gesetzgeber, Politiker, Parteien und Medien gegeben. Daß dem nicht so ist, weiß jeder, der in seinem Urteil nicht ideologisch gebunden ist. Offensichtlich ist die Identität des deutschen Volkes heute stärker bedroht als jemals zuvor.

Vor dem Lichte dieser Handlungsanweisung sind die Förderung der Ausländereinwanderung, die massenhafte Erteilung von unbeschränkten Aufenthaltsgenehmigungen, die übergroße Einbürgerung von Nichtdeutschen sowie die Niederlassungsfreiheit und Freizügigkeit in der Europäischen Gemeinschaft (EG) verfassungswidrig. Demgegenüber hatte die ehemalige DDR vorbildliche Regelungen wie keine unbeschränkte Aufenthaltserlaubnis, keinen Familiennachzug und keine massenhaften Einbürgerungen, statt dessen galt das Rotationsprinzip. Nun werden auch die Bürger in Mitteldeutschland mit dem westlichen Fortschritt der Ausländer- und Asylantenschwemme, mit Rauschgift, Pornogaphie und steilem Anstieg der Straftaten überrollt.

Aids-bedingte Gehirnschäden

Beim wissenschaftlichen Inhalt der Erläuterung Veiters für den Begriff Volk geht es vor allem um die nichtkörperlichen und geistigen Bereiche. Vertreter von Geisteswissenschaften behaupten, der homo sapiens stünde mit Bewußtsein, Sprache, Denkvermögen und Willensfreiheit über und außerhalb der Natur. Der gleichen Ansicht ist das Bundesverfassungsgericht (BVerfG), wenn es in den Gründen seiner eingangs genannten Entscheidung die Einbürgerung von Ausländern empfiehlt.

Aber die genannten Bereiche haben ihren Sitz im Gehirn und sind auf natürliche Art mit der geschichtlich fortschreitenden Entwicklung des Gehirns entstanden und an dieses gebunden. Das wird besonders deutlich durch aids-bedingte Gehirnschäden.

Mit dem Gehirnabbau durch die Aids-Seuche verschwinden sämtliche Persönlichkeitsmerkmale und geistigen Fähigkeiten.

Es kann kein Zweifel daran sein, daß der Mensch auch mit seinem Bewußtsein, seinem Denken und Fühlen ein Teil der Gesamtnatur ist. Konrad Lorenz forderte deshalb, auch die nichtkörperlichen Bereiche mit naturwissenschaftlichen Lehrweisen zu untersuchen. Eine Gegensätzlichkeit Körper/Geist gibt es nicht. Sie ist nur eine Erfindung des Christentums wie von solchen Ideologien, die auf wissenschaftlich falschen Weltbildern beruhen.

Daß diese nichtkörperlichen Eigenschaften entwicklungsgeschichtlich vorgegeben sind und weiter vererbt wurden, wurde durch Forschungen an eineiigen Zwillingen bewiesen, die nach ihrer Geburt voneinander getrennt wurden und trotzdem auffallende Übereinstimmungen in ihren Schicksalen besitzen.

Der von linksliberalen Vorstellungen hergekommene Naturwissenschaftler Hoymar von Dietfurt weilte längere Zeit unter einer solchen Forschergruppe in den USA und schrieb dann (1982), die sogenannte Milieutheorie – eine der Eingangsvoraussetzungen herrschender Ideologien – sei nun wohl widerlegt, ja das menschliche Verhalten sei in viel höherem Sinne als bisher vermutet erheblich vorbestimmt. Dazu gehören zum Beispiel das Bestreben, Eigentum zu besitzen, und der Territorialtrieb, das heißt das Bestreben menschlicher Gemeinschaften nach dem Besitz abgegrenzter Gebiete.

Völker sind Abstammungs- und Vererbungsgemeinschaften

Daraus folgt das Naturrecht jedes Volkes auf seinen eigenen Staat. Auch die Wertordnung ist entwicklungsgeschichtlich und damit erblich und vererblich angelegt, wie zum Beispiel Forschungen an wilden Schimpansen ergaben.
Da nun die Ähnlichkeit der Gesamtheit nichtkörperlicher Eigenschaften der Einzelwesen innerhalb des jeweiligen Volkes größer ist als jene zwischen den Völkern, muß nach der Entstehung der Übereinstimmungen wie der Unterschiede gefragt werden. Hier ist über die Rolle fortschreitender stammesgeschichtlicher Entwicklung der Lebewesen von niederen zu höheren Formen

zu sprechen. Darunter versteht man die unaufhörliche Weiterentwicklung des gesamten Weltalls und – als winzigen Ausschnitt davon – die Entwicklung natürlichen Lebens auf unserem Gestirn, der Erde, unter der Macht des Zusammenwirkens aller naturwissenschaftlichen Gesetzmäßigkeiten.

»Deutschlands Einigung« an der Schwelle des 20. Jahrhunderts, ein Holzstich nach einem Gemälde von A. v. Werner.

Die bereits vorhandenen Gesamtheiten von Einzellebewesen bestimmter Arten sind die unverzichtbaren Vorstufen der Artneubildung. Beim homo sapiens nennt man solche artbestimmten Gesamtheiten (Populationen) Völker. Alle diejenigen, die an der Völkerzerstörung etwa durch Völkervermischung arbeiten, beseitigen damit den Fortschritt erbbedingter Weiterentwicklung, gerade so als ob es beim einzelnen Menschen-Volk nicht auch einiges zu verbessern gäbe. Nun, das sind aber die gleichen Zeitgenossen, die um jeden bedrohten Wurm eine Ökonische bauen möchten.

Allgemein verständlich kann man den Begriff Volk so darstellen: Völker sind Abstammungs- und Vererbungsgemeinschaften mit jeweils eigener Sprache, eigener Kultur und eigenem Selbstverständnis (Identität).

Die modernen Naturwissenschaften bieten mit Genetik (= Vererbungslehre), Ethnologie (= Tierverhaltenslehre) und Humanbiologie (= Lehre von den menschlichen Lebensvorgängen) Grundlagen für die Erarbeitung von wissenschaftlich richtigen Weltbildern und gestatten die Widerlegung falscher Ideologien. Hier muß noch darauf hingewiesen werden, daß in den Naturwissenschaften ein in sich fehlerfreier Lehrsatz, eine Theorie, auch dann falsch ist, wenn nur eine einzige Eingangsvoraussetzung falsch ist. Solches trifft aber für die heute herrschenden Ideologien, die westlichen wie die östlichen, vielfach zu.



Demagogische Schimpfwörter wie etwa Biologismus, Darwinismus, Faschismus stehen dann bereit. Für diese Ideologien hat der Begriff Volk nur die Bedeutung von Menschen in der Mehrzahl wie zum Beispiel Kirchenvolk oder Gewerkschaftsvolk, und alle sind sogenannte Endzeitideologien. Sowohl mit der Verwirklichung des Sozialismus wie mit der Einführung der westlichen Demokratie als des jeweils höchstdenkbaren »Fortschrittes« ist für sie die Weiterentwicklung, die Evolution, zu Ende. Das anzunehmen ist aber sicher falsch.

Die geplante Völkerzerstörung

Dem deutschen Verfassungsrecht liegt mit dem ius sanguinis (= Staatsangehörigkeit kraft Abstammung) der wissenschaftliche richtige Volksbegriff zugrunde. In Frankreich dagegen herrscht das ius solis (= Staatsangehörigkeit kraft Geburtsort). Dort steht jedem Einwanderer, wie schwarz er auch ist, nach einer gewissen Zeit das Recht auf Staatsbürgerschaft zu, genauso wie das bei uns die Lafontaines, Geißlers und andere wollen. Damit sind nicht nur alle juristischen Schleusen zur Völkervermischung und Völkerzerstörung geöffnet, sondern dieser Rechtsbegriff lag und liegt dem französischen Nationalismus zugrunde, der chauvinistisch und damit in überspitzter Vaterlandsbegeisterung für das »eine und unteilbare Frankreich« der französischen Revolution von 1789 den Imperialismus, die Herrschsucht der französischen Könige brutal weitergeführt hat bis zum Genocid, dem Völkermord an den Lothringern und Elsässern heute.
Dadurch haben in der westlichen »Wertegemeinschaft« die Be-

Deutschland

Wahrungspflicht zur Erhaltung der Identität des deutschen Staatsvolkes

griffe national und Nationalismus eine völlig andere Bedeutung erhalten, die mit EG-Freizügigkeit und EG-Niederlassungsfreiheit der geplanten Völkerzerstörung zugrundeliegt. Das Wort Nation kommt vom lateinischen nasci, heißt geboren werden und beinhaltet den Rechtsbegriff Volk als Abstammungsgemeinschaft und damit das ius sanguinis für die Staatsbürgerschaft.

Der ehemalige Berliner Staatssekretär Dr. Uhlitz schrieb 1987 als Staatsrechtler:

»Es kann nicht angehen, daß wegen Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens bestraft wird, wer die Staatsform der BRD abändern will, während der, der das deutsche Staatsvolk in der BRD abschaffen und durch eine multikulturelle Gesellschaft ersetzen und auf deutschem Boden einen Vielvölkerstaat etablieren will, straffrei bleibt. Das eine ist korrigierbar, das andere nicht und daher viel verwerflicher und strafwürdiger. Diese Rechtslage wird auch der Generalbundesanwalt nicht auf Dauer ignorieren können.«

Und das GG sagt dazu in Artikel 20 Absatz 4:

»Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.«

Es steht hier nicht Mitbürger, sondern es heißt eindeutig »alle Deutschen«.

Die Zunahme gespaltener Charaktere

Zu den nichtkörperlichen Eigenschaften, die innerhalb der Völker ähnlicher sind als zwischen den Völkern, gehören Sprache, Kultur, Volkscharakter, Wertordnung und mehr. Aus der Wertordnung folgt die Rechtsordnung und aus dieser die Staatsordnung. Alles das ist Teil des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Volksgruppen eine andere Sprache aufzuzwingen, wie das zum Beispiel seit 1945 an den Elsässern und den Deutschen in Polen und Rußland geschah und geschieht, ist tatsächlich Völkerzerstörung und rechtlich Völkermord. Hier treffen sich also Humanbiologie und Völkerrecht.

Zu den ideologisch angepriesenen Völkervermischungen ist zu sagen, daß in eine Mischpopulation sehr verschiedenartige, abweichende wie gegensätzliche Eigenschaften eingebracht werden, die genetisch erhalten bleiben. Das Vielerlei und Durcheinander vermehrt sich, Zwiespältigkeit und Unausgeglichenheit, »gespaltene Charaktere« nehmen zu. Keineswegs erfolgt eine Rückbildung zu ausgeglichenen Urformen. Es entsteht also im Sinne der Evolution keineswegs Besseres, sondern Schlechteres. Doch die Süßmuths, Geißlers, Lafontaines und andere sprechen von Bereicherung.

Wenn wir diese humanbiologischen Erkenntnisse, die im Grundsatz schon seit Mendel bekannt sind, auf das deutsche Volk anwenden, dann kommt von bestimmter Seite sofort der Einwand, es lohne sich gar nicht, das deutsche Volk zu erhalten, es sei ja sowieso nur ein beliebiger Völkermischmasch aus Kelten, Slawen, Romanen und vielleicht auch ein paar Germanen. Ganz Boshafte behaupten sogar, die Bayern seien die Nachkommen der durch die Römer bei ihrem Rückzug listigerweise zurückgelassenen römischen Freudenmädchen. Dem widersprechen die Ergebnisse der Vorgeschichte.

So kann man anthropologisch (menschengeschichtskundlich) auch noch nach ihrem Abzug Kelten von Germanen unterscheiden, das heißt eine Vermischung fand nicht statt. Und die nach dem Ende der Völkerwanderung zugezogenen sogenannten Slawen sind anthropologisch nicht von den gleichzeitigen Germanen zu unterscheiden. Die heute als Slawen Bezeichneten werden durch unsere wichtigsten alten Chronisten (Zeitbeschreiber), so von Einhard an über Sebastian Münster bis zu Friedrich dem Großen, als Vandalen bezeichnet. Zudem besteht der deutsche Nationalstaat im Sinne von Volksstaat als regnum theodiscum, also als deutsches Königreich, seit Heinrich I. und wird vom größeren Imperium Romanum, dem Kaiserreich und späteren Heiligen Römischen Reich Deutscher Nation, schon im Wormser Konkordat 1124 in päpstlichen Urkunden unterschieden.

Die Diktatur zwangseingeführter Weltanschauungen

Das deutsche Königreich und das Kaiserreich waren rechtlich zwei verschiedene Einrichtungen. Davon steht leider noch nichts in deutschen Schulbüchern.

Die Identität eines Volkes und hier des seit 1000 Jahren staatstragenden deutschen Volkes des regnum theodiscum, des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation, bis zum kleindeutschen Bismarckreich und schließlich zum großdeutschen, besser zum gesamtdeutschen Reich und jetzt wieder eines kleinstdeutschen Staates umfaßt nicht nur seinen körperlichen Bestand, sondern auch weitere, schon genannte nichtkörperliche Bereiche.

Unsere Wertordnung, die weit mehr als 2000 Jahre galt, ist in den letzten 40 Jahren in Mittel- wie in Westdeutschland durch die Diktatur zwangseingeführter Weltanschauungen weitgehend zerstört worden.

Stichworte hierzu sind Ehescheidung, Wehrdienstverweigerung, Abtreibung gewissermaßen durch Postkarte, kirchliche Segnung (evangelische Kirche) und Steuervorteile (Süßmuth) für gleichgeschlechtliche Paare, Denkmäler für Fahnenflüchtige und Überläufer, ein gekreuzigte Schweine malender »Kunst«professor als Akademiedirektor und dergleichen mehr.

Das Bauerntum, das in Mitteldeutschland durch Proletarisierung vernichtet wurde und in Westdeutschland durch die EG-Diktatur mit ihren Mansholt-Kolchosen stark bedroht ist, war seit der jüngeren Steinzeit bei unseren Vorfahren mit ihren bäuerlichen Familienbetrieben die Lebensgrundlage und besitzt heute trotz oder gerade wegen der sozialen Veränderungen eine unverzichtbare Bedeutung. Die Amerikanisierung des Gesichts unserer Städte und Dörfer nimmt erschreckende Ausmaße an. Das Kulturgesicht Deutschlands wird zerstört. Der Frankfurter Dom, in dem viele Jahrhunderte der rex theodiscus gekrönt wurde, wird umstellt durch Zementkisten-Giganten als Ausdruck des Sieges dieser zwangsimportierten westlichen Ideologie über deutsche Geschichte, deutsche Kultur und deutsche Identität.

Demgegenüber gab es in der ehemaligen DDR erstaunliche Kulturleistungen ohne jede Spur von Ideologie wie zum Beispiel das Thomas-Münzer-Ehrenmal bei Bad Frankenhausen, den fünfteiligen Luther-Film oder Bücher von Geschichtswissenschaftlern über Bismarck und Friedrich den Großen. Diesem steht das Buch über den Gleichen gegenüber, das Augstein schrieb (der am ersten Umerziehungskurs der englischen Besatzungsmacht teilgenommen hat) und das entsprechend ausfiel. Unter dem Diktat der Umerziehung und der liberalistischen Ideologie sind in Westdeutschland keine den mitteldeutschen Leistungen vergleichbaren erbracht worden.

Die Zerstörung deutscher Identität

Auch die Zerstörung unserer Sprache mit Computern, Recycling und Containers gehört hierher, ein Rückfall in vorsintflutliche Barbarei. Für das Fremdwort Container hat die deutsche Sprache mehr als 20 verschiedene Eigenwörter bereit, so von der Schachtel über die Kiste bis zur Mülltonne. Seit dem Zweiten Deutschen Reich gab es bis 1945 einen Staatsbeamten, der alle Erlasse der Regierung auf gutes Deutsch zu verbessern hatte.

Heute, im Zeichen der Überfremdung, ist das natürlich nur hinderlich, die Lizenzpresse verordnet das Okay. Jedem Deutschen sollte aber ein jedes dieser USA-Wortgebilde im Halse stekken bleiben, wenn man weiß, daß in Verwirklichung des Morgenthau-Planes nach dem 8. Mai 1945 durch die US-Befreier fast eine Million deutsche Kriegsge-

fangene brutaler noch als zur gleichen Zeit durch die sowjetische GPU umgebracht wurden.
Das gehört auch zur Zerstörung der deutschen Identität. Dieses Zerstörungswerk wird heute nur in scheinbar gesitteter Weise durch die EG mit Freizügigkeit, Niederlassungsfreiheit und Abschaffung von überprüfbaren binnenstaatlichen Grenzen fortgesetzt, und das alles im Namen von Freiheit, Humanität und Demokratie. Die EG, die nach der Sowjet-Union das letzte europäische Völkergefängnis ohne Selbstbestimmungsrecht für Elsässer, Südtiroler und andere ist, ist das getreue Abbild der multirassischen, multiethnischen und multikulturellen USA. Die Geißlers, Süßmuths und Kohls schwärmen geradezu von den Vereinigten Staaten von Europa als der unumkehrbar sein sollenden Endlösung für Deutschland und das deutsche Volk!
Josef Strasser, österreichischer sozialdemokratischer Parteitheoretiker hinterließ uns (1912) seinen Zukunftswunsch so:

»Wir Sozialdemokraten wollen nicht nur die heutigen Nationalcharaktere nicht erhalten. Wir arbeiten geradezu an ihrer Zerstörung. Wir wollen aus dem Deutschen etwas Undeutsches machen.«
Die hochrangige SPD-Amtsträgerin Renate Schmid antwortete am 14. März 1986 auf die Frage, ob die Deutschen aussterben:

»Die Frage, die Sie hier stellen, das ist für mich eine, die ich an allerletzte Stelle setze, weil dieses ist mir, also so, wie sie hier gestellt ist, verhältnismäßig wurscht.«

Und zweieinhalb Jahre danach der Generalsekretär der CDU, Geißler:

»Ich kann nicht einsehen, warum Ausländer, die in der BRD wohnen, arbeiten und sich integrieren – Portugiesen, Griechen und Menschen anderer Kulturen – eine Gefahr für uns bedeuten sollen. ... Für ein Land der Mitte Europas ist die Vision einer multikulturellen Gesellschaft eine große Chance. Deshalb müssen wir das Land offen halten für Ausländer und Aussiedler.«
Wenn wir das alles bedenken, können wir aus diesem Strauß zerstörerischer Ideologien zwei Richtungen herauslesen, den



»Schlagt die Hunnen zurück...«, ein amerikanisches, deutschlandfeindliches Kriegsplakat.

marxistischen und den liberalistischen Materialismus.

Der marxistische Materialismus ging gerade an seinen Fehlern zugrunde. Aber die Wiederlegung blieb aus, wozu vor allem die C-Parteien gefordert gewesen wären. Doch diese zogen anläßlich der 100. Wiederkehr des Todestages von Karl Marx im Jahre 1983 – ohne aufzumucken – bei den Gedächtnis-Wallfahrten in Trier mit.

Die andere Ideologie, der liberalistische Materialismus, wurde 1945 durch die USA-Sieger zwangseingeführt. Sie herrscht, nun auch über Mitteldeutschland, mit Lizenzparteien und Lizenzmedien. Diese Ideologie verkündet einen hemmungs- und bindungslosen Individualismus. Sie erfand die Wegwerfgesellschaft, die Wegwerfkultur, die Wegwerfethik und den Wegwerfmenschen. Eine auserlesene, schmarotzerhafte Hochfinanz betreibt zu Höchstgewinnen führende Spekulationsgeschäfte und betrachtet Kriege als weitere Gewinne bringende Geschäfte, wie jetzt gerade wieder im Golf-Krieg. Ihr Golf-Krieg wird möglicherweise ihr letzter Krieg gewesen sein.

Dem steht als Aufkäufer der USA das Arbeitsethos des ganzen japanischen Volkes gegenüber mit der Lebensregel: Gewinn durch harte Arbeit.

Alle gemeinschaftstragenden Werte und alle menschlichen Bindungen werden durch den liberalistischen Materialismus verhöhnt und zerstört. Das Wort Volksgemeinschaft, schon vor dem Ersten Weltkrieg im Wandervogel und in der Burschenschaft zur geistigen Überwindung des Klassenkampfes gedacht, wird jetzt vom Staatsanwalt verfolgt.

Zwischen beiden Ideologien gibt es aber verdeckte innere Zusammenhänge. Beide gehen auf denselben geistigen Großvater zurück, auf die westliche Aufklärung. So ist für Adam Smith, den Vater des Kapitalismus, die wichtigste Verhaltensnorm der Egoismus. Der Zusammenhang offenbart sich beispielsweise dadurch, daß Lenin seine Revolution nur mit Dollarmillionen durchführen konnte.

Ein Erlebnisträger, Thomas Ritter, schreibt 1988:

»Von Amerika können wir für unseren eigenen Weg in die Zukunft fast nichts lernen, außer wie man es nicht machen sollte. Freiheit, so wie ich sie verstehe, kann nicht die Freiheit sein, die unter den Bajonetten amerikanischer Soldaten und einer außer Rand und Band geratenen Wallstreet gedeihen kann. ... Da aber immaterielle Werte im Zuge eines durch harte Dollar und einen radikalen Materialismus beherrschtes System für nichtig erklärt wurden, da man trotz vieler gegenteiliger Anzeichen kaum noch feste Bindungen an einen Gott hat und sich an diese Zustände nach jahrzehntelanger Berieselung durch ideologische Gleichschaltung allmächtiger Massenmedien und irreführende Propaganda gewöhnt hat, haben die Menschen in den USA ihre eigene Identität verloren. Sie sind lebensuntüchtig geworden. ... Es ist bereits zu spät, die von Wallstreet bis Washington verkrusteten und einbetonierten Strukturen aufzubrechen und zu ändern.«

Jetzt droht der entscheidende und letzte Identitätsverlust, nämlich die Auflösung und Zerstörung unseres Staates und unseres Volkes in der EG, die geplante Endlösung, der mit allen nur zur Verfügung stehenden Mitteln begegnet werden muß.

Die EG ist das letzte Völkergefängnis nach der Sowjet-Union. Darum gehen wir wie 1989 unsere Brüder und Schwestern auf die Straße mit dem unüberhörbaren Ruf: »Das Volk sind wir!« □

Deutschland

Die verlorene Ehre des Oskar Lafontaine und anderer Deutscher

Frank Falkenberg

»Die DDR ist nicht das flüchtige Phänomen, das einst der Bundeskanzler Kiesinger in ihr zu sehen glaubte. Sie ist unter Erich Honekker ein wirtschaftlich leistungsfähiger, innenpolitisch stabiler und außenpolitisch selbstbewußter Staat geworden, was der Sicherheit in Europa zugute kommt.« Oskar Lafontaine am 24. August 1987.

Bei aller Empörung über Lafontaine, der seit seinem 43. Lebensjahr Versorgungsbezüge kassierte, wird vergessen, daß dieser leider immer noch amtierende stellvertretende SPD-Vorsitzende seine politische Glaubwürdigkeit und Ehre schon lange verloren hat.

Die SPD unterscheidet sich nicht von der CDU

Viel schwerer wiegt sein jahrelanger Widerstand gegen die Vereinigung West- und Mitteldeutschlands, zusammen mit anderen führenden Genossen, die jetzt – wie Brandt, Bahr, Momper usw. – so tun, als hätten sie sich dafür besonders angestrengt. In Wahrheit haben sie dafür genau so wenig getan wie die Bonner Parteigrößen von CDU/CSU und FDP, von den Grünen ganz zu schweigen.

Schon seit Brandts Führung (1966) war die SPD kein bißchen wiedervereinigungsfreundlicher als die karolingische CDU/CSU unter Adenauer und Kohl. Aus der Fülle nur eine, sogar schriftliche, also wohlüberlegte Äußerung Brandts. Er schreibt beispielsweise in seinem 1989 im Propyläen-Verlag erschienenen Buch »Erinnerungen« auf Seite 154 ff:



Egon Bahr, SPD: »Wer Wiedervereinigung sagt, begeht geistige Umweltverschmutzung.«

»Es war eine lebenslügnerische Vorstellung, 1945 sei nur die Gewaltherrschaft und nicht auch der Staat zugrunde gegangen ... Es war ein Irrtum oder Selbstbetrug, aus den Erklärungen und Beschlüssen der Siegermächte einen Rechtsanspruch auf staatliche Einheit herleiten zu wollen ..., daß es die Siegermächte damit genug sein ließen, sich der Wiedervereinigung als Propagandaformel zu bedienen ... Durch den kalten Krieg und dessen Nachwirkungen gefördert, gerann die ›Wiedervereinigung‹ zur spezifischen Lebenslüge der zweiten deutschen Republik.«

Auch andere SPD-Größen in Westdeutschland und West-Berlin äußerten sich bis in den Herbst 1989 hinein gegen eine Wiedervereinigung von West- und Mitteldeutschland, obwohl sich damals die Freiheitsbewegung in der DDR schon in großen Demonstrationen bekundete.

Nehmen wir nur den seinerzeitigen Regierenden Bürgermeister von West-Berlin, Walter Momper. Mitte Juni 1989 hatte er den damaligen DDR-Staatsratvorsitzenden und SED-Chef Honecker auf Schloß Niederschönhausen besucht. Drei Tage später, am 22. Juni 1989, erklärte er vor dem West-Berliner Abgeordnetenhaus:

»Die Wiedervereinigungsrhetorik ist unter den heutigen Prämissen schlichtweg verlogen, sie blockiert das Denken, sie blokkiert die Fortentwicklung des Verhältnisses zwischen den beiden deutschen Staaten, sie blokkiert die inneren Entwicklungen in der DDR ... Was auch immer der Fortgang der deutschen Geschichte für das Volk an Veränderungen mit sich bringen mag, und als Historiker glaube ich zu wissen, wovon ich rede, fest steht, daß es eine europäische Friedensordnung in überschaubarer Zeit nur mit zwei gleichberechtigten und miteinander kooperierender deutschen Staaten geben kann, die ihre Existenz nicht gegenseitig in Frage stellen.«

»Wir gehen weiterhin von der Zweistaatlichkeit aus«

Man muß sich diesen SPD-Nonsens von 1989 täglich vor Augen führen: »Europäische Friedensordnung nur mit deutscher Spaltung«.

Derselbe SPD-Prophet sagte am 14. September 1989 – drei Tage nach Öffnung der ungarischen Grenze zu Österreich für die massenweise flüchtenden Mitteldeutschen – in einer Regierungserklärung vor dem West-Berliner Abgeordnetenhaus:

»Die zur Zeit stattfindenden Übungen in Wiedervereinigungsrhethorik helfen niemandem, hier wie dort ... Ich stelle fest, es geht nicht um die Wiedervereinigung ... Wir gehen weiterhin von der Zweistaatlichkeit aus.«

Und selbst nach riesigen Kundgebungen in Leipzig am 9. Oktober 1989 mit 70000 Menschen und am 23. Oktober mit mehr als 300000 Menschen blieb Momper bei siner alten Meinung (beispielsweise am 26. Oktober 1989 in einer Rede im Schöneberger Rathaus):

Es seien »durchaus mehrere Staaten deutscher Zunge denkbar«.

»Der nationale Traum der Deutschen zu Ende«

Lafontaine, der damalige »Hoffnungsträger« und Kanzlerkandidat der SPD, hielt sogar nach dem Fall der Berliner Mauer noch an seinen separatistischen Ansichten wie Absage an eine einheitliche deutsche Staatsbürgerschaft fest! Am 30. November 1989 schrieb er in einem zwei Seiten langen Artikel in der Hamburger Illustrierten »Stern« unter

der Überschrift »Wider die nationale Leier« ein Plädoyer für die weitere Trennung von West- und Mitteldeutschland. Nur drei kleine Auszüge aus diesem geradezu hirnrissigen Elaborat des stellvertretenden SPD-Vorsitzenden (als solcher wird er im Untertitel ausdrücklich genannt):

»Als sich am 9. November der Eiserne Vorhang zwischen den deutschen Staaten hob, war dies – Walter Momper hat es gesagt – nicht die Stunde der Wiedervereinigung, sondern die Stunde des Wiedersehens.« – »Viele sagen jetzt, die Teilung Deutschlands sei widernatürlich. Das aber hieße, die ›deutsche Natur‹ mit Bismarck beginnen zu lassen. In der langen, langen Geschichte Europas hat ein einheitliches Deutschland gerade 75 Jahre Bestand gehabt, die Dauer eines Menschenlebens. In dieser, nach dem Maß der Geschichte kurzen Zeitspanne hat Deutschland zwei Weltkriege angezettelt, am Ende lag Europa in Schutt und Asche.

Spätes Geständnis von Egon Bahr

Der nationale Traum der Deutschen ist in einem zwölf Jahre währenden nationalistischen Rausch gleichsam stellvertretend zu Ende gelebt worden.« – »Das Ziel ist nicht die Wiederherstellung des alten deutschen Nationalstaates, das Ziel ist Europa.«

Mit dem letzten Satz gegen den deutschen Nationalstaat stimmt übrigens der saarländische Ministerpräsident Lafontaine mit dem CDU-Vorsitzenden Kohl aus der benachbarten Pfalz überein, der schon jahrelang zuvor gegen Bismarck und den deutschen Nationalstaat polemisiert hat; auch mit der Meinung von Deutschlands Alleinschuld an der »Anzettelung« zweier Weltkriege. Doch wer wundert sich noch über die total gelungene Umerziehung und die stümperhaften »Geschichtskenntnisse« von Bonner Politikern?!

Es können hier noch andere führende SPD-Leute mit wiedervereinigungsfeindlichen Äußerungen gerade aus dem Jahre 1989 genannt werden, als ob jeder von ihnen zur endgültigen Teilung West- und Mitteldeutschlands noch seinen Senf dazu geben wollte. Auch Egon Bahr hat sich da keineswegs mit Ruhm bekleckert.



Oskar Lafontaine, SPD: »Das Ziel ist nicht die Wiederherstellung des alten deutschen Nationalstaates, das Ziel ist Europa.«



SED-Chef Erich Honnecker empfängt den damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt.

»Wer Wiedervereinigung sagt, begeht geistige Umweltverschmutzung«, so Egon Bahr. Anerkannt sei, daß er ein Jahr später wenigstens ein der Wahrheit nahekommendes Fazit gezogen hat (obwohl man es mit viel deutlicheren Worten ausdrücken könnte). In einem Leserbrief in der »Frankfurter Allgemeinen« vom 20. September 1990 schreibt er:

»Zunächst würde es falsch sein, den Eindruck zu erwecken, als hätte bundesdeutsche Politik zwischen 1960 und 1988 auch nur einen einzigen energischen, kraftvollen Vorstoß, eine sorgfältig geplante diplomatische Aktion unternommen, um die deutsche Frage auf die Tagesordnung internationaler Politik zu bringen. Das gilt für alle Bundesregierungen ...«

Das Bonner Pharisäer-Schauspiel

Nachdem die Bonner Westextremisten vom Ruf »Wir sind ein Volk!« überstimmt wurden und die Vereinigung Rumpfdeutschlands nicht mehr verhindern konnten, wollen sie jetzt ihren früheren »gleichberechtigten Verhandlungspartner« Honecker als Verbrecher aburteilen.

Kein Mensch wird diesen kommunistischen Zwangsherrscher verteidigen. Aber er hat recht, wenn er sagt, »er wolle nicht derjenige sein, der nach der Niederlage im Triumphzug vorgeführt werde, so wie es die alten Römer mit ihren besiegten Gegnern taten«.

Die Bonner Pharisäer schwelgen darin, die Vergangenheit der ehemaligen DDR in einseitiger Weise so aufzuarbeiten, »daß die innere Freiheit unseres Landes auf dem Spiel steht«. So der Vorsitzende der SPD in Brandenburg, Reiche.

Kurz zuvor hatte Kohl dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand »mit einem gewissen Pessimismus« (wie die Zeitung »Le Monde« schrieb) anvertraut:

»Ich bin der letzte Kanzler, der sich der Wiedervereinigung (noch) entgegenstellt.« □

Banker-Journal

IWF unter Beschuß wegen seiner Rußland-Politik

Ein ehemaliges Vorstandsmitglied der Deutschen Bank hat den Internationalen Währungsfonds (IWF) und die Weltbank wegen des stümperhaften Eingreifens dieser beiden Körperschaften in die russische Wirtschaft unter Beschuß genommen. Auf einem Ost-West-Wirtschaftsforum in Berlin sagte Axel Lebahn, der jetzt als Berater für russisch-deutsche Gemeinschaftsunternehmen tätig ist: »Der IWF und die Wirtschaftsberater von der Harvard University haben nichts als stereotype Lösungsvorschläge von sich gegeben, die weit von der russischen Realität entfernt sind.«

Lebahn äußerte, die Regierungen und die Geldinstitute des Westens sollten sich darum bemühen, daß ihre Politik sich nicht in der »Finanzierung eines Wirtschaftskrieges der ehemaligen sowjetischen Republiken gegeneinander versandet«.

Er klagte die Regierungen des Westens, den IWF und die Weltbank an, für Hilfeleistungen ihrerseits solche Bedingungen auferlegt zu haben, die darauf hinaus laufen, »sich in die inneren Angelegenheiten der Gemeinschaft Unabhängiger Staaten einzumischen«, und zwar in einem derartigen Ausmaß, daß »Ablehnung und Mißtrauen unter der Bevölkerung« die Folge davon wären – und dies zu Lasten der Marktreformen. »Gewisse Gruppen in Moskau bauen bereits ihre politischen Ambitionen auf dieser Situation auf.«

Indessen brachte die »New York Times« einen Leitartikel mit der Überschrift: »The IMF's Ruinous Caution« (»Die ruinöse Bedingung des IWF«). »Seine verkrampfte Reaktion gefährdet den Traum des russischen Präsidenten Boris Jelzin von der Wirtschaftsreform«, schrieb die »New York Times«, und schalt den IWF wegen der »Blockierung der Freigabe von 24 Milliarden Dollar, die der Westen 1992 bereitstellen wollte«.

»Jelzin hat sogar ohne die versprochene Hilfe eine erstaunliche Reihe von Marktreformen durchgeführt... Doch jetzt, wo die Wirtschaftsspirale nach unten verläuft, beginnt sein Parlament damit, weitere Reformen in Frage zu stellen. Unter diesen Umständen läuft die Bedingung des IWF auf rücksichtslose Untätigkeit hinaus... Die Reaktion des IWF bestand aus warmen Worten, harten Forderungen.« □

Keine Wirtschaftsentwicklung in der Dritten Welt

Die Länder des Südens mögen es nicht gerne hören, aber sie werden auf Wirtschaftsentwicklung verzichten müssen, um ihre Umwelt zu schützen, sagt der Leiter der Bank for International Settlements (BIS) der Schweiz. Diese einzigartige Erklärung von Aléxandre Lamfalussy ist in dem soeben erschienenen Jahresbericht der BIS enthalten.

»Mehr und mehr Leute haben sich von der dringenden Notwendigkeit eines Eingreifens zum Schutz der lebenserhaltenden Eigenschaften der Erdatmosphäre überzeugen lassen«, schreibt er. »Eine solche Aktion könnte die Kanalisierung von Ressourcen beim Schutz der Natur in einem Ausmaß bedeuten, der unweigerlich indirekt zur Beschränkung des Wachstums führen wird, indem Gelder absorbiert werden, die andernfalls für ›produktive‹ Investitionen bestimmt gewesen wären.«

»Diese Belange«, fügte er hinzu, »sind in der Beziehung zwischen Nord und Süd viel wichtiger. Die Entwicklungsländer wollen das für sich haben, was die entwickelten Länder bereits haben. Argumente, die darauf hinauslaufen, ihnen in dieser Richtung den Fortschritt zu verweigern und das weitere Wachstum der Bevölkerung einzuschränken, werden von einigen Leuten in den Entwicklungsländern als Heuchelei erachtet, als Versuch der entwikkelten Welt ihre glückliche Position gegen die der Habenichtse zu verteidigen. Die ganze Angelegenheit ist äußerst komplex... Es dürfte schwierig genug sein, die derzeitige Weltbevölkerung zu ernähren durch Anwendung von Produktionsmethoden, die der Umwelt keine allzu schweren Belastungen auferlegen; die Aussicht auf ein Bevölkerungswachstum in einem noch nie dagewesenen Ausmaß macht die ganze Angelegenheit zu einem erschrekkenden Wettlauf gegen die Zeit.«

Der Leiter der Weltbank, Lewis Preston, meinte in seiner Rede auf dem kürzlich stattgefundenen sogenannten Erd-Gipfeltreffen in Rio de Janeiro, die Weltbank verlange jetzt »Aktionspläne zum Umweltschutz in Entwicklungsländern als unbedingte Voraussetzung für Kreditvergabe durch die Weltbank«. □

Präsident Ramos soll Bevölkerungsbegrenzung vorantreiben

Fidel Ramos wurde am 30. Juni dieses Jahres als Präsident der Philippinen vereidigt und trat damit die Nachfolge von Corazon Aquino an. Presseberichten zufolge stößt Ramons Plan, »ein Programm zur Eindämmung des Bevölkerungswachstums durchzuführen«, in dem vorwiegend katholischen Land auf starke Opposition.

Ramos hat Juan Flavier, einen starken Verfechter der Bevölkerungsplanung, zum Leiter des Gesundheitsministeriums ernannt. In seiner Antrittsrede versuchte Ramos, seine religiöse Vorgeschichte herunterzuspielen und sagte: »Ich bin nicht der erste protestantische Präsident; ich bin der 12. Präsident der Philippinen, der zufällig Protestant ist.«

Kardinal Jaime Sin wohnte Ramos Antrittsrede nicht bei. Laut Reuters wies er eindringlich darauf hin, daß zwischen den beiden Seiten keine Unstimmigkeit bestehe, er sei jedoch nicht bereit, Ramos bedingungslos zu unterstützen. »Wenn die Gesetzte gegen die Gesetze Gottes sind, wie kann man dann kooperieren? Gott steht über alle anderen Behörden in unserem Lande«, sagte der Kardinal. □

Die Probleme des Hungers in Afrika

Minister aus 36 Ländern hielten in Nairobi, Kenya, Krisengespräche über Nahrungsmittelknappheit im subsaharanischen Afrika ab und einige von ihnen haben westliche Regierungen beschuldigt, teilweise dafür verantwortlich zu sein.

Der kenyanische Minister für Landwirtschaft Elijah Mwangale klagte an, daß westliche Regierungen und Geldgeber zu der Krise beigetragen hätten, indem sie die Erzeugung von traditionell dürrebeständigem Getreidegut nicht subventioniert und stattdessen die Rückzahlung von Auslandschulden gefordert hätten. Er sagte, Afrika bemühe sich sehr, die Schulden in Höhe von 380 Milliarden Dollar zu bedienen.

»Bei derart hohen Schulden und andauernder politischen Unstabilität, hätten es die Afrikaner schwer, ihre Nahrungsbedürfnisse in den Griff zu bekommen«, sagte er.

Als er die Gespräche ankündigte, sagte Mwangale, die Probleme mit der Nahrungsmittelknappheit seien noch durch Bürgerkriege und Trockenheit im östlichen und südlichen Afrika verschärft worden.

»In diesem Jahr kommen zu den Menschen, die im Horn von Afrika, Angola und Mozambique an chronischer Hungersnot leiden, sage und schreibe 18 Millionen im südlichen Afrika hinzu, die durch Mangel an Nahrungsmitteln und Wasser vom Hungertod bedroht sind«, stellte er fest. »Die Region macht 29 von 40 Ländern mit niedrigen Einkommen und unzureichenden Nah-

rungsmitteln aus, die nicht ausreichend Nahrungsmittel für ihre Bevölkerung bereitstellen konnten, um den durchschnittlichen Ernährungsbedarf zu decken. Das muß geändert werden.«

Die Vereinigten Staaten, Deutschland, Frankreich, Japan und Australien gehörten auf der Versammlung zu den Spenderländern, während Kenya, Gambia, Uganda und Mexiko eine Mannschaft anführten, die die Entwicklungsländer vertrat.

Der unmittelbare Bedarf in der von Dürre heimgesuchten Region des südlichen Afrikas ist 14 Millionen Tonnen Lebensmittel von außerhalb, obwohl nur 8,2 Millionen Tonnen zugesagt worden sind. □

Woduzauber gegen IWF-Steuerreform

Der kolumbianische Senat hat kürzlich über ein Steuerreformpaket abgestimmt, das darauf abzielte, die vom Internationalen Währungsfonds (IWF) gestellten Bedingungen zu erfüllen, und er tat dies während einer erstaunlichen Darstellung von Hexenkunst- und Gegenhexenkunst zwischen Befürwortern und Gegnern des Gesetzesentwurfs. Das Reformpaket wird Steuern erhöhen und wurde als Kernstück des Wirtschaftsplans der Gaviria-Regierung, wie von IWF-Beratern entworfen, angepriesen.

Es war daher vielleicht nur angemessen, daß während der Debatte »Regina 11«, eine selbsternannte Hexe, die ein gewählter Senator ist, etwas Pulver auf den Stuhl des Finanzminister Rudolf Hommes schüttete, einige Zauberformeln murmelte und Amulette schwenkte. Ihre Hexenkunst war ein Versuch, den Gesetzesentwurf zum Scheitern zu bringen.

Hommes, der dem nicht nachstehen wollte, verließ den Senatssaal, kam zurück und schwenkte einen Ziegenfuß und andere Amulette der Hexenkunst, um eine Niederlage bei der Abstimmung über die Steuerreform zu verhindern. Er erklärte, dies sei »das Gegenmittel«, das seine »Berater in Sachen Hexenkunst« ihm zur Anwendung gegen Regina 11 empfohlen hätten. □

Der Walfang geht weiter

Die Jahresversammlung der International Whaling Commission (IWC) in Glasgow, Schottland, wurde durch Ankündigungen aus Island, Japan, Norwegen und Rußland, daß man beabsichtige, den Walfang wiederaufzunehmen, in einen Tumult gestürzt. Island trat aus der IWC aus und gab die Gründung einer rivalisierenden Gruppe, die North Atlantic Marine Mammal Commission (Nordatlantische Kommission für Meeressäugetiere), bekannt und sagte, daß Norwegen, Grönland und die Färöer bereits zugestimmt hätten, der Kommission beizutreten.

Ein französischer Plan, in der Antarktis ein Walschutzgebiet einzurichten, wurde von der japanischen Walfang-Gesellschaft verurteilt, die sagte: »Der französische Vorschlag war ein abgekartetes Spiel einer Gruppe von alteingesessenen Geldauftreibern für den Umweltschutz, die schon seit den sechziger Jahren versuchten, den Wal in eine heilige Bargeldkuh zu verwandeln.«

»›Rettet den Wal‹ ist eine überholte Forderung. Die Bestände sind überreichlich«, sagte Gudmundur Eriksson, ein IWC-Beauftragter aus Island. »Die Kommission hat sich in der Weise strukturiert, daß eine tollwütige Minderheit den Trend der Kommission als Ganzes bestimmen kann.« □

Algerien und seine Wirtschaftsprobleme

Der algerische Premierminister Sid Ahmed Ghozali, der die Algerien durch den Internationalen Währungsfonds (IWF) auferlegte Sparpolitik schon vor dem Staatsstreich, bei dem der Präsident Mohammed Boudiaf am 29. Juni 1992 ermordet wurde, energisch vorangetrieben hatte, wurde am 9. Juli 1992 gestürzt und von Belaid Abdesselam abgelöst.

Abdesselam war ein Schlüssel-Statthalter des ehemaligen Präsidenten Houari Boumdienne. Als Minister für Industrie und Energie von 1965 bis 1977 beaufsichtigte er 1971 die Übernahme von Ölfeldern ausländischer Firmen durch den Staat im Jahre 1971, eine Maßnahme, die im darauffolgenden Jahr vom Irak und anschließend von den übrigen ölproduzierenden arabischen Ländern nachgeahmt wurde. Er leitete bis 1979 den Geschäftsbereich Leichtindustrien und saß bis Juni 1980 im Politbüro der FLN. Reuters und andere Nachrichtenagenturen haben davor gewarnt, daß Abdesselam die Privatisierung zurückweisen und die dirigistische Politik, die er früher betrieben hatte, wiederaufnehmen könnte.

In den achtziger Jahren, als der ehemalige Präsident Chadli Bedjedid mit der Privatisierungspolitik begann, verurteilte Abdesselam diese in aller Öffentlichkeit und führte die Opposition. Die Lösung für Algeriens Probleme, schrieb er in einem 1989 herausgegebenen Buch, ist die Wiedergeburt des algerischen Nationalismus. Kürzlich sagte er in bezug auf Privatisierung: »Wir müssen die Reformen komplett anfechten, um sie mit dem System in Einklang zu bringen und dieses in Kontinuität mit der Vergangenheit setzen.«

Wie berichtet wird, unterstützt er ausländische Beteiligung bei der Ausbeute des Ölreichtums Algeriens, wie sein Vorgänger, verdammte er aber den IWF als »unter dem Einfluß Frankreichs« stehend. □

Israel baut weiter Siedlungen

Das israelische Moratorium auf den Bau von neuen Siedlungen in den besetzten Gebieten, das von der neuen, von der Arbeiter-Partei geführten Regierung verkündet wurde, zu verzichten, um die zehn Milliarden Dollar an Darlehnsgarantien zu sichern, die von der Bush-Regierung suspendiert worden waren, ist nichts anderes als ein Public-Relations-Manöver.

Israel hat das grüne Licht für die Fertigstellung von 8700 Siedlungseinheiten, die zur Zeit im Bau sind, erteilt und verlangt nur den Stopp zukünftiger Siedlungen, für die weder die Shamir- noch die Rabin-Regierung ausreichend Gelder zur Verfügung haben, um sie fertigzustellen, berichtete die »New York Times«. □

Aids-Studie über afrikanische Bevölkerung

Eine in London herausgegebene Studie sieht einen Bevölkerungsrückgang in absoluten Zahlen in Afrika wegen der Aids-Seuche voraus. Roy M. Anderson, Leiter der Fakultät für Biologie am Imperial College of Science and Technology, und Robert M. May an der Oxford University sagen, daß in vielen afrikanischen Ländern die Bevölkerungswachstumsraten sich wegen Aids bald ins Negative verkehren werden – das heißt es werden mehr Menschen sterben als geboren werden.

Die Voraussagen wurden das letzte Jahr hindurch in medizinischen und wissenschaftlichen Zeitschriften veröffentlicht und sind nun von Dr. Anderson auf einer Internationalen Konferenz in Nairobi über ansteckende Krankheiten erweitert worden.

Laut »International Herald Tribune« wird in dem Anderson-May-Bericht behauptet, daß »innerhalb von 20 Jahren die Aids-Seuche in den am stärksten betroffenen afrikanischen Ländern die derzeit noch hohen Bevölkerungswachstumsraten ins Negative verkehren könnte. In Uganda, wo man glaubt daß 1,5 Millionen Menschen aus einer Bevölkerung von 16 Millionen mit HIV, dem Virus der Aids verursacht, infiziert sind, könnte die derzeitige Wachstumsrate von drei Prozent nach 2002 unter Null absinken, so daß mehr Menschen sterben als geboren werden. In 15 Jahren hätte Uganda dann 20 Prozent weniger Menschen. □

Deutsche Mark

Geldmenge – die Tücke des Objekts

Ausschlaggebend für die jüngste Erhöhung des Diskontsatzes hierzulande war das hohe Wachstumstempo der Geldmenge M3, mit der die Deutsche Bundesbank seit 1988 die monetäre Entwicklung mißt. Bei anderen Geldaggregaten sieht die Lage nicht so dramatisch aus – so läuft zum Beispiel M1 zur Zeit in ruhigeren Bahnen.



Die umlaufende Geldmenge hat für Politiker ungeahnte Tücken sowie Vor- und Nachteile.

Seit 1974 gibt sich die Bundesbank zu Beginn eines jeden Jahres einen Zielwert für das Wachstum der Geldbestände in der Wirtschaft vor. Weicht später die tatsächliche Entwicklung von der Zielvorgabe ab, ist sie zum Handeln gezwungen. Genauso verhält es sich seit einiger Zeit.

Anleger ziehen kurzfristige Geldanlagen vor

Die diesjährige Zielvorgabe für die Expansion der Geldmenge M3 beträgt 3,5 bis 5,5 Prozent. Tatsächlich wächst M3 seit Jahresbeginn etwa doppelt so schnell wie erwünscht.

Doch Ursache und Wirkung sind gar nicht so recht auseinanderzuhalten. Die Geldmenge M3 expandiert nicht zuletzt deshalb so rasant, weil die Bundesbank schon längere Zeit einen sehr restriktiven geldpolitischen Kurs fährt. Dadurch sind im kurzfristigen Bereich die Marktzinsen stark angestiegen. Folge: Die Anleger ziehen kurzfristige Geldanlagen, wie Termingelder, vor.

Der Boom der Termingelder

Im zweiten Quartal dieses Jahres lag der Bestand an Termineinlagen um ein Fünftel höher als vor Jahresfrist.
Damit ist eine starke Aufblähung der Geldmenge M3 programmiert. Denn die Termineinlagen bilden eine wichtige Teilmenge von M3 – neben Bargeld, Sichteinlagen und Spareinlagen.

Auf wesentlich flacherem Pfad expandiert dagegen schon seit Monaten die Geldmenge M1. Denn sie addiert sich allein aus dem Bargeldumlauf und den Sichteinlagen. Der Boom der Termmingelder geht an diesem Aggregat deshalb spurlos vorbei. Die schon bis dahin relativ verhaltene Entwicklung bei M1 hat im Mai nochmals deutlich an Tempo verloren, während sich die Expansion von M3 weiter auf 9,4 Prozent beschleunigte.

Hinter der aktuellen Situation verbirgt sich eine gewisse Ironie der geldpolitischen Geschichte. Denn M3 benutzt die Bundesbank erst seit 1988, nachdem sie zuvor auf die Zentralbankgeldmenge gesetzt hatte. Der Wechsel zugunsten von M3 erfolgte ausdrücklich deshalb, weil diese Zielvariable im Zeitraum 1987/88 ein weniger dramatisches Bild von der monetären Expansion vermittelt hatte als andere Geldmengen-Definitionen.

Starke Aufblähung der Geldmenge

Damals war die Situation genau umgekehrt wie heute. Die kurzfristigen Zinsen befanden sich auf einem historischen Tief: Termineinlagen brachten seinerzeit gerade drei Prozent Jahreszins. Zum Vergleich: Heute sind für größere Beträge mehr als acht Prozent zu erhalten.
Entsprechend gering war die Neigung zu kurzfristigen Geldanlagen. Die Kapitalmarktteilnehmer lösten sogar Terminguthaben auf und stockten dafür ihre Sichtguthaben und Bargeldbestände auf. Ergebnis:

Zur Regulierung der Geldmenge

Die Geldmenge M1, die sich aus Bargeldumlauf und Sichteinlagen zusammensetzt, expandierte kräftig. Ähnlich war es bei der Zentralbankgeldmenge. Denn sie besteht überwiegend aus Bargeldumlauf und Sichteinlagen.

Anders lief dagegen M3: Hier bildete sich das geänderte Anlageverhalten im Zeitraum 1987/88 nur als Umschichtung zwischen den einzelnen M3-Komponenten ab. In ihrer Summe zeigte sich kein nennenswerter Anstieg. Daher schien M3 als Indikator der Geldmengenentwicklung besser geeignet.

Die Schere zwischen M1 und M3 hat sich in die andere Richtung geöffnet. Doch gibt es für die Bundesbank keinen Grund, ihre Wahl von M3 zu bereuen. Denn erstens hat jede Geldmengendefinition ihre Vor- und Nachteile, die zeitlich variieren. Und zweitens hatten andere Notenbanken noch viel mehr mit der Tücke des Objekts Geldmenge zu kämpfen als die Frankfurter. Beispiel Großbritannien:

Ungeeignetes Mittel für die Politik

Die Bank von England hat in den achtziger Jahren mit insgesamt vier Geldmengen experimentiert. Am Ende hat sie es ganz aufgegeben, sich auf eine bestimmte Variable zu verlassen.

Ein britischer Wirtschaftsprofessor hat daraus eine ernüchternde Bilanz gezogen. Es ist als »Goodhart's Gesetz« bekanntgeworden: Jede Geldmenge erweist sich von dem Moment an als unbrauchbar, wo man sie für die praktische Politik benutzen will. □

Zentralbanken

Die Banker, das Geld und das Gold

C. Gordon Tether

Die Zentralbank von Belgien beschloß kürzlich, sich eines beträchtlichen Teiles ihres Goldbestandes zu entledigen. Aber aus verschiedenen und schwerwiegenden Gründen werden andere Zentralbanken diesem Beispiel wohl kaum folgen.

Washingtons Entscheidung von 1971, das »Goldfenster« des amerikanischen Finanzministeriums von 35 Dollar pro Unze zu schließen, hatte die Wirkung, den Dollar auf der Basis eines frei veränderlichen Devisenkurses im internationalen Börsengeschäft zu etablieren.

Die USA kehrten dem Gold den Rücken

Da andere Währungen die Gewohnheit hatten, sich nach dem Dollar zu richten, tat dieser das Gleiche für sie. Was kaum überraschend ist, eine Folge davon war, daß die Bedeutung des Goldes in der Funktion der Zahlungssysteme der Welt niedriger eingestuft wurde. Dies geschah nicht nur weil die Vereinigten Staaten dem Metall im gewissen Sinne den Rücken kehrten, indem sie erklärten, sie würden in Zukunft die Dollar-Schau ohne die Hilfe des Goldes über die Bühne gehen lassen. Es geschah auch, weil, als erst einmal offenkundig wurde, daß Druck auf eine Währung ausgeübt werden konnte, indem man es zuließ, daß sich ihr Wert verringerte, für Länder, die einen solchen Druck erlebten, keine Notwendigkeit mehr bestand, ihren Goldbestand anzugreifen, um dem entgegenzutreten. Dies war eine Entwicklung in internationalen Finanzangelegenheiten, die man hätte so auslegen können, als bedeute dies, daß die Gründe für eine Bewirtschaftung des Goldes in offiziellen Reserven, um mit einer Schlechtwetterlage fertigzuwerden, wesentlich schwächer geworden wären. Dies hätte man wiederum als ein Argument dafür ansehen können, offizielle Goldbestände zu verringern und die Erlöse dazu zu verwenden, das internationale Devisenelement in Zentralbankrücklagen aufzubauen. Schließlich tragen solche Vermögenswerte Zinsen und Gold nicht.

Fast ohne Ausnahme begannen die fortgeschrittenen Länder damit, ihre offiziellen Goldbestände so zu behandeln, als seien sie eingefroren. Anfangs mag sich diese Reaktion durch die Tatsache aufgedrängt haben, daß das Verschwinden der offiziellen Bindung zwischen dem Metall und dem Dollar den Weg zu einem Fortschritt bei diesem Metall freigelegt und der Preis des Metalls auf dem freien Markt den Rückzug angetreten hatte, nachdem er Anfang der achtziger Jahre eine Rekordhöhe von 840 Dollar pro Unze erreicht hatte.

Weltweite Reaktion zum Verschwinden der Bindung Dollar – Gold

Danach legten einige der unbedeutenderen Mitglieder der Völkergemeinschaft ein größeres Interesse an den Tag, ihre offiziellen Goldbestände zu manipulieren. Jedoch soweit dies die Länder der ersten Liga betraf, so wurde das Gold weitgehend immer noch so behandelt, als ob es zu einem permanent eingefrorenen Vermögenswert geworden wäre.

Man konnte zweifellos nur damit rechnen, daß im Laufe der Zeit irgendjemand die Frage aufwerfen würde, ob diese Politik weiterhin einen Sinn ergibt, angesichts der Tatsache, daß die internationale Finanzumwelt so weitreichende Veränderungen durchgemacht hatte, seit dem diese Politik vor mehr als zwei Jahrzehnten erstmals übernommen wurde. Daß eines der Länder der ersten Liga dies schließlich getan hatte, wurde vor wenigen Wochen offensichtlich.

Belgische Bank setzt Gold ab

Dann verkündete die belgische Zentralbank, daß sie etwa 200 Tonnen Gold – gleich ein Achtel des derzeitigen globalen Ausstoßes – auf dem Weltmarkt verkauft habe.

Die große Frage, die nun gestellt werden muß, ist, ob ein solcher Verkauf jetzt Mode wird. Es gibt nichts was verhindern kann, daß dies geschieht. Da offizielle Bestände auf etwa 30000 Tonnen geschätzt werden – das Fünfzehnfache des Jahresausstoßes der Goldfirmenindustrie – könnten die Folgen für diejenigen, die an dem Verhalten des Marktpreises dieses Metalls interessiert sind, schwerwiegender Natur sein.

Die Zeit ist natürlich noch früh. Die Zentralbanken anderer Länder mit beträchtlichen offiziellen Reserven werden natürlich von der belgischen Initiative Notiz genommen haben. Aber sie werden sich Zeit nehmen wollen, um in Erwägung zu ziehen, ob dies eine Initiative ist, die vorteilhaft ergriffen werden könnte.

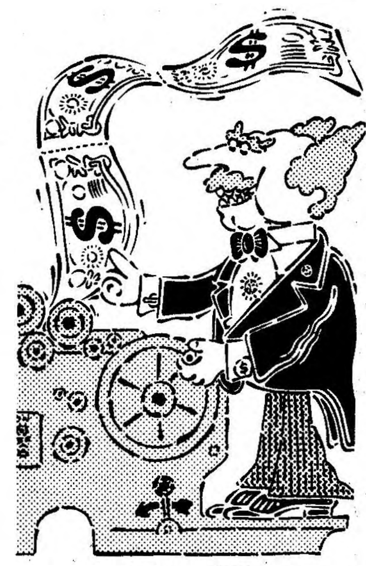
Der Weltgoldmarkt ist mit dem Verkauf der Belgier sehr gut fertiggeworden. Darüber hinaus reagierten einige Länder – darunter die Schweiz – auf die Nachricht der belgischen Operation mit einer Erklärung dahingehend, daß sie nicht die Absicht hätten, dem Beispiel zu folgen.
Soweit es die anderen größeren Länder mit beträchtlichen offiziellen Goldbeständen betrifft, ist es richtig, daß derzeit – wie auf einer kürzlich stattgefundenen Konferenz über die Zukunft des Metalls gesagt wurde – dort kein strategisches langfristiges Nachdenken über Goldreserven stattgefunden hat. Wenn der Schritt der Belgier auf ein solches Nachdenken drängt, dann liegen gewisse Tatsachen vor, die erkannt werden müssen.

Die Vorsicht der Zentralbanker

Eine besteht darin, daß ein allgemeiner Beginn damit, offizielle Bestände auf dem Weltmarkt abzuladen, in dem Sinne gegenproduktiv sein könnte, daß diese eine massive Abwertung dessen, was derzeit ein wertvoller Teil der Devisenbewstände ist, beschleunigen könnte.

Ein anderes Faktum ist, daß, obwohl Goldbestände bei der Funktion der Finanzmaschinerie der Welt nicht mehr die gleiche Rolle spielen wie zuvor, sie immer noch sehr nützlich sein können.
Wie der Generaldirektor der südafrikanischen Zentralbank auf der Konferenz ausführte, hatten sie dadurch eine wertvolle Rolle gespielt, daß sie sein Land in die Lage versetzten, mit den Pressionen fertigzuwerden, die ihm durch internationale Sanktionen auferlegt worden waren.

Zentralbanker sind vorsichtige Leute. Wenn sie zusätzliche Gründe dafür anführen wollen, daß sie keine besondere Eile an den Tag legen, um die Einfrierung der Goldbestände zu beenden, dann werden sie diese wahrscheinlich in der Erkenntnis finden, daß in einer Zeit, in der die internationale Finanzstruktur sich eindeutig in einem brüchigen Zustand befindet, es von wesentlicher Bedeutung ist, jeden Schritt zu vermeiden, der einen ihrer wenigen verbleibenden Stützpfeiler unterhöhlen könnte. □



Mitteldeutschland

Gebraucht werden weitere 1,5 Billionen DM

Die Wirtschaft kränkelt an rückständiger Produktionstechnik und hat kaum wettbewerbsfähige Produkte vorzuweisen. In vielen Betrieben ist der Kapitalstock noch derart veraltet, daß zukunftsorientierte Arbeitsplätze nicht garantiert werden können. Auch knapp zwei Jahre nach der Vereinigung sind kaum Signale für einen selbsttragenden Aufschwung erkennbar, so daß die neuen Bundesländer noch lange Zeit von westdeutschen Transferzahlungen abhängig bleiben.

Die Leistungskraft der mitteldeutschen Wirtschaft ist äußerst gering. Im vergangenen Jahr erwirtschafteten die neuen Bundesländer ein Bruttoinlandsprodukt von 183 Milliarden DM, das waren 6,6 Prozent des gesamtdeutschen Inlandsprodukts.

Fehlende Nachfrage nach heimischen Produkten

Das volkswirtschaftliche Leistungsverhältnis zwischen Ost- und Westdeutschland beträgt derzeit 1:14. Vor dem Hintergrund der Einwohnerrelation von 1:4 bekommt dieses Leistungsgefälle zusätzliche Schärfe. Der Status quo der mitteldeutschen Wirtschaft:

Die gesamtwirtschaftliche Produktion lag im ersten Quartal '92 um fast 40 Prozent niedriger als unmittelbar vor der Wirtschafts- und Währungsunion.
Die Ursachen lassen sich zu zwei Komplexen bündeln:

Die mitteldeutsche Wirtschaft mußte gravierende Exporteinbußen verkraften. Die gesamten Ausfuhren schrumpften von 1989 auf 1991 um fast 60 Prozent – drei Viertel davon entfielen allein auf das Osteuropa-Geschäft.

Insgesamt dürfte die Exportmisere für schätzungsweise ein Drittel des mitteldeutschen Produktionsrückgangs verantwortlich sein.

Noch gravierender schrumpfte die mitteldeutsche Nachfrage nach heimischen Produkten. Der aufgestaute Bedarf an Westwaren, die Einführung der D-Mark und die Milliarden-Transfers von West nach Ost ließen die Importe – vor allem aus Westdeutschland – regelrecht explodieren.

Die mitteldeutsche Gesamtnachfrage stieg von 1989 auf 1991 um 22 Prozent – gleichzeitig kletterten die Einfuhren um fast 270 Prozent. Damit deckten die Importe rund 54 Prozent der gesamten Güternachfrage in Mitteldeutschland.

Veraltete Maschinen und Anlagen

Ein Vergleich mit der Leistungsfähigkeit Westdeutschlands zeigt die Schwächen der mitteldeutschen Wirtschaft besonders deutlich auf.



Um die neuen Bundesländer endgültig zu integrieren, werden bis zum Jahr 2000 jährlich 130 Milliarden DM gebraucht.

Das Bruttosozialprodukt pro Einwohner betrug 1991 in Westdeutschland rund 41000 DM, in den neuen Ländern waren es rund 12000 DM.

Die Produktivität der Westdeutschen lag 1991 bei rund 89000 DM je Erwerbstätigen – die Mitteldeutschen kamen auf knapp 26000 DM.

Hinter dem Produktivitätsgefälle stecken drei Faktoren:

Rückständige Produktionstechnik:
Durch unzureichende volkswirtschaftliche Ersparnisse sowie Fehlallokation und Vergeudung von Produktionsmitteln mußten die Betriebe in der früheren DDR – Betriebe mit völlig veralteten Maschinen und Anlagen – arbeiten. Diese Rückständigkeit ist noch längst nicht überwunden.

Mangel an marktfähigen Produkten:
Einen Markt, auf dem sich die Wünsche der Verbraucher artikulieren können, gab es nicht. Die unzureichende Kapitalbildung und das Fehlen von zwischenbetrieblichem Wettbewerb taten ein übriges.

Selbst die wenigen Produkte, die zu DDR-Zeiten wettbewerbsfähig waren, sind heute wegen der rapide gestiegenen Lohnstückkosten aus dem Rennen.

Jedes Jahr weitere 130 Miliarden DM

Strukturkonservierende Arbeitsmarktpolitik:
Aus sozialpolitischen Motiven wird die im Umstrukturierungsprozeß notwendige Freisetzung von Arbeitskräften hinausgezögert oder gar verhindert. Das drückt die durchschnittliche Arbeitsproduktivität in der Logik der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung zusätzlich nach unten.

Daran ändert auch die Tatsache nichts, daß inzwischen viele Betriebe in den neuen Ländern beachtliche Produktivitätsfortschritte erzielen.

Die hohe Erwerbsquote in der ehemaligen DDR (1989: 60 Prozent) läßt sich unter marktwirtschaftlichen Vorzeichen nicht halten. Deshalb wäre es schon als Erfolg zu werten, wenn in den neuen Bundesländern ein ähnli-

ches Beschäftigungsniveau wie in Westdeutschland erreicht werden könnte – dazu wären in Mitteldeutschland rund sieben Millionen wettbewerbsfähige Arbeitsplätze nötig.

Um die fehlenden Arbeitsplätze zu schaffen und die vorhandenen zu modernisieren, wird ein Investitionsvolumen von rund 1150 Milliarden DM benötigt. Nach heutiger Rechnung sind das bis zum Jahr 2000 jährlich rund 130 Milliarden DM – wenn das Problem bis dahin gelöst sein soll.

Davon sind die neuen Länder noch ein gutes Stück entfernt:

Die Bruttoanlageinvestitionen erreichen in diesem Jahr voraussichtlich einen Wert von knapp 100 Milliarden DM – in Preisen von 1991 immerhin noch knapp 92 Milliarden DM. Drei Viertel davon sind direkt kapazitätswirksam und schaffen Arbeitsplätze.

Zu schnelle Anpassung der Löhne an Westniveau

Der notwendige Wandel in den Makro-Strukturen ist bereits in Gang gekommen. Das Verhältnis zwischen privatem Verbrauch, Staatsverbrauch und Investitionen hat sich seit 1990 in die richtige Richtung bewegt:

Von 1990 auf 1992 legten die Investitionen um rund 50 Prozent zu, der Staatsverbrauch blieb konstant, und der private Verbrauch wuchs um knapp zehn Prozent.

Für den schnellen Aufbau des Kapitalstocks müßte sich dieser Trend über Jahre hinweg behaupten. Doch zwei Faktoren bremsen den Investitions-Zug. Erstens: Der überwiegende Teil westdeutscher Transferzahlungen hat nach wie vor konsumtiven Charakter. Zweitens: Die schnelle Anpassung der Löhne an das Westniveau ist investitionsfeindlich.

Da die Mitteldeutschen überwiegend westdeutsche Industrie-Produkte nachfragen, üben die hohen Löhne nur geringe Impulse auf die mitteldeutsche Investitionstätigkeit aus – sie alimentieren vielmehr die Industrie-Konjunktur in Westdeutschland.

Schließlich hemmen die im Vergleich zur Produktivität viel zu hohen mitteldeutschen Löhne den dringend benötigten Zustrom von Investitionskapital aus dem Ausland.

Höhepunkt der Umverteilung ist das Jahr 1993

Ein Teil der Leistungs- und Einkommensunterschiede zwischen der mitteldeutschen und der westdeutschen Wirtschaft muß auch in den kommenden Jahren durch Transferzahlungen ausgeglichen werden.

In den Jahren 1992 bis 2000 addieren sich die West-Ost-Transfers auf rund 1,5 Billionen DM.

Voraussetzungen dieser Modellrechnung: Die westdeutsche Wirtschaft wächst in diesem Zeitraum um durchschnittlich zwei Prozent im Jahr, die mitteldeutsche um zehn Prozent. Zudem geht die Modellrechnung davon aus, daß das Einkommensniveau im Jahr 2000 rund 80 Prozent des westdeutschen ausmacht.

Höhepunkt der Umverteilung von West nach Ost wird wohl das Jahr 1993 sein: Knapp 186 Milliarden DM oder fast sieben Prozent des westdeutschen Sozialprodukts gehen dann über die Elbe.

Aber auch im Jahr 2000 werden noch gut 140 Milliarden DM transferiert – voraussichtlich also vier bis fünf Prozent des westdeutschen Bruttosozialproduktes.

Angesichts dieser Perspektive wächst in Westdeutschland die Furcht vor zusätzlichen Belastungen durch Steuer- und Beitragserhöhungen.

In der Tat wurde die Einheit bislang weit überwiegend durch eine höhere Staatsverschuldung finanziert. Das Bedenkliche an dieser Entwicklung: Mit den öffentlichen Krediten wurden vor allem konsumtive Transfers bestritten. Das Verschuldungsproblem ließe sich allein schon dadurch entschärfen, daß der investive Anteil an den Gesamttransfers von derzeit 25 bis 30 Prozent deutlich erhöht würde. Denn mit höheren Investitionen wird das potentielle Sozialprodukt gesteigert und damit die künftige Steuerbasis verbreitert. □

US-Dollar

Die abenteuerliche Geschichte der US-Bundesbank

Tim Madel

Das Jahr 1912 erwies sich als Wendepunkt in der amerikanischen Geschichte. Vor achtzig Jahren wurden dem amerikanischen Volk von Kräften innerhalb und außerhalb der Regierung zwei Entscheidungen aufgezwungen, die schließlich zu Amerikas heutigem Ansehen als größtes Schuldnerland der Welt führte, und die den Kurs der Vereinigten Staaten von Amerika nach unten und zum nationalen Bankrott sowie zur Weltregierung lenkten. Der Federal Reserve Act (Gesetz über das Zentralbankwesen), mit dem eine sich in privater Hand befindliche Zentralbank mit der Macht zur Schaffung des amerikanischen Dollar aus dem blauen Dunst heraus, Zinsen darauf zu erheben und sie zu emittieren, hat Banker über Jahre hinaus bereichert und die USA in den Bankrott getrieben. CODE berichtete in der Juni-Ausgabe über die Ereignisse, die am 23. Dezember 1913 zur Verabschiedung des Federal Reserve Act und zur Ratifizierung der 16. Verfassungsänderung (16th Amendment) führte. In dieser Folge wird über die betrügerische Masche berichtet mit der die wohlhabende Elite das Zentralbankgesetz verpackte, und es einem unterwürfigen amerikanischen Kongreß, mit wenigen bemerkenswerten und patriotischen Ausnahmen, verkaufte.

Nach seiner Rückkehr von Jekyll Island, US-Bundesstaat Georgia, und nachdem er sich zwei Wochen lang mit den führenden Bankköpfen von der Wall Street zurückgezogen hatte, verkündete US-Senator Nelson Aldrich, daß die National Monetary Commission in den letzten zwei Jahren schwer gearbeitet und mehr als 300000 Dollar ausgegeben habe. Und, erklärte er, die Kommission habe schließlich die Gesetzgebung zur Reform des Bankwesens ausgearbeitet, die das Land benötige, um Paniken wie die, die es 1907 erlebte, zu vermeiden.

Paul Warburg argumentierte bei den Verhandlungen auf Jekyll Island dahingehend, daß jemand anderes als Aldrich den Gesetzesentwurf in den amerikanischen Kongreß einbringen sollte, weil Aldrichs bekannte Verbindungen zur Wall Street die Durchbringung der Gesetzgebung behindern würde. Aldrich hatte Bindungen zum Tabak-Trust, der von der Familie Duke geleitet wurde, und zum Gummi-Trust, der von den Guggenheims geführt wurde.

Die Warnungen von Paul Warburg

Der Senator aus Rhode Island gerierte sich als Experte des Finanz- und Bankwesens, obwohl er auf diesem Gebiet niemals irgendwelche Erfahrungen gesammelt hatte. Aldrichs aufgeblasenes Ego war vorherrschend, und die Gesetzgebung war mit seinem Namen belastet. Professor Laurence Laughlin, ein Wirtschaftswissenschaftler an der

US-Dollar

Die abenteuerliche Geschichte der US-Bundesbank

University of Chicago und Lakai der Familie Rockefeller, sprach zu Warburg über »die potentiellen Schwierigkeiten, die er im Kongreß angetroffen habe, einen Gesetzesentwurf zu verabschieden, der mit dem Namen Aldrich in Zusammenhang steht«, genau wie Warburg vorhergesehen hatte.

Um die wahrgenommene Verbindung zwischen Aldrichs Plan und der Wall Street zu zerstreuen, nahm die Handelskammer von New York City, der Warburg als Mitglied angehörte, einen Geldreformplan eigener Prägung an. Der Plan war beinahe identisch mit Aldrichs Plan – beide wurden von Warburg schriftlich niedergelegt –, rief aber zur Zentralisierung der Reserven in New York statt an den vier vorgeschlagenen Banken quer durch das Land auf.

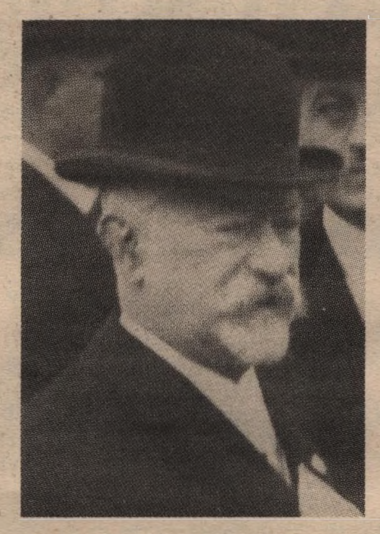
Das Vorbild war die Reichsbank

Um das Stigma einer Zentralbank zu vermeiden, wurde das in Aldrichs Gesetzesentwurf vorgeschlagene System mit »Federal Reserve Association« etikettiert. Aber in Wirklichkeit bestand der Plan darin, eine Zentralbank ähnlich der Deutschen Reichsbank ins Leben gerufen, über die Warburg umfangreich geschrieben hatte und für die er als Experte galt. Seine Familie besaß sogar einen beträchtlichen Anteil an der Reichsbank.

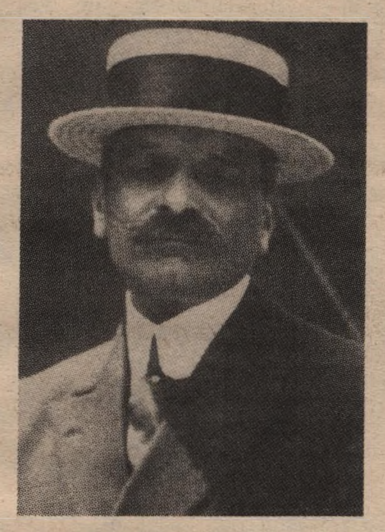
Edward Vreeland, Mitverfasser des Aldrich-Vreeland Act von 1908, sagte 1910: »Nach dem vorgeschlagenen monetären Plan des Senators Aldrich werden Monopole verschwinden, weil diese nicht in der Lage sein werden, mehr als vier Prozent Zinsen zu machen, und Monopole können bei einem so niedrigen Zinssatz nicht existieren. Ebenso wird dies das Verschwinden der Regierung aus dem Bankgeschäft einläuten.«

Bei dem zweiten Punkt lag Vreeland richtig, aber mit seiner Aussage, daß der Gesetzesentwurf das Ende der Monopole bedeuten würde, war er völlig auf dem Holzweg. In Wirklichkeit hat er ein Monopol geschaffen.

Die Zeitschrift »Nation« sah den Aldrich-Plan so, wie er wirklich war, und schrieb im Januar 1911: »Der Name ›Zentralbank‹ wird sorgfältig vermieden, aber die ›Federal Reserve Association‹, wie die vorgeschlagene zentrale Organisation genannt werden soll, bestitzt die Macht und Verantwortlichkeiten einer europäischen Zentralbank.«



Jacob Schiff kontrollierte im Interesse des Hauses Rothschild die Aktivitäten bei Kuhn Loeb.



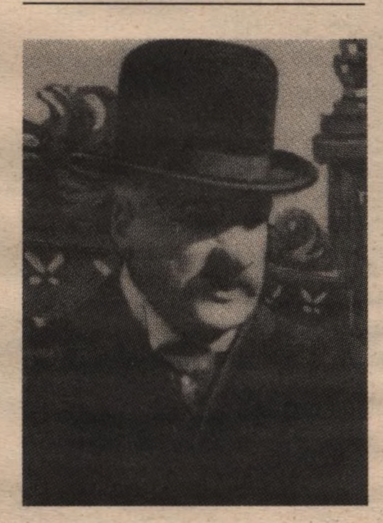
Paul Warburg bereitete mit aller Kraft die Gründung des amerikanischen Federal Reserve Systems vor.

Viele andere durchschauten die List und verurteilten Aldrichs Plan in Bausch und Bogen.

Wilbur Stone, ein Korrespondent für die »North American Review« schrieb im September 1911: »Senator Aldrich würde den Leuten das Geld abnehmen und den Bankern die völlige Macht über das Geld des Volkes verleihen. Es ist offensichtlich, daß es in einer derartigen Körperschaft von Bankern keine Chance für das Volk oder dessen Vertreter geben würde, ihre Wünsche wirksam zu vertreten, wenn diese mit denen der Bankeninteressen kollidieren.«

Der populistische Kongreßabgeordnete Charles Lindbergh meldete sich im Dezember 1911 lautstark gegen den Gesetzesentwurf zu Wort. Er sagte:

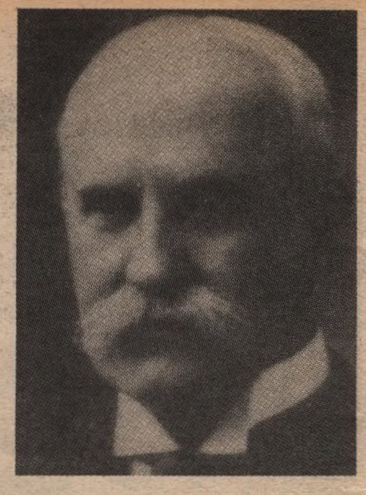
»Der Aldrich-Plan ist der Wall-Street-Plan. Er ist eine breit angelegte Herausforderung an die Regierung durch den Champion des Geld-Trusts. Es bedeutet, wenn notwendig, eine weitere Panik, um das Volk einzuschüchtern. Aldrich, von der Regierung bezahlt, um das Volk zu vertreten, schlägt stattdessen einen Plan für die Konzerne vor.
Es war ein sehr schlauer Schritt, daß die National Monetary Commission gegründet wurde.



J. P. Morgan war der amerikanische Repräsentant für das in Europa ansässige Rothschild-Bankimperium.

1907 reagierte die Natur auf die schönste Weise und schenkte dem Land die reichlichste Ernte, die es jemals gehabt hatte. Andere Industrien waren auch gut beschäftigt, und von einem objektiven Standpunkt aus gesehen waren alle Bedingungen für ein äußerst ertragreiches Jahr gegeben.

Stattdessen zog eine Panik enorme Verluste für uns nach sich. Wall Street wußte, daß die Menschen ein Mittel gegen die Wiederholung eines derart lächerlichen, unnatürlichen Zustands verlangten. Die meisten Senatoren und Abgeordneten gingen der Wall Street in die Falle



US-Senator Nelson Aldrich wurde zum großen Förderer der Pläne zur Währungsreform im amerikanischen Kongreß.



George Cortelyou nutzte als US-Finanzminister alle Möglichkeiten den internationalen Bankern zu helfen.



US-Präsident Theodore Roosevelt unterstützte und förderte die Pläne zur Privatisierung des US-Dollar.

und verabschiedeten das Aldrich-Vreeland Emergency Currency Bill (Währungs-Notstandsgesetz).

Aber der eigentliche Zweck bestand darin, eine monetäre Kommission zu haben, die einen Vorschlag zu Verbesserungen unserer Währungs- und Bankgesetze ausarbeiten würde, der dem Geld-Trust genehm ist. Die Interessensgruppen sind jetzt überall damit beschäftigt, die Leute für den Aldrich-Plan zu gewinnen.«

Die Taktik der Banker

Eine Gruppe die geschäftig den Gedanken einer flexiblen Währung und eines zentralen Rücklagesystems förderte, war die National Citizen's League, geleitet von Laughlin. In Chicago ansässig, um den Anschein zu erwekken, sie werde von regulären Geschäftsleuten und nicht von den Interessen der Wall Street gelenkt, unterstützte die Liga den Aldrich-Plan zunächst ganz offen.

Warburg sagte: »Die erste Presseerklärung der Liga hob deren Unparteilichkeit hervor und besagte, ihr Zweck bestehe darin, eine aktive Kampagne zur Währungsreform auf den allgemeinen Grundsätzen des Aldrich-Plans durchzuführen, ohne jede Einzelheit der National Reserve Association zu bestätigen.«

Als die Demokraten 1911 den Kongreß übernahmen, war es für jedermann augenscheinlich, daß der Aldrich-Plan vergessen war.

Die Banker an der Wall Street benötigen ein anderes Vehikel, um ihre Zentralbank in die Tat umzusetzen.

Da die Republikaner als Agenten der Wall Street angesehen wurden, entschlossen sich die Banker dazu, die Demokraten auszunutzen, um ihre Zentralbank zu bekommen. Dafür mußten einige Politiker, hauptsächlich Woodrow Wilson, gehegt und gepflegt werden.

Unter Anwendung einer gemeinsamen Taktik stellten die Banker sich scheinbar gegen die Gesetzgebung, die sie in Wirklichkeit unterstützten – wodurch sie ihren Standpunkt vernebelten, um das zu bekommen, was sie wollten.

Es muß an dieser Stelle gesagt werden, daß die Nation 1912 nichts über die Geheimsitzung wußte, die 1908 auf Jakyll Island stattgefunden hatte, auf der die Grundlagen für eine Zentralbank unter den »wheelers and dealers« (Mauschlern) der internationalen Finanzwelt und ihrer Sympathisanten im Kongreß ausgearbeitet wurden.

Die Strategie der Banker

Wie Eustace Mullins in seinem Buch »The Federal Reserve Conspiracy« ausführt: »Es gab in der amerikanischen Geschichte eine lange Tradition des Kriegs dagegen, dem Finanzwesen unseres Landes eine Zentralbank aufzudrängen, und es wurde bis 1896 ein fortwährender Kampf gegen eine totalitäre Beherrschung unserer Finanzressourcen geführt.

Es hatte mit Thomas Jeffersons Kampf gegen die First Bank of the United States begonnen. Es ging weiter mit Andrew Jacksons erfolgreichem Krieg gegen Nicholas Biddles Second Bank of the United States (Biddel wurde bei diesem Kampf von James Rothschild in Paris unterstützt); ein Kampf, der ein Finanz-Bürgerkrieg war, und er führte zur Einführung des Independent Sub-Treasury System, das angeblich die Gelder der Vereinigten Staat nicht in die Hände der Großbanker geraten ließ.

Weil sich unsere Gelder im Sub-Treasury System befanden, hatten die Banker die Geldpaniken von 1873, 1893 und 1907 beschleunigt und somit weitverbreitetes Leid im ganzen Lande verursacht und die Öffentlichkeit dazu aufgerüttelt, die Forderung zu stellen, daß der Kongreß ein Gesetz verabschieden sollte, um die Wiederkehr künstlich inspirierter Geldpaniken zu verhindern.«

Eine wirkliche Reform war natürlich Anathema für die Banker. Das war ein Grund, warum die National Monetary Commission mit Aldrich an der Spitze geschaffen wurde. Und obwohl sich die Leute darüber im klaren waren, daß die Kommission und Aldrich nichts taugten, ahnten sie kaum, daß die von den Demokraten versprochenen Reformen«, die Wodrow Wilson zur Macht brachten, die gleichen »Reformen« waren, die von Aldrich und den Republikanern vorangetrieben wurden.

In dem Bestreben, den Aldrich-Plan zu retten, verwies der von den Republikanern beherrschte Senat den Streitpunkt an einen Ausschuß für Anhörungen. Der Ausschuß wurde von Senator Arsene Pujo aus Louisiana geleitet.

Es war ein weiterer Fall bei dem Gleiche gegen Gleiche ermittelten, den der Kongreß so liebt, und der heute immer noch so gehandhabt wird wie damals. Pujo war ein Republikaner, ein guter Freund von Aldrich, gleichermaßen an die Wall-Street-Bande gebunden, reif für den Ruhestand und selbst Mitglied der National Monetary Commission.

Mit anderen Worten, der Pujo-Ausschuß untersuchte den von Pujo unterzeichneten Bericht, um festzustellen, ob der Bericht gut oder schlecht war. Die meisten Mitglieder des Kongreß unterstützten den Aldrich-Plan.

Ihre Beweggründe ware nicht ganz uneigennützig. Sie wußten ja woher ihre Wahlkampfgelder kamen.

Nicht jeder lag jedoch den Bankern auf der Tasche. zwei der stärksten Gegner des Aldrich-Plans waren der Senator Robert »Fightin' Bob« LaFollette aus Wisconsin und der Abgeordnete Charles A. Lindbergh aus Minnesota, der Vater des berühmten Fliegers. Beide Männer griffen den Aldrich-Plan als »Wall-Street-Plan« an, und lenkten durch ihre machtvollen Reden das Interesse des Volkes auf die Machenschaften des Geld-Trusts.

Es waren ihre Anklagen, die schließlich zu den Hearings des Pujo-Ausschusses führten. Bezeichnenderweise wurden weder Lindbergh noch LaFollette zur Teilnahme oder zur Zeugenaussage geladen. Der Kongreß hatte gegen sich selbst ermittelt und kam sich wunderbar vor.

Es ist interessant, festzustellen, daß der Anwalt für den Pujo-Ausschuß, Samuel Untermyer, ein New Yorker Anwalt war, der mit dem Aldrich-(Paul-)Warburg-Konzern identifiziert wurde.

Paul Warburg war natürlich ein Frontmann für die Finanziers, die Europa und schließlich Amerika in den Konflikt verwickelten, der als Erster Weltkrieg bekannt wurde. □

Rubel

Das Ende einer Währung

Estland und Lettland haben als erste der Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion eine eigene Währung eingeführt. Damit hat jetzt auch formal der Zerfall der ehemals einheitlichen Rubel-Zone eingesetzt. Von einer effizienten Neuordnung der Währungsverhältnisse in der Ex-UdSSR wird es entscheidend abhängen, ob der marktwirtschaftliche Transformationsprozeß in den Nachfolge-Staaten Erfolg hat.

Die heutige Situation des russischen Rubel ist ein getreues Spiegelbild der sowjetischen Wirtschaft nach siebzig Jahren kommunistischen Mißmanagements. Innere Zerrüttung und äußerer Zerfall haben zu einem währungspolitischen Chaos geführt. Die untrüglichen Symptome:

Der innere Kaufkraftschwund des Rubel nimmt in rasendem Tempo zu. Für das laufende Jahr wird nach offiziellen Schätzungen mit einem Preisanstieg von mindestens 1000 Prozent gerechnet – nach nur 86 Prozent 1991.

Der äußere Wertverlust hat sich ebenfalls dramatisch beschleunigt. Der amtliche Kurs lag Mitte Juli 1992 bei 151 Rubel pro Dollar. Bis zum Herbst 1990 war der Rubel noch offiziell mehr als einen US-Dollar wert.

Bei den regelmäßigen Devisenauktionen in Moskau wurde der Rubel in der ersten Jahreshälfte sogar noch deutlich niedriger notiert.

Die Rubel-Zone als einheitliches Währungsgebiet existiert nicht mehr. Estland und Lettland sind nur die ersten früheren Sowjet-Republiken, die eine eigene Währung eingeführt haben. Gleiches angekündigt haben neben Litauen als drittem baltischen Staat für die nahe Zukunft auch die Ukraine, Weißrußland, Moldawien, Armenien, Usbekistan, Aserbaidschan und Kasachstan. Schon im Vorfeld haben mehrere GUS-Länder währungspolitische Einzelaktionen gestartet.

Die Ukraine hat zu Jahresbeginn 1992 Coupons an die einheimische Bevölkerung ausgegeben. Mit ihnen werden Gebietsfremde vom Inlandsmarkt ausgeschlossen.

Weißrußland hat vorübergehend für den Rubel einen eigenen Wechselkurs bestimmt. Dieser lag zehn Rubel pro Dollar höher als der von der russischen Zentralbank in Moskau festgesetzte Kurs.

Das Abrücken zahlreicher GUS-Länder vom Rubel ist großenteils politisch motiviert. Die Währungshoheit ist für viele der neu gegründeten Staaten ein unverzichtbarer Bestandteil der staatlichen Souveränität. Daneben gibt es aber auch gute ökonomische Gründe für ein Verlassen der Rubel-Zone:



Es ist das größte Warenhaus der ehemaligen Sowjetunion: GUM. Die Initialen bedeuten: »Staatliches Warenhaus«.

Die Russische Republik hat bislang bei der Währungsstabilisierung kläglich versagt. Sie hatte nach dem Zerfall der Sowjetunion die Kontrolle über den Rubel an sich gerissen. Im Alleingang versprechen sich die einzelnen GUS-Länder bessere Chancen für monetäre Stabilität.

Eine eigene Währung ermöglicht dem einzelnen GUS-Land eine autonome Geldpolitik und damit gegebenenfalls eine Stimulierung der Wirtschaftsentwicklung im Inneren.

Das gesamte Gebiet der früheren UdSSR ist unter marktwirtschaftlichen Bedingungen vermutlich gar kein optimaler Währungsraum, der eine Einheitwährung rechtfertigen würde.

Ein geordnetes Verfahren für die Auflösung der Rubel-Zone ist derzeit nicht zu erkennen. Kurzsichtigkeit und nationale Egoismen bestimmen das Bild. Damit wächst die Gefahr, daß der ohnehin ins Stocken geratene Handel zwischen den GUS-Ländern durch Währungsprobleme noch weiter gestört wird.

Zur Erinnerung: Nach der Auflösung des Rats für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) Anfang 1991 ging der Handel unter den osteuropäischen Staaten um etwa die Hälfte zurück. Für viele Unternehmen bedeutete dies das wirtschaftliche Aus. Ein Zusammenbruch des Intra-GUS-Handels hätte wahrscheinlich noch drastischere Folgen. Denn zwischen den ehemaligen Sowjet-Republiken bestehen extreme ökonomische Abhängigkeiten:

Die Partnerstaaten Rußlands wickelten in der Vergangenheit praktisch ihren gesamten Außenhandel untereinander und mit Rußland ab.

Das Ziel kann zwar nicht sein, diese Handelsstrukturen langfristig zu konservieren. Denn hinter ihnen stand mehr die politische Willkür des alten Systems als ökonomisch sinnvolle Arbeitsteilung. Doch muß der Wechsel zu neuen, marktwirtschaftlichen Handelsstrukturen zeitlich gestreckt werden, um die Übergangsprobleme bewältigen zu

können. Dies setzt jedoch eine enge währungspolitische Kooperation unter den GUS-Ländern voraus. Kommt eine Rückkehr zur einheitlichen Rubel-Zone nicht in Frage, verbleiben vier grundsätzliche institutionelle Möglichkeiten.

Rubel-Raum: Im Unterschied zur Rubel-Zone haben die einzelnen Staaten nationale Währungen. Im Handel untereinander benutzen sie allerdings weiterhin den Rubel als gemeinsames internationales Zahlungsmittel. Historisches Vorbild für diese Konstruktion ist der Sterling-Raum, der von 1931 bis in die sechziger Jahre die Staaten des britischen Commonwealth währungspolitisch verband.

Ein solcher Rubel-Raum könnte die Vorteile einer eigenständigen Geldpolitik mit den niedrigen Transaktionskosten einer gemeinsamen Handelswährung verbinden. Aber: Ein Funktionieren des Systems setzt eine durchgreifende Sanierung des Rubel voraus. Ob Rußland das in absehbarer Zeit schafft, ist fraglich.

Dollar-Verrechnung: Das Qualitätsproblem des Rubel ließe sich umgehen, indem die GUS-Länder den Intra-Handel auf Basis des Dollar abwickeln. So wurde auch bei Auflösung des RGW verfahren.

Hauptproblem dabei: Es wären sehr hohe Dollarreserven erforderlich. Expertenschätzungen gehen von 100 Milliarden Dollar aus. Angesichts der allgemeinen Devisenknappheit in der GUS sind diese Beträge völlig realitätsfern. Folge: Die Importe müßten auf lebensnotwendige Waren beschränkt werden – Bürokraten würden wieder über die Versorgung entscheiden.

Zahlungsunion: Das Problem der Devisenknappheit ließe sich großenteils mit einer GUS-weiten Zahlungsunion lösen. In diesem Fall wird der Handel über die nationalen Währungen der Mitgliedsländer abgewickelt. Das Vorbild dafür könnte die Europäische Zahlungsunion (EZU) aus der unmittelbaren Nachkriegszeit sein.

Aber: Der handelschaffende Effekt einer Zahlungsunion hängt von der Bereitschaft der Überschußländer ab, den Defizitländern Waren gegen Kredit zu verkaufen. Das politische Klima dafür scheint gegenwärtig in der GUS alles andere als günstig. Schon heute duldet Rußland als traditionell hohes Überschußland nur noch begrenzte Defizite seiner Partner.

Currency Board: Eine radikale Währungsreform ergäbe sich bei Einführung einer gänzlich neuen Währung (»harter Rubel«) durch eine neue Notenbank – womöglich unter internationaler Kontrolle. Um eine strikte Begrenzung der Geldmenge zu gewährleisten, würde sie im Inland nur so viel Geld in Umlauf bringen, wie an ausländischen Devisen zufließen. Die Notenbank würde praktisch nur als Geldwechselstube fungieren; die neue Währung wäre stets zu 100 Prozent durch harte Devisen gedeckt. Zwei Versionen sind denkbar:

Der harte Rubel bleibt auf Rußland als Leitwährungsland innerhalb der GUS beschränkt.
Der harte Rubel gilt für den gesamten ehemaligen Sowjetraum wieder als Einheitswährung.
Vorteil in beiden Fällen: Währung und Notenbank genießen sofort hohes Vertrauen. Doch wäre bei dieser Lösung ein noch größerer Devisenvorrat erforderlich als bei Dollar-Verrechnung. Zudem ist fraglich, ob eine ausländische Kontrolle über die Geld- und Währungspolitik politisch überhaupt durchsetzbar wäre.

Alle Formen eines regionalen Währungssystems für den GUS-Raum sind im gegenwärtigen wirtschaftlichen Umfeld schwer zu realisieren. Geordnete Währungsbeziehungen unter den GUS-Ländern fangen freilich mit währungspolitischer Stabilität zu Hause an. Rückführung der Inflation durch Kontrolle der Geldmenge muß die Devise sein.
Solange diese Probleme nicht gelöst werden, kann auch westliche Unterstützung nichts bewirken. So haben die Industrieländer Rußland im Rahmen ihres 24 Milliarden Dollar Hilfsprogramms vom Frühjahr dieses Jahres die Einrichtung eines Stabilisierungsfonds für den Rubel in Höhe von sechs Milliarden Dollar zugesagt. Das Geld liegt allerdings so lange auf Eis, bis die Moskauer Währungsbehörden die Inflationsspirale gestoppt haben. □



Vereinigt mit DIAGNOSEN – das zeitkritische Magazin

CHEFREDAKTEUR: Ekkehard Franke-Gricksch.

DEUTSCHE REDAKTION: Gunther Burckhardt.

INTERNATIONALE REDAKTION: Afrika: Ivor Benson; Argentinien: Dr. Walter Beveraggi Allende; Australien: Les Shaw; Freies China: Joseph Yu-jui Ku; Großbritannien: Vivian Bird, C. Gordon Tether; Kanada: Patrick Walsh; Mexico: Arturo Ramirez; USA: Michael Collins Piper, George Nickolas, Alec de Montmorency, James P. Tucker; Zentralamerika: Moises D. J. Ulluo Durate.

NAHOST-REDAKTION: Victor Marchetti.

LAYOUT: Grafik Design Team, Reutlingen.

CODE hat eine Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit der amerikanischen Wochenzeitschrift »The Spotlight«, herausgegeben von der Cordite Fidelity Inc., 300 Independence Ave. S. E., Washington, D. C. 20003, USA.

CODE hat eine weitere Vereinbarung über die redaktionelle Zusammenarbeit mit dem amerikanischen Newsletter »New American View«, herausgegeben von Victor Marchetti, P. O. Box 999, Herndon, VA 22070, USA.

CODE veröffentlicht außerdem regelmäßig die Beiträge aus »The Journal of Historical Review«, herausgegeben von Theodore J. O'Keefe, Institute for Historical Review, P. O. Box 1306, Torrance, California 90505, USA.

CODE kostet als Einzelheft DM 10.– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Das Abonnement kostet jährlich DM 90.– einschließlich 7 % Mehrwertsteuer und Porto.

Der Abonnementpreis für das Ausland beträgt jährlich DM 90.– zuzüglich DM 15.– Versandkosten für den einfachen Postweg.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Das Jahresabonnement kann jeweils mit einer Frist von 8 Wochen zum Ablauf des Abonnementsjahres gekündigt werden. Zahlungen für das Abonnement bitte erst nach Erhalt einer Rechnung.

CODE darf nur mit Verlagsgenehmigung in Lesezirkeln geführt werden.

Satz und Repro: Fotosatz-Studio für Werbung und Satz
Wolfgang Schweikhardt, Reutlingen.
Druck: Greiserdruck, Rastatt.
Verantwortlich im Sinne des Pressegesetzes: Ekkehard Franke-Gricksch
Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg

CODE erscheint im **Verlag Diagnosen GdbR.** Untere Burghalde 51, D-7250 Leonberg, Telefon (0 71 52) 2 60 11, Fax (0 71 52) 2 83 40.
ISSN 0932-3473

Europa-Journal

Albanien unterzeichnet Kooperationsabkommen mit Griechenland

Albanische Gesandte unterzeichneten in Athen nach Gesprächen eine Kooperationsvereinbarung mit Griechenland über den Strom von Flüchtlingen von Albanien nach Griechenland, und über den gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus, das organisierte Verbrechen und den Schmuggel von illegalen Drogen. Den Gesprächen wohnte unteranderem Ibrahim Rugova, der Präsident der Albaner in Kosovo, der serbischen Provinz mit einer Mehrheit von Volksalbanern, der bei den Untergrundwahlen Anfang Juni 1992 gewählt wurde, bei. Die Auswirkungen des Embargos der Vereinten Nationen gegen Serbien-Montenegro auf den zwischenstaatlichen Handel an der Donau wurden ebenfalls erörtert.

In Athen kursierten Gerüchte, daß die türkische Regierung eine Anzahl von Vereinbarungen über die besonderen Beziehungen zu den Kosovo-Albanern unterzeichnen will, zusätzlich zu den Vereinbarungen über gegenseitige Hilfe, die bereits zwischen den Türken und den Albanern abgeschlossen worden sind. Wie verlautet, wird Rugova zu diesem Zweck in Kürze nach Ankara reisen.

Unterdessen unterzeichneten die Untergrundregierung von Kosovo und die albanische Regierung bei Gesprächen in Tirana Mitte Juli dieses Jahres einen Vertrag über wirtschaftliche Hilfe, der gemeinsame Projekte in der Energie-Entwicklung, Landwirtschaft und auf dem Bausektor beinhaltet.

Rugova, den das belgrader Regime als »illegal« erachtet, aber nicht bereit oder in der Lage dazu war, ihn festzunehmen, verhandelte über die Vereinbarungen mit dem albanischen Präsidenten Aleksander Meksi. Kosovo wird die Vereinbarungen nicht ohne Zustimmung Belgrads, das die Region unter enger militärischer Besetzung hält, in die Tat umsetzen können. Die Abkommen zwischen Rugova und Meksi könnten daher Gesichtspunkte serbischer Politik beinhalten, die bislang noch nicht bekanntgegeben worden sind. □

Rußland strebt größere Seerolle im Pazifik an

Rußland hat Verhandlungen mit Vietnam über den weiteren Zugang zum Marinestützpunkt Cam Ranh Bay eingeleitet, berichtete die »International Herald Tribune«. Der russische Außenminister Andrej Kosyrew sagte in einem Interview in Manila, Philippinen, wo er der Konferenz der Association of Southeast Asia Nations (ASEAN) beiwohnte, daß die russische Kriegsmarine lieber »ein weiteres Element der Stabilität« im Pazifik sein würde, anstatt als Gegenstand zur Konfrontation zu dienen.

Kosyrew meinte, er habe mit dem vietnamesischen Außenminister Nguyen Manh Cam »ein klares Abkommen« getroffen, daß russische Kriegsschiffe, die von Cam Ranh Bay aus operieren, mit keinen amerikanischen oder anderen Marinestreitkräften in der Gegend »zusammenstoßen« wollen.

Kozyrew äußerte weiterhin, daß mit Wirkung von 26. Juli 1992 die russische Kriegsmarine unter der alten russischen Flagge fahren werde. Wenn die ASEAN-Länder dies befürworten, dann würde er russische Schiffe dazu anspornen, Hafenbesuche abzustatten, wie amerikanische, britische und australische Schiffe das auch tun, und gemeinsame russische Übungen mit anderen Kriegsmarinen in der Region könnten folgen.

Der philippinische Außenminister Raul Manglapus kommentierte, daß die ASEAN-Länder Rußland als eine »pazifische Macht« betrachten und an Maßnahmen interessiert seien, die dazu beitragen, das »Gleichgewicht der Kräfte« aufrechtzuerhalten. □

Armenien klagt die Türkei an

Armenien erhob offiziell die Beschuldigung, daß türkische Offiziere die derzeitige Offensive in Aserbaidschan gegen die von Armeniern bewohnte Azeri-Enklave Karabakh, die am 12. Juni dieses Jahres begann, geplant haben und sie leiten. Armenien klagte an, daß die Türkei insgeheim sowjet-kompatible Waffen und Ausrüstungen, die sie von Deutschland aus ehemaligen DDR-Beständen erhielt, nach Aserbaidschan eingeschleust habe.

Aserbaidschan erklärte, seine Streitkräfte hätten etwa 20 Dörfer und die Stadt Shaumyan, nördlich von Karabakh, der Hauptstadt des Distrikts gleichen Namens, eingenommen.

Aserbaidschan habe türkische Soldaten, die kürzlich von der dort stationierten 4. Armee der GUS demobilisiert wurden, als Söldner angeworben.

Die armenische Regierung hob hervor, die Azeris hätten durch den Einsatz von Angriffshubschraubern und Bodenangriffsflugzeugen vom Typ SU-25 Frogfoot, Ausrüstung an die man unmöglich ohne Hilfe von Moskau herankommen könne, Erfolg gehabt. □

Italien will endlich etwas gegen die Mafia tun

Das italienische Kabinett hat eine Entscheidung gebilligt, 7000 Soldaten nach Sizilien zu entsenden, nachdem Richter Paolo Borsellino in Palermo durch eine Autobombe ermordet worden war. Die Entscheidung, die größte Ausschwärmung von Soldaten der Armee gegen die sizilianische Mafia seit Ende der vierziger Jahre, wurde getroffen, um die gemeinsame Aufgabe des Schutzes möglicher Ziele, wie Flughäfen, Straßen, Eisenbahnstrecken und Gerichtsgebäude, durchzuführen und sowohl nach Waffenverstecken als auch nach Mafia-Gangstern zu fahnden. Dreitausend Soldaten, darunter Einsatz-Fallschirmjäger und motorisierte Brigaden, werden auf Dauer in Sizilien bleiben, und andere werden alle 40 Tage abgelöst. Der Justizminister Claudio Martelli sagte: »Dies sind keine Muskelspiele oder Schauspielerei ... Dies wird eine größere Kontrolle und Sicherheit des Territoriums und vielfachen Schutz gegen das organisierte Verbrechen gewährleisten.«

Pietro Arlacchi, ein Berater für das italienische Innenministerium, deutete an, daß der Mord an Borsellino eine internationale Operation war. »Nicht die Mafia als solche war daran beteiligt, sondern ein Teil von ihr, die sogenannte Cosa Nostra, eine internationale Verbrecherorganisation, die sehr eng mit Nicht-Mafia-Kreisen zusammenarbeitet, die von verbrecherischen Geheimlogen bis zu Terroristengruppen des rechten Flügels reichen«.

Ein Aufruf zu »einem wirklichen Widerstand gegen die Übernahme durch die Mafia«, in dem die internationale Komponente der Destabilisierung Italiens erwähnt wird, wurde am 21. Juli 1992 von der regionalen sizilianischen Regierung, einer lokalen Version der Regierung der »nationalen Einheit«, erlassen, die kurz vor der Ermordung Borsellinos gebildet wurde. In dem Aufruf heißt es: »Es ist Zeit, ... die nationalen und internationalen dunklen Mächte zu entlarven; alle die zahlreichen Mafia-Kollaborateure, die sich in der Politik, in der Bürokratie, in der Geschäftswelt und in der Gesellschaft verbergen, zu finden und zu isolieren.« □

Französische Gruppe entlarvt Cousteau

Der französische Zweig des International Causus of Labor Committees (ICLC) startete eine mit »Völlige Zerstörung« bezeich-

nete Kampagne gegen Jacques Cousteau, einen malthusianischen Extremisten, der gesagt hat, daß »wir 350000 Personen pro Tag beseitigen sollen«.

Diese Worte, veröffentlicht in einem Interview, das er der »Unesco News« gegeben hatte, fielen Anfang Juli dieses Jahres auf ihn zurück, als er in der französischen Fernseh-Gesprächsrunde »L'heure de vérité« (»Die Stunde der Wahrheit«) auftrat. Einer der Journalisten, dem man im voraus ein Presse-Dossier verschafft hatte, war über Cousteaus Erklärung schockiert genug, um ihm ein paar direkte Fragen zu stellen.

Cousteau, der defensiv und ärgerlich wurde, als er über das Zitat in der »Unesco News« befragt wurde, behauptete, die Zeitung habe das, was er gesagt hatte, »verändert«. Der Reporter befragte ihn über ein anderes Zitat, wonach er gesagt haben soll, daß »Seuchen und Leiden zu eliminieren ein wunderbarer Gedanke, aber langfristig nicht zu verwirklichen sei«. Cousteau war sprachlos. Er wurde nur von einem anderen Journalisten gerettet, der das Thema wechselte.

Baggat Einadi und Adel Rifaat, die das Interview für die »Unesco News« geführt hatten, bestätigten, daß Cousteau diese Bemerkung tatsächlich gemacht hat, daß sie das Band mit dem Interview aufbewahrt haben, und daß Cousteau sogar noch unverschämtere Erklärungen abgegeben hat, die sie nicht abgedruckt hätten. Sie sagten auch, daß sie Cousteau die Niederschrift des Interviews zugeschickt hätten, so daß dieser es vor der Veröffentlichung korrigieren konnte. □

Britisches Parlament untersucht Milliarden der Königin

Britische Parlamentarier haben eine »noch nie dagewesene Untersuchung der 22,5 Millionen Dollar, die an die Königin und die königliche Familie ausgezahlt werden, angeordnet. Unruhe über die Rolle einiger der Mitglieder der Königsfamilie hat die Untersuchung ausgelöst«, schrieb die »Herald Sun« in Melbourne, Australien.

Das Parlamentsmitglied der britischen Labour Party, Alan Williams, sagte, es sei »völlig unpassend«, daß das Parlament niemals von seinem Recht, das während der Herrschaft des Königs Charles II. erworben wurde, Gebrauch gemacht hat, um zu untersuchen, ob das Land »den Wert des Geldes von der Monarchie bekommt. Ich glaube die Öffentlichkeit wird sich dessen bewußt, daß einige Mitglieder der königlichen Familie das Geld des Steuerzahlers für wenig oder gar keine Arbeit erhalten.«

Insbesondere wird in Frage gestellt, ob Prinz Andrew, Prinz Edward und Prinzessin Margaret auf den Ehrensoldlisten bleiben – das heißt bezahlt werden – sollten. Die Gesamtkosten für die königliche Familie belaufen sich auf 131 Millionen Dollar, von denen das meiste Geld vom britischen Steuerzahler kommt. □

Rußland und Moldawien im Krieg

Rußland und Moldawien befinden sich praktisch im Kriegszustand, erklärte der moldawische Präsident Snegur nach einer Notsitzung des moldawischen Parlaments. Er verkündete, Rußland habe einen »nicht erklärten Krieg« gegen Moldawien geführt.

Nur wenige Stunden zuvor war ein Munitionsdepot der in Moldawien stationierten 14. Armee der GUS in die Luft gesprengt worden, wobei 20 GUS-Soldaten getötet wurden. Die Behörden in Moskau verurteilten dies als einen »Akt des Terrorismus«.

Aus hochrangigen Geheimdienstkreisen erfuhren unsere Korrespondenten, daß die Lage in und um Moldawien äußerst ernst sei, und die Krise könne außer Kontrolle geraten. Folgende Elemente kämen noch hinzu:

Aus eigenen opportunistischen Gründen gewähren sowohl der georgianische Präsident Eduard Schewardnadze als auch der rumänische Präsident Ion Iliescu Moldawien ihre Unterstützung. Schewardnadze und Snegur gaben ein gemeinsames Kommuniqué heraus, indem der »russische Imperialismus« verurteilt wird.

Nach einer Sitzung zwischen dem russischen Präsidenten Boris Jelzin und dem ukrainischen Präsidenten Leonid Krawtschuk, gab Krawtschuk bekannt, daß die Ukrainer der Trans-Djnester-Region, wo Russen und Ukrainer leben, volle Rückendeckung geben werden.

Inzwischen gaben Jelzin, der russische Vizepräsident Aleksandr Rutskoj und der russische Verteidigungsminister General Pawel Gratschew scharfe Erklärungen ab, in denen Rußlands Absicht, seine Interessen und die Bevölkerung russischer Herkunft in Moldawien und Südossetia zu »schützen«, bekräftigt wird. □

Die kleinen Geschäfte der englischen Königin

Das Crown Estate, das im Namen der Königin von England Ländereien und Eigentum kauft, besitzt und verwaltet, hat White Horse Ferries angewiesen, sofort damit aufzuhören, einen Fährdienst über die Themse zwischen Tilbury und Gravesend zu betreiben, berichtete die Londoner »Financial Times«.

White Horse hatte den vorherigen Betreiber des Fährdienstes Anfang dieses Jahres herausgekauft, aber das Crown Estate (Gut der Krone) bleibt dabei, daß die Routenkonzession für die Fähre, die ununterbrochen seit 1086 in Betrieb ist, nicht übertragbar sei und nicht hätte verkauft werden dürfen. Der Zeitung zufolge wurde eine Konzession für die Fähre von Tilbury im 15. Jahrhundert von der königlichen Familie geerbt, und Konzessionen werden nach dem Ermessen der Krone vergeben.

Peter Lay, leitender Direktor von White Horse, sagte, das Crown Estate versuche ganz einfach, einen höheren Preis für die Tilbury-Konzession herauszuschinden. »Seine Beweggründe sind finanzieller Natur. Es will uns unter Druck setzen«, erklärte er. White Horse ignoriert derzeit die Verärgerung des Hauses von Windsor. Indessen enthüllte der Artikel der »Financial Times«, daß der Wert des Eigentums im Besitz der britischen Königsfamilie 1990 um mehr als 12 Prozent zusammengebrochen sei. Die Bewertung bezog sich nur auf Ländereien und Eigentum des Crown Estate. Es könnte möglich sein, daß andere Mitglieder der königlichen Familie noch weitere Holdings und Finanzinteressen als die des Crown Estate besitzen. □

Türkei schlägt Armenien ein Abkommen oder Krieg vor

Der türkische Außenminister Hikmet Cetin rief in einem Gespräch mit der spanischen Tageszeitung »El País« zu einem »Austausch von Territorien« zwischen Armenien und Aserbaidschan als Schlüssel zu einer »Regelung« über die von Armeniern bewohnte Enklave Nagorno-Karabakh in Aserbaidschan auf. Die Alternative, warnte er, ist ein Krieg auf breiter Basis, der sich weiter ausweitet. »Wenn es keine Lösung gibt, dann werden wir eine neue ›Nahost-Krise‹ erleben, die Probleme für die Türkei, für die Region und für Europa mit sich bringt.«

Cetin schlug in Erwartung einer bevorstehenden internationalen Konferenz über Nagorno-Karabakh vor, daß Armenien einen Landkorridor nach Nagorno-Karabakh bekommen soll, im Austausch für einen Landkorridor, der das von Azeris bevölkerte Nakhichewan mit dem eigentlichen Aserbaidschan verbindet.

Für Armenien würde ein derartiger Austausch bedeuten, souveränes armenisches Territorium aufzugeben, und seine Landverbindung mit dem Iran abzuschneiden, von der es wegen lebenswichtiger Versorgungen abhängt. Es wäre geografisch von der Türkei und Georgien abhängig. □

Maastricht-Vertrag

Prestige für Dänemark

C. Gordon Tether

Durch ihre Weigerung, sich am nächsten Stadium des europäischen Einigungsplans zu beteiligen, haben die Dänen allen Völkern der Welt einen wertvollen Dienst erwiesen.

Die mächtige Interessengruppe, die die europäische Einigung vertritt, führte ihre Kampagne von Anfang an auf der Grundlage der Behauptung, die Vorteile einer engeren Union zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft könnten ohne nennenswerte Nachteile in Anspruch genommen werden. Dies ist im wesentlichen die Art und Weise, in der sie den Maastricht-Vertrag – Gegenstand der kürzlichen Volksabstimmung in Dänemark – der Öffentlichkeit dargestellt haben. Aber ist eine solche Darstellung gerechtfertigt?

Es geht um die Souveränität der europäischen Staaten

Der Maastricht-Vertrag zielt darauf ab, den Zweck der Europäischen Gemeinschaft einen Schritt voranzutreiben, indem ihren Mitgliedstaaten an Stelle ihrer jeweiligen Landeswährung eine gemeinsame Währung verpaßt wird. Danach würde ihre gesamte Wirtschaftstätigkeit in dieser Einheitswährung ablaufen. Das Werbematerial legt den Schwerpunkt auf die Art und Weise, in der der Verkehr jeglicher Art über die Landesgrenzen hinweg durch den sich daraus ergebenden Wegfall von Paßkontrollen und Geldumtausch erleichtert würde.

Die Exponenten haben darüber hinaus die größten Anstrengungen unternommen, um die Tatsache zu verschleiern, daß ein solcher Schritt die Akzeptanz einer Vereinigung der grundlegendsten Art – politisch und sozial ebenso wie wirtschaftlich – darstellt. Denn, wie alle Staaten innerhalb der Vereinigten Staaten von Amerika bezeugen können, wenn erst einmal ein solches System vorhanden ist, dann ist auch die Freiheit der beteiligten Regionen, ihre Angelegenheiten selbst in die Hand zu nehmen, auf verhältnismäßig geringfügige Gesichtspunkte des wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Lebens ihrer jeweiligen Bevölkerung beschränkt.

Der eigentliche Hebel zur Macht

In der großen Debatte über die Einigung Europas ist dies alles heruntergespielt worden. Und doch ist es nicht schwierig, zu erkennen, daß dort, wo ein Land seine Währung mit anderen gemeinsam hat, es notwendigerweise auch seine Zinssatzpolitik – wie günstig oder ungünstig dies immer sein mag – mit den anderen Ländern im gleichen Währungsblock gemeinsam betreiben muß. Das Gleiche trifft auf die jeweilige Haushaltspolitik sowie Einwanderungsbeschränkung zu. Das einzelne Land mag eine Art von Parlament beibehalten. Aber die eigentlichen Hebel der Macht werden in den Händen der internationalen Körperschaft sein, die den Vorsitz über den Geldbereich führt. Es mag zwar möglich sein, daß jede Region Vertreter in ein zentrales Parlament entsendet. Aber dies ist auch der einzige Kontakt, den ihre Völker mit der Demokratie haben werden. Und dieser könnte sich in der Tat als ein sehr dürftiger Kontakt herausstellen.

Man hat versucht, aus dem bereits abgefahrenen Zug der europäischen Einigung eine wachsende Besorgnis der breiten Öffentlichkeit darüber abzuwerfen, auf was diese sich eigentlich einläßt, indem frischweg behauptet wurde, es sei »alles in Ordnung«. Bis das Stadium der Einführung der gemeinsamen Währung Ende der neunziger Jahre erreicht ist, so wurde argumentiert, werden sich die Wirtschaften der Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft einander weitgehend angepaßt haben. So weitgehend, daß der Übergang zur internationalisierten Leitung mehr oder weniger schmerzlos über die Bühne gehen wird.

Die Dänen haben die Gefahr erkannt

Die neuen gemeinsamen Zinssätze zum Beispiel, die von den Europäern eingehalten werden müssen, werden nahe bei denen liegen, mit denen sie bereits auf ihren jeweiligen nationalen Märkten operierten. Gleichermaßen werden die auf den Märkten für ihre jeweiligen Währungseinheit festgesetzten Werte so realistisch sein, daß der Verlust der Macht, sie zu ändern, keine Rolle mehr spielen wird.

Auf einer Vorausschau dieser Art verließ sich auch der britische Premierminister John Major, indem er behauptete, er bringe Britanniens lange hochgehaltene Souveränität mit seiner Zustimmung, daß das britische Pfund Sterling in dem Topf der europäischen Einheitswährung verschwinden darf, keineswegs in Gefahr, vorausgesetzt, daß zum Zeitpunkt dieses Wechsels das richtige Klima herrscht. So einfach liegen die Dinge natürlich nicht. Und genau dies hat die Mehrheit des dänischen Volkes erkannt, indem sie gegen diese Beteiligung ihres Landes an dem in Maastricht erträumten Einheitswährungsplan stimmte.

Es handelt sich darum, die gefährliche Annahme in Frage zu stellen, daß man, nur weil die Dinge in einem bestimmten Augenblick richtig liegen, unbedingt damit rechnen könne, daß dies auch so bleibt. In Wirklichkeit liegen die Dinge so, daß, wenn die Show mit der Einzelwährung erst einmal begonnen hat, sie im Einklang mit den auf der Maastricht-Konferenz getroffenen Entscheidungen unweigerlich weiterlaufen wird.

Wenn man damit rechnen könnte, daß alle Mitgliedstaaten des neuen vereinigten Gebietes anschließend so ziemlich den gleichen wirtschaftlichen Weg einschlagen werden, dann würde das kaum eine Rolle spielen.

Aber das kann keineswegs für bare Münze genommen werden. Wie könnten sie zum Beispiel angesichts der von der zentralen Organisation diktierten Zinssätze die Dinge in den Griff bekommen, wenn ihre eigenen wirtschaftlichen Umstände nach einem Zinssatzniveau verlangen, der beträchtlich höher oder niedriger liegt?

In gleicher Weise, was werden sie tun, wenn ihr Nichtvermögen, inflationäre Drücke im gleichen Ausmaß einzudämmen wie die anderen Mitglieder der Gemeinschaft, eine Lage herbeiführt, in der sie sich mit ihren Preisen selbst aus dem gemeinsamen Markt herauskatapultieren? Wenn Länder mit unterschiedlichen Währungssystemen operieren, dann können sie diese Klippe als letzte Zuflucht dadurch umschiffen, daß sie ihre eigene Währung weit genug abwerten, um ihre Produkte im Ausland billiger zu machen. Wenn sie aber erst einmal in einem Einheitswährungsgebiet gefangen sind, dann gibt es einen solchen Ausweg nicht.

Eine massive Sparpolitik im Inland – mit starkem Anstieg der Arbeitslosigkeit – wäre dann möglicherweise der einzige Ausweg. Es ist niemals offensichtlich gewesen, daß die Vorteile, die die Völker Westeuropas daraus ziehen könnten, daß sie sich einem neuen Superstaat unterwerfen, es rechtfertigten, die enormen Risiken einzugehen, die ein derartiges Experiment mit sich bringen würde. Der ganze Gedanke wirkt lächerlicher als je zuvor im Lichte dessen, was mit dem ähnlichen von Moskau errichteten Gebäude geschah und den katastrophalen Reibungen, die dessen Zusammenbruch erzeugt hat.

Trotz der Abstimmung für die Einheit in Irland ist eindeutig die Zeit für ein gründliches Überdenken der ganzen Angelegenheit gekommen. Und indem sie den Vorstoß der Europäischen Gemeinschaft in diesem äußerst ehrgeizigen Föderationsabenteuer zunächst einmal gestoppt haben, haben die Dänen dies unmißverständlich zum Ausdruck gebracht. □

Polen

Kleinvieh macht auch Mist

Seit Anfang 1989 sind in Polen 1721 Gemeinschaftsunternehmen mit deutscher Beteiligung genehmigt worden. Das deutsche Investitionskapital beläuft sich auf umgerechnet knapp 170 Millionen US-Dollar. Während der deutsche Mittelstand in Polen sehr aktiv ist, zögern Großunternehmen noch. Sie vermissen die für ihre Projekte notwendige Infrastruktur.

Ausländische Investoren haben es seit Juli 1991 viel leichter, sich an polnischen Unternehmen zu beteiligen. Das neue Joint-ventures-Gesetz sieht eine Genehmigungspflicht nur noch in bestimmten Fällen vor – etwa wenn Ausländer in Immobiliengesellschaften einsteigen, sich an Großhandelsunternehmen beteiligen, die mit importierten Konsumgütern handeln, oder Anteile von polnischen Aktiengesellschaften erwerben.

Uneingeschränkter Gewinntransfer

Außerdem wird jetzt der uneingeschränkte Gewinntransfer garantiert. Früher gab es lediglich eine dreijähige Befreiung von der Einkommensteuer. Auch die Mindesteinlagegrenze für Joint-ventures von 50000 US-Dollar wurde abgeschafft. Bleiben die Unternehmens-Gewinne in Polen, gibt es nunmehr Ermäßigungen bei der Einkommensteuer:
Bei Investitionen in High-Tech-Unternehmen und Branchen mit hoher Arbeitslosigkeit; beim Kauf von Aktien im Wert von mehr als zwei Millionen ECU; wenn mindestens 20 Prozent des Gesamtumsatzes durch Exporte erwirtschaftet werden.

Die weitgehende Aufhebung der Genehmigungspflicht für Kapitalbeteiligungen hat zur Folge, daß nur noch ein Teil des Joint-venture-Geschehens erfaßt wird. Die Angaben für den Zeitraum ab Oktober vergangenen Jahres beziehen sich deshalb nur auf genehmigte Joint-ventures.

Von Januar 1989 bis Ende September 1991 wurden insgesamt 4920 Genehmigungen erteilt. Die meisten Genehmigungen (1516) bekamen deutsche Investoren. Das ausländische Investitionskapital belief sich in diesem Zeitraum auf 694 Millionen US-Dollar.

Deutschland der größte Kapitalgeber

Größter Kapitalgeber im Zeitraum Januar 1989 bis September 1991 war Deutschland mit 161 Millionen US-Dollar. Es folgen mit Abstand die USA (76 Millionen US-Dollar), Frankreich (68 Millionen US-Dollar) und Schweden (55 Millionen US-Dollar). Das Durchschnittskapital pro Genehmigung betrug 141000 US-Dollar.

Der größte Teil der Joint-ventures wurde in den Bezirken Warschau, Posen, Kattowitz und Danzig gegründet – und zwar in folgenden Branchen: Handel, Dienstleistungen, Frucht- und Gemüseverarbeitung sowie Consulting.

Im Zeitraum Oktober 1991 bis Mitte April 1992 wurden insgesamt 767 Genehmigungen erteilt.

An Kapital flossen 83,5 Millionen US-Dollar ins Land. Beide Angaben betreffen jedoch nur Gemeinschaftsunternehmen, die noch unter die Genehmigungspflicht fallen.

Experten schätzen, daß Polen von Oktober '91 bis April '92 Joint-venture-Kapital im Wert von 200 bis 300 Millionen US-Dollar importiert hat.

Schwerpunkte westlicher Investitionen

Das meiste amtlich registrierte Kapital brachten die Holländer nach Polen – umgerechnet 17,6 Millionen US-Dollar. Ihnen dicht auf den Fersen sind die Amerikaner mit 17,4 Millionen US-Dollar. Die Bundesrepublik folgt erst an fünfter Stelle mit jetzt nur noch 7,2 Millionen US-Dollar.

Die relativ größten Kapitalanleger in Polen sind die Norweger: Pro Joint-venture haben sie 1,4 Millionen US-Dollar an Kapital eingebracht. Die Deutschen kommen lediglich auf 35000 US-Dollar je Gemeinschaftsunternehmen.

Insgesamt ist das Durchschnittskapital pro Genehmigung auf 110000 US-Dollar gesunken – das sind rund 30000 US-Dollar weniger als in der vorhergehenden Periode.

Schwerpunkte westlicher Investitionen waren in letzter Zeit die arbeitsintensiven Wirtschaftsbereiche: Dienstleistungen, Bekleidungsproduktion, Außenhandel, Gemüse- und Obstverarbeitung, Handel, Werbung, Übersetzungen und Consulting.

Auch die Branchenstruktur bestätigt, daß das Ziel der Joint-ventures-Reform von 1991 kaum erreicht wurde: Durch Kapitalanlagen größerer Firmen moderne Technologien nach Polen zu holen. Die meisten sind kleine Firmen mit weniger als 20 Beschäftigten. Die großen potentiellen Kapitalanleger aber bleiben zurückhaltend: Verhandlungen unter anderem mit Pepsi-Cola oder Siemens haben das bestätigt. Außerdem kommen die Investitionen von weltbekannten Firmen auf der Rechtsgrundlage des Privatisierungsgesetzes zustande – und damit außerhalb der Joint-venture-Gesetzgebung.

Die größten Barrieren für Kapitalanlagen

So hat FIAT 90 Prozent der Aktien des Pkw-Werkes Tychy gekauft. In der ersten Phase werden die Investitionen 850 Millionen US-Dollar, später zwei Milliarden US-Dollar betragen.

Der Trend geht auch bei deutsch-polnischen Joint-ventures zum Klein-Klein. Das Investitionskapital beträgt seit der Reform im Durchschnitt nur noch 35000 US-Dollar je Joint-venture. Im davorliegenden Zeitraum waren es 117000 US-Dollar.

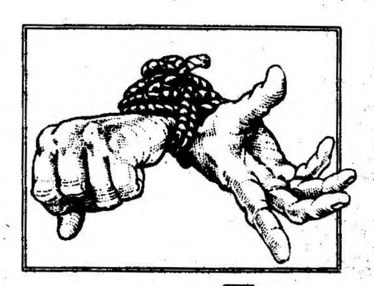
Die meisten deutsch-polnischen Gemeinschaftsunternehmen haben sich im Raum Warschau angesiedelt (324). Aber auch das deutsch-polnische Grenzgebiet ist bevorzugter Standort für Joint-ventures (Posen 194 Unternehmen, Kattowitz 191, Stettin 153, Danzig 100, Breslau 97, Grönberg 66). Persönliche Kontakte zwischen Geschäftsleuten beider Länder sowie deutschsprachige polnische Partner dürften diese Regionalstruktur erklären.

Außerdem sind viele deutsche Partner ehemalige polnische Staatsangehörige, die es im Westen zu etwas gebracht haben.

Die bekanntesten deutschen Investoren sind Krupp, Thyssen, Hoechst und Siemens. Möglicherweise haben sich jedoch noch weitere Firmen in Polen engagiert – in Bereichen, die nicht der Genehmigungspflicht unterliegen und damit statistisch nicht erfaßt werden.

Die größten Barrieren für Kapitalanleger in Polen sind: Probleme im Bereich der Telekommunikation, Schwierigkeiten im Umgang mit Behörden sowie Kompetenz-Lücken polnischer Manager.

Polen erwartet nicht zuletzt deshalb in diesem Jahr weniger ausländisches Investitionskapital als die Tschechoslowakei. So werden 1992 vermutlich nur 1,5 Milliarden US-Dollar an Beteiligungskapital nach Polen fließen. Tschechen und Slowaken dürfen dagegen auf 2,1 Milliarden DM hoffen. □



Frankreich

Die Arbeit von Betar-Tagar

Ralph Hemecaix

Amerikanische Gesetzesvollstreckungsbehörden stellen fest, daß eine gewalttätige Haßgruppe, Betar-Tagar, die fast völlig straflos in Europa operiert, jetzt in die Vereinigten Staaten kommt. Dieser Artikel wurde einem Bericht in der Ausgabe der Zeitschrift »Le Choc du Mois«, die in Paris erscheint, entnommen.

Die Philosophie der Betar-Bewegung und deren Studenten-Organisation, Tagar, besteht darin, Gespräche über Fragen, die Israel betreffen, zu vermeiden und stattdessen Gewalttätigkeiten gegen ihre Feinde zu begehen, einerlei ob es sich um nationale Rechte, die Araber – speziell Palästinenser – oder eine andere Person handelt, die der Betar-Ideologie Gleichgültigkeit oder gar Feindschaft entgegenbringt. Zeugnis hierfür legen ab zum Beispiel die Niederschlagung eines asiatischen Oberschülers außerhalb seiner Schule, weil er sich weigerte, ein Flugblatt entgegenzunehmen; oder die beiden Saudis, die in der Innenstadt von Paris angegriffen wurden, nachdem sie von einer Demonstration gegen den Vorsitzenden der Palestine Liberation Organization (PLO) Jassir Arafat weggelaufen waren.

Betar in Terrorismus verwickelt

Die Betar wurde 1923 in Riga, Lettland, von Zeev Jabotinsky, einem fanatischen Anhänger des Zionismus, gegründet. Das selbstverkündete Ziel seiner neuen aktivistischen Gruppe war, »die Erziehung eines neuen Typs von Juden, die Gründung eines Judenstaates innerhalb der historischen Grenzen Israels und die Umsiedlung der im Exil lebenden Juden in die Heimat ihrer Väter«.

Ein Betar-Kapitel wurde 1928 in Paris von Victor Mirkine gegründet, und sein Hauptziel bestand darin, Mitglieder der jüdischen Gemeinde auf ihre zukünftigen Pflichten als israelische Bürger vorzubereiten.

Während der britischen Besetzung Palästinas machten Mitglieder den Großteil terroristischer Kommandos wie Irgun und Stern aus; 1968 schloß sich die Betar mit den Gruppen Massada und B'nai Zeev, die der israelischen politischen Partei Herut angegliedert waren, zusammen. Ganz gleich wie sie sich gerade nannte, die Aufgabe der Betar bestand darin, den bewaffneten Kampf gegen alle Formen des Antizionismus zu führen.

1970 verkündete Jean-François Galvaire, ein Führer der nationalistischen Gruppe Ordre Nouveau, daß die Betar während der Studentenaufstände in Paris im Jahre 1968 mit seiner Organisation zusammengearbeitet hat. Die Betar bestritt dies, aber die Fakten scheinen Galvaires Behauptungen zu bestätigen, die zionistische Gruppe habe Kommando-Operationen gegen linksstehende Studenten und vermutliche Antizionisten durchgeführt. Zu der Zeit brachte die Betar auch zwei Zeitschriften auf monatlicher Basis und eine dritte als Vierteljahreszeitschrift heraus.

Unter den Teilnehmern des 6. Zionistenkongresses 1903 sitzt Theodor Herzl (zweite Reihe mit gekreuzten Armen), Begründer des politischen Zionismus.



In Tel Aviv verkündet David Ben Gurion gleich nach dem Abzug der britischen Truppen den Staat Israel.

Aber seitdem scheint die Betar zu einem Geheimnis geworden zu sein. In jüdischen Buchläden in Paris ist die Gruppe zwar bekannt, aber ihr Gedankengut steht nicht mehr zur Verteilung zur Verfügung. Sie scheint zumindest auf einer halb untergrundähnlichen Basis zu operieren, vielleicht, weil sie sich jetzt nach Unterstützung durch höhere Ebenen der französischen Regierung umsieht.

Françoise Castro, Gattin des ehemaligen Ministerpräsidenten Laurent Fabius und Gründerin des Klubs Judentum und Sozialismus im Jahre 1986, sagte in einer Rede im März 1986, daß »die Linke zionistischen Milizen gestattet hat, in Judenviertel in Paris sowie in Toulouse einzudringen. Diese Milizen stehen in regelmäßiger Verbindung mit dem Innenministerium«.

Betar ist nicht zu kontrollieren

Es ist angesichts ihrer Verbindungen zur französischen Regierung höchst unwahrscheinlich, daß Frau Castro sich etwa geirrt haben könnte. Die Betar kann also straflos handeln.

Die Tageszeitung des linken Flügels »Libération« druckte am 14. Oktober 1986 die Fotografie eines Angehörigen der Miliz, bewaffnet mit einer Maschinenpistole auf einem Dach im Judenviertel von Paris, der die Straße unten überwacht. Keine Anklage wurde jemals erhoben.

Mittlerweile erhielt die Betar Unterstützung von Organisationen wie das Center for Study and Research into Contemporary anti-Semitism (Zentrum zur Studie und Erforschung des zeitgenössi-



Lord Balfour (links), ein britischer Verbündeter des Zionismus, bei der Einweihung der Hebräischen Universität; in Universitätstracht Sir Herbert Samuel, Juda Magnes, der Rektor, und rechts Chaim Weizmann.

schen Antisemitismus), das sich aus angesehenen Verbänden wie das Institut für jüdische Angelegenheiten zusammensetzt. Betar scheint finanziell von Verträgen mit der Jewish-Agency, eines Arms des Jüdischen Weltkongreß, zu profitieren. Die Agentur spielt eine aktive Rolle bei der Ausbildung von Führern und der Finanzierung von Programmen, die sich mit jüdischer Kultur, Bildung und religiösen Praktiken befassen.

Die Betar, auch als Jüdische Verteidigungs-Organisation bekannt – nicht zu verwechseln mit der amerikanischen Gruppe gleichen Namens –, führte einen blutigen Angriff auf Mitglieder nationaler Gruppen, die im Mai 1988 eine Parade zu Ehren der französischen Nationalheldin Johanna von Orleans abhielten. Etwa 150 Mitglieder der Tagar, des Jugendflügels der Betar, störten nicht nur die Parade, als sie sich dem Louvre näherte, und griff viele der Teilnehmer an, sondern plünderten auch ein in der Nähe liegendes Geschäft aus.

Betars Verbindung zu Israel

Mosche Cohen, der Tagar leitet, ist ehemaliger Leutnant der israelischen Armee und repräsentiert klar und deutlich den nahöstlichen Kleinstaat als Manager der etwa 100 Tagar-Gruppen im Bereich von Paris. Er trat für die »Rückkehr« aller französischen Juden nach Israel ein, und gibt unverhohlen zu, daß er sich nur auf Gewalt verläßt: »Wir schlagen sie nieder, und wenn es notwendig ist, immer wieder!«
Betars Präsident, Marc Gutkin, ein eingebürgerter französischer Bürger, der in der Sowjetunion geboren wurde, ist Attaché der Israelischen Botschaft in Paris.
Die Betar besitzt ein Schloß in Sarcelles bei Paris, wo militante Mitglieder sich zweimal in der Woche zur israelischen Kampfausbildung treffen. Ein Slogan lautet: »Israel wird leben, Israel wird siegen.«

»Um uns zu verteidigen, müssen wir angreifen. Wir führen notfalls Krieg.«

Zur Indoktrination gehören Scheinnachtangriffe auf wahrgenommene Feinde, Aktivitäten bei denen auch Mädchen aufgefordert werden, teilzunehmen. Ein Mitglied wird von einem Journalisten folgendermaßen zitiert: »Um uns zu verteidigen, müssen wir angreifen. Wir führen notfalls Krieg.«

Ein anderer erklärte: »In dem Aufstieg des Führers der Front National, Jean-Marie Le Pen, erkennen wir die Gefahr des Antisemitismus. Abgesehen davon gibt es noch die Revisionisten, deren Anzahl phantastische Höhen erreicht. Wir sind hier, um diese Invasion zu stoppen.«
Es ist doppelt erschreckend, sich zu vergegenwärtigen, daß die Betar die Unterstützung von Leuten auf den höchsten Ebenen der französischen Regierung genießt. □

Geheimdienste

Ein Mossad-Agent stellt sich der Diskussion

Der ehemalige Agent des israelischen Geheimdienstes Mossad, Victor Ostrovsky, stellt sich in einem Interview den Fragen von CODE-Mitarbeiter Tom Valentine. Ostrovsky sprach über Israels derzeitige Beziehungen zu den Vereinigten Staaten, die Tätigkeiten und die Geschichte des Mossads sowie über die Macht der Israel-Lobby im heutigen Amerika. Als Verfasser des Buches »By Way of Deception: The Making and Unmaking of a Mossad Officer« lebt Ostrovsky heute in Kanada.

Würden Sie zustimmen, wenn ich sage, daß Israel in Extremen wahrgenommen wird – das heißt Israel wird entweder geliebt oder gehaßt?

Ostrovsky: Israel war schon immer so. Dies geschieht, wenn man sozusagen dicht am Rand lebt. Denn einige, als sie glaubten, wir (Israel) bewegten uns vom Rand weg und könnten vielleicht etwas Stabilität bekommen, beschlossen, uns glauben zu lassen, daß wir immer noch am Rande leben, nur um die Dinge so zu belassen, wie sie sind.

Das hört sich genau so an, wie das, was der amerikanische CIA dem amerikanischen Volk antun könnte.

Ostrovsky: Ich weiß nicht viel über den CIA, aber ich weiß, daß der CIA etwas hat, was der Mossad nicht hat – irgendeinen Aufsichtsausschuß. Der Mossad hat nichts dergleichen.

Victor Ostrovsky, Ex-Mossad-Agent und Autor des Buches »By Way of Deception«, berichtet in einem Interview über die Arbeit des israelischen Geheimdienstes.

Der Mossad ist völlig unabhängig

Mit anderen Worten, Israels Mossad ist Ihrer Auffassung nach viel unabhängiger als sogar der CIA?

Ostrovsky: Oh ja, ganz entschieden. In meinem Buch »By Way of Deception« habe ich ein Dokument mit hineingenommen, das sich mit dem dänischen Geheimdienst befaßt, um darzulegen, wie der Mossad einen ausländischen Geheimdienst betrachtet.

Eines der Dinge, die der Mossad von sich gab, war, daß der dänische Dienst wegen der Überwachung durch die Regierung sehr eingeschränkt sei, um Verstöße gegen die Menschenrechte zu verhindern. Er ist daher begrenzt, und nach Auffassung des Mossad würde dieser für den dänischen Geheimdienst kaum Verwendung haben. So etwas kann dem Mossad nicht passieren, denn er ist völlig frei. Wenn man von einer »loose cannon« (»bewegliche Kanone«) redet, es gibt nichts Beweglicheres als den Mossad.

Wie kamen Sie auf den Titel »By Way of Deception« für Ihr Buch?

Ostrovsky: Das gehört zum Glaubensbekenntnis des Mossad: »Auf dem Wege des Betrugs wirst du Krieg führen«.

Wie weit geht die Existenz von Israels Mossad zurück?

Ostrovsky: Bevor der Staat Israel entstand, gab es eine jüdische Untergrundbewegung, und diese setzte sich aus mehreren Teilen zusammen. Ein Teil stellte das dar, was dann später zum rechten Flügel Israels wurde – die Jabotinsky-Bewegung, die Menachem Begin und Yitzhak Shamir in ihren Reihen hatte.

Dann gab es den linken Flügel, zu dem die Gruppe um David Ben-Gurion gehörte. Zu Ben-Gurions Gruppe gehörte ein Element, das sich die Haganah nannte. Darin gab es eine Abteilung für Sondernachrichten.

Eine sehr mächtige Organisation

Dies waren im Grunde genommen Leute, die aus dem britischen Geheimdienst und aus anderen Geheimdiensten kamen, mit denen sie während des Zweiten Weltkriegs zusammengearbeitet hatten. Sie hatten Erfahrung im Geheimdienstwesen, und sie begannen mit der Sammlung von Informationen, wohl wissend, daß dies wichtig war, wenn man einen Krieg beginnt oder wenn eine kriegsähnliche Situation vorherrscht.

Später, 1948, nach der Gründung Israels, wurde die Haganah zu einer Unterabteilung der Regierung. Es war jedoch eigentlich noch nicht der Mossad. Das Nachrichtenwesen wurde vom Militär betrieben.

Dann, Anfang der fünfziger Jahre, wurde beschlossen, einen offiziellen Geheimdienst ins Leben zu rufen. Man nannte ihn »das Institut«. »Mossad« ist das hebräische Wort für »Institut«.

Es ist das Institute for Intelligence and Special Operationen (Institut für geheime Nachrichten und Sondereinsätze).

Isser Harel wurde die Leitung des Mossad übertragen, sowohl des internen wie auch des externen Nachrichtendienstes; es war so, als wäre er der Direktor des amerikanischen FBI und des amerikanischen CIA in einem gewesen. Er war der Chef aller Geheimdienstkörperschaften für Israel, und daher war der Mossad der Filter für den gesamten israelischen Geheimdienst, da auch der militärische Geheimdienst für die Nachrichtenauswertung zuständig war.

Der Staat hat vor allem Vorrang

So ist es heute immer noch, aber Israel trennt heute zwischen dem Mossad und der inneren Sicherheit. Jetzt gibt es zwei getrennte Körperschaften genau wie in den Vereinigten Staaten.

Was ist die Gruppe, von der wir hörten, daß sie »Betar« genannt wird?

Ostrovsky: Betar ist eine politische Bewegung – die Jabotinsky-Bewegung. Es ist im wesentlichen eine faschistische Bewegung in ihrem Kern. Sie müssen sich vergegenwärtigen, daß die Jabotinsky-Bewegung zu der Zeit gegründet wurde, als der Faschismus in Europa im Aufstieg begriffen war.

Jabotinsky und Begin und besonders Shamir folgten dem faschistischen Glaubensbekenntnis. Sie glaubten, daß der Staat vor allem Vorrang habe. Vor dem Kriege wurde Jabotinsky von seinen Anhängern tatsächlich »il duce« genannt – wie Benito Mussolini –. Die Uniformen der Jabotinsky-Bewegung waren Braunhemden mit einem Sam-Browne-Gürtel. Ihr Lied klang etwa so: »Mit Blut und Schweiß werden wir uns eine Rasse – gütig, majestätisch und grausam – aufbauen.«

Das ist immer noch ihre Titelmelodie. Sie singen es heute noch. Betar ist heute eine Jugendbewegung. Jedoch selbst die Idealisten innerhalb der Bewegung des rechten Flügels haben ihre Ideale verloren. jetzt sind es nur noch Rowdies.

Was ist das für eine Gruppe, die als Tagar bekannt ist? Wir haben gehört, daß die Tagar-Bewegung wächst und ihren Einfluß sogar auf die Vereinigten Staaten ausdehnt.

Ostrovsky: Tagar bedeutet »Ruf zu den Waffen«, oder »Herausforderung«. Dies ist eine Randgruppe und weder in Israel noch in jüdischen Gemeinden im Ausland eine Schlüsselgruppe.

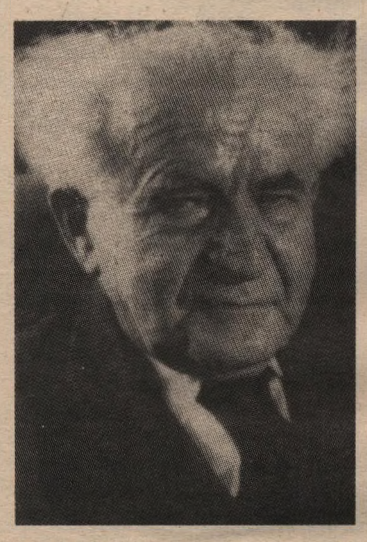
Sie müssen sich jedoch darüber im klaren sein, daß die meisten Anführer jüdischer Gemeinden, vor allem in Nordamerika, am äußersten rechten Flügel stehen, soweit es israelische Politik betrifft.

Wenn man dort nicht steht, wird man von der eigenen Gruppe ausgestoßen. Mit anderen Worten, wenn man innerhalb der jüdischen Gemeinde dem linken Flügel angehört – das heißt der israelischen Politik kritisch gegenübersteht – kann man viele Stimmen verlieren.

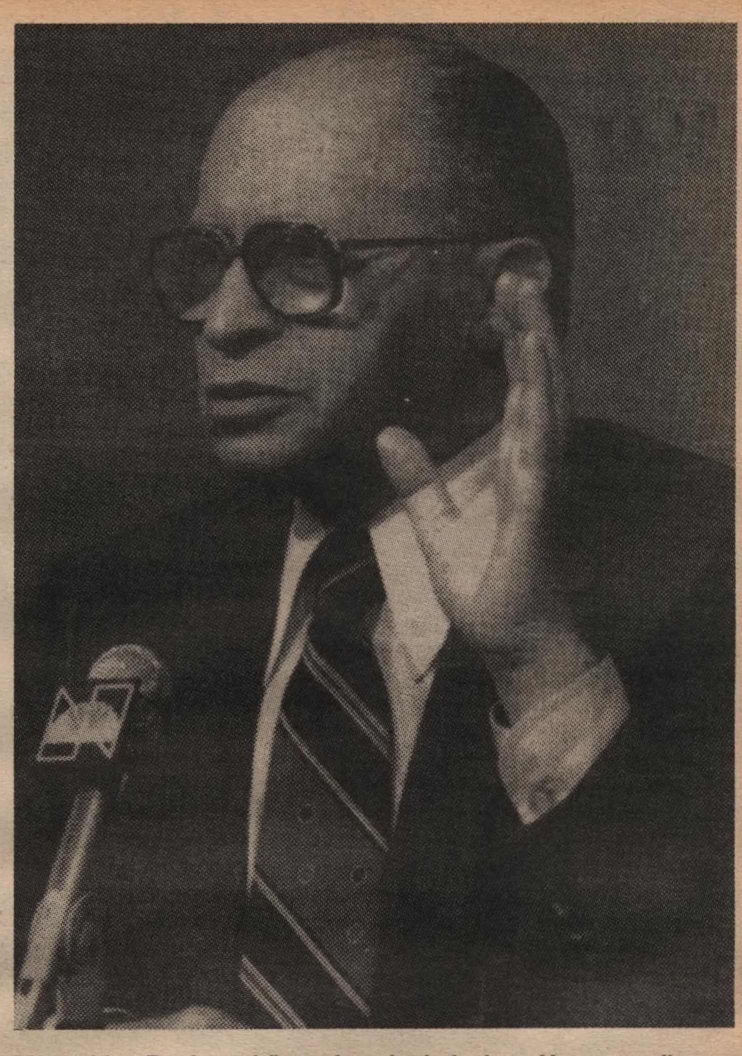
Ist Israels neuer Führer, Yitzhak Rabin, wirklich ein »Liberaler« wie er dargestellt wurde?

Ostrovsky: Nein, das ist er nicht. Sie müssen das israelische politische Spektrum in die richtige Perspektive setzen. Dann haben sie Ihre Rechten, Linken und das Zentrum. Rabin steht am rechten Flügel innerhalb einer Partei des linken Flügels.

Freut sich der Mossad über die Macht der Israel-Lobby in Amerika?



David Ben Gurion war Israels erster Präsident, aber er hatte nicht die Kontrolle über die Dinge.



Menachim Begin gehörte der zionistischen Untergrundbewegung, die Jabotinksky-Bewegung, an.



Der ehemalige Premierminister Yitzhak Shamir war überzeugt, daß er die westlichen Steuerzahler im Namen einer »gemeinsamen militärischen Verteidigung« melken konnte.

Ostrovsky: Selbstverständlich. Das ist eine ganz natürliche Angelegenheit. Das amerikanische System läßt so etwas zu. Viele Jahre lang ritt Israel auf der Welle des Kalten Krieges, gab sich als demokratischer Stützpunkt im Nahen Osten aus, und so fort. Die Palästinenser spielen in den Vereinigten Staaten natürlich



Der zurückgetretene US-Außenminister James Baker versuchte Palästinenser und Israelis an einen Tisch zu bringen.

Geheimdienste

Ein Mossad-Agent stellt sich der Diskussion

keine Rolle, denn sie haben dort keine Stimme.

Die Israel-Lobby in den USA schadet Israel

Der demokratische Präsidentschaftskandidat Bill Clinton sagte soeben vor einer jüdischen Gruppe, daß er, wenn er Präsident wird, Israel noch viel stärker unterstützen und dem ein Ende machen werde, was er die neue »araberfreundliche Politik« der Vereinigten Staaten nannte, und daß er bei den Nahost-Friedensgesprächen ein ehrlicher Makler sein werde. Dies ist natürlich ein Widerspruch in sich.

Was ist Ihre Auffassung von der Israel-Lobby in Amerika?

Ostrovsky: Die Israel-Lobby in den Vereinigten Staaten schadet Israel mehr als irgendjemand anders. Es sind ja nicht ihre Kinder, die an der Front stehen und im Nahen Osten im Kriege sterben.

Es sind nicht ihre Kinder, die drei Jahre in der Armee in einem Stück dienen müssen und vielleicht nicht in einem Stück zurückkommen. Es sind anderer Leute Kinder, von denen, die in Israel leben.

Die Leute in der Israel-Lobby in Amerika wollen nur den Krieg in Gang halten.

Ich pflegte immer zu sagen, Syrien sei bereit, bis auf den letzten Palästinenser gegen Israel zu kämpfen. Nun, lassen Sie mich sagen, daß AIPAC (American Israel Public Affairs Committee) dazu bereit ist, die Araber bis auf den letzten Israeli zu bekämpfen.

Mit anderen Worten, diese amerikanischen fetten Katzen, die der Israel-Lobby Beiträge spenden, brauchen ja nicht zu kämpfen und zu sterben?

Ostrovsky: Das ist richtig. Sie werden jedoch gelegentlich von einem israelischen Extremisten angerufen, der sagt: »Besorgen Sie mir dies« oder »Tun Sie dies für mich«, und sie rennen davon und tun es. Hauptsache, daß sie nicht nach drüben gehen müssen, um dort zu kämpfen. Amerikaner können zu Besuch nach Israel kommen, und sie erhalten eine Plakette, oder es wird ein Baum in ihrem Namen gepflanzt. Diese Amerikaner brauchen jedoch kein Blut zu vergießen. Es kümmert sie nicht, ob Israel noch weitere 50 Jahre im Krieg lebt – und sie werden diesen finanzieren.

Amerikanische Kritiker Israels, die dagegen sind, ebenso wie gegen die gewaltigen Geldgeschenke Amerikas an Israel im Rahmen der Auslandshilfe, werden als »Antisemiten« bezeichnet. Sogar Bush wurde als »Antisemit« beschimpft

Ostrovsky: Bush ist meines Wissens der erste Präsident, der den Mut hatte, aufzustehen und zu sagen: »Wir wollen das richtig machen. Wenn Sie über Frieden verhandeln wollen, fein, aber das muß auf gleicher Basis geschehen.« Warum glauben Sie, haßt Israel Bush so sehr? Er ist der Einzige, der versucht, die Dinge gerade zu biegen.

Der Mossad war für den Golfkrieg

US-Außenminister Baker verärgerte die Israel-Lobby, als er zu einer Gruppe von jüdischen Führern sagte, sie müßten den Gedanken an ein »Großisrael« vergessen.

Ostrovsky: Die meisten Leute in Israel wollen dieses Großisrael nicht. Wir brauchen es nicht. Da sind Palästinenser – die auch Menschen sind –, sie werden seit Jahren wie der letzte Dreck behandelt. Sie haben ihren eigenen Staat verdient – genau wie uns als jüdisches Volk unsere eigenen Rechte zustehen.

Was war Ihre Ansicht über den amerikanischen Krieg am Persischen Golf gegen den Irak?

Ostrowsky: Ich war nicht für diesen Krieg. Ich bin überhaupt nicht für Krieg. Aber der Mossad war für Krieg, ebenso wie israelische Politiker. Sie haben die Ereignisse manipuliert. Während die Kuwaitis Werbefirmen hereinholten, um die USA zum Krieg zu drängen, bin ich sicher, daß die Israel-Lobby ihren Teil dazu beigetragen hat, Amerikaner hinauszuschicken, um einen Krieg zu führen, von dem Israel glaubte, er sei in seinem besten Interesse. Also soll doch jemand anders das Kämpfen besorgen.

Pat Buchanan mußte wegen seiner anfänglichen Opposition gegen das Fiasko am Persischen Golf und wegen seiner Verteidigung John Demjanjuks, der in Israel wegen angeblicher Teilnahme an Nazi-Kriegsverbrechen vor Gericht stand, ziemliche Schläge einstecken.

Ostrovsky: Ich war mit Buchanan in mehreren Gesprächsrunden. Er hatte Recht – was den Golfkrieg betrifft – und hinsichtlich des Falles Demjanjuk. Ich habe jedoch meine Zweifel, daß das Oberste Gericht Israels das Richtige tun und Demjanjuk entlassen wird, weil die ganze Sache von Anfang an eine Charade war. Ich habe meine Zweifel über viele Dinge, die in Israel mit dem Begriff »Justiz« zu tun haben, obwohl ich hoffe, daß Yitzhak Rabin, der neue Ministerpräsident, damit beginnen wird, die Dinge richtig zu stellen.



Camp David: Israels Premierminister Menachem Begin umarmt Ägyptens Präsident Anwar Sadat und US-Präsident Jimmy Carter klatscht Beifall.

Fürchten Sie um Ihr Leben, weil sie mit dem Mossad gebrochen haben?

Ostrovsky: Tatsächlich erhielt ich einen Anruf von einem Reporter, der mir sagte, er habe einen Repräsentanten des israelischen Fernsehens getroffen, der zufällig der Sohn des Anführers der Stern-Bande ist. Der Reporter habe dem Fernsehmann den Vorschlag gemacht, ein Interview mit mir zu führen. Dieser habe geantwortet: »Oh, Victor Ostrovsky? Der Kerl – eines Nachts bekommt er seine Kehle durchgeschnitten und man wird ihn in den Fluß werfen.« Dieser Mann ist nur ein Repräsentant des israelischen Fernsehens. Ich bin jedoch nicht wirklich beunruhigt. □



Japan

Ein Markt wartet auf seine Erschließung

Der japanische Markt ist für ausländische Unternehmen weniger geschlossen, als vielfach angenommen wird. Das zeigen die positiven Erfahrungen von europäischen Unternehmen, die bereits seit einiger Zeit in Japan tätig sind.

Empirische Untersuchungen durch das HEC Eurasian Institute, Frankreich, ergaben, daß 81 Prozent der europäischen Firmen mit ihrem Japan-Engagement zufrieden sind. Allerdings hatten sie beim Markteintritt mit einer Reihe von Problemen zu kämpfen. Dazu gehören vor allem die hohen Grundstückspreise sowie die hohen Anforderungen der japanischen Kunden an Produktqualität und Service. Außerdem:

Der japanische Autohersteller Toyota äußerte in einem Gespräch: Jedes in die USA exportierte Auto ist Rache für Hiroshima.

Mißverständnisse hinsichtlich Strategien und Denkweisen

Die Hälfte aller europäischen Unternehmen hatte Schwierigkeiten, japanisches Personal für ihre Niederlassungen zu rekrutieren.
Als Hemmnisse nannten die Firmen ferner Managementprobleme vor Ort und Mißverständnisse bei der heimischen Hauptverwaltung hinsichtlich japanischer Strategien und Denkweisen.

Formale Barrieren wie Einfuhr-Quoten, gesetzliche Beschränkungen und Vorschriften haben den Europäern in Japan dagegen weniger Kopfschmerzen bereitet als ursprünglich angenommen. Auch die Keiretsu-Organisationen haben sich im nachhinein als weniger hinderlich für das Japan-Engagement erwiesen. Bei den Keiretsu-Organisationen handelt es sich um Einzelunternehmen verschiedener Branchen, die sich um sehr große Banken gruppieren. Ein Ziel dieser geschlossenen Systeme ist, den Mitgliedsfirmen Rückenstärkung im harten Wettbewerb durch Informations- und Personalaustausch zu geben.

Für ausländische Mitwettbewerber ist dies kein sonderliches Problem. Denn:

Nur jedes dritte europäische Unternehmen fühlte sich bei seiner Ansiedlung in Japan durch Keiretsu-Konglomerate behindert.

Eine Umfrage der American Chamber of Commerce bei US-Unternehmen in Japan ergab ein ähnliches Bild wie die französische Untersuchung: Rund 44 Prozent der Unternehmen sehen sich in ihrem Geschäft durch Keiretsu nicht tangiert. Immerhin 32 Prozent sagen, die Wirtschaftsbünde hätten sogar einen positiven Einfluß gehabt. Lediglich 23 Prozent der US-Unternehmen fühlen sich durch Keiretsu benachteiligt.

Wenige Japaner wollen für Ausländer arbeiten

Auf die Frage, ob es irgendwelche Verfahrensprüfungen oder Richtlinien gebe, die den Markteintritt der Firmenprodukte maßgeblich behinderten, antworteten 83 Prozent der befragten US-Firmen mit »Nein«.
Dagegen gehört auch für die US-Unternehmen die Personalfrage, besonders auf der Management-Ebene, zu den am häufigsten genannten Problemen: Viele Japaner sind nur schwer für eine Mitarbeit in einem ausländischen Unternehmen zu gewinnen. Grund ist die lebenslange Arbeitsplatzgarantie für die Stammbelegschaft, die US-Unternehmen ebenso wie europäische Japan Niederlassungen nicht bieten. Hier hat es sich als zweckmäßig erwiesen, die verhältnismäßig frühe japanische Altersruhegrenze (53 bis 60 Jahre) zu nutzen und Senior-Experten anzustellen.

Außerdem scheint sich im Verhalten der Japaner gegenüber europäischen Investoren allmählich ein Einstellungswandel zu vollziehen. So haben ausländische Firmen bei jungen Hochschulabsolventen ein gutes Image.
Auch das Ifo-Institut sieht zwar zahlreiche Probleme für Ausländer in Japan – angefangen von der Personalbeschaffung über unfaire Wettbewerbspraktiken bis hin zum komplexen Handelssystem, das zahlreiche Stufen und Verknüpfungen zwischen Einzelhändler und Großhandelshaus kennt.
Das Institut weist jedoch darauf hin, daß darüber hinaus auch hausgemachte Barrieren ein stärkeres Japan-Engagement verhindern: In der Bundesrepublik arbeiten Unternehmen lieber mit etablierten Handelspartnern in Europa und den USA zusammen. Dabei ist der japanische Mittelstand mehr und mehr bereit, mit ausländischen Konzernen zu kooperieren – nicht zuletzt, weil europäische Produkte in Japan ein hohes Ansehen genießen.

So stimmten in einer Umfrage der EG-Kommission über 70 Prozent der befragten japanischen Verbraucher der Aussage zu: Europäische Produkte sind japanischen im Design überlegen.

Erfolg besteht aus Ausdauer und Geduld

Jeder zweite befragte Japaner meinte sogar, die ausländischen Erzeugnisse seien den eigenen in Funktion und Qualität überlegen.

Allein der hohe Preis hält 60 Prozent der japanischen Konsumenten vom Kauf europäischer Produkte ab. Angesichts des demographischen Trends, der auch in Japan zur Ein-Kind-Familie geht, dürfte die Finanzfrage an Bedeutung verlieren – da Ersparnisse vermehrt in den Konsum fließen – und nicht in die Ausbildung mehrerer Kinder.

Für die europäischen Unternehmen in Japan gehörten nach eigener Einschätzung mithin Ausdauer und Geduld zu den wichtigsten Erfolgsfaktoren für den japanischen Markt – gefolgt von Produktqualität und Service. Mit dieser Strategie haben Japaner letztlich auch ihre Marktanteile im Ausland – also hier in Europa – erobert. □

Bilderberg-Konferenz

Die Erfahrungen eines Journalisten

Die geheime Jahresversammlung der Bilderberg-Gruppe, die in diesem Jahr im französischen Evian tagte, war Thema eines Interviews von Tom Valentine mit dem Mitarbeiter der US-Zeitschrift »The Spotlight«, James P. Tucker. Als langjähriger Journalist stellte Tukker erstmals das Vorhandensein des Absprachegremiums der Bilderberg-Gruppe fest, nachdem er 1975 in die Redaktion von »The Spotlight« eingetreten war. Er hat in den letzten Jahren regelmäßig über diese Treffen für CODE berichtet.

Herr Tucker, haben Sie zu der Zeit, als Sie bei der Establishment-Presse waren, bevor Sie 1975 zu Liberty Lobby kamen, überhaupt jemals von den Bilderbergern gehört?

Tucker: Nicht ein Wort. Darüber war ich sehr verärgert, als ich von deren Vorhandensein erfuhr. Als Journalist lese ich den ganzen Tag Zeitungen. Als ich mein Einstellungsgespräch mit Liberty Lobby führte, nachdem ich mich um den Posten als leitender Redakteur bei »The Spotlight« beworben hatte, wurde ich gefragt: Was halten Sie von der Bilderberg-Gruppe? Ich wunderte mich, warum man mir Fragen über Limburger Käse stellte.

Weltweites Schweigen über die Bilderberger

Ich hatte von dem Gesprächsgegenstand überhaupt keine Ahnung. Das weckte natürlich in starkem Maße mein Interesse: Die Tatsache, daß diese ungeheuren Ereignisse stattfinden konnten, und ich – der ich ein Leben lang im Zeitungsgeschäft tätig war – überhaupt nichts davon wußte, hat mich sofort neugierig gemacht.

»The Spotlight« hat darauf hingewiesen, daß es die Bilderberg-Gruppe wirklich gibt, aber wir müssen uns sogar heute noch mit Leuten darüber streiten, ob es diese Gruppe überhaupt gibt.

Tucker: Es ist interessant. Jetzt gibt es die wunderbare neue Technologie, die man das Nexus-System nennt, bei der man das Wort »Bilderberg« durch den Computer laufen läßt und feststellt, daß es in der Associated Press, United Press International, der »New York Times«, der »Washington Post« und in allen großen Zeitschriften der Metropole Washington – und sogar in der europäischen Presse fast nie vorkommt. Der Computer kann überprüfen und feststellen, ob das Wort während eines gegebenen Zeitraums aufgetaucht ist. Tatsächlich tauchte es in diesem Jahr meines Wissens zum ersten Mal auf. Es war in einem Nachruf für den ehemaligen Diplomaten Philip Habib, der in der »New York Times« erschien. Er starb eines Tages an einem Herzschlag, nachdem er die Bilderberg-Sitzung, auf der er sprach, verlassen hatte.

»The Spotlight« berichtete, daß auch im »Journal-Bulletin« in Providence, Rhode Island, darauf hingewiesen wurde, daß die beiden US-Senatoren von Rhode Island, John Chafee und Clairborne Pell an der Sitzung teilnehmen würden, was auch geschah.

Die Sitzung wurde als »Konferenz über internationale Politik nur für geladene Gäste« bezeichnet.

Tucker: Chafee hatte schon vorher an Bilderberg-Sitzungen teilgenommen. 1991 stellte der »Richmond Times-Dispatch« fest, daß der Gouverneur von Virginia, Doug Wilder, der Bilderberg-Sitzung des gleichen Jahres – die in Baden-Baden stattfand – beigewohnt hatte, und die Zeitungen von Arkansas berichteten, daß Gouverneur Bill Clinton ebenfalls an dieser Sitzung teilnahm.

Wir fanden dies heraus, als aufmerksame Leser uns die betreffenden Zeitungsausschnitte zusandten. Der Parlamentsreporter für die »Richmond Times-Dispatch«, der über die täglichen Aktivitäten des Gouverneurs berichtet, fand heraus, daß der Gouverneur planmäßig an der Sitzung teilnehmen sollte. Ich garantiere Ihnen, daß er diese Information nicht durch eine Kabelmeldung der Associated Press (AP) oder United Press International (UPI) erhalten hat.

Natürlich unternehmen die Medien gewaltige Anstrengungen, die bloße Existenz der Bilderberger zu bestreiten.

Offensichtlich müssen wir zu dem Schluß kommen, daß die Medien des Establishments in die Vertuschung verwickelt sind.

Die Vertuschung einer Verschwörung

In den letzten 17 Jahren bin ich mit meinen Journalisten-Kollegen im National Press Club in Washington zusammengetroffen und habe sie gefragt: »Wenn etwa 120 Filmstars oder Berufsfußballer sich drei Tage lang hinter verschlossenen Türen unter dem Schutz von bewaffneten Wachen aufhalten würden, würden Sie dann nicht alles Mögliche unternehmen, um herauszufinden, was sie tun?«

In diesem Jahr hatten wir eine größere Bilderberg-Sitzung als üblich. Normalerweise nehmen etwa 120 Personen teil, aber in diesem Jahr waren es rund 300. Zu den Mitgliedern der Bilderberg-Gruppe gehören einige der mächtigsten Finanziers, Indu-



Der Rockefeller-Clan, aufgenommen am 26. Mai 1937: Von links: John D. Rockefeller und seine Söhne David, Nelson, Winthrop, Laurence und John D, III.

striellen und politischen Führungspersönlichkeiten. Und doch sind die Medien überhaupt nicht neugierig, zu erfahren, was diese Menschen tun.

Ich habe daher meinen Reporterkollegen gegenüber erklärt, daß selbst dann, wenn sie mit dem einverstanden sind, was die Bilderberg-Gruppe tut, sie zumindest den Wunsch verspüren müßten, einen Bericht darüber zu veröffentlichen, wie »wunderbar« die Bilderberger sind und wie sehr sich die ungewaschenen Massen darüber freuen sollten, daß die Gruppe zusammentritt.



Prinz Bernhard der Niederlande organisierte 1954 die erste Bilderberg-Konferenz im Auftrag der Rockefellers und Rothschilds.

Nachrichtenereignisse erkundigen und Fragen stellen. Er kann sich ebenso leicht über die Sitzungen der Bilderberger erkundigen. Die leitenden Herren von AP und UPI müssen Anfragen dieser Art von ihren Mitgliedzeitungen ernst nehmen. Es gibt sehr viele Foren, vor denen Lokalredakteure solche Fragen stellen können.

Könnten nicht Leute, die regelmäßig in ihrer Lokalzeitung inserieren, die Redakteure unter Druck setzen, indem sie darauf hinweisen, daß sie Inserenten sind, und daß sie von ihrer Lokalzeitung erwarten, daß sie wichtige Nachrichten wie diese bringt?



Die französischen Rothschilds, allesamt Banker und Finanziers, stehen hinter der Bilderberg-Konferenz.



Paul Volcker, ehemaliger Chef des Federal Reserve-Systems in den USA, ist jetzt Vorsitzender der Trilateralen Kommission.



Der ehemalige US-Außenminister Henry Kissinger ist heute der engste Berater des Rockefeller-Clans.

Wie haben Ihre Kollegen auf alle diese Punkte reagiert?

Tucker: Einige haben sogar gesagt: »Das beunruhigt uns auch.« Obwohl unsere politischen Ansichten oft divergieren, stimmen sie zu, daß dies beunruhigend ist.

Die meisten Journalisten wissen jedoch nicht einmal, daß es die Bilderberg-Gruppe gibt, so wie ich das ja anfänglich auch nicht wußte. Sie wissen es einfach nicht.

»The Spotlight« behauptet, hier handele es sich eigentlich um zwei Verschwörungen: Erstens, daß die Sitzung geheim abgehalten wird; die zweite Verschwörung bestehe darin, daß diese Sitzungen von den Medien des Establishments vertuscht werden.

Tucker: Ganz bestimmt. Ich nagele jedoch die meisten Herausgeber der 1600 Tageszeitungen in Amerika nicht ans Kreuz. Die kleineren Tageszeitungen verlassen sich bei ihren Berichten über nationale und internationale Ereignisse völlig auf AP und UPI-Kabelmeldungen.

Würden Sie vorschlagen, daß Leser die Herausgeber ihrer Lokalzeitungen darauf drängen, bei den Kabeldiensten nachzufragen, warum über die Bilderberg-Sitzung nichts berichtet wird?

Tucker: Das ist richtig. Mit Ausnahme der großen Zeitungen, wie die »Washington Post« und die »New York Times« zum Beispiel, gehören jene Lokalredakteure nicht zu der Verschwörung. Diejenigen, die die Nachrichten kontrollieren, die dann an die Lokalredakteure weitergegeben werden, gehören mit zur Verschwörung. Die Lokalredakteure wissen nicht einmal, daß es diese Leute gibt.

Was können die Lokalredakteure zum Beispiel tun, um AP und UPI unter Druck zu setzen?

Tucker: Ein Lokalredakteur kann ohne weiteres AP und UPI anrufen und sich über andere

Tucker: Da ich selbst einmal Redakteur war, weiß ich, wie Zeitungsredakteure auf solche Art von Druckausübung reagieren. Ich habe schon Leute aus meinem Büro hinausgeworfen, die mir solche Dinge sagten wie: »Ich habe 50000 Dollar pro Jahr für Anzeigen in dieser Zeitung aus-

Bilderberg-Konferenz

Die Erfahrungen eines Journalisten

gegeben, und ich erwarte von Ihnen, daß Sie die Hochzeit meiner Tochter ganz groß herausbringen.«

Ich würde stattdessen vorschlagen, daß Briefe dieser Art direkt an die Herausgeber der Zeitungen, statt an die Redakteure gesandt werden.

Die meisten Lokalredakteure sind ehrliche Kerle, die peinlich darauf bedacht sind, gute Arbeit zu leisten. Sie schätzen einen gedankenvollen Brief oder Telefonanruf. Diese Redakteure werden daran interessiert sein, etwas über die Bilderberg-Sitzungen zu erfahren, da sie selbst nichts davon hören. Sie sind oft davon überrascht, was sie auf diese Weise erfahren – wie ich es 1975 war.

Die Geschichte hat praktisch alles bestätigt, was Liberty Lobby »The Spotlight« und CODE über die Bilderberg-Gruppe und deren Auswirkung auf Weltangelegenheiten immer wieder berichtet haben. Die Glaubwürdigkeit ist also schon da. Nun ist es Zeit, andere Zeitungen hellhörig zu machen und zu verlangen, daß sie von den Kabeldiensten der Establishment-Medien und den großen Tageszeitungen die Wahrheit erfahren.

Sie haben sich im Hotel Ermitage in Evian vor der Sitzung für zwei Tage ein Zimmer genommen, aber man wollte nicht, daß sie während der Bilderberg-Sitzung dort bleiben.

Tucker: Das ist richtig. Ich nahm mir dort ein Zimmer, untersuchte die Umgebung und bereitete die Leute vor, die schließlich meine Informanten wurden. Dies gab mir Gelegenheit, alles genau zu beobachten.

Ich kam am Sonntagabend ins Ermitage und mußte am Dienstagmorgen wieder auschecken, wie alle anderen Gäste. Am Mittwoch kamen die Bilderberg-Mitarbeiter einer nach dem anderen herein. Es ist eine gut aufgebaute Sitzung, auf der schwer gearbeitet wird. Die Mitarbeiter der Bilderberger kommen herein und fangen damit an, diejenigen Hotelbediensteten zu fotografieren, die während der Sitzung im Hotel bleiben dürfen, die aber zur Geheimhaltung eingeschworen werden. Anderen Angestellten des Hotels, die noch nicht sehr lange dort beschäftigt sind, wurde während der Bilderberg-Sitzung Freizeit gewährt. Hotelangestellte, die bleiben durften, erhielten Erkennungsschildchen mit ihrem Foto darauf. Die Lichtgestalten der Bilderberger selbst haben ihre eigenen Erkennungszeichen, die sich etwas von denen ihrer eigenen Mitarbeiter und Dienstboten und von denen der Hotelbelegschaft unterscheiden. So wird an alles gedacht.

Dies war nicht so bei früheren Sitzungen, aber die Sicherheit ist in den letzten Jahren verstärkt worden. Zum Beispiel ist es nicht mehr gestattet, Sitzungspapiere herumliegen zu lassen.

Es wird an alles gedacht

Diese Anordnung wurde deswegen getroffen, weil eine Mappe, die dem ehemaligen US-Senator Charles Mathias, einem Teilnehmer einer früheren Bilderberg-Sitzung gehörte, auf der Sitzung in Montreal im Jahre 1985 zufällig in meinen Besitz kam.

Die Bilderberger sind von dem Gedanken an eine internationale Steuer für die Vereinten Nationen von allen Menschen des Erdballs fasziniert, nicht wahr?

Tucker: Die Bilderberg-Gruppe glaubt, daß, wenn sie die Menschen in aller Welt dazu überreden kann, eine Steuer direkt an die Vereinten Nationen zu zahlen, diese auch dazu überredet werden können, die Vereinten Nationen als Weltregierung anzuerkennen. Die Direktsteuer wird an der Tankstelle erhoben. Die Gruppe trat schon vor einem Jahr dafür ein.

Das Geschäft mit der Umwelt

Jetzt sagen die europäischen Länder, daß sie innerhalb der nächsten Jahre eine Steuer von drei Dollar pro Barrel – an der Tankstelle zu zahlen – auf Rohöl erheben werden – aber nur, wenn Japan das auch tut. Das Geld soll dann an die Vereinten Nationen gehen, »um die Umwelt zu säubern«.

Die Umweltsache wird von den Internationalisten als Mittel benutzt, um die Weltherrschaft zu festigen, nicht wahr? Sie wollen eine Polizeimacht der Vereinten Nationen zum Umweltschutz.

Tucker: Dies alles steht eng mit dem sogenannten Erd-Gipfeltreffen in Zusammenhang, der kürzlich in Rio de Janeiro abgehalten wurde.

Sie mußten sich auf Kellner und Kellnerinnen und Barmixer sowie andere Angestellte der jeweiligen Hotels als Ihre Informanten für das, was auf der Bilderberg-Sitzung geschah, verlassen, nicht wahr?

Tucker: Das stimmt. Ich habe herausgefunden, daß, wenn der, wie ein Anwalt sagen würde, gewöhnliche, normalerweise vorsichtige Mann und Frau zu spüren beginnen, daß etwas Übles vor sich geht, er und sie sich eifrig zu helfen bemühen. Ich stellte dies zum ersten Mal auf der Bilderberg-Sitzung in Montreal fest.

Ein Hotelangestellter sprach zu mir während der Sitzung in Montreal nur auf französisch, über die zweisprachige Bardame in einem Restaurant in der Nähe des Hotels. Er deutete an, daß er gerne helfen möchte, aber daß er und seine Kollegen sich darüber Sorgen machten, ihre Arbeitsplätze zu verlieren.

Später kam er wieder, und diesmal sprach er perfekt Englisch und sagte zu mir: »Nun, sie versuchen, mein Land genau so zu ver-

COUNCIL ON FOREIGN RELATIONS
LOWER MANHATTAN ROCKEFELLER GROUP
BILDERBERG CONFERENCE

THINK TANKS
Brookings Institution
Rand Corporation
Hudson Institute
Harvard Center for International Affairs
Columbia School of International Affairs
Georgetown Center for Strategic and International Studies
Worldwatch Institute
MITRE Corporation
Massachusetts Instutute of Technology
Aspen Institute
Hoover Institute

MEDIA
New York Times
CBS
Los Angeles Times
Time Inc
Foreign Affairs
Foreign Policy
Chicago Sun-Times

TRILATERAL COMMISSION

POLITICAL PARTIES AND LOBBIES
Democratic Advisory Council
Common Cause
ICNEP
Committee on the Present Danger
United Nations Association
Council of the Americas
Committee for Economic Development
Conference Board
Council for Public Interest Law
League of Women Voters
Republican National Committee
Commission on Critical Choices

FOUNDATIONS
Rockefeller Foundation
Rockefeller Brothers Fund
Rockefeller Family Fund
Ford Foundation
Carnegie Endowment
Twentieth Century Fund
Russell Sage Foundation
Coca Cola Foundations
Burden Foundation

OFFICE OF THE PRESIDENT
NATIONAL SECURITY COUNCIL
OFFICE OF THE VICE PRESIDENT

CORPORATE PRIVATE INTELLIGENCE
INTERPOL
IBM
Coca Cola
Field Enterprises
Exxon Corp
Bechtel Corp
Sears, Roebuck
Hewlett, Packard
John Deere and Co
Caterpillar Corp
Pan American Airlines
Trans-world Airlines
Xerox
Standard Oil of California
Chase Manhattan Bank
Cummins Engine
International Volunteers Service
Institute for Policy Studies
Transnational Institute

LAW FIRMS
Coudert Bros
Wilmer, Cutler, Pickering
Dilworth, Kalish, Paxton, Levy
Simpson, Thatcher, Bartlett
Clifford, Warnke, Glass
O Melveny and Myers
Center for Law and Social Policy

TRADE UNION BUREAUCRACY
AFL-CIO
United Steel Workers of America
United Auto Workers

STATE DEPARTMENT
DEPARTMENT OF DEFENSE
TREASURY DEPARTMENT

Der Aufbau un die Verflechtungen von Rockefellers Trilateraler Kommission. Eine vollständige Liste aller Rockefeller-Organisationen, Kapitalbeteiligungen und Programme würde ein Telefonbuch einer Kleinstadt füllen.



Die Chefs der sieben führenden Wirtschaftsnationen der Welt mit Rußlands Präsident Boris Jelzin in der Mitte. Von links: Rußlands Finanzminister Yegor Giadar, Italiens Ministerpräsident Giuliano Amato, Britanniens Premierminister John Major, Frankreichs Präsident François Mitterrand, Boris Jelzin, Bundeskanzler Helmut Kohl, US-Präsident George Bush, Kanadas Premierminister Brian Mulroney, Japans Premierminister Kiichi Miyazawa und Präsident der Europäischen Gemeinschaft Jacques Delors.

dummteufeln wie das Ihrige. Wir werden Ihnen helfen.«

Er und seine Kollegen brachten mir jeden Abend Dokumente und sie dienten mir als Augen und Ohren, um alles zu hören und zu sehen, was vor sich ging.

Ein Informant auf der Sitzung in Baden-Baden 1991 war ein Wachmann im Mitarbeiterstab der Bilderberger, und wir trafen uns an einem äußerst verschwiegenen Ort. Dieses Jahr auf der Sitzung in Evian, Frankreich, gehörten vier Angestellte des Hotels zu meinen Informationsquellen.

Dachten diese Leute nicht zunächst, Ihre Stories seien verrückt?

Tucker: Nun, als sie sahen, wie das Hotel abgeriegelt wurde – was vorher niemals geschehen war – und wie alle diese Hubschrauber eintrafen, begriffen sie, was los war. Evian hatte so etwas noch nie erlebt. Es wurde Ihnen klar, daß dies keine Phantasie war und daß irgendetwas tatsächlich vor sich ging.

Was ist für Sie das Wesentliche von dem, was Sie über das, was auf dieser Bilderberg-Sitzung geschah, herausgefunden haben?

Tucker: Höchst bedeutsam, möchte ich sagen, war der Bilderberg-Plan, hunderte von Milliarden amerikanischer Steuer-Dollar – und in einem geringeren Ausmaß die Steuergelder Japans und Westeuropas – in die ehemalige Sowjetunion zu pumpen. Dies geschieht zu dem Zweck, die natürlichen Ressourcen der ehemaligen sowjetischen Staaten in den Würgegriff zu bekommen. Es ist ein komplexer Plan mit vielen Zinken.

Letztendlich – und wir werden noch mehr davon hören – besteht die Absicht, etwa 60 Milliarden Dollar an Darlehen bereitzustellen, so daß Handelsbanken noch größere Gewinne einstreichen können, natürlich alles ohne Risiko, da die Darlehen von den amerikanischen und deutschen Steuerzahlern verbürgt werden. Die Banker planen, sich die natürlichen Ressourcen der ehemaligen Sowjetunion unter den Nagel zu reißen.

Einer der Pläne besteht unter anderem darin, daß die sogenannte Gruppe der Sieben reichsten Länder einen Sonderfonds einrichten, um die Atomwaffen der ehemaligen Sowjetunion aufzukaufen. Dieser Plan ist noch geheim. Der Öffentlichkeit wird man sagen, daß wir das Plutonium aus den ehemaligen Sowjetstaaten herausbekommen, und daß dies die Welt sicher machen werde, aber es ist in Wirklichkeit ein Plan, unsere Steuergelder in die ehemaligen Sowjetstaaten einzuspritzen.

Die Bilderberger feierten auch die Tatsache, daß die amerikanischen Medien zusammengearbeitet haben, um die Öffentlichkeit allmählich daran zu gewöhnen, ihre Pläne zu akzeptieren. Der Bilderberger Jim Hoagland, ein Kolumnenschreiber für die »Washington Post« – deren Herausgeberin Katharine Graham auch an Bilderberg-Sitzungen teilgenommen hat – schrieb im April dieses Jahres in der »Washington Post«: »Die Vereinigten Staaten unterstützen die Pflicht der Vereinten Nationen, auch darin einzugreifen, was einst als innere Angelegenheiten der Mitgliedstaaten bezeichnet wurde.«

Hoagland lobte US-Präsident Bush wegen dessen »Bereitschaft, mitzuhelfen, ein internationales Recht, sich in die inneren Angelegenheiten eines souveränen Staates einmischen zu dürfen, zu definieren«.

Das sollte uns zu denken geben. Die Bilderberger sprachen sich lobend über Presseberichte wie diesen von Hoagland aus und ließen wissen, daß sie in der Öffentlichkeit deutliche Billigung dieser Denkweise wahrgenommen hätten.

Die Leute, die regelmäßig an den Bilderberg-Sitzungen teilnahmen, sind hochrangige Regierungsbeamte aus westeuropäischen Staaten, den Vereinigten Staaten und Kanada?

Tucker: Ja, es sind in der Regel hochrangige Beamte. Aus den Vereinigten Staaten kommen sie oft aus dem Außen- und Verteidigungsministerium. Der ehemalige Außenminister Henry Kissinger ist ständiger Teilnehmer. Er gehört dem Exekutivausschuß der Bilderberg-Gruppe an. Natürlich nehmen David Rockefeller und Mitglieder der Familie Rothschild teil. Sie bilden den Führungskern der Gruppe. Es ist die Elite der Elite.

Bill Clinton war bedeutend genug, um zur Sitzung in Baden-Baden im vergangenen Jahr eingeladen zu werden. Er gehörte natürlich der, wie ich sie nenne, »Junior Uni«-Mannschaft, der von Rockefeller kontrollierten Trilateralen Kommission an, die ein starkes Doppelmitgliedschaftsverhältnis zur Bilderberg-Gruppe pflegt. Clinton ist auch Mitglied des Rockefeller Council on Foreign Relations (CFR).

Die Hauptaufgabe des CFR besteht darin, wissenschaftliche Berichte zu verfassen, in denen die Schlußfolgerungen der Diktate der Bilderberg-Gruppe zum Ausdruck kommen, und diese Berichte dann über seine verschiedenen örtlichen Zweigstellen überall im Lande in die Öffentlichkeit zu bringen.

Wie würden Sie die Bilderberger auf Grund Ihrer langjährigen Erfahrung der Beobachtung ihrer Tätigkeiten, kurz zusammengefaßt, einschätzen?

Tucker: Es ist ein übler Haufen von Weltmanipulateuren – gierig und übel. Wenn Leute etwas Gutes tun, dann tun sie es bei Sonnenschein. Man zieht sich in den Schutz der Dunkelheit und Geheimhaltung zurück, wenn man Böses im Schilde führt. Das ist das Ungeziefer, das sich die Bilderberg-Gruppe nennt. □

Jugoslawien

Die Welt schaut dem Holocaust der Serben zu

Alfred König

In was für glücklichen Zeiten leben wir doch. Nach dem Zerfall der Sowjetunion ist die Gefahr eines dritten Weltkriegs nicht nur geringer geworden, sondern stellte dies den Anbruch eines neuen friedfertigen Zeitalters dar. Der Golfkrieg bildete nur die Ausnahme, die die Regel bestätigt. Spätestens nach dem vermeintlichen Sieg gegen den »irakischen Diktator Saddam Hussein« waren alle Hindernisse für die neue friedliche Weltordnung ad acta gelegt. So jedenfalls wollten es uns die Führer der Welt, allen voran US-Präsident George Bush, noch vor einem Jahr weismachen.

Die Wirklichkeit sieht aber, wie so oft im Leben, auch diesmal ganz anders aus. Statt einer friedlichen neuen Weltordnung steht der Weltenball kurz vor dem Chaos. Neue Kriege, grausamer denn je seit dem Zweiten Weltkrieg, erschüttern das Erdenrund – und die Welt schaut tatenlos zu!

Brutalität und Menschenverachtung

Kaum noch zu überbieten ist der derzeit in Bosnien und Kroatien stattfindende Völkermord durch die Serben. Die Brutalität und Menschenverachtung mit der diese stalinistischen Betonköpfe vorgehen, stellt jedes Völker- und Kriegsrecht auf den Kopf. Hinterhältige Heckenschützen, die aus sicheren Verstecken auf Passanten oder gar auf eine Trauergemeinde schießen, Verbrecher, die in der hungernden Stadt Gorazde Teile der UN-Hilfslieferungen in Brand schießen, serbische Konzentrationslager, in denen unschuldige Menschen gefoltert und getötet werden, Napalmbomben auf Zivilisten – dies sind nur einige Verbrechen gegen die Menschlichkeit, die in Südosteuropa täglich begangen werden.

Inzwischen sind nach amtlichen Angaben mindestens 35000 Bosnier und Kroaten durch die Serben getötet und mehrere Millionen Moslems im Rahmen der »ethnischen Säuberung« aus ihrer Heimat vertrieben worden.

Unerträglich heuchlerisch sind dann aber die wortreichen Erklärungen, die die Staatsmänner der westlichen Welt finden, um sich zu rechtfertigen, warum man in Serbien, anders als beim Irak, nicht zu einem Eingreifen bereit ist.

»Bürgerkrieg« ist dabei eine der am meisten gebrauchten Vokabeln. Tatsache ist aber, daß sowohl Bosnien als auch Kroatien von der UNO als souveräne Staaten anerkannt wurden. Eine weitere Tatsache ist, daß es nicht nur »serbische Freischärler der in diesen beiden Staaten lebenden serbischen Minderheit« sind, die gegen die Kroaten und Bosnier kämpfen, sondern daß diese vielmehr massiv von der Bundesarmee des ehemaligen Jugoslawien, die aus Serben besteht, und daß sich auch Soldaten dieser Bundesarmee an den Kriegseinsätzen beteiligen. Als weitere Tatsache bleibt festzuhalten, daß die Kampfflugzeuge zumindest zum Teil von serbischem Boden aus starten.

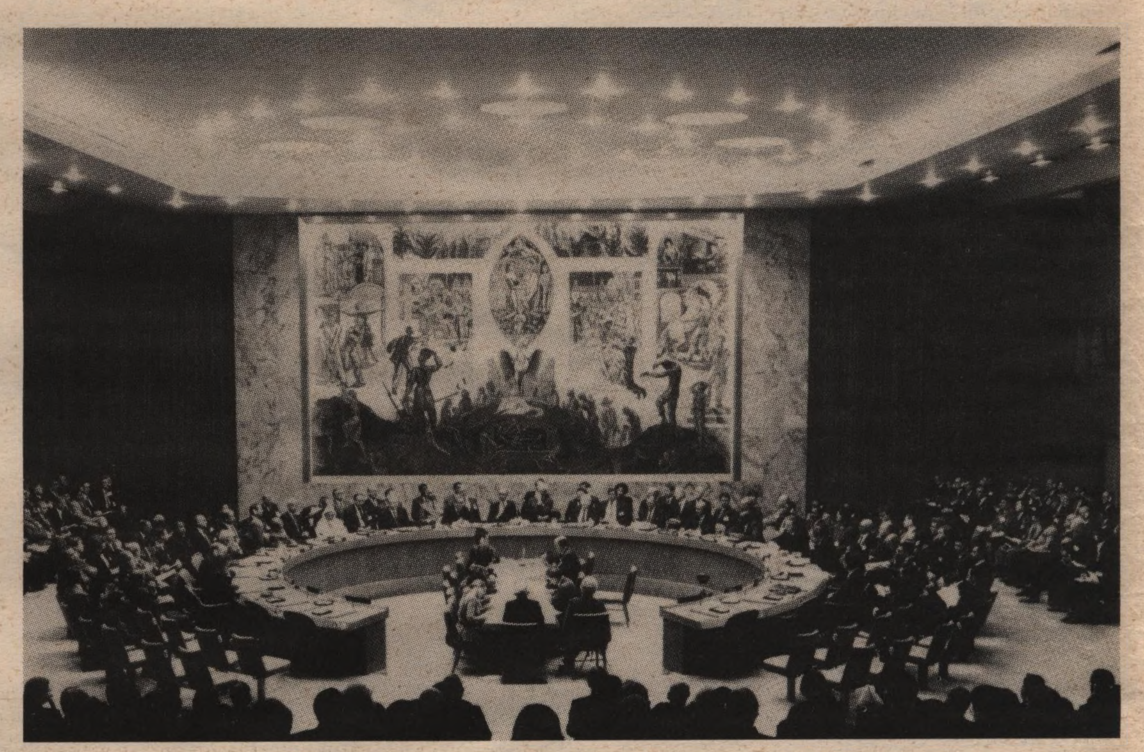
Die Wahrheit sieht ganz anders aus

Die UNO, die NATO, Militärexperten und vor allem die Amerikaner, die sich noch vor wenigen Monaten selber als Weltpolizei bezeichnete, reden immer von einem zweiten Vietnam, das bei einem Einmarsch von UN-Truppen in Serbien drohe. Dies ist reinste Ablehnung von dem, was tatsächlich notwendig ist.

Es ist keineswegs nötig, daß in Serbien hunderttausende Soldaten einmarschieren und sich dort im Guerilla-Kampf aufreiben. Notwendig ist vielmehr die Bombardierung der serbischen Militärflughäfen und der festen Artilleriestellungen, die dank der Aufklärungssatelliten allesamt bekannt ist. Wenn diese beiden Dinge beseitigt sind, können sich die Kroaten und die Bosnier selber helfen; zumindest sind dann die Karten weitaus besser verteilt.

Die Alliierten und ihre ehemaligen Verbündeten

Vielleicht sieht die Wahrheit aber ganz anders aus! Sehen wir uns doch zuerst einmal die militärische Seite an. Zwar wurde von den Amerikanern im Golfkrieg immer behauptet, ihre sogenannten Präzisionswaffen hätten genau die beabsichtigten Ziele getroffen, das Umland dagegen unbehelligt gelassen. Schon damals hielten sich Gerüchte, daß diese Waffen alles andere als präzise waren und gerade dort einschlugen, wo sie es nicht sollten – etwa in Zivilgebieten. Anders ließe sich auch die ungeheure Menge »normaler« Bomben, die abgeworfen wurden, nicht erklären. Vor allem müßte man dann auch



Der Weltsicherheitsrat der Vereinten Nationen kann sich beim Holocaust in Serbien zu keinen entscheidenden Maßnahmen durchdringen.

die Todeszahlen der irakischen Bevölkerung wahrheitsgemäß deutlich nach oben korrigieren. Nur – im Golfkrieg konnte man alles wunderbar verbergen; dort hatte man die Medien besser unter Kontrolle. Auch würde kaum einer auf die Idee kommen, die Bevölkerung des Iraks zu fragen, ob die »Präzisionsbomben« denn nun wirklich eingeschlagen sind. Anders sieht es dagegen in Bosnien und Kroatien aus. Dort bestehen nicht nur aufgrund der Gastarbeiter beste Kontakte in die anderen europäischen Länder. Auch ließe sich eine Meinungszensur nicht in dem Maße aufrechterhalten, wie es beim Krieg gegen den Irak der Fall war.

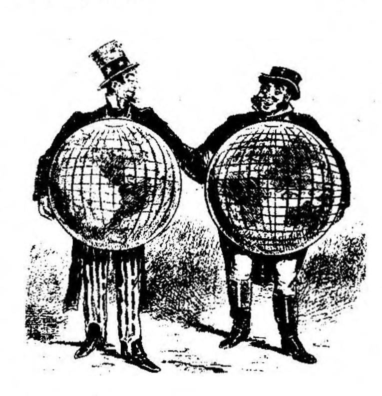
Zudem gibt es eine traditionelle Freundschaft zwischen den Serben auf der einen sowie den Briten und den Franzosen auf der anderen Seite. Während die Kroaten im Zweiten Weltkrieg auf der Seite der Deutschen standen, kämpften die Serben mit den Alliierten. Auch später noch zu Zeiten Titos wurde die enge Verbundenheit dieser drei Staaten gepflegt. Und selbst heute, zu Zeiten des Holocausts der Serben, sind diese beiden Staaten nicht dazu bereit, den Aggressor zu brandmarken, ja verdummmen sich noch nicht einmal, sich dutzende Male mit führenden Repräsentanten des serbischen Staates an den Verhandlungstisch zu setzen, obwohl sie wissen, daß alles reine Show ist und die Serben nicht eine Sekunde lang daran denken, die vereinbarten Punkte auch wirklich einzuhalten.

Dafür werden dann selbst Menschen geopfert, so wie es Roosevelt bereits auch bei Pearl Harbour getan hat. Denn anders ist es nicht zu erklären, wenn die UNO ihre Hilfsleistungen mit Bodentruppen sichern will.

Die Förderer des Chaos

Dies ist etwa in einem Wüstenstaat schon schwer genug, in Ländern wie Kroatien und Bosnien, die von Hügeln und dichten Wäldern durchzogen sind, bieten die Blauhelme aber das schönste Ziel – ohne sich gleichzeitig selber hinreichend wehren zu können. Dies wäre nur möglich bei Luftunterstützung und gegebenenfalls vorheriger Vernichtung der Flughäfen und wichtigsten stationären Stellungen. Nur gerade dies will die UNO nicht.
Auch auf dem Gebiet der ehemaligen Sowjetunion zeichnet sich ein größerer Krieg ab. »Die Anzeichen für einen großen Krieg sind für den schon sichtbar, der die Augen nicht verschließen will«, erklärte jetzt der frühere UdSSR-Staats- und Parteichef Michail Gorbatschow. »Wenn die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten nicht bald wirklich entsteht, wird jeder gegen jeden kämpfen. Alle Grenzen werden umstritten sein, alle Interessenten miteinander in Konflikt geraten, und wir werden uns in einer außerordentlich gefährlichen Situation befinden, die in einen Krieg von weitem Ausmaß münden kann.«

Dabei muß allerdings berücksichtigt werden, daß Gorbatschow und seine internationalistischen Freunde alles dazu tun, um die Nationalitätenkonflikte erst richtig zu verschärfen. Das beste Beispiel ist Eduard Schewardnadse, der im Westen den Ruf eines Friedensapostels hat, in Wirklichkeit nun aber als Staatsratsvorsitzender Georgiens ein diktatorisches Regime anführt, das seinen früheren Worten und Taten Hohn spricht.
Wie bereits so oft in der Vergangenheit sind es also auch diesmal wieder die kommunistischen und internationalistischen Kräfte der Welt, die das Chaos fördern und jegliches Nationalitätsstreben auf Kosten der Zivilbevölkerung mit brutalster Gewalt unterdrücken. Dies sind die wahren Hintergründe für das nahezu tatenlose Zuschauen des Westens zum Völkermord in Bosnien und Kroatien. Was in diesem Jahrhundert mit der Lusitana begann und mit Pearl Harbour weitergeführt wurde findet nun mit Bosnien und Kroatien seinen vorläufigen Höhepunkt. □



George Bush

Skandal um Bombenanschlag auf kubanisches Flugzeug

Lawrence Wilmot

Die Medien des Establishments haben so manchen Skandal in den US-Präsident George Bush verwickelt war, schlichtweg übersehen, aber keiner war schädlicher für das Prestige der Vereinigten Staaten als Bushs angebliche Verbindungen zu dem Bombenanschlag auf eine kubanische Verkehrsmaschine.

Während sie in den privaten und finanziellen Angelegenheiten der führenden Präsidentschaftskandidaten herumschnüffeln, haben die Medien des Establishments bei den Beweisen, die US-Präsident George Bush mit illegalen Untergrundaktionen – darunter zumindest ein Fall des Luftterrors – in Zusammenhang bringen, die durchgeführt wurden, als er Mitte der siebziger Jahre Chef des CIA war, ein Auge zugedrückt.

Eine Geschichte wie Watergate

Offiziell scheinen die großen Nachrichtenorganisationen diese entscheidende Phase in Bushs Laufbahn als »abgeschlossene Akte« zu betrachten.

»Es ist Geschichte, wie Watergate«, erklärte eine Sprecherin für die »Los Angeles Times«, die sich als »Assistentin für Mr. Coffey – das heißt Chefredakteur Shelby Coffey – zu erkennen gab. »Die Sache ist untersucht und zu den Akten gelegt worden. Es ist ein abgeschlossener Fall«, sagte sie eindringlich.

Bei der »New York Times« wollte niemand im Büro des leitenden Direktors Max Frankel die Fragen beantworten. Und in der Hauptgeschäftsstelle der Associated Press in New York, hörte man wie der Redakteur an dem Schreibtisch, wo der Hörer abgehoben wurde, zu anderen in den Raum hineinrief: »Hat einer von Ihnen schon einmal etwas mit diesem Zeug mit Bush und dem CIA zu tun gehabt?«

Einen Augenblick später sagte er zu unserem Reporter Martin Mann: »Nee, wir wissen nichts von der Geschichte« und legte auf. Aber bei den Vereinten Nationen, wo der Fall der kubanischen Verkehrsmaschine, die im Herbst 1976 über Barbados zum Absturz gebracht wurde, wieder aufgerollt wurde, ist die Rolle, die Bush bei der Explosion in der Luft gespielt hat, alles andere als eine abgeschlossene Sache; es ist eine »tickende Zeitbombe«, erfuhren unsere Korrespondenten aus Kreisen der Vereinten Nationen.

»Alle 72 Passagiere an Bord der Maschine starben«, berichtete Wilfredo Iriarte, ein venezuelanischer Journalist, der seit mehr als einem halben Jahrzehnt über die Vereinten Nationen berichtet. »Ich glaube nicht, daß die amerikanische Presse nichts von dieser Tragödie weiß. Ich glaube, die wollen das nicht wissen. Sie las-

George Bush

Skandal um Bombenanschlag auf kubanisches Flugzeug

sen dies außer Acht, weil sie Angst davor haben, was sie herausfinden würden, wenn sie sich näher mit dieser Sache befassen würden.«

Die Arbeit eines CIA-Agenten

Andere Beobachter bei den Vereinten Nationen stimmten dieser Auffassung zu. »Ein Vierteljahrhundert lang wurde der amerikanischen Öffentlichkeit so gut wie nichts über die Aktivitäten israelischer Agenten in Lateinamerika berichtet«, sagte Hamad Katumi, ein Experte für Politik in einer Delegation am Persischen Golf. »Und doch war neben dem CIA der aktivste Geheimdienst in dieser Region der israelische Mossad.«

Untersuchungsbeamte, die verdeckte Operationen in Mittelamerika genau beobachten, »stellen oft fest, daß die Spur zum Mossad führt«, sagte Iriarte. Er stellt jedoch klar, daß »keine Beweise dafür vorliegen, daß die Israelis in diese tödliche Sabotage an der kubanischen Verkehrsmaschine verwickelt waren; das sei die Arbeit eines CIA-Agenten namens Luis Posada gewesen. Aber der Mossad könnte den Weg für diesen tragischen Zwischenfall geebnet haben«.

Im Herbst 1960 explodierte eine gewaltige Autobombe in der Nähe der Fahrzeugkolonne des venezuelanischen Präsidenten Romulo Betancourt. Obwohl seine Gehilfen getötet und sein gepanzerter Cadillac sich durch die Wucht der Explosion überschlug, überlebte Betancourt diesen Mordversuch. Er erlitt jedoch schwere Verbrennungen und wurde lange stationär im Krankenhaus behandelt. In den Nachwehen dieser terroristischen Greueltat legte der CIA Beweise dafür vor, daß der vermasselte »Anschlag« die Arbeit des dominikanischen Diktators Rafael Leonidas Trujillo, ein langjähriger Feind Betancourts, gewesen sei.

Im Weißen Haus war der neue Präsident John F. Kennedy wütend. Er betrachtete Betancourt, der sein Leben lang Sozialist war, als einen Hauptverbündeten in Lateinamerika. Trujillo war andererseits ein barscher, heißblütiger Nationalist, der es nicht zulassen wollte, daß der CIA sich in die Angelegenheiten seines kleinen Inselstaates einmischte; er wurde somit als unerwünschtes Relikt aus der Vergangenheit angesehen.

»Kennedy zögerte keinen Augenblick; er befahl dem CIA, Trujillo mit egal welchen Mitteln zu stürzen«, erinnerte sich Iriarte. »Wenige Monate später wurde der alte starke Mann der Dominikanischen Republik von einer von dem CIA organisierten und bewaffneten Schlagtruppe getötet.«



Venezuelas Präsidenten Romulo Bentancourt war in den Augen Washingtons ein Sozialist und der CIA sollte ihn umbringen.



Rätsel beschäftigen die US-Öffentlichkeit über die Verwicklung des Präsidenten Bush in den Bombenanschlag auf eine kubanische Verkehrsmaschine.

Der CIA hatte die Fäden in der Hand

Der Mord an Trujillos leitete eine Periode »des stark erhöhten Einflusses des CIA in ganz Mittelamerika und in der Karibik« ein, behauptet der Historiker Parrin Wilcox. »Die Dominikanische Republik kam unter die Herrschaft sorgfältig von dem CIA ausgesuchter Leute. In Venezuela übernahm eine Stütze des CIA, Carlos Andres Perez, den Posten des Innenministers, mit voller Macht über die Polizei und die Geheimdienste.«

1976 war Perez Ministerpräsident von Venezuela geworden. Hinter den Kulissen »hatte der CIA so ziemlich die Fäden in der Hand«, erinnerte sich Iriarte.

Vor diesem Hintergrund schmuggelten Undercover-Agenten der großen CIA-Station in Venezuela eine Bombe an Bord einer kubanischen Verkehrsmaschine bei einer Zwischenlandung zum Auftanken in der Karibik.

»Es stellt sich jetzt heraus, daß, als der CIA 1961 den starken Mann der Dominikanischen Republik Trujillo ›erledigte‹, sie einen unschuldigen Mann tötete«, sagte Iriate. »Es scheint so zu sein, daß der Autobombenanschlag auf Betancourt – der den ganzen Prozeß in Gang setzte – überhaupt nicht von Trujillo arrangiert worden ist. Es war höchst wahrscheinlich das Werk von Mossad-Agenten, die nach einer Blaupause arbeiteten, die gemeinsam von den beiden Geheimdiensten erstellt wurde, ein Plan, der es sowohl dem CIA als auch dem Mossad ermöglichte, ihre Macht überall in der Karibik zu erweitern.«

Dies ist »die lange vergrabene Kette der geheimen Verbindungen, die die Medien des Establishments jetzt nicht mehr ausgraben wollen«, erklärte Professor Wilcox. »Während eine Schattenregierung fremder Agenten die Drähte zog, wurden verdeckte Aktionen zum entscheidenden Werkzeug der Staatskunst. So lange die Medien die amtliche Version akzeptieren, werden gewöhnliche Bürger der USA niemals die Wahrheit über diese geschichtlichen Ereignisse erfahren.« □

USA

Milliarden für Bushs besten Freund

Warren Hough

Trotz der derzeitigen Wirtschaftsflaute, der zusammenbrechenden Infrastruktur und der Defizite in Rekordhöhe in den USA, sind der US-Kongreß und der Präsident George Bush dabei, ihrer bevorzugten ausländischen Regierung alles zu geben, was sie haben will. Es sind amerikanische Steuergelder, die hier arbeiten – gegen Amerika.

Israel hat seine lange erstrebte Anleihegarantie in Höhe von zehn Milliarden Dollar von den Vereinigten Staaten bekommen. Den Steuerzahlern gab man die beruhigende Erklärung, wie ein Beamter des Bush-Regierung es formulierte, daß »die realen Kosten nur den Nennwert der Schulden ausmachen werden«.

Der Sumpf der Kredit-Maschen

Wenigstens dieses eine Mal stimmten gut unterrichtete Nahostexperten überein und sagten: »Die realen Kosten dieses Deals für den amerikanischen Steuerzahler werden nicht zehn Milliarden Dollar sein«, warnte Abdenour Harbi, ein algerischer Wirtschaftswissenschaftler, »sie werden weit höher liegen.«

Die Zustimmung, die von der neu gebildeten Arbeiterregierung Israels ausgegebenen IOUs (Schuldscheine) gegenzuzeichnen, wird die Vereinigten Staaten in einen »Sumpf von Kredit-Maschinen hineinziehen«, erläuterte Harbi, ein Berater der Vereinten Nationen, der internationale Schuldenstrukturen überwacht.

Andere Informanten aus den Vereinten Nationen stimmten dem zu und wiesen auf eine Reihe von »verdächtigen Unstimmigkeiten« in dem Abkommen hin.

Dem Mann auf der Straße wird weisgemacht, daß diese Anleihegarantien Israel in die Lage versetzen werden, zehn Milliarden Dollar zu günstigen Zinssätzen »für humanitäre Zwecke« zu leihen – das heißt für die Neuansiedlung einer »steigenden Flut« von Einwanderern aus der ehemaligen Sowjetunion.

Tatsächlich streiten hohe israelische Regierungsbeamte, wie Jacob Frenkel, Gouverneur der Zentralbank des Kleinstaats, nicht mehr ab, daß man beabsichtigt, die amerikanischen Anleihegarantien als Sprungbrett zur Darlehensaufnahme in Höhe von 20 Milliarden Dollar – doppelt so hoch wie der bekanntgegebene Betrag – von kommerziellen Geldverleihern zu verwenden.

Schuldensprungbrett für weitere Kredite

»Die Israelis betrachten die von den USA verbürgten zehn Milliarden Dollar bereits als die Schuld, die sie sich leisten können zuletzt zurückzuzahlen – in ferner Zukunft, wenn überhaupt«, sagt Dr. Martin Regalar, ein anderer Wirtschaftswissenschaftler der Vereinten Nationen. »In der Zwischenzeit wird die offizielle amerikanische Unterstützung ihrer Kreditwürdigkeit sie in die Lage versetzen, auf eine weltweite Geldleihe-Tour zu gehen. Die Folgen werden ruinös sein.«

Wo wird das ganze Geld hinfließen? Jedenfalls nicht zur Dekkung von »humanitären Bedürfnissen«, wie zum Beispiel die Ansiedlung von neuen Einwanderern, wie israelische Sprecher und ihre amerikanischen Lobbyisten behauptet haben. Es wird dazu benutzt werden, die israelischen Märkte wiederaufleben zu lassen, zu Investitionen in die »Infrastruktur«, zur Verringerung von Steuerdefiziten, zur Förderung der Exporte des Kleinstaats und zur Freistellung israelischer Gelder zum weiteren Siedlungsbau auf arabischem Land, gab der Gouverneur der Zentralbank Frenkel am 28. Juli dieses Jahres unverhohlen zu.

Und was vielleicht noch am beunruhigendsten ist, die Schenkung von zehn Milliarden Dollar signalisiert eine geheime Übereinkunft, eine Reihe von Korruptionsskandalen zu vertuschen, die die amerikanischen Steuerzahler bereits Milliarden von Dollar gekostet haben und in Zukunft noch größeren Schaden anrichten könnten.

Um dieses Problem zu erhellen, führen Experten der Vereinten Nationen den Fall des israelischen Generals Rami Dotan an, der im vergangenen Jahr ins Gefängnis gehen mußte, weil er mehr als 100 Millionen Dollar an US-Zahlungen für Militärhilfe unterschlagen hatte.

Ein faules Spiel wird aufgedeckt

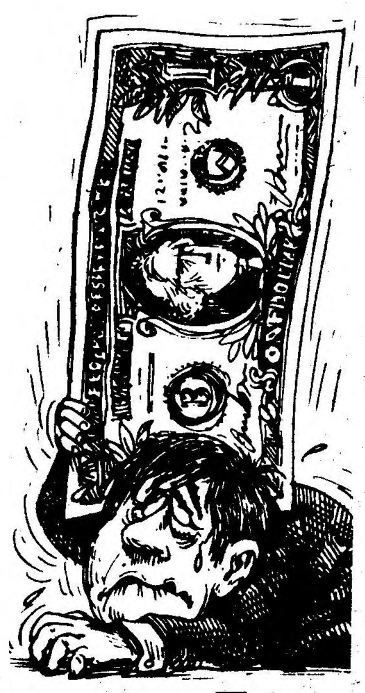
Obwohl bei einer diskreten Untersuchung herauskam, daß die leitenden Herren eines Dutzends von Rüstungsunternehmen, darunter General Electric Co., United Technologies und General Motors, ebenfalls in dem gigantischen Diebstahl verwickelt waren, lehnte es die israelische Regierung hartnäckig ab, amerikanischen Fahndern zu gestatten, Dotan oder seine Komplizen zu befragen. Der Grund: Einige, der von Dotan und seinen Verbündeten abgezweigten Gelder gingen auf ein Schweizer Bankkonto, um israelische Spionage-Operationen in den Vereinigten Staaten zu finanzieren, sagen Untersuchungsbeamte.

»Dies ist der verborgene Teil des Deals«, sagte ein ehemaliger Sicherheitsbeamter des amerikanischen Justizministeriums, der jetzt bei einer anderen Bundesbehörde arbeitet. »Die Israelis haben buchstäblich hunderte von Millionen Dollar, die ihnen in gutem Glauben von amerikanischen Steuerzahlern gegeben wurden, dazu verwendet, eine supergeheime Einheit, als LEKEM bekannt, auf die Beine zu stellen, deren Aufgabe es war, Amerikas am schärfsten bewachte wissenschaftliche und militärische Geheimnisse zu stehlen.«

Jonathan Jay Pollard, ein ehemaliger Geheimdienstspezialist der US-Navy, der zur lebenslänglichen Haftstrafe verurteilt wurde, weil er Israel säckeweise höchst geheime Akten zugespielt hatte, wurde für seinen Verrat mit Geldern bezahlt, die aus amerikanischen Hilfsleistungen an LEKEM abgezweigt wurden, sagen Untersuchungsbeamte.

Darüber hinaus war Pollard keineswegs allein. Er war nur »der Prügelknabe« des LEKEM-Netzwerks in den Vereinigten Staaten, verlautet aus diesen Kreisen.

»Jetzt gibt es Berichte, wonach die neue israelische Regierung ihre Haltung ›gemildert‹ habe und US-Fahndern gestattet werden soll, Dotan zu befragen«, setzte der ehemalige Beamte des Justizministeriums hinzu. »Aber wenn gewöhnliche Amerikaner jemals herausfinden, wie betrügerisch und hinterlistig Israel seine US-Hilfe verwendet, dann wird es wohl keine Schenkungen an den Kleinstaat mehr geben. Das Anleihegarantie-Paket wird ohne eine breit angelegte Vertuschung der Sünden Israels auseinanderfallen.« □



Israels Bombardierung des Irak

Ein Augenzeuge hat Israels Militär beschuldigt, bei der Operation Wüstensturm im vergangenen Jahr eine aktive Rolle gespielt zu haben, wie die amerikanische Wochenzeitschrift »The Spotlight« exklusiv berichtete.

»Die israelischen Flugzeuge kamen und bombardierten uns und mein Haus«, sagte Ayaid al-Shediby, ein Öl-Ingenieur, der sowohl in Kanada als auch in den Vereinigten Staaten gearbeitet hat.

»Israelische Maschinen waren an dieser Aggression beteiligt. Ich sah sie mit meinen eigenen Augen.«

»Ich habe ein Fernglas«, setzte er hinzu, »ich sah den blauen (David)stern am Heck. Diese Aggression nutzt Israel; sie nutzt nicht den Golfstaaten.«

»The Spotlight« und CODE waren die einzigen Presseorgane, die über die militärische Beteiligung Israels am Golfkrieg berichteten.

Außerdem gab der stellvertretende Stabchef der irakischen Armee bekannt, der Irak besitze Fotos und Videos, die beweisen, daß Israel eine militärische Rolle spielte. Trotz vieler Anfragen wurden die Fotos und Videobänder nicht zur Verfügung gestellt.

»Israel war eines der Länder gegen den Irak«, sagte General Ayad Khleel, der stellvertretende irakische Stabchef, in einem längeren Exklusiv-Interview. »Ich war einer der Feldkommandeure, und ich habe das selbst gesehen. Den ganzen Krieg hindurch, als unsere Soldaten unser Kampffeld durchsuchten, fanden sie Stücke und Muster von Bombengehäusen mit der Aufschrift ›Made in Israel‹«, fügte er hinzu. »Unsere Informanten und unsere Soldaten beobachteten die gleiche Art von Sturzflügen, die wir in Israel sahen. Wir baten unsere Soldaten, die Maschinen auf Videoband aufzunehmen«, sagte der General. »Wir haben Fotos und Videobänder.« Ein offenes und freimütiges Gespräch wurde zwischen einer Mannschaft von drei amerikanischen Journalisten, Khleel, dem Kommandeur der irakischen Garderegimenter – die in Nachrichtenberichten als die elitäre Republikanische Garde im Krieg am Persischen Golf bezeichnet wurde –, und drei Dolmetschern geführt. In dem Gespräch, gab der General zu, daß der Irak einige Fehler begangen haben mag, er schalt jedoch die alliierten Streitkräfte wegen des von ihnen begangenen Overkill bei ihrem Angriff auf seine im Rückzug befindlichen Truppen.

»Wir sind sicher, daß die Bombardierung von zivilen Zielen nicht irrtümlich geschah«, sagte Khleel. »Die Operation war in Kuwait. Die alliierten Streitkräfte, die zivile Ziele angriffen, waren überall – Bagdad, Kut, Mosul, Ramni. Es steht fest, daß dies keine Angriffe gegen militärische Ziele waren.«

Einige der Ziele, die wiederholt von alliierten Bomben getroffen wurden, waren Kraftwerke, Kommunikationszentren, Brükken in Städten, Wohnviertel, Regierungsdienststellen und Fabriken.

Khleel gab zu, daß einige irakische Soldaten Greueltaten begangen haben, über die in den Vereinigten Staaten berichtet wurde, aber diese Soldaten seien in Kuwait unverzüglich bestraft worden. »In jedem Kriege, da bin ich ganz sicher, wird es einige ungesetzliche Dinge geben, die dem Befehlsstand nicht bekannt sind. Was veröffentlicht wurde, wurde übertrieben«, setzte Khleel hinzu.

»Schuldige Irakis wurden von der irakischen Armee, in Gegenwart der Menschen, die sie bestohlen hatten, hingerichtet. Die Kuwaitis sahen es. Es kam mehr als einmal vor.

Andererseits ist der beispiellose Angriff durch alliierte Streitkräfte auf sich zurückziehende irakische Truppen im Westen kaum verurteilt worden.«

»Ich konnte nicht glauben, daß alliierte Soldaten sich so verhalten würden«, sagte Kheel. »Die irakischen Truppen waren auf dem Rückzug. Die Straßen waren durch militärischen und zivilen Verkehr verstopft. Und dennoch kamen immer wieder alliierte Flugzeuge.

Wir haben so etwas während des Kriegs mit Iran nicht getan. Wir haben niemals davon gehört, daß dies jemals in der Geschichte geschehen ist. Ich bin sehr bestürzt darüber, was die Alliierten taten. Es war eine Tragödie.« □

Irakische Sterbeziffern

»Dreiundneunzig von jeweils 1000 Kindern, die im Irak geboren werden, sterben jetzt«, bestätigte der irakische Staatssekretär für das Gesundheitswesen Dr. Abduljabbar Abdulabbas. »Dies ist fast 300 Prozent höher als die Kindersterblichkeitsquote von 25 pro 1000, die wir vor der Auferlegung des ungerechten Embargos verzeichneten«, sagte er und bezog sich dabei auf die Sanktionen, die gegen den Irak seit kurz nach dessen Einmarsch in Kuwait in Kraft sind. Abdulabbas meinte, 14.678 Kinder unter fünf Jahren seien in den ersten vier Monaten dieses Jahres wegen des durch die Sanktionen verursachten Mangels an Medikamenten und Nahrungsmitteln gestorben. »Die Todesziffer steigt«, stellte er fest und fügte hinzu, daß nahezu 18 Prozent der irakischen Kinder schon bei der Geburt Untergewicht hatten. Durchfall haben, vier von jeweils 1000 im Irak geborene Babys getötet. »Vor den Sanktionen waren es eins zu tausend.«

Dr. Ala'uddin Mahmoud, Generaldirektor der Firma Kimadia, die die meisten Medikamente und chemische Vorräte einzuführen pflegte, berichtet, seine Lagerhallen seien fast leer. »Wir waren die größten Importeure von Medikamenten und Chemikalien im Nahen Osten. Alles, was in den letzten beiden Jahren in den Irak geschickt wurde, geht nicht über drei bis vier Prozent des Bedarfs hinaus. Wir haben unsere Lagervorräte fast aufgebraucht. Die Versorgungslage mit Medikamenten ist sehr bestürzend«, sagte er.

Abdulabbas meinte, die Zahl der in irakischen Krankenhäusern durchgeführten chirurgischen Eingriffe sei von über 15.000 auf weniger als 5.000 pro Monat gesunken. »Die übrigen sterben entweder dahin oder warten ungeduldig auf die Medikamente oder Ausrüstung, die wir uns nicht leisten können zu kaufen.« □

Jemen beschuldigt Saudi-Arabien der Verschwörung

Saudi-Arabien ist für den Mordversuch an Anis Hassan Yahya, ehemaliger stellvertretender Ministerpräsident des Jemen und führendes Mitglied der Sozialistischen Partei, verantwortlich, mit dem anscheinend versucht wurde, den Prozeß der Wiedervereinigung des Jemen zu destabilisieren, klagte Yahya an. Yahya sagte, der Anschlag auf sein Leben sei Teil einer Verschwörung, um das Entstehen eines modernen jemenitischen Staat zu vereiteln. Der Präsident des Jemens, Ali Abdullah Saleh, beschuldigte »feindliche Kräfte« der Verschwörung gegen seine Bemühungen, auf der arabischen Halbinsel eine Demokratie zu errichten.
Obwohl von der Regierung des Jemen keine Anschuldigungen erhoben wurden, wird weiterhin angenommen, daß die Saudis hinter der Operation standen, weil sie den möglichen Erfolg der Vereinigung des Jemen und der demokratischen Reformen fürchten.

Dem Londoner »Guardian« zufolge beschuldigte Scheich Ali Shami der gemäßigten islamischen Partei Al Haq offen die Saudis: «Saudi-Arabien läßt Unmengen von Geldern in den Jemen strömen, um seine eigene Version des wahabitischen Islam zu fördern. Dies ist eigentlich eine irrationale und kompromißlose Version unserer Religion, auf die wir gut verzichten können.«
Die Vereinigten Staaten und Großbritannien werden auch beschuldigt, versucht zu haben, den Jemen wegen dessen Weigerung, den Golfkrieg gegen den Irak zu unterstützen, zu destabilisieren. □

Offene Fragen zu Libyens Rolle bei der Lockerbie-Katastrophe

Deutsche Fahndungsbeamte haben keine substantielle Begründung für die Anklagen der Vereinigten Staaten und Britannien ermittelt, daß Libyen den Bombenanschlag auf den Flug 103 der Luftverkehrsgesellschaft Pan-Am am 21. Dezember 1988 über Lockerbie, Schottland, bei dem 270 Menschen ums Leben kamen, durchgeführt hat.

Volker Rath, der Frankfurter Staatsanwalt, der mit der amtlichen Untersuchung des Falles beauftragt ist, äußerte in einem Interview mit dem Hessischen Rundfunk, daß die Untersuchungen in dieser Angelegenheit wegen Mangel an Beweisen eingestellt werden müssen.

Rath sagte, daß mehr als drei Jahre Fahndung in den Vereinigten Staaten, Schottland und Deutschland – wo die Maschine startete –, keinerlei Beweise ergeben hätten, die Licht auf die Täter und die Vorgeschichte des Lockerbie-Zwischenfalls werfen könnten. Rath erklärte, daß seine Fahndermannschaft wenig Substanz hinter den amerikanischen und britischen Beschuldigungen festgestellt hätten, daß zwei libysche Agenten, Basset el Megrahi und Khalifa Fhimah, den Bombenanschlag verübten. Er meinte, diese Anschuldigungen befinden sich eher im Bereich der Vermutung als in dem der Beweisführung. □

Neue Konfrontationen zwischen den USA und Jordanien

Die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Jordanien über die Sanktionen gegen den Irak sind seit einer geheimen Reise des Leiters der US Central Intelligence Agency (CIA), Robert Gates, nach Jordanien sehr gespannt. Einer Informationsquelle aus dem Nahen Osten zufolge fuhr Gates dorthin, um die Jordanier zu bitten, zuzulassen, daß »Aufseher« der Vereinten Nationen und der USA den Export und Import von Waren in den Irak aus Jordanien kontrollieren und im Hafen von Akaba zu diesem Zweck eine Sondermission einrichten.

Aus gleicher Quelle verlautet: »Die Jordanier haben dies rundweg abgelehnt.« Nachrichtenagenturen berichten, Präsident George Bush habe Jordanien persönlich wegen dessen Weigerung, bei den Sanktionen zu kooperieren, kritisiert und gleichzeitig verkündet, daß die Sanktionen gegen den Irak verdichtet werden müssen. Als Folge der Weigerung Jordaniens werden, wie berichtet wird, Pläne geschmiedet, Inspektoren innerhalb des Irak damit zu beauftragen, Lastkraftwagen mit Waren, die dem Embargo unterliegen, anzuhalten und zurückzuschicken. □

Gefahr des Faschismus in Israel

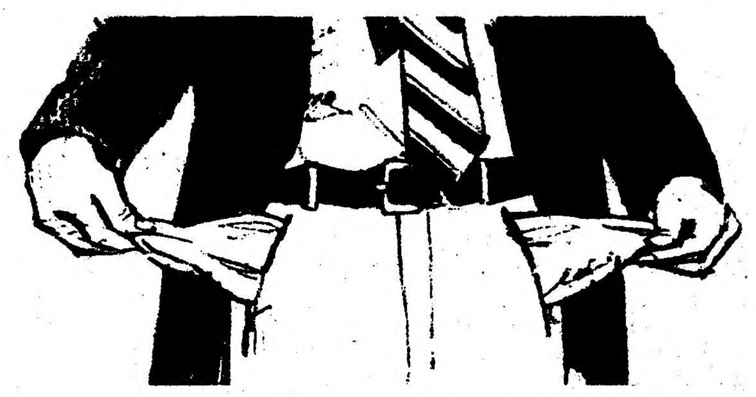
Sam Lehman-Wilzig von der Universität Bar Ilan in Israel warnte in einem Artikel in der »Jerusalem Post«, daß sich angesichts des Unvermögens sowohl der Arbeiter– als auch der Likudpartei, mehr zu tun als sich gegenseitig bei ihrem Wahlkämpfen in den Haaren zu liegen, eine Unzufriedenheit mit beiden Parteien ausbreite.

In diesem Zusammenhang könnte eine sogenannte populäre, nicht politische öffentliche Persönlichkeit«, wie Ross Perot nach vorne treten und die Wahl zum Ministerpräsidenten 1996 gewinnen, wenn dies eine Position wird, die direkt vom Volk gewählt wird.

Lehman kam zu der Schlußfolgerung, daß, falls die politischen Parteien sich nicht ernsthafter mit Problemen und Programmen befassen, das parlamentarische System zusammenbrechen und dies zum Faschismus führen werde. »In diesem Stadium beginnen wir die Gefahren zu erkennen, die der Neigung zum Hyper-Negativismus, der Suche nach dem unpolitischen Führer, der Umkehr zur direkten Massen-Demokratie innewohnen. Alle drei stellen Hauptbestandteile des Faschismus dar, wie wir zu unserem Leidwesen das ganze zwanzigste Jahrhundert hindurch erfahren haben. Und in einem Land, wo die politische Kultur bereits Elemente des Autoritarismus enthält, ist die Gefahr, daß die Demokratie auf die Schnelle zu ihrer Antithese verkommt, umso größer!« □

Rabin-Regierung in Israel fest im Sattel

Die 15jährige Regierungszeit der Likud-Partei endete als Folge der Wahlen in Israel vom 30. Juni dieses Jahres. Yitzhak Rabin begann mit der Bildung einer neuen von der Arbeiter-Partei angeführten Regierung, die in den kommenden vier Jahren im Amt bleiben wird.
Es wird damit gerechnet, daß die Arbeiter-Partei innerhalb einer stabilen Koalition regieren wird. Bei einer Gesamtzahl von 120 Sitzen in der Knesset (Parlament), erhöhte die Arbeiter-Partei die Zahl ihrer Sitze von 38 auf 45, während einer ihrer »linken« Verbündeten, Meretz, sich von 10 auf 12 Sitze verstärkte. Ein weiterer Koalitionspartner, die Shas, eine sephardistische religiöse Partei, gewann sieben Sitze und bringt damit die Arbeiter-Koalition auf 64 Stimmen. Darüberhinaus haben drei andere religiösen Parteien, von denen die meisten den Likud unterstützt hatten, bekanntgegeben, daß sie bereit sind, sich einer von der Arbeiter-Partei geführten Koalition anzuschließen. Obwohl die arabische und kommunistische Partei (5 Sitze) nicht aufgefordert wurden, der Regierung beizutreten, wird damit gerechnet, daß sie mit der Arbeiter-Partei stimmen werden, besonders bei Mißtrauensabstimmungen.
Palästinensern in den besetzten Gebieten, Jordaniern, Ägyptern und anderen zufolge hatte die Wirtschaft im Wahlkampf Vorrang. Wähler zogen die Regierung dafür zur Rechenschaft, Ressourcen vergeudet zu haben und für die hohe Arbeitslosigkeit und hohe Inflation verantwortlich zu sein. »Sie stimmten mit ihrem Notizbuch ab«, sagte einer. »Die russischen Juden – es gibt jetzt 250.000 potentielle Wähler unter den russischen Einwanderern – stimmten mit überwältigender Mehrheit für die Arbeiter Partei. Die Arbeitslosigkeit beläuft sich in vielen Einwanderergebieten auf 50 Prozent«, sagte ein anderer.
Der Likud verlor ebenfalls seine Parteibasis. »Der Likud konnte in Tel Aviv Projekte, die er seiner Basis versprochen hatte, nicht liefern, weil er Gelder zum Bau von Siedlungen abzweigen mußte«, meinte einer. »Ich wollte, ich könnte sagen, dies war so, weil die Israelis Frieden mit den Arabern wollen, aber solche Fragen waren rein sekundärer Natur.«
Die Wähler erkannten auch, daß die Auseinandersetzung des ehemaligen Ministerpräsidenten Yitzhak Shamir mit Präsident Bush zu einer Wirtschaftskatastrophe führte. »Die Israelis befürchteten nicht nur, die Darlehensgarantien zu verlieren, sondern auch alles andere. Israel ist eine subventionierte Gesellschaft«, stellte einer fest. »Dies war ein Sieg der Bush-Regierung, und es ist eine Nachbildung von 1977. 1977 wollten die Amerikaner den Likud an die Macht bringen und taten das auch. Jetzt haben sie das Umgekehrte getan.« □



Naher Osten

Hintergründe des Golfkrieges

P. Samuel Foner

Der Senatsausschuß für die bewaffneten Streitkräfte der USA, der derzeit einen Fall von Lügen und Vertuschung seitens der Regierung im Zusammenhang mit dem Abschuß einer iranischen Verkehrsmaschine untersucht, hat jetzt Gelegenheit, der Öffentlichkeit einen Dienst zu erweisen, indem er eine frühere Vertuschung seitens des US-Verteidigungsministeriums entlarvt.

Es ist Präsidentschaftswahljahr in den USA, und die Republikaner regieren im Weißen Haus. Es ist daher keine Überraschung, daß die Demokraten, die in beiden Kammern des Kongreß die Mehrheit haben, nach Skandalen suchen, die sie der Grand Old Party anlasten können.

US-Präsident George Bush und die Verwicklung der Amerikaner in den Krieg am Persischen Golf bieten nicht enden wollende Gelegenheiten dazu.

Die Irreführung der Öffentlichkeit

Der Demokrat aus Georgia, Sam Nunn, Vorsitzender des mächtigen Senate Armed Services Committee, möchte alle Einzelheiten über den Abschuß einer iranischen Verkehrsmaschine im Juli 1988 über der Straße von Hormuz durch die »USS Vinciennes«, bei der alle 298 Menschen an Bord ums Leben kamen, erforschen. Er könnte dem amerikanischen Volk einen wirklichen Dienst erweisen, indem er einen weiteren Zwischenfall am Persischen Golf, der sich ein Jahr vorher zutrug, in seine Untersuchungen einbeziehen würde, nämlich den Angriff auf die Fregatte »USS Stark« durch irakische Düsenjäger im Mai 1987.

Im Zusammenhang mit dem Zwischenfall mit der »Vinciennes« hielt Admiral William Crowe, der für die US-Navy und für die Regierung sprach, am 3. Juli 1988 eine Pressekonferenz ab. Er gab bekannt, daß das amerikanische Schiff sich in internationalen Gewässern befunden habe, daß die iranische Maschine einem Angriffsschema gefolgt sei, und daß sie sich nicht identifiziert habe. Deshalb sei auf sie geschossen und die Maschine dabei zerstört worden. Der jetzt im Ruhestand lebende Crowe sagte zu Nunn – und wiederholte seine Erklärung in dem landesweit ausgestrahlten Programm eines amerikanischen Fernseh-Nachrichtenmagazins –, daß die »Vinciennes« sich – unter Verletzung des Völkerrechts – in iranischen Gewässern befunden habe, und daß das Flugzeug einen Erkennungskode ausgestrahlt habe.

Bei dem »Stark«-Zwischenfall im Mai 1987 schossen zwei irakische Düsenmaschinen Exocet-Raketen französischer Bauart auf das amerikanische Schiff ab, wobei diesem schwerer Schaden zugefügt wurde und 37 amerikanische Seeleute ums Leben kamen.

Ja, sie haben richtig gelesen. Der Angriff wurde von zwei irakischen Düsenmaschinen durchgeführt. Und doch scheint es so zu sein, daß die gesamte amerikanische Machtstruktur – das Weiße Haus, der Kongreß und die Joint Chiefs of Staff – der Öffentlichkeit einreden wollen, es sei nur ein irakisches Flugzeug gewesen.

Das ist der Schlüsselpunkt. Wenn es zwei Flugzeuge waren, dann kann der Angriff kaum ein Irrtum gewesen sein, wie die Regierung und die Medien des Establishments der Öffentlichkeit weismachen wollen. Ein Pilot könnte einen Kampffehler machen und auf ein unbefugtes Ziel schießen, aber zwei Piloten? Nicht sehr wahrscheinlich. Obwohl es theoretisch möglich ist, sind die Erwägungen, die dagegen sprechen, daß ein solches Ding passiert ist, astronomisch.

Der Angriff durch zwei Maschinen deutet auf einen Plan hin. Es obliegt nicht den Piloten, solche Entscheidungen zu treffen. Wer oder was anzugreifen ist und unter welchen Umständen, wird auf höherer Ebene entschieden.

Lügen über den Zwischenfall

In dem ursprünglichen Bericht der United Press International (UPI) des Reporters Richard Sale, der am 1. August 1987 zu den Akten gegeben wurde, heißt es, zwei irakische Maschinen seien in den Zwischenfall verwikkelt gewesen. Dies wurde nur von sehr wenigen Zeitungen in den USA übernommen, darunter die »Salt Lake City Tribune« in ihrer Ausgabe vom 2. August. Unsere Schwesterzeitung »The Spotlight«, die sich auf ihre eigenen Quellen verließ, berichtete ebenfalls, daß zwei irakische Maschinen beteiligt waren. Aber dann geschah etwas Seltsames. Der Bericht selbst wurde einer internen Redigierung durch UPI unterzogen. In späteren Depeschen des Drahtdienstes hieß es, daß nur eine Maschine die »Stark« angegriffen habe. Diese Lesart wurde regierungsseitig wiederholt.

»›USS Stark‹ explanation a lie« (»Erklärung des ›USS Stark‹-Zwischenfalls eine Lüge«), schrieb »The Spotlight« am 17. August in großer Aufmachung auf der ersten Seite. Unter der Schlagzeile »Wahrheit von Medien verzerrt« schrieb der Spotlight-Redakteur Vincent J. Ryan:

»Ein UPI-Bericht vom 1. August, in dem es heißt, daß zwei irakische Düsenjäger – nicht nur einer – am 17. Mai die ›USS Stark‹ im Persischen Golf angegriffen habe, wurde von der ›Los Angeles Times‹, der ›New York Times‹, der ›Washington Post‹ oder der ›Washington Times‹ nicht übernommen.«

Die Story wurde jedoch von der »Salt Lake City Tribune« und dem »Richmond (Virginia) Times-Dispatch« aufgegriffen.

Ein Sprecher für die »Washington Post« sagte zu einem »Spotlight«-Reporter: »Wenn die ›Post‹ sie (die UPI-Meldung) nicht verwendet hat, dann deshalb, weil die ›Post‹ nicht glaubte, daß sie den Tatsachen entsprach.«

Der Experte für nationale Sicherheit bei der »Washington Post« sagte, er wisse von der Depesche, sei aber nicht in der Lage, sie unabhängig zu bestätigen.

Ironischerweise hat »The Spotlight« erfahren, daß die Version des Berichtes, die UPI als Drahtmeldung herausgegeben hatte, tatsächlich »im Hause« zensiert wurde.

Ursprünglich sollte in dem Bericht erwähnt werden, daß Geheimdienste innerhalb des Verteidigungsministeriums zu dem Schluß gekommen seien, daß die Irakis von Israel veranlaßt wurden die »Stark« anzugreifen, und daß das Außenministerium behauptet habe, der Angriff sei ein Teil von arabischen Machenschaften, um in diesem Teil der Welt einen Krieg heraufzubeschwören.

Ryan erklärte, die Nachrichtensperre durch UPI sei nur ein kleiner Teil der Verschwörung.

In der gleichen Ausgabe berichtete der diplomatische Korrespondent von »The Spotlight«, Warren Hough, unter der Überschrift: »Zwei Maschinen in Angriff verwickelt«:

»Die ›USS Stark‹, die von zwei Exocet-Raketen getroffen wurde, als sie im vergangenen Mai im Persischen Golf Patrouille fuhr, wobei 37 Amerikaner ihr Leben verloren, war nicht Opfer einer Verwechslung. Sie war Ziel eines vorsätzlichen Angriffs, der anscheinend von israelischen Agenten arrangiert wurde, um die Reagan-Regierung zu einer militärischen Aktion im Nahen Osten aufzustacheln.

In einer Reihe von Interviews mit einigen der am besten informierten Diplomaten und Informanten aus dem Verteidigungsministerium erfuhr ›The Spotlight‹,

daß die tatsächlichen Ereignisse dieses Zwischenfalles, die für die Öffentlichkeit freigegebene Version Lügen strafe.«

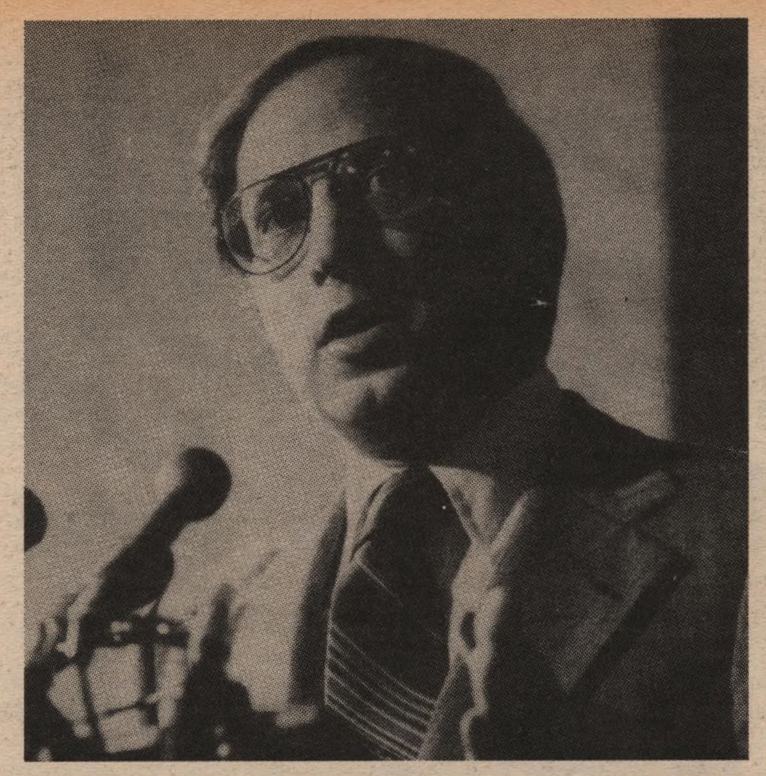
Die Flugzeuge wurden von Söldnern geflogen

Hough berichtete dann im einzelnen über diese Tatsachen. In Sales ursprünglichem Bericht, in Washington datiert, heißt es: »Amerikanische Militär- und Regierungsexperten kamen zu der Schlußfolgerung, daß zwei irakische Düsenjäger, nicht nur einer, die ›USS Stark‹ im Mai angegriffen haben – und einige Leute glauben, der Angriff habe vorsätzlich darauf abgezielt, die Vereinigten Staaten dazu aufzustacheln, ihre Präsenz im Persischen Golf zu verstärken.«

»Aus Geheimdienstkreisen erfuhr UPI, es habe den Anschein, als ob Kommandeure der irakischen Luftstreitkräfte die beiden Piloten zu einem Einsatz befohlen hätten, erst nachdem sie von gefälschten Geheimdienstnachrichten aus einem benachbarten arabischen Staat hinters Licht geführt wurden.

Die Kommandeure hätten offenbar keine Ahnung gehabt, daß sie einen Angriff auf ein amerikanisches Schiff befahlen, erfuhr UPI aus diesen Kreisen.«
Die Untersuchung durch »The Spotlight« ergab, daß die Maschinen Allwetter-Jäger französischer Bauart vom Typ Mirage F-1 waren, die ihren Stützpunkt in Shaibah, in der Nähe von Basra im südlichen Irak hatten. Und die Maschinen wurden nicht von Offizieren der irakischen Luftstreitwaffe, wie die Version des Establishments lautete, sondern von Söldner-Piloten geflogen, die ägyptische, französische, westoder ostdeutsche Bürger gewesen sein könnten.

Sale schrieb: »Einer der Piloten könnte ein Israeli gewesen sein. Einige von ihnen arbeiten nämlich für die irakische Luftwaffe. Sie verbergen entweder ihre Nationalität – sie sprechen arabisch – oder sie behaupten, Abtrünnige oder Freiberufliche zu sein, deren Loyalität ihren Zahlmeistern gehört. Und die Israelis gelten als Experten für die Mirage. Die Irakis brauchen technisch versierte Flieger; es kümmert sie oft nicht, wo sie herkommen.«



US-Senator Sam Nunn soll die Wahrheit über Amerikas Aktivitäten am Persischen Golfs ans Tageslicht bringen.

Es muß in diesem Zusammenhang festgestellt werden, daß eine größere Rolle der USA am Persischen Golf einem nahöstlichen Land hilft – Amerikas »besten Verbündeten«: Israel. Nach dem alten römischen Gesetz wurde auf jeden Vorfall stets die Frage angewendet: »Cui bono?« Das heißt: »Wem nützt es?«

Historisch gesehen, haben Angriffe auf Schiffe bei späteren Interventionen des amerikanischen Militärs eine große Rolle gespielt. Da war Lyndon Johnsons Zwischenfall am Golf von Tonkin, Franklin Roosevelts Pearl Harbor und Woodrow Wilsons Versenkung der »Lusitania«. Teddy Roosevelt und seine Rough Riders stürmten San Juan Hill und riefen »Denkt an die ›Maine‹«.

Im Juni 1967 griff Israel die »USS Liberty« an. Wäre sie versenkt worden, dann hätte man Ägypten die Schuld in die Schuhe geschoben, und die USA hätten Ägypten den Krieg erklärt.

Wenn die »Stark« versenkt worden wäre, dann hätten die USA empört dem Iran den Krieg erklärt, der seinerzeit dabei war, den Krieg gegen unseren damaligen Verbündeten, Saddam Hussein von Irak, zu gewinnen.

Im Oktober 1987 kam die amerikanische Regierung mit ihrem offiziellen Bericht über den Zwischenfall mit der »Stark« heraus. Darin hieß es, es sei nur ein irakisches Flugzeug gewesen, und das ganze handele sich um ein Versehen.

Sale sagte jedoch zu »The Spotlight«, er bleibe bei seinem ursprünglichen Bericht, trotz der Zensur durch seine Vorgesetzen im Drahtdienst.

Ryan wies in einem »Spotlight«-Artikel vom 2. November darauf hin, daß der Leiter der Mannschaft, die den Angriff untersuchte, öffentlich identifiziert und in dem Bericht namentlich als Konteradmiral Grant Sharp genannt worden sei. Die US-Navy habe es jedoch abgelehnt, »The Spotlight« die Namen der sechs Offiziere zu nennen, die auch zu dem Kontingent gehörten, das den Zwischenfall untersucht hat. Nach Mitteilung der Navy waren diese Namen jedoch »klassifiziert«, das heißt einer bestimmten Geheimhaltungsstufe zugeordnet worden. Der Grund für die Geheimhaltung, die diese Namen umgibt, muß noch geklärt werden.

Ein Jahr nach dem Angriff setzte »The Spotlight« seine Untersuchung fort. Mike Blair berichtete: »›The Spotlight‹ hat nicht weniger als sechs Beweisstücke entdeckt, die beweisen, daß das amerikanische Schiff von zwei Flugzeugen angegriffen wurde.«

Die Untersuchung geht weiter

Blair berichtete, daß die irakischen Düsenjäger Luft-Boden-Raketen zur Bekämpfung von Schiffen vom Typ Exocet Am-39, wie diejenigen, die während des Falkland-Krieges im Jahre 1982 mit großer Wirksamkeit von der argentinischen Luftwaffe gegen die britische Kriegsmarine eingesetzt wurden, verwendet haben.

»Das bedeutendste neue Beweismaterial, das für einen Angriff mit mehr als einem Flugzeug auf die ›Stark‹ spricht«, berichtete Blair, »besteht aus dem Text einer Entschuldigung bei den Vereinigten Staaten für den Angriff durch Saddam Hussein, Präsident des Irak.«

In einem Schreiben an Präsident Ronald Reagan vom 18. Mai 1987, einen Tag nach dem Angriff, schrieb Hussein:

»Ich glaube, Sie wissen, daß die irakischen Flugzeuge, die in der Gegend operierten, in der sie schon vorher feindliche Ziele angegriffen hatten, überhaupt nicht vor hatten, ein Schiff anzugreifen, das Ihrem Land oder irgendeinem anderen Land außer dem Iran gehört.«

Die »New York Post« berichtete am 20. Mai, Konteradmiral Harold J. Bernsen, der Kommandeur der Einsatztruppe am Persischen Golf habe gesagt, daß die Seeleute an Bord der »Stark« aus mehreren Gründen zu »sitzenden Enten« geworden seien, unter anderem, weil »Botschaften an die irakischen Düsenjäger, die die Raketen abschossen, entweder niemals empfangen oder nicht verstanden wurden.

Nunns Bemühungen, die Wahrheit über Amerikas Aktivitäten am Persischen Golf ans Tageslicht zu bringen, verdienen Anerkennung. Jetzt ist er am Zuge, seine Untersuchung im Interesse Amerikas zu erweitern, indem er die historische Wahrheit über den Angriff auf die »USS Stark« untersucht. □

Die Opfer des Golfkrieges sind Frauen und Kinder

Andrew Arnold

Die Irakis sind eifrig damit beschäftigt, ihre Hauptstadt Bagdad wiederaufzubauen und konzentrieren enorme Ressourcen und Energie auf dieses Ziel. Wenn der Sachschaden auch repariert wird, so steigen die Verluste an Menschenleben weiter an.

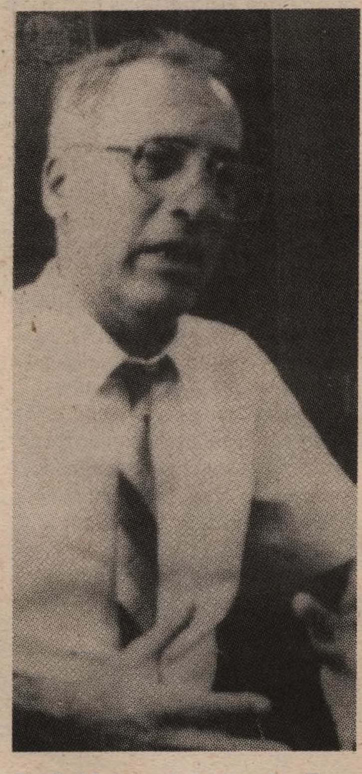
Ein halbes Jahr nachdem amerikanische Bomben aufgehört haben, auf die Hauptstadt des Irak niederzuschlagen, gibt es nur noch verhältnismäßig wenige Narben des Krieges in Form von Sachschäden. Bis auf ein Gebäude oder eine Brücke hier und dort, die noch repariert werden, könnte dies für jede andere moderne Großstadt in der Welt gelten.

Die Irakis haben Gewaltiges geleistet

Erst wenn man etwas genauer hinschaut, auf Anhaltspunkte wie die großen schwarzen Banner mit den Namen von zivilen Familienmitgliedern, die bei den erbarmungslosen und beinahe ständigen Luftangriffen damals getötet wurden, oder die Krankenhäuser, denen es in gefährlichem Ausmaß an Ausrüstungen und Arzneimitteln fehlt, wird man an den furchtbaren Schaden erinnert, der dieser Stadt zugefügt wurde.

»Die meisten Stadtteile Bagdads und überall im Lande sind innerhalb von drei Monaten wiederaufgebaut worden«, sagte Naji al-Hidithi, Herausgeber des »Bagdad Observer«. »Die Irakis haben in den vergangenen 15 Monaten Gewaltiges geleistet.«

Während Gebäude, Brücken instandgesetzt und sogar menschliche Verletzungen geheilt werden können, bereiten die quälenden Fragen nach tausenden von Ziviltoten und nach der völligen Zerstörung der Infrastruktur des Landes den Irakis heute Kopfzerbrechen, und sie fragen sich, warum dies alles geschehen mußte – vor allem im Lichte der Behauptung von George Bush, daß die Vereinigten Staaten nicht »mit dem irakischen Volk im Krieg stehen«.



Dr. Q. M. Ismail, Leiter der Zentralen Kinderklinik in Bagdad: »Bush führt einen biologischen Krieg gegen uns.«

Zum Beispiel fiel in den sechs Wochen des Kampfes im Irak und in Kuwait eine größere Bombenlast als im ganzen Zweiten Weltkrieg in Europa abgeworfen wurde. Ungeachtet gegenteiliger Behauptungen des amerikanischen Militärs – in denen der Erfolg des »Präzisions«bombardements, der »chirurgischen« Eingriffe und der Verwendung von »klugen« Bomben gelobt wurden – waren 93 Prozent der Bomben solche des freien Falles, und 75 Prozent verfehlten ihre Ziele, wie aus kürzlichen Berichten in amerikanischen Zeitungen hervorgeht.

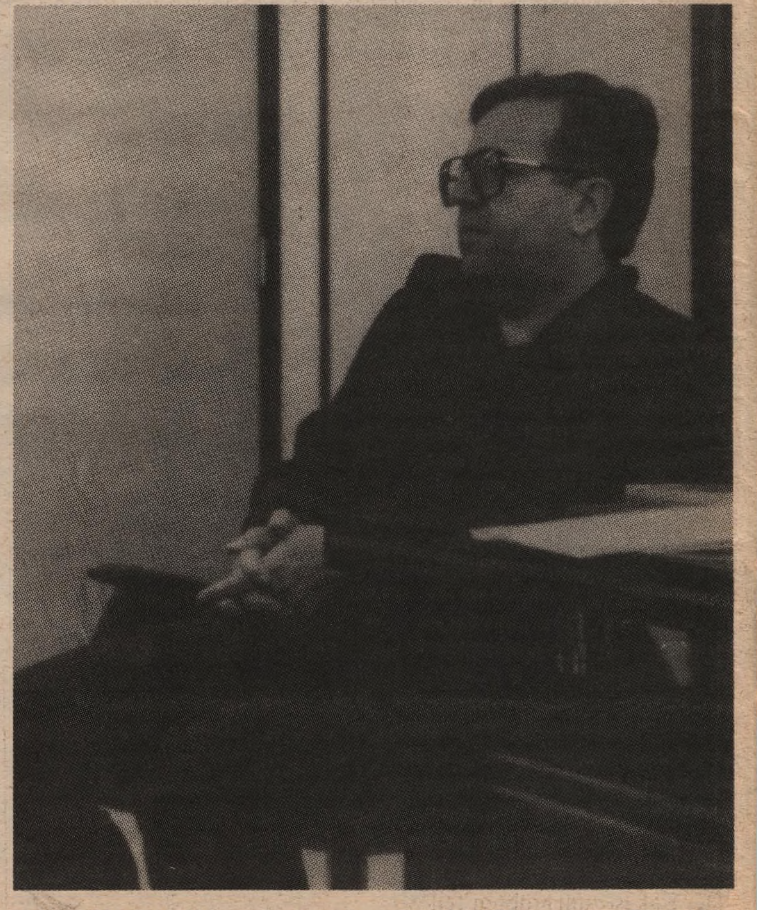
»Die Mehrheit der getroffenen Ziele waren ziviler Natur«, sagte Hidithi. »Schulen, Universitäten, Fabriken, eine Tankstelle, an der gerade viele Autos auftankten. Die Maschinen flogen zweimal vorbei; dann, beim dritten Anflug, schlugen sie zu.« »Neunundvierzig Personen wurden getötet.«

Amerikanische Fernsehzuschauer erinnern sich genau an einen Reporter des Cable News Network (CNN) am Standort einer Milchpulverfabrik, die bombardiert worden war. Das US-Militär erklärte, es sei eine Fabrik für Chemikalien zur Kriegsführung.

Die Feindpropaganda mit der Milchpulverfabrik

Eine Handvoll Journalisten entnahmen Milchproben aus den Trümmern der Fabrik als Beweis dafür, was in Wirklichkeit dort hergestellt wurde. Sie wurden von der amerikanischen Regierung als Verräter gebrandmarkt, weil sie »Feindpropaganda« verbreitet hätten.

Heute leiden und sterben irakische Babies an Unterernährung in einer in der heutigen Welt nie gehörten Anzahl, sagen die Ärzte. Als der Irak die Anschuldigung erhob, daß alliierte Flugzeuge einen zivilen Bombenschutzbunker angegriffen hätten – und 250 Leichen als Beweis dafür zur Schau stellten – beharrten Sprecher des US-Militärs immer noch darauf, dort sei ein irakischer Befehlsstand untergebracht gewesen.



Naji al-Hadithi, Herausgeber des »Bagdad Observer«: »Die Irakis haben in den vergangenen 15 Monaten Gewaltiges geleistet.«

»Journalisten standen vor dem Bunker und weinten, als die Leichen herausgetragen wurden«, sagte ein irakischer Sprecher, zu dessen Aufgaben es gehört, ausländische Journalisten zu begleiten. »Sie wußten nicht, was sie tun sollten.«

Heute ist der Bunker in Amaria eine Gedenkstätte für Iraks Ziviltote. Er ist eingezäunt. Ein paar gedämpfte Lichter innerhalb des Bunkers führen Besucher zu einem roten Teppich in der Mitte des Bunkers. Dort wenden sich die Gäste nach links zu dem am besten beleuchteten Teil des Raumes – das sechs Meter große Loch in der Decke gibt genügend Licht. Nur ein paar verbogene Stahlrohre, die einst eine 2,10 Meter dicke Betondecke mit stützten, verdunkeln das Sonnenlicht. Der von einer Durchschlagsbombe innerhalb des Bunkers aufgewühlte neun mal zwölf Meter große Krater ist von Kränzen umsäumt. Es gibt auch Fotografien und eine Zeichnung von den vielen Menschen, die in jener dunklen Nacht ihr Leben verloren, von der ein amerikanischer Offizier sagte: »Man muß schon ein paar Eier zerschlagen, um ein Omelett zuzubereiten.«

Anklage wegen Kriegsverbrechen

»Die Alliierten suchten sich Brücken in Bagdad, Kut, Ramani heraus – diese sind 960 km von Kuwait entfernt«, sagte Hidithi. »Sie hatten nichts mit den Kämpfen zu tun.«

In einem Bericht des amerikanischen Verteidigungsministeriums wird jetzt in bezug auf die vielen Angriffe auf die Infrastruktur des Iraks – vor allem auf Kraftwerke – eingeräumt, zuviel des Guten beziehungsweise Schlechten getan zu haben.

Eine im April veröffentliche Studie des US-Verteidigungsministeriums besagt zum Beispiel, daß Fehler der Geheimdienste und des Kommunikationswesens, von den Amerikanern dirigierte Bomber dazu veranlaßt hätten, mehr Schaden an Iraks Kraftwerken anzurichten »als beabsichtigt«.

Der Irak ist zum größten Teil Wüste. Elektrische Energie ist lebenswichtig für Kraftpumpen, die Wasser in die Städte bringen. Ohne sauberes Wasser waren die Menschen im Winter von 1991 gezwungen, zu trinken, was sie gerade hatten. Außerdem wurden die Pumpen für das Abwassersystem elektrisch betrieben. Als das Wasser nicht mehr lief, häufte sich der Unrat auf den Straßen.

Diese Auswirkungen haben zumindest einen Arzt dazu veranlaßt, Anklage wegen Kriegsverbrechen gegen Bush zu erheben.

Bushs biologischer Krieg

»Ich habe, abgesehen von Unterernährung, niemals so viele Fälle von Cholera, ansteckende Leberentzündung, Typhus und Hirnhautentzündung gesehen«, sagte Dr. Q. M. Ismail, Leiter der Zentralen Kinderklinik Saddam in Bagdad. »Bush wußte sehr genau, daß dies geschehen würde.

Warum hat er sonst wohl jede Stromanlage im Lande und jede Abwasseranlage bombardieren lassen?«, fragte er. »Jeder Iraker und Irakerin weiß, was vor sich ging.«

»Bush führte einen biologischen Krieg gegen uns. Er tat dies nicht direkt, sondern indirekt. Er wußte sehr genau, daß sich in unserem Lande alle Arten von Verschmutzungen und ansteckende Krankheiten ausbreiten würden.«

Viele im Irak zweifeln an Bushs Ehrlichkeit, als er sagte, der Krieg werde nicht gegen das irakische Volk geführt.

»Sie (die Vereinigten Staaten) haben gesagt, dies seien Fehler gewesen«, sagte Hidithi. »Weiterhin Kraftwerke zu bombardieren, bedeutet, daß man alles lahmlegen will. Man will an dem Land Rache üben.« □



Irak

Bushs Kampf gegen Saddam Hussein geht weiter

Andrew Arnold

Nach Aussagen von Experten setzt das amerikanische Militär seine Offensive gegen das irakische Volk fort. Der Liste, der von US-Präsident George Bush gegen das irakische Volk begangenen Verbrechen, muß noch ein weiteres und weitaus scheußlicheres hinzugefügt werden, behaupten verärgerte irakische Bauern, die erleben mußten, wie eine ihrer besten Weizenernten buchstäblich in Flammen aufging.

Irakische Bauern im nördlichen Irak, deren Familien diese Felder in der Nähe der alten Ruinenstadt Nineveh schon seit Jahrhunderten bearbeiten, behaupten, daß alliierte Streitkräfte, die immer noch den Irak eingeschlossen haben, abgesehen von den Wirtschaftssanktionen, die darauf abzielen, Saddam Hussein aus der Macht zu verdrängen, zu einer Politik der verbrannten Erde übergegangen seien. Der Irak legte nach Berichten darüber, daß Felder verbrannt wurden, bei den Vereinten Nationen Mitte Juni eine offizielle Beschwerde ein, schrieb der »Bagdad Observer«.



Andy Arnold, CODE-Mitarbeiter, reiste mit einer internationalen Journalisten-Gruppe durch den Irak.

Leuchtkugeln in die reifen Weizenfelder

Eine Mannschaft von »The Spotlight«-Reportern war das erste nicht irakische Nachrichtenmedium, das die verbrannten Standorte besuchte. Dies geschah am 17. Juni dieses Jahres, innerhalb von 48 Stunden nach dem letzten Zwischenfall, wie die Bauern berichten. Während die Journalisten ein verbranntes Feld untersuchten und mit Bauern sprachen, brausten zwei nicht identifizierte Militärdüsenmaschinen in einer Höhe von etwa 1200 Fuß (400 Meter) über die Gruppe hinweg. Irakische Maschinen sind aus diesem Luftraum verbannt worden.

Über den Zwischenfall wurde noch am gleichen Abend im irakischen Fernsehen berichtet. Am darauffolgenden Tag machte das irakische Handelsministerium das Gebiet für eine Fernseh-Mannschaft des Cable News Netword (CNN) zugänglich.

Die Bauern behaupten, daß die Angriffe in einer von drei Formen durchgeführt werden:

Leuchtkugeln werden in die trokkenen, reifen Weizenfelder geschossen, wodurch Brände entstehen; die Nachbrenner (für Zusatzschub) niedrig fliegender Dü-

Irak

Bushs Kampf gegen Saddam Hussein geht weiter

senmaschinen – schätzungsweise nur 100 Meter, etwa die Länge eines Fußballplatzes entfernt – werden abgeschossen und entfachen am Boden Brände; niedrig fliegende Flugzeuge scheinen es darauf angelegt zu haben, Hochspannungsleitungen umzustürzen, wodurch Funken entstehen, die zu Bränden führen.

Der irakische Handelsminister Dr. Mohammed Mehdi Saleh, behauptet, flammende »Ballons«, die von der Türkei aus gestartet werden, vernichten auch Felder im Norden.

Vereinte Nationen lehnen Stellungnahme ab

Vertreter der Vereinten Nationen in Bagdad lehnen jede Stellungnahme ab.

Sowohl irakische Regierungsbeamte als auch Bauern machen die Bush-Regierung für die Angriffe verantwortlich.

»Sie sehen, daß wir kein militärisches Ziel sind«, sagte ein wütender Bauer in der Nähe des Dorfes Mahallabiya in der Region Nineveh. »Sie können die Bauernhöfe und die Dörfer, die sie angreifen, sehen.«

»Waren es Ziele?«, fragt er. »Sind unsere Häuser Ziele?«

»Bush ist ein Verbrecher«, setzte ein anderer Bauer hinzu. »Er tötete die Kleinkinder und Alten, er strich die Milch für Babies und er verbrannte unser Feld.«

»Er ist nicht anderes als ein Verbrecher«, sagte er noch. »Das amerikanische Volk muß gegen ihn Protest einlegen. Es sind Menschen wie wir. Sie müssen ihm Einhalt gebieten.«

Der Irak beschuldigte die Vereinigten Staaten, zwei der drei Brände, die im Zeitraum von einer Woche ausbrachen, gelegt zu haben, heißt es in einem an den Generalsekretär der Vereinten Nationen Dr. Butros Ghali gerichteten Schreiben. Aus dem Brief geht hervor, daß amerikanische Flugzeuge am 7. Juni auf ein Feld in der Nähe von Bakhira »Fackeln« geworfen hätten. Ein nicht identifiziertes Flugzeug soll zwei Tage später in der Nähe von Mahallabiya Leuchtkugeln abgeschossen haben. Ein amerikanisches Flugzeug wurde auch für ein Feuer bei Tarjlia am 7. Juni verantwortlich gemacht. Dies war jedoch nicht das Ende der Angriffe.

Eine Zusammenkunft am späten Abend des 15. Juni zwischen den »Spotlight«-Mitarbeitern und Saleh in Bagdad wurde unterbrochen, als er einen dringenden Telefonanruf von einem seiner Mitarbeiter erhielt. Saleh sagte, in dem Bericht sei die Rede von einem vierten Feuer.

»Amerikaner werfen Feuerballons ab, um Weizenfelder abzubrennen«, sagte er nach einem Blick auf seine Notizen. »Hiermit wird die Schlacht nicht gewonnen.«

Bauern im Nordirak klagen die Amerikaner an, sie würden ihre Felder in Brand stecken.



Die Journalisten-Gruppe konnte sich von einem in Brand gesteckten Weizenfeld überzeugen. Der Weizen hätte ausgereicht, 18000 Menschen ein Jahr lang zu ernähren.

Die Amerikaner verbrennen Felder

Augenzeugen konnten die Nationalität, der in den jüngsten Angriff verwickelten Flugzeuge, nicht ausmachen.

Zeugen sagten aus, daß um 9.30 Uhr zwei Maschinen an dem Feld vorbeigeflogen seien. Eine schoß mehrere Leuchtkugeln ab. Bauern berichteten darüber, daß »Studenten bis zu alten Männern« versucht hätten, die Flammen einzudämmen, aber sie hatten nur wenige Feuerlöscher, mit denen sie arbeiten konnten.

Feuer verwüstete ein Feld von 15000 Hektar – rund 58 Quadratmeilen. Nach Schätzungen von irakischen Offiziellen hätte der Weizen ausgereicht, 18000 Menschen ein Jahr lang zu ernähren. »Sie versuchen, die in dem Dorf lebenden Menschen durch Tiefflüge zu terrorisieren«, sagte ein Bauer. »Wenn die Dorfbewohner jetzt ein Flugzeug hören, dann laufen sie ihm in den Feldern nach, um einen Überblick zu bekommen, was geschieht.«

»Sie wissen, daß etwas geschehen wird«, setzte er hinzu. »Sie haben das Feuer an vielen Stellen gesehen. Der Beweis dafür, was die Flugzeuge angerichtet haben, ist auf den Feldern zu finden.«

In der irakischen Protestnote heißt es: »Die feindseligen Handlungen der Amerikaner stellen flagrante und nicht zu rechtfertigende Verstöße dar.«

Irakische Regierungsbeamte sagten, die Verbrennung von Weizenfeldern hat »nichts mit den Einsätzen zu tun, die die Amerikaner, wie sie sagen, durchführen«. □



Saddam Hussein ist der Gewinner

Andrew Arnold

Wirtschaftssanktionen, die dem Irak von den Vereinten Nationen auferlegt wurden, bereiten dem irakischen Volk Not und Elend. Es weigert sich jedoch immer noch, Saddam Hussein dafür verantwortlich zu machen, wie US-Präsident George Bush das gerne möchte. Stattdessen macht es Bush selbst verantwortlich.

Wenn die auf George Bushs Betreiben von den Vereinten Nationen gegen den Irak verhängten Sanktionen die Irakis dazu veranlassen sollten, die Waffen gegen Saddam Hussein zu erheben, dann hat der Diktator eigentlich den Krieg gewonnen. Trotz einiger unzufriedener Stimmen gegen Hussein steht seine Herrschaft im Irak außer Zweifel; und Husseins Aktien in der arabischen Welt stehen höher als je zuvor, erfuhr CODE von Informanten aus der Region.

Saddam Hussein wird Bush überleben

Dadurch, daß er zum Trotz gegen die Vereinigten Staaten an der Macht bleibt, wird Hussein als der Underdog angesehen, der vom Westen nicht besiegt werden konnte. George Bush und seine internationalistischen Alliierten werden als fremde Feindmacht betrachtet.

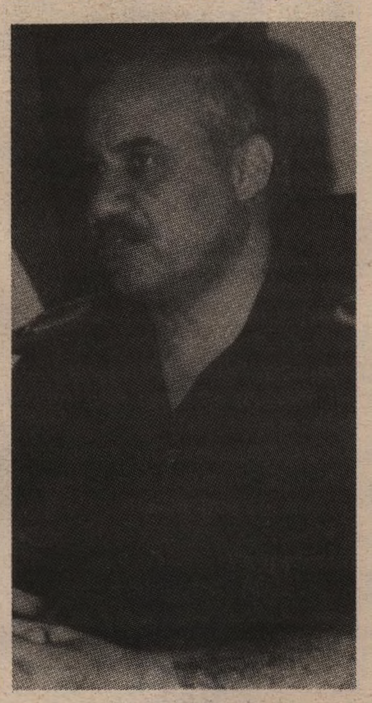
Die Menschen im Nahen Osten, vom Regierungsbeamten bis zum Mann auf der Straße, sagen, daß sie Außenseitern nicht gestatten werden, der Region ihren Willen aufzuzwingen.

»Das irakische Volk würde lieber sterben als Almosen anzunehmen, und es den USA zu erlauben, die interne Politik des Landes zu diktieren«, sagte der Handelsminister Dr. Mohammed Saleh in einem Interview.
Araber im Nahen Osten machen die Vereinten Nationen für die Gründung des Staates Israel verantwortlich, die wiederum jahrelange Schwierigkeiten mit sich gebracht habe. Sie sehen die staatenlosen Palästinenser von Land zu Land wandern und sagen »nie wieder«. Sie erleben wie westliche Regierungen moralisch verkommene Regime in Saudi-Arabien, Kuwait und Syrien stützen. Und wie kranken Kindern im Irak Medikamente vorenthalten werden – und sie machen Bush dafür verantwortlich.
»Wenn George Bush die Wiederwahl gewinnen sollte, wird er noch weitere vier Jahre im Amt sein. Saddam Hussein ist für die verbleibende Zeit seines Lebens im Amt«, sagte einer der jordanischen Geschäftsleute. »Wer hat also gewonnen? Saddam Hussein wird noch Präsident sein, wenn von Bush und seiner Politik längst nicht mehr die Rede ist.«

Er setzte hinzu: »Hussein ist ein Mann des Volkes. Bush verkehrt nur mit oft unpopulären Führern.«



Dr. Mohamed Mehdi Saleh, Iraks Handelsminister: »Das irakische Volk würde lieber sterben als Almosen anzunehmen.«



Osama al-Hiti, Iraks Ölminister: »Die Sanktionen sind ungerecht. Sie hätten schon lange aufgehoben werden müssen.«

Ablehnung westlicher Marionetten

Dieser Mann, Abed Thaher, ein weit gereister Beamter für Jugendsport in Jordanien, forderte die Amerikaner dazu auf, sich einer Philosophie der »Änderung des Gedankens, nicht des Mannes« im Nahen Osten zu befleißigen. Er regt an, sich mit den bestehenden Mächten zu befassen, anstatt zu versuchen, westliche Marionetten zu schaffen. Viele, besonders Leute aus der Geschäftswelt, verliehen der gleichen Meinung Ausdruck.

Eine der ersten Handlungen der Vereinten Nationen nach Ende des Kriegs am Persischen Golf war die Verhängung von schweren Wirtschaftssanktionen gegen den Irak. Diese schlossen zunächst Verbote für Lebensmittel, Medikamente und medizinische Präparate ein. Nachdem Mannschaften der Vereinten Nationen über weit verbreitete Hungersnot und mit Entbehrung zusammenhängende medizinische Notfälle berichteten, stimmte die internationale Körperschaft zu, dem Irak zu gestatten, Nahrungsmittel und Medikamente zu kaufen, ohne erst die Bedingungen einer Resolution der Vereinten Nationen, die darauf abzielen, die irakischen Anlagen zur Herstellung von Atomwaffen zu zerstören, erfüllen zu müssen.

Irakische Regierungsbeamte behaupten, die Lockerung des Embargos sei ein Trick des Westens, der darauf abziele, international Achtung für westliche Barmherzigkeit zu erzeugen, das Embargo aber effektiv weiterlaufe. »Es sind fünf Milliarden Dollar an privaten, irakischen, und Regierungs-Vermögenswerten im Westen eingefroren worden«, sagte Saleh. »Wir können an dieses Geld nicht heran Wir dürfen unser Öl nicht verkaufen.

»Wie sollen wir also Lebensmittel und Medikamente kaufen?« fragte er. »Unter realen Aspekten gesehen, fallen Lebensmittel und Medikamente unter die Sanktionen.«

Das Beispiel mit den Herzpillen

Westliche Länder gehen manchmal bis zum Äußersten, um zu verbieten, daß Medikamente ins Land kommen. »The People«, eine britische Zeitschrift, berichtete Mitte Juni, einer britischen pharmazeutischen Firma sei von der Regierung untersagt worden, 100000 Herzpillen in den Irak zu schicken.

Die für kurdische Flüchtlinge bestimmten Pillen enthalten winzige Mengen Nitroglyzerin. Obwohl von diesem Sprengstoff kaum genug zusammenkäme, um eine Ein-Pfund-Bombe herzustellen – und Irak sein Nitro selbst auf eine weit weniger kostspielige Art herstellen kann, als dieses Medikament zu destillieren – weigerte sich das britische Handelsministerium, das Medikament zum Versand freizugeben.

Irak

Saddam Hussein ist der Gewinner

»Auch nur daran zu denken, die Irakis könnten das Medikament zu einer Form von Sprengstoff zurückdestillieren, ist lächerlich«, sagte Dr. Musti Rasoul. »Der Irak ist ein Land das theoretisch in der Lage ist, Atomwaffen herzustellen, und ich bin daher ganz sicher, daß die Irakis weit bessere Möglichkeiten entwickelt haben, Sprengstoffe herzustellen als das Herumexperimentieren mit Pillen.«

Rasoul, ein Arzt in Britannien, half mit, die humanitäre Hilfe an den Irak in die Wege zu leiten.

»In der Theorie könnte etwas Nitroglyzerin aus dieser Pille herausdestilliert werden«, sagte ein britischer Sprengstoffexperte.

»Aber wir wissen, daß Saddams Wissenschaftler viel billigere und wirksamere Möglichkeiten haben, Sprengstoffe herzustellen, als Herzpillen umzuwandeln.«

Während das Beispiel mit den Herzpillen witzig ist, ist das Leiden im Irak alles andere als spaßig.

Die Folge der Granaten aus verbrauchtem Uran

Die Versorgung mit Medikamenten wurde mit Beginn der Bombardierung im Januar 1991 fast gänzlich eingestellt, da Kraftwerkgeneratoren betriebsunfähig gemacht wurden. Da ein Großteil der Medikamente in Kühlschränken lagerten, wurden die Vorräte zerstört. Irakische Ärzte sagten, sie hätten einen Anstieg der Fälle von Leukämie im Süden – dem Bereich des Bodenkriegs – festgestellt. Aus kürzlich veröffentlichten Berichten geht hervor, daß alliierte Streitkräfte im Süden Artilleriegranaten mit Spitzen aus verbrauchtem Uran einsetzten. Die Granaten sind supergehärtet und werden verwendet, um Panzerungen zu durchschlagen. Dadurch erklären sich auch die zunehmenden Krebsfälle, sagen Ärzte.



Eine Mutter am Bett ihrer kranken Tochter. Es fehlen Medikamente um eine Masern-Epidemie einzudämmen.

Es herrscht jedoch immer noch ein gefährlicher Mangel an Arzneimitteln zur Bekämpfung der Krankheit. Außerdem ist eine sonst leicht zu bekämpfende Masern-Epidemie, die das Land heimsucht, tödlich geworden, was teilweise auf die weitverbreitete Unterernährung und auf den Mangel an Impfstoff zurückzuführen ist. Wegen der strengen Rationierung bekommen Kleinkinder nur drei Dosen Babymilch pro Monat, berichten irakische Beamte.
»Das ist nicht genug«, sagte ein Arzt. »Ein Baby braucht alle drei Tage eine Dose. Jetzt greift die Mutter zu anderen Mitteln. Entweder sie verdünnt ihre Milch oder benutzt einen Ersatzstoff wie Reiswasser oder Zucker und Wasser.«

Die zivilen Todesopfer erhöhen sich weiter

»Daher haben wir es mit dem Problem der Defizienz der Ernährung zu tun. Es kommen noch andere Probleme hinzu. Unterernährung bedeutet geringe Immunität, geringe Immunität bedeutet Infektion, und Infektion bedeutet Tod.«
Eine Studie des öffentlichen Gesundheitswesens, die im vergangenen Herbst von westlichen Experten im Irak durchgeführt wurde, ergab, daß sich die Kindersterblichkeitsziffer seit Kriegsende mehr als verdreifacht hat.

Erwartungsgemäß wird sich die bereits monströse Zahl der zivilen Todesopfer des Krieges um weitere Zehntausende erhöhen. Genaue Zahlen sind nicht bekannt, weil weder die amerikanische noch die irakische Regierung das Ausmaß dieses Blutbads zugeben wollen.

Außerdem steigt die Zahl der Todesopfer in dem Maße weiter an, wie sich die Auswirkungen des offenen Krieges auf die irakische Infrastruktur weiterhin bemerkbar machen. Gut informierte Kreise geben die Zahl mit mehr als 200000 an.

Außer den wachsenden Besorgnissen in medizinischer Hinsicht, wird das Volk von mehr als 17 Millionen Einwohnern von Nahrungsmittelknappheiten heimgesucht. Der Irak importiert fast zwei Drittel seines jährlichen Bedarfs an Lebensmitteln.

Die irakische Ernte sabotiert

Geldknappheit und das Embargo haben die Einfuhr von Lebensmitteln stark eingeschränkt. Die Regierung des Irak reagierte durch Erhöhung der Preise für einheimische Produkte, in der Hoffnung, die Bauern dazu anspornen zu können, mehr anzubauen. Der Irak hat eindringlich darauf hingewiesen, daß die derzeitige Ernte die beste seit Jahren sei.

Indessen behaupten Bauern, daß alliierte Luftstreitkräfte versuchen, die Ernte zu sabotieren, indem sie Leuchtkugeln auf reife Felder abwerfen und dadurch Brände entfachen. Vom Verfasser dieses Artikels untersuchte Weizenfelder brannten völlig nieder, das heißt, es war nur noch ein schwarzer Rückstand auf vielen Halmen vorhanden. Andere Teile des Feldes wiesen ebenfalls geschwärzte Stoppeln auf, die darauf hindeuten, daß man versucht hat, das Feuer einzudämmen.

Die irakische Regierung versorgt ihr Volk mit Nahrungsmittelrationen von 1300 Kalorien pro Tag. Wenige gedeihen davon, aber die meisten können überleben, sagt Saleh. Die Regierung könne den Massen die Grundnahrungsmittel nicht beschaffen, solange der Westen dem Land Sanktionen auferlegt.

Anstatt Saddam Hussein verantwortlich zu machen, richten die Irakis einen anklagenden Finger auf Bush, wenn sie das Wort »Sanktionen« hören. »Seit zwei Jahren leiden wir schon unter den Sanktionen«, sagte ein Bauer. »Wann wird das amerikanische Volk die Tatsachen erfahren?«

»Wir sind alle Menschen«, setzte er hinzu. »Wir brauchen Spritzen, um das Fieber zu bekämpfen. Wir brauchen Medikamente.«

»Wir wollen mehr Medikamente«, rief eine Mutter auf Arabisch aus, als sie ihr Kind in einem Krankenhaus in Bagdad pflegte. □



Irak

Zur Position von Saddam Hussein

Andrew Arnold

Die Vereinten Nationen haben die Chancen für Frieden und Stabilität in der Region des Persischen Golfs weiter untergraben, indem sie irakisches Land an Saudi-Arabien und Kuwait abtraten. Kuwait zum Beispiel erhielt sechs irakische Ölbrunnen als Reparationen und außerdem noch einen Teil des Marinestützpunktes Um Qasr. Die Geschichte lehrt, daß die Sanktionen der Vereinten Nationen wahrscheinlich zu noch mehr Blutvergießen in der Region führen werden.

Britannien legte Anfang der zwanziger Jahre die heutigen Grenzen in der Region fest, schnitt Kuwait und die anderen Golf-Emirate aus dem Irak heraus, um den Aufstieg einer starken Macht in der Gegend zu verhindern und somit die britische Vorherrschaft in dem Gebiet zu sichern und den Zugang zu dieser strategisch wichtigen, ölreichen Gegend offen zu halten. Als Folge davon wurde der Irak fast ganz vom Zugang zum Meer abgeschlossen, während Kuwait 190 km Küstenland und den größten natürlichen Hafen zugesprochen bekam.

Der Streit um die Ölfelder

Sechs Tage nachdem Kuwait 1961 seine Unabhängigkeit erklärte, verkündigte der Irak seine Souveränität über Kuwait und nahm für sich in Anspruch, daß die beiden Länder ethnisch, kulturell, historisch und geographisch eins seien.

Streitigkeiten darüber, welche Ölfelder welchem Land gehören, führten schließlich dazu, daß der Irak im August 1990 in Kuwait einmarschierte. Kuwait sicherte sich seinen Anspruch auf mehrere Ölvorkommen und Pumpstationen durch Schrägbohrungen, die unter die politischen Grenzen hindurchgingen und zapfte somit von Ölbrunnen auf irakischem Gebiet ab. Der Irak verlangte Bezahlung und eine Einstellung dieses Vorgehens. Die Kuwaitis ignorierten die Forderungen, und die Bush-Regierung und der CIA bemerkten nicht, daß sich hier ein Krieg zusammenbraute.
Die irakische Presse hat die jüngsten Grenzveränderungen kritisiert.

Die Tageszeitung der regierenden Baath-Partei, »al Thawra«, schrieb, daß die kürzlich bekanntgegebenen Grenzen »eine Landmine gelegt haben, die jederzeit hochgehen kann«.

Eine Zeitung des Verteidigungsministeriums schrieb, die Grenze »spiegelt die Seichtigkeit der Mentalität der US-Regierung wider. Merkwürdige Statements und Beschlüsse wie diese haben keine Macht, Tatsachen der Geschichte und der Geographie einfach auszulöschen.«

Mit anderen Worten: Die grundlegenden Ursachen der Unstabilität in der Region, die zum Golfkrieg führte, ist durch Einmischung aus dem Ausland nur noch verschärft worden.

Kinder sprechen vom »blutigen Bush«

Ungeachtet eines auf breiter Basis geführten Krieges und einer geheimen Kampagne in der Größenordnung von mehreren Millionen Dollar, um das Regime von Saddam Hussein zu destabilisieren, ist dessen Popularität größer als je zuvor; und sein Griff auf die Zügel der Macht ist ebenso fest.

Die irakische Regierung hat eine sehr erfolgreiche Kampagne durchgeführt, um die Position Saddam Husseins im Lande zu festigen, während die Schuld für den ganzen Kummer des Landes George Bush angelastet wird. Husseins Popularität steht trotz der amerikanischen Bemühungen, ihn zu unterminieren, höher als je zuvor.

Iraks Kranke und Hungrige, besonders die Kinder, werden ausländischen und einheimischen Medien immer wieder gezeigt, während Regierungskreise immer wieder auf Saddam Hussein als Retter und auf den »blutigen Bush« hinweisen, wie viele Kinder ihn jetzt, wie berichtet wird, nennen. Er ist der ausländische Teufel, der soviel Leid über das Volk gebracht hat.

Das Ergebnis war eine Verstärkung der Position Saddam Husseins, trotz der von den Vereinten Nationen auferlegten Wirtschaftssanktionen. Wie die Irakis behaupten, liegen die Dinge anscheinend so: Je mehr der Westen tut, um den Irak zu schwächen, desto einiger steht das Volk hinter seinem Führer.

»Die Sanktionen sind ungerecht. Sie hätten schon lange aufgehoben werden müssen«, sagte Osama al-Hiti, der irakische Ölminister. Al-Hiti wies, wie alle vom Verfasser dieses Artikels befragten Beamten der irakischen Regierung, auf den beträchtlichen Wiederaufbau der zerschlagenen Infrastruktur des Landes und darauf hin, daß Saddam Hussein immer noch an der Macht ist.

Husseins Bild scheint überall zu sein. Es erscheint in jeder Zeitung und immer bei den Nachrichten. Die von der Regierung geleistete Informationsbehörde stellt ihn als »einen Mann des Volkes« dar. Obwohl einige Menschen verbittert sind, weil »viele in den Kriegen am Persischen Golf und Irak gegen Iran Kinder verloren haben«, sagt ein Informant außerhalb der Hörweite des uns von der Informationsbehörde zugeteilten Dolmetschers, »wird Saddam Hussein gut geschützt, und läuft, wie Experten sagen, nicht die Gefahr, einem Staatsstreich zum Opfer zu fallen«.

Die Sanktionen greifen nicht

Viele Irakis verweisen auf die Überfülle von Waren auf den privaten Märkten hin, angeheizt durch Preiserhöhungen bis zu 4000 Prozent, als »Beweis« dafür, daß die Sanktionen nicht greifen.

»Machen Sie eine Aufnahme davon und schicken Sie sie an George Bush«, sagte ein unterer Beamter herausfordernd, als in der

Saddam Hussein wird in die Geschichte eingehen, als ein Mann, der es gewagt hat, der ganzen feindlichen westlichen Welt zu trotzen.

Irak

Zur Position von Saddam Hussein

nördlichen Provinz Mosul für eine auf Besuch weilende Journalisten-Gruppe ein Fest ausgerichtet wurde.

Wer Geld hat, findet im Irak leicht Möglichkeiten, es auszugeben. »Diese Sanktionen betreffen Leute wie mich nicht«, sagte ein irakischer Geschäftsmann. »Ich werde mir immer leisten können, was ich haben will. Aber es trifft die Armen«, räumte er ein.

Die irakische Regierung veröffentlicht keine Zahlen darüber, wieviele »Armen« es im Lande gibt, auch nicht darüber wie diese Schicht charakterisiert wird.

Aber ein Großteil der Wirtschaft blüht und gedeiht anscheinend. Außer den einheimischen landwirtschaftlichen Produkten, die mit großzügigen behördlichen Anreizen für private Bauern gestützt werden, um die Produktion zu erhöhen, gelangen viele Waren über Jordanien nach Irak hinein. Gerüchte besagen, daß auch die Franzosen, Deutschen und Italiener Kontakte im Irak aufgenommen haben und bereit sind, Geschäfte abzuschließen, wenn die Gelegenheit kommt – Sanktionen oder nicht.

Mittlerweile gehen amerikanische Farmer bankrott. Irak pflegte 25 Prozent des von den USA ins Ausland versandten Reis, mehr als eine Million Tonnen Roggen und Weizen pro Jahr, und Bauholz einzuführen.

Der Irak gewinnt Vertrauen in der arabischen Welt

Außerden haben die Irakis nach dem Golfkrieg des vergangenen Jahres einen Großteil ihrer Infrastruktur wiederaufgebaut. Die Regierung hat schätzungsweise 161 Milliarden Dollar für den Wiederaufbau ausgegeben, obwohl verläßlichere Zahlen den Dollar-Betrag näher an 30 Milliarden heranbringen.

Niemals zuvor hatte diese Generation von Irakis Brücken gebaut oder groß angelegte Baupläne durchgeführt. Jetzt besitzen sie blühende Industriebetriebe und technisches Wissen.

»Wir zahlten keine Dollar um unser Land wiederaufzubauen«, sagte der irakische Handelsminister, Dr. Mohammed Saleh. »Wir taten es mit unseren eigenen Händen. Wenn die UN-Sanktionen weitergehen, brauchen wir in naher Zukunft keinen Reis mehr von den Vereinigten Staaten.«

Regierungsstellen messen gegenseitig ihre Kräfte im Wettlauf zur Fertigstellung von Wiederaufbauprojekten. Gruppen arbeiteten 24 Stunden rund um die Uhr. Die Arbeit wird als Teil einer Therapie für Arbeitskräfte erachtet, die von der verheerenden Zerstörung des Krieges demoralisiert worden waren. Sie lenkt auch die Gedanken der Öffentlichkeit von der demütigenden militärischen Niederlage ab.

»Wenn uns der Westen seinen Willen nicht aufzwingen kann, sind wir die Gewinner«, sagte Hiti. »Ein starker Irak kann die ganze Region einigen. Unser Ziel ist es, in Zukunft eine Stimme zu haben – die gleiche Hoffnung.«

Mehr Dollar für die Beseitigung Husseins

»Der Krieg sollte den Irak daran hindern, eine moderne Technologie zu haben und überall im Gebiet stark zu sein«, setzte er hinzu. »Ich glaube, ein starker Irak führt zu einer stärkeren Region.«

Wie berichtet wird schlug die Bush-Regierung im Mai dieses Jahres vor, ihren Haushalt für geheime Aktionen, die darauf abzielen, Saddam Husseins Regime zu destabilisieren, zu verdreifachen und dem CIA 40 Millionen Dollar zur Verfügung zu stellen, um Hussein zu beseitigen – eine Erhöhung um 15 Millionen Dollar gegenüber dem bestehenden Haushaltsansatz für diesen Zweck.

Eine solche Erhöhung werde ungeachtet der amerikanischen Analyse kommen, die besagt, daß Saddam Hussein unter Umständen »unbegrenzt« an der Macht bleiben kann. □

John Demjanjuk

Eine Blamage für die USA

Peter Blackwood

Der Fall, der die traurige Geschichte des Office of Special Investigation (OSI) – CODE berichtete mehrmals darüber – in das Rampenlicht der Öffentlichkeit gebracht hat, ist der des 72jährigen im Ruhestand lebenden Automechanikers aus Cleveland, Ohio, John Demjanjuk. Mitte der siebziger Jahre hatte eine der Kommunistischen Partei der USA nahestehende ukrainisch-amerikanische Zeitung fälschlicherweise die Beschuldigung erhoben, Demjanjuk sei der als »Iwan der Schreckliche« bekannte Wachmann und Mörder des Konzentrationslagers Treblinka gewesen. 1981 entkleidete das OSI Demjanjuk ohne ordnungsgemäßen Prozeß seiner amerikanischen Staatsbürgerschaft. 1986 wies OSI ihn nach Israel aus, um sich dort wegen Kriegsverbrechen vor Gericht zu verantworten.

Es war ein Schauprozeß, der nur noch der Strafverfolgung Adolf Eichmanns nachstand. Aber im Falle Demjanjuk war das während des 14-monatigen Prozesses eingebrachte Beweismaterial samt und sonders falsch. Dokumente, die erst jetzt ans Licht kommen, beweisen ohne jeden Zweifel, daß OSI-Beamte, das amerikanische Außenministerium, die israelische Staatsanwaltschaft und hochstehende kommunistische Beamte in der Sowjetunion und Polen alle wußten, daß sie den falschen Mann erwischt hatten. Der inzwischen verstorbene »Rote Milliardär« Armand Hammer flog höchstpersönlich gefälschte sowjetische Dokumente von Moskau nach Israel, um mitzuhelfen, Demjanjuk zu verurteilen, zu einem Zeitpunkt, als es den Anschein hatte, daß ein Teil des wirklichen Beweismaterials im Prozeß auftauchen könnte.



John Demjanjuk wird nach der Verkündigung des Todesurteils aus dem Gerichtssaal in Jerusalem geführt.

Die Unschuld war seit Jahren bekannt

1988 wurde Demjanjuk von einem israelischen Gericht für schuldig gesprochen und zum Tode verurteilt. Der Hauptzeuge der Anklage gegen Demjanjuk, ein Überlebender des Lagers Treblinka, hatte 1945 eine eidesstattliche Erklärung des Inhalts unterzeichnet, daß er zwei Jahre zuvor persönlich an dem Mord an »Iwan dem Schrecklichen« beteiligt war. Und dennoch ging er 1988 vor dem israelischen Gericht von seiner eidesstattlichen Erklärung ab und behauptete, er sei sicher, daß Demjanjuk »Iwan« ist.

Vier Jahre nach seinem Schuldspruch und der Verurteilung zum Tode könnte John Demjanjuk kurz davor stehen, aus seinem Alptraum befreit zu werden.
Bei einer Verhandlung vor dem Obersten Gericht Israels am 9.

Juni 1992, klagte Demjanjuks Verteidiger Yoram Sheftel an, daß die Sowjetunion schon seit 48 Jahren weiß, daß der wirkliche »Iwan der Schreckliche« Iwan Martschenko und nicht Iwan Demjanjuk war, und daß sowohl die amerikanische als auch die israelische Regierung schon mindestens vor 14 Jahren wußten, daß Demjanjuk unschuldig ist.

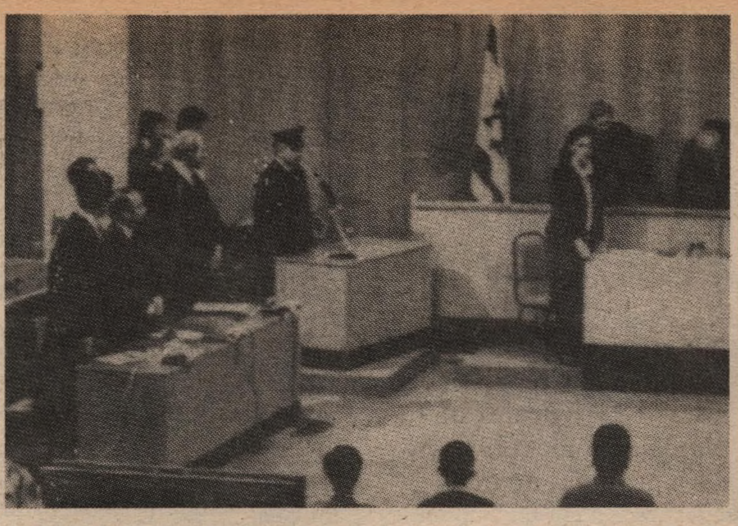
Warnende Worte wurden ignoriert

Sheftel basierte seine Behauptungen auf neu erworbenen Dokumenten, aus denen hervorgeht, daß mindestens 20 Zeugen, meist Treblinka-Wachleute, eidesstattliche Erklärungen abgegeben hatten, in denen Martschenko als »Iwan« identifiziert wurde. Jene Dokumente – über 100 Seiten – befinden sich schon seit dem 12. Dezember 1979 – schon bevor das Office of Special Investigations (OSI) offiziell ins Leben gerufen wurde – in der Hand des amerikanischen Justizministeriums.

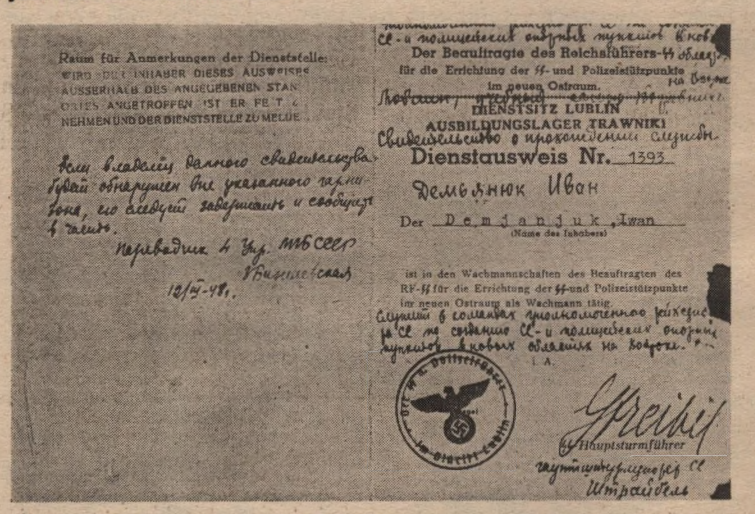
Ein ehemaliger Anwalt, der an dem Fall Demjanjuk arbeitete, George Parker, sagte am 13. Juni 1992 zur »New York Times«, daß er seinem Chef, Allan Ryan (später OSI-Direktor) schon 1978 gesagt habe, er hege hinsichtlich der Anklage gegen Demjanjuk ernsthafte Zweifel. Seine warnenden Worte seien aber ignoriert worden.

Der israelische Ankläger im Falle Demjanjuk bekam sogar Feuer vom israelischen Gericht, als er in der gleichen Verhandlung von Anfang Juni versuchte, in überheblicher Weise dahingehend zu argumentieren, daß, selbst wenn Demjanjuk nicht »Iwan« war, er irgendeines Kriegsverbrechens schuldig ist und daher in Haft bleiben sollte. Die Richter des Obersten Gerichts, die in der Berufung verhandelten, wiesen die Ansicht des Staatsanwalts zurück und wiesen warnend darauf hin, daß, sollten sich die Treblinka-Anklagepunkte auf Grund neuer Beweismittel als falsch erweisen, es dann keine Grundlage mehr gebe, Demjanjuk in Israel zu behalten.

Vor dem Hintergrund dieser dramatischen Ereignisse in Israel ordnete das US-Sixth Circuit Court (Appellationsgericht) am



Richter Dov Levin (rechts hinten) verkündet das Urteil im Demjanjuk-Prozeß in einem Kino.



Raum für Anmerkungen der Dienststelle:
WIRD DER INHABER DIESES AUSWEISES AUSSERHALB DES ANGEGEBENEN STANDORTES ANGETROFFEN IST ER FEST ZU NEHMEN UND DER DIENSTSTELLE ZU MELDEN.

Der Beauftragte des Reichsführers-SS für die Errichtung der SS- und Polizeistützpunkte im neuen Ostraum.
DIENSTSITZ LUBLIN
AUSBILDUNGSLAGER TRAWNIKI
Dienstausweis Nr. 1393
Демьянюк Иван
Der Demjanjuk, Iwan
(Name des Inhabers)
ist in den Wachmannschaften des Beauftragten des RF-SS für die Errichtung der SS-und Polizeistützpunkte im neuen Ostraum als Wachmann tätig.
I. A.
SS-Hauptsturmführer

Der Ausweis strotzt von bösen Fehlern was Sachkundige nicht verwundert, da der KGB nicht für Präzision bekannt ist.

5. Juni dieses Jahres an, daß das Justizministerium alle in seinem Besitz befindlichen Beweise vorzulegen habe, aus denen hervorgeht, daß Demjanjuk unschuldig ist. Dies war ein höchst ungewöhnlicher Schritt des Appellationsgerichts, das es somit selbst in die Hand nahm, seine eigene frühere Entscheidung, die Ausbürgerung Demjanjuks aufrecht zu erhalten, zu überprüfen. Das Justizministerium hatte bis zum 15. Juli Zeit, dem Gericht das Material vorzulegen. Das Gericht könnte den früheren Ausbürgerungs- und Ausweisungsbeschluß annullieren, Demjanjuks sofortige Entlassung aus dem israelischen Gefängnis fordern, und seine amerikanische Staatsbürgerschaft wiederherstellen.

Der Abgeordnete James Traficant, ein langjähriger Kritiker des OSI, schlug noch am gleichen Tage, als das Appellationsgericht vom Justizministerium die Vorlage der besagten Dokumente anordnete, im Repräsentantenhaus vor, daß der Kongreß sich ebenfalls mit diesem Fall befassen sollte. Er sagte: »Heute hat endlich ein Bundesberufungsgericht das Ausweisungsverfahren gegen John Demjanjuk neu eröffnet ... wegen der Tatsache, daß ein israelischer Ankläger erstmals zugegeben hat, daß es Zweifel darüber gibt, wer ›Iwan‹ wirklich ist.

Es bestehen allerdings erhebliche Zweifel. Es gibt genug Zweifel, daß man eine ganze LKW-Ladung US-Verfassungen hindurchfahren kann...

Die Tragödie besteht darin, daß der Kongreß nicht den Mut hatte, das Offensichtliche zu sehen, da er immer noch den heiklen Aspekt der Sensibilität des Falles fürchtete. Wenn der Kongreß es zuläßt, daß das Recht eines einzigen Amerikaners gefährdet wird, dann gefährdet er am Ende das Recht aller amerikanischen Bürger ... Es wird Zeit, daß der Kongreß diese Sache überprüft und sein großes Unrecht wiedergutmacht«. Soweit der Abgeordnete Traficant.

Eine Einheit der »politischen Polizei«

Selbst wenn der Fall Demjanjuk eine Abweichung von der normalen Praxis des OSI wäre, würde der Skandal immer noch nach strafrechtlicher Verfolgung aller darin verwickelten Regierungsbeamten und die Schließung der ganzen Einheit erfordern. Aber, wie schon seit über einem Jahrzehn bekannt ist, war das abgekartete Spiel mit Demjanjuk tatsächlich ein typischer Fall der Boshaftigkeit und der Kriminalität des OSI. Die ganze Geschichte dieser Einheit ist eine solche Perfidie der geheimen Absprache mit dem KGB, dem Mossad und der von Mitgliedern geleiteten Anti-Defamation League of B'nai B'rith (ADL). Wie der Sohn eines anderen OSI-Opfers kürzlich sagte, ist die Einheit die erste Abteilung für »politische Verbrechen« des amerikanischen Justizministeriums.

Über das OSI wurde von den Sowjets gefälschtes Beweismaterial zum ersten Mal bei amerikanischen Gerichtsverfahren zugelassen – ohne Fragen zu stellen. Offensichtlich unechte Dokumente, vom KGB und seiner ostdeutschen Schwesterbehörde, dem Stasi, herausgegeben, oft im Bündnis mit sogenannten nazijagenden Einheiten privater zionistischer Interessengruppen wie die ADL, das Simon Wiesenthal-Center in Los Angeles, die bundesdeutsche – vom Stasi gelenkte – Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN) und Edgar Bronfmans Jüdischer Weltkongreß (WJC).

Wenn erst einmal ein Präzedenzfall der geheimen Absprache zwischen dem US-Justizministerium, dem KGB, dem Mossad und der internationalen zionistischen Lobby geschaffen worden ist, würden sich die Schleusen für weitere geheime Absprachen öffnen, weit über die bloße Suche nach angeblichen Kriegsverbrechern des Zweiten Weltkriegs hinaus. □

Die schweren Fehler der US-Politik

Alfred Lilienthal

Der Wahlkampfausschuß der Republikaner trat am 15. Juni dieses Jahres in Washington zusammen, um Zeugenaussagen über Amerikas »besonderes Verhältnis« zu Israel anzuhören. Thomas Dine, leitender Direktor von AIPAC, und andere zionistische Befürworter erhöhter finanzieller und politischer Unterstützung für Israel wurde eine volle und wohlwollende Anhörung zuteil. Dr. Alfred Lilienthal, der für eine faire und gerechte Behandlung des palästinensischen Volkes eintrat, durfte lediglich eine schriftliche Erklärung vorlegen. Nachstehend Auszüge aus seiner Stellungnahme.

Was den Terrorismus betrifft, so trifft es leider zu, daß weder die Israelis noch die Palästinenser mit reinen Händen vor Gericht treten können. Niemand kann natürlich jemals den brutalen Mord an Leon Klinghoffer durch palästinensische Entführer an Bord der »Achille Lauro« – über den viel geschrieben wurde und der sogar Thema einer Oper wurde – gutheißen. Man sollte jedoch nicht vergessen, daß der Terror im Nahen Osten 1948 begann, als die Irgun Zvai Leumi unter der Führung des späteren Ministerpräsidenten Menachem Begin das King David Hotel in die Luft sprengte, die Leichen von drei britischen Sergeanten in Nathanya am Galgen aufhängten und 254 Frauen und Kinder im Dorf Deir Yassin ermordeten. Man erinnere sich auch an den Mord an dem Vermittler der Vereinten Nationen, Graf Folke Bernadotte, am 7. September 1948, ein Akt bei dem der ehemalige Ministerpräsident von Israel, Yitzhak Shamir, der führende Kopf war.

Graf Folke Bernadotte war im Mai 1948 im Auftrag der UN in Palästina. Er wurde am 7. September 1948 ermordet.

Die Wahrheit hinter den Mythen

Tatsachenverdrehungen durch die Medien und die Schaffung von Mythen haben der Weltöffentlichkeit die volle Wahrheit über Terrorismus verschleiert. Eine ausgesprochen doppelte Moral findet es richtig, daß über an Palästinensern begangene Verbrechen, wenn überhaupt, kleingedruckt auf den hinteren Seiten der »New York Times« und der »Washington Post« berichtet wird, während die Bombardierung palästinensischer und libanesischer Dörfer vielfach nicht einmal erwähnt wird. Aber unter fetten Schlagzeilen wird unweigerlich über den Mord an einem jüdischen Siedler am Westufer ausführlich berichtet. Und nirgendwo haben die Medien jemals festgestellt, daß die PLO nicht ein einziges Flugzeug besitzt.

Die Araber werden ständig verleumdet

Erst in Zusammenhang mit der Intifada, die vor vier Jahren damit begann, durch das Westufer und den Gazastreifen zu fegen, wurde die Weltöffentlichkeit mit dem neuen Terrorismus bekanntgemacht, dem unschuldige und hilflose junge Palästinenser, Frauen und Kinder am Westufer und in Gaza zum Opfer fielen.

Vielleicht zum ersten Mal konnte das amerikanische Volk die Todesangst, die Unterdrückung der Menschen wahrnehmen, die seit 1967 in eroberten Gebieten leben. Aber mit dem Golfkrieg und der unglücklichen Umarmung Saddam Husseins durch Jassir Arafat verschwand dies alles von den magischen Bildschirmen des Fernsehens.

Nach den Gesetzen der Medien hierzulande sind die Israelis immer schon »die Freiheitskämpfer«, die Araber die »Terroristen« gewesen. Die Israelis führen »Repressalien« durch, während die Palästinenser »Greueltaten begehen«. Die Araber werden ständig verleumdet, die Israelis glorifiziert.

Viele Christen fühlten sich vom Banner des Zionismus angezogen und wurden von der streng fundamentalistischen Auslegung des Alten Testaments, nach der das heutige Israel als die Erfüllung der biblischen Prophezeiung gilt, irregeleitet. Hoffentlich werden republikanische Politikmacher die bombastische Rhetorik, die aus dieser irrigen Argumentation heraustrieft, zurückweisen.

Im Gegensatz zur Mythologie untermauert die Geschichte die Behauptung der Zionisten, Palästina gehöre ihnen allein, nicht. Zwölf Stämme zogen vor 35 Jahrhunderten in Kanaan aus, und nicht nur zehn von ihnen sind verschwunden, sondern mehr als die Hälfte der anderen beiden kehrten niemals aus dem Exil in Babylon zurück. Wie kann also jemand behaupten, direkt von der verhältnismäßig kleinen Gemeinde abzustammen, die das Heilige Land zur Zeit Abrahams Vereinbarung mit Gott bewohnten, wonach dem Land sein Samen übergeben wurde? Wenn es eine solche Vereinbarung gab, wird die Tatsache vergessen, daß die Araber ein Teil des Samens Abrahams sind und von Ismael, dem Sprößling seiner Nebenfrau Hagar, die Abraham zu sich nahm, abstammen.

Die Begriffe Israelit, Judäer, Judaismus, Jude und das jüdische Volk werden von den Mythenverbreitern als Synonyme verwendet, um eine historische Kontinuität zu suggerieren. In Wirklichkeit sind es verschiedene Völker in der Geschichte mit unterschiedlicher Lebensart, die kontinuierlich Mischehen mit Amoriten, Kanaaniten, den Midianiten und anderen semitischen Vorfahren der heutigen Araber, die sie

dort antrafen, eingingen. Und wir sollten nicht vergessen, daß der Judaismus vor und sogar nach dem Erscheinen von Jesus eine missionierende Kraft war.

Anerkennung des Rechts der Palästinenser

In seinem Buch »Der Dreizehnte Stamm« führte Arthur Koestler aus, daß die heutigen Juden zum größten Teil Nachkommen der Khasaren seien, die vor sieben Jahrhunderten nach der Zerstörung Jerusalems Anno 70 nach Christus zum Judentum übertraten. Die überwältigende Mehrheit der heutigen Juden sind Nachkommen der Konvertierten aus Khazaria und anderswo, die das Judentum zu einer Zeit annahmen, als es nur einen monotheistischen Glauben gab, vor dem Aufkommen des Christentums und des Islams. Menschen, die nur einem Gott folgen wollten, wurden im achten Jahrhundert mit einer bunten Zeremonie zu Juden und verbreiteten dann das Judentum überall durch die Täler des Rheins und der Rhone hindurch.

Diese Ansicht über die nicht völkische Abstammung des größten Teils der Judenheit wird von solchen prominenten Anthropologen wie Ripley, Weissenberg, Hertz, Boaz, Pittard, Fishberg, Mead und anderen gestützt. Dies macht den Anspruch der israelischen Expansionisten hinfällig, die das Westufer des Jordans als Judäa und Samaria bezeichnen und ganz Palästina, einschließlich dessen, was sie »Eretz Yisrael« nennen, ausschließlich für sich zu beanspruchen.

Die erste Voraussetzung für Frieden in dem Gebiet besteht darin, den Palästinensern das volle Recht auf Selbstbestimmung, darunter die Option, einen eigenen Staat zu haben, falls sie dies wünschen, zuzusichern. Die Republikanische Partei sollte daher den bislang von der Bush-Regierung vertretenen Standpunkt gegen die Errichtung eines palästinensischen Staates revidieren.

Die Anerkennung des Rechts der Palästinenser auf Selbstbestimmung ist nichts anderes als die Wiederholung unseres Glaubens an das grundlegende Menschenrecht, das wir stets honoriert und nach dem wir andere Länder beurteilt haben. Nicht nur muß Frieden unser Ziel für den Nahen Osten sein, sondern Frieden mit der Gerechtigkeit. Und dies kann nur durch eine Zwei-Staaten-Lösung – der Staat Israel und ein Staat Palästina, die friedlich nebeneinanderleben – erreicht werden.

Um die Sache des Friedens voranzutreiben, sollte Washington die Gespräche mit der PLO wieder aufnehmen und diese Gruppe als alleinige, legitime Vertretung des palästinensischen Volkes anerkennen. Ein solcher Dialog sollte ungeachtet des Ausgangs der bevorstehenden Friedenskonferenz fortgesetzt werden. Die PLO sollte nicht wie bisher als Paria behandelt werden, und Arafat sollte nicht, nach seinen eigenen Worten, »ständig gezwungen werden, einen Striptease zu vollziehen«.

Die Menschenrechte werden mit Füßen getreten

Aus den zunehmenden Problemen der PLO und dem für beide Seiten vernichtenden Krieg, der die Führung von Jassir Arafat bedroht, kann kaum Beruhigung erwachsen. Diejenigen, die dann die Führung der PLO übernehmen würden, werden zweifellos viel amerikafeindlicher sein und in der Tat noch mehr Gewalttätigkeit und Instabilität herbeiführen.

Um das gewünschte Ziel zu erreichen, sollte Ministerpräsident Shamir oder seinem Nachfolger klar und deutlich gesagt werden, daß die Vereinigten Staaten die von Angehörigen der israelischen Verteidigungsstreitkräften, der israelischen Polizei und Siedlern am Westufer gegen Palästinenser begangenen Gewalttaten nicht länger dulden werden. Vor dem Golfkrieg sahen Amerikaner im Fernsehen und lasen in der Druckpresse Berichte über die Intifada, dem Aufstand der Palästinenser am Westufer und in Gaza. Arafats Umarmung Saddam Husseins bildete den Schlußeffekt dieser Reportage. Man muß jedoch das Westufer und Gaza persönlich besuchen, um zu verstehen, wie sehr die Menschenrechte mit Füßen getreten werden, und warum Kinder jetzt in der Kunst des Steinewerfens unterrichtet werden, anstatt ihnen Lesen und Rechnen beizubringen.

Man sollte nicht vergessen, daß die derzeitige große Unstabilität in dem, was einst Palästina war, von der amerikanischen Politik mit herbeigeführt wurde. Während US-Präsident Carter die israelischen Siedlungen nach seiner Auslegung der Camp-David-Abkommen illegal nannte, hielt es US-Präsident Reagan für angemessen, sie nur »Hindernisse für den Frieden« zu nennen. Und erst kürzlich hat die Bush-Regierung eine entschlossene Haltung angenommen, um von dem Bau von neuen oder der Erweiterung von alten Siedlungen in den besetzten Gebieten dringend abzuraten. Die Verknüpfung der Siedlungsfrage mit dem Antrag der Shamir-Regierung auf Anleihegarantien in Höhe von zehn Milliarden Dollar muß aufrecht erhalten werden. Es kann keinen Fortschritt zum Frieden geben, wenn die USA die Schaffung neuer Tatsachen an Ort und Stelle durch das Hereinholen neuer sowjetischer Einwanderer mitfinanzieren, und es somit Palästinensern erschweren würden, in die Häuser und auf das Land zurückzukehren, die ihnen einst gehörten. Es ist schwierig, die Tragödie am Westufer und in Gaza von dem einzigartigen, besonderen Verhältnis Amerikas mit Israel, das 1988 während des Besuches des Ministerpräsidenten Shamir in Amerika weiter gefestigt wurde, zu trennen. Zehn Millionen Dollar, tagein und tagaus, 30 Tage im Monat, 365 Tage im Jahr, gehen nach Israel.

Die Kosten steigen in den Himmel

Diese Verwandtschaft hat den amerikanischen Steuerzahler bereits rund 75 Milliarden Dollar an Militär- und Wirtschaftshilfe, mehr als 15000 Dollar pro Einwohner in Israel gekostet. Seit Gründung des Staates Israel im Jahre 1948 ist der Preis für diesen Verbündeten jedes Jahr gestiegen, ebenso wie die Komplikationen in unseren Bindungen zu anderen Ländern als Folge davon.

Als ich 1953 schrieb »What Price Israel?« hätte ich mir kaum träumen lassen, daß die Kosten unendlich in den Himmel steigen würden.

Man kann Politik für den Nahen Osten nicht realistisch diskutieren, ohne das Thema Holocaust anzuschneiden. Die unaufhörliche Hervorhebung des Völkermords der Nazis und anderer Gesichtspunkte des Antisemitismus, darunter den gegen das sowjetische Judentum gerichteten, hat uns daran gehindert, den Nahen Osten in seiner wahren Perspektive zu sehen. Die Leute haben mehr Angst davor, Antisemit genannt zu werden, als sie jemals Angst davor hatten, als »Kommunist« etikettiert zu werden.

Das letztere hätte man durch Hinweis auf seine politischen Ansichten entkräften können. Aber was Vorurteile und Diskriminierung betrifft, wer weiß schon, was innerhalb der Seele eines Menschen vor sich geht? Nichts ist stärker an der Bildung von Mythen schuld als die Überbetonung des Holocaust.

Emotionale Verwicklung in ausländische Probleme

Einer unserer schwerwiegenden Fehler der Vergangenheit bestand darin, den Nahost-Konflikt lediglich von einer Ost-West-Perspektive aus zu betrachten. Präsident Bush und Außenminister Baker hätten schon vor langer Zeit ihren Ausblick auf die »Ursünde« erweitern sollen, die nach den Worten des eminenten Zionisten Dr. Nahum Goldman die »Enteignung der eingeborenen arabischen Bewohner Palästinas war, um für die jüdischen Überlebenden Hitlers Platz zu machen«.

Bei der Entscheidungsfindung bezüglich der Nahost-Politik können Republikaner nichts besseres tun als der Richtschnur eines großen Amerikaners, Amerikas erstem Präsidenten, zu folgen, der mit unheimlicher Scharfsinnigkeit in seiner Farewell Address gegen die Schlangengruben einer Politik – einer emotionalen Verwicklung in ausländische Angelegenheiten – warnte, die leider zu viele nachfolgende Präsidenten betrieben haben. □



Zionismus

Israel und der Antisemitismus

Israel Shahak

Aus »Ha'aretz«: Die Endwaffe, diejenige, die von dem jüdischen Staat nicht geheimgehalten wird, wurde in dieser Woche durch die israelische Regierung gegen Ziele in der ganzen Welt eingesetzt: »Man haßt uns, oh weh, wie sehr die ganze Welt uns haßt!«

Der Vorsitzende des interministeriellen Ausschusses für antisemitische Angelegenheiten verkündete feierlich eine Zunahme antisemitischer Vorfälle in der ganzen Welt. Nachdem die Regierung einen ins Detail gehenden Bericht über die Untersuchungsergebnisse des Forums von dessen Vorsitzenden, dem Staatssekretär Elyakim Rubinstein, angehört hatte, wurde der Bericht freigegeben. Es sei eine Verschlechterung in jeder Hinsicht eingetreten, angefangen von der Verleugnung des Holocaust und des Vertriebs der »Protokolle der Weisen von Zion« bis zur Diffamierung in den Medien und sogar Mord, heißt es darin.

Die Regierung hat jetzt dem weithin bekannten israelischen Klagebuch mit dem Titel »Die ganze Welt ist gegen uns« – dies bezieht sich auf die ungeheuer populäre Weise von 1970 bis 1972 (als Israel tatsächlich sehr populär war) gleichen Titels, während etwa die Hälfte der Israelis sie ironisch verwenden, benutze die andere Hälfte sie ernsthaft – ein weiteres Kapitel hinzugefügt.

Die Geschichte hört sich in der Tat sehr traurig an. Wir in Israel tragen Schmerzen im Herzen, wenn wir diese Tatsachen hören, der Haß gegen Juden verstärkt sich. Rubinstein führte die Verschlechterung auf die Wirtschaftsflaute der Welt, auf das Stärkerwerden der islamischen Bewegung, auf die ethnischen Konflikte und auf eine Intensivierung des Chauvinismus zurück. Das Forum zog es vor, sich nicht in Bush und Baker zu verfangen und wies nur andeutungsweise auf eine Verbindung zwischen dem, was in Amerika vor sich geht, und dem, was man »die politische Atmosphäre« nennt, hin.

Kritik an Israel ist Antisemitismus

Außenminister David Levy regte an, den Bericht als »Weißbuch« der israelischen Regierung herauszubringen. Wenn jedoch ein solches »Weißbuch« über die zunehmende Feindschaft gegen Juden verbreitet wird, ist es wertlos ohne einen Anhang, indem ausdrücklich gesagt wird, was die Regierung uns nicht sagen will, nämlich: Wer genau ist es, der den Haß schürt? Nachstehend der Entwurf für mehrere lebenswichtige Punkte, die in einem solchen Anhang enthalten sein sollten.

Der Antisemitismus wurde stärker, als Israel gegen alle Staaten der Welt stand. Abgesehen von allen anderen Gründen, die jenen alten, gräßlichen Haß immer verstärkt haben, trägt die israelische Regierung auch eine schwere Verantwortung dafür. Jedesmal wenn irgendein Streit zwischen ihr und anderen Regierungen entsteht, wird Kritik an der Politik der israelischen Regierung als antisemitisch angesehen.

Seit Jahren werden in den Gedanken der israelischen Öffentlichkeit israelfeindliche Gefühle mit judenfeindlichen Gefühlen durcheinandergebracht. Es war die enge und einmalige Verbindung zwischen Israel und dem Weltjudentum, welche die häufige Auslegung herbeiführte, eine politische Kritik an Israel sei ein Anzeichen des Antisemitismus. Aber als der amerikanische Außenminister sagte »F...« the Jewish voters in this country (»S...ß« auf die jüdischen Wähler in unserem Land), wurde dieser Ausdruck vor dem Hintergrund eines ernsthaften politischen Kampfes mit Israel gesehen, nicht weil er unbedingt von den amerikanischen Juden die Nase voll hat.

Nach dem engstirnigen Verständnis des Berichts haben die israelisch-amerikanischen Beziehungen zur Verschlechterung der Lage der Juden beigetragen. Es ist natürlich eine jüdische Tragödie, daß der Staat der eigens gegründet wurde, um das uralte Problem der Juden zu lösen, dieses noch vertieft. Sich die Haare raufen nützt nichts, solange wir eine Schlußfolgerung nicht akzeptieren, die schwer zu verdauen ist: »Wir, die israelischen Juden, tragen einen großen Schuldanteil an der sich verstärkenden Feindschaft gegen unsere jüdischen Brüder in der ganzen Welt.« Viele Leute betrachten Israel als wichtiges Beispiel für das typische Verhalten aller Juden. Diejenigen, die den Status Israels in der Welt herabwürdigen, fügen dem Status aller Juden Schaden zu.

Die Lage hat sich wegen der Mentalität der absichtlichen Isolation und der Verachtung für alle anderen Staaten, die in immer stärkerem Ausmaß vom Likud-Regime propagiert wird, verschärft. Israel Eldad, ein altgedienter Ideologe der Lehi sagte einmal, er fühle sich wohler, wenn Großmächte uns gegenüber feindlich gesinnt sind. Begin war Meister in der Verhöhnung aller Arten von anderen Regierungen. Shamirs Regierung hat uns in einen Konflikt gebracht, der der schlimmste sein könnte, den wir jemals mit einem Staat hatten, wo die zweitgrößte jüdische Gemeinde der Welt lebt, und wir sind es, die diese feindliche Atmosphäre herbeigeführt haben.

Ereignisse, die von der israelischen Regierung dem Antisemitismus zugeschrieben werden, sind manchmal, wie dem Bericht zu entnehmen ist, ein Nebenprodukt völlig unterschiedlicher Entwicklungen. Die Stärkung von Le Pen in Frankreich, zum Beispiel, ist in erster Linie die Folge einer Verstärkung der fremdenfeindlichen und speziell araberfeindlichen Gefühle.

Viele gefährliche Vereinfachungen

Die hebräische Presse berichtet, daß viele französische Juden tatsächlich mit Le Pen als »Feind der Araber« sympathisieren. Er selbst bewundert Israel.

Diejenigen, die den Antisemitismus in ein Instrument der jüdischen Selbstrechtfertigung verwandeln wollen, werden die Errungenschaften der extremen

»Mr. Rabin, ein Mann im Weißen Haus schenkt Ihnen zehn Milliarden Dollar.«

Rechten in Europa als Demonstration des Hasses gegen Juden begrüßen. Einen Politiker wie Pat Buchanan als Antisemiten, statt als den Sprecher eines eingeborenen amerikanischen Isolationismus während einer schmerzvollen wirtschaftlichen und sozialen Krise zu betrachten, ist auch eine gefährliche Vereinfachung.

Es ist besonders gefährlich, zu versuchen, uns der Gehirnwäsche zu unterziehen, daß ein antisemitischer Teufel für jedes Mißgeschick verantwortlich sei, das der israelischen Regierung Kummer bereitet. Wir werden ohnehin genug von alten Ängsten verfolgt, die Überlebende des Holocaust zum Ausdruck bringen; wir sind von arabischer Feindschaft umgeben. Jetzt gibt die Regierung vor, die Anzeichen des Hasses von Nichtjuden ermessen zu wollen. Diese Regierung, die bei jeder bedeutsamen Frage versagte, sah in dieser Woche sehr begeistert aus, als sie mit den Untersuchungsergebnissen eines ihrer vielen Ausschüsse herumwedelte. Macht uns nicht mit Horror Angst, pflegte Begin zu sagen. Sagt nicht, Nichtjuden seien an allem Schuld.

»Alle sind gegen uns!«

Aus »Yediot Ahronot«: »Eine amerikafeindliche Orgie«.

Die Anti-Defamation League (ADL) ist eine amerikanisch-jüdische Organisation, die sich mit Judenhassern befaßt. Für die ADL ist jede Kritik an der Politik Israels Antisemitismus. Die eigentlichen Ziele dieser Organisation sind die Verstärkung der zionistischen Macht in Amerika und der israelischen Macht überall in der Welt.

Ein Amerikaner, der zum Beispiel sagen würde »F... the Jews«, wird es sofort mit ADL-Angestellten, begleitet von PR (Public Relations)-Männern und Anwälten zu tun bekommen.

Vor diesem Hintergrund geschah während der Zusammenkunft eines der ADL-Leiter, Abe Foxman, mit Yitzhak Shamir etwas überraschendes. Foxman besuchte Shamir am 13. April, um ihn zu warnen, daß persönliche Angriffe auf Bush und Baker, wenn sie so weitergehen sollten, unliebsame Konsequenzen haben könnten. Während er mit Shamir sprach, war er besonders über das Verhalten einiger der Spitzenleute in der zionistischen Lobby (AIPAC) in den Vereinigten Staaten und einiger israelischer Minister und stellvertretender Minister verbittert, die Bush und Baker immer wieder als Antisemiten brandmarkten.

Politisch gesprochen, bestand der Sinn und Zweck der Reise Foxmans nach Israel darin, sich Versicherungen einzuholen, daß die israelische Regierung und deren Handlanger in den Vereinigten Staaten Bush während der amerikanischen Wahlen nicht auf die Zehen treten werden. Foxman suchte anschließend Benyamin Netanyahu – Shamirs Stellvertreter im Amt als Ministerpräsident –, einen besonders eifrigen Antisemitenjäger, auf. Er verließ die Zusammenkunft mit Netanyahu erregt: »Wenn die unbedingt eine antisemitische Orgie haben wollen«, sagte er zu mir, »dann werden sie die ganze amerikanische Öffentlichkeit nervös machen. Die Amerikaner mögen es nicht, wenn Ausländer ihren Präsidenten und Außenminister züchtigen.«

»Baker mußte fünfmal bestreiten, gesagt zu haben ›f... the Jews‹. Fünfmal, und dennoch gelang es ihm nicht, sie zu überzeugen. Wer immer ihm diesen Ausspruch angedichtet haben mag, bleibt anonym. Und doch glaubt man ihm und nicht Baker. Als ich nach Israel kam, sagte ich zu ihnen: ›Passen Sie auf, die US-Regierung fängt jetzt an, anders zu reden‹. Sie antworteten: ›Unsinn, dies ist nur Rhetorik‹. Worüber haben wir uns dann überhaupt beklagt: Nur über Rhetorik.«

»Sie sind ein Jude in der Diaspora‹ sagen die Israelis zu mir. ›Das sind alles Antisemiten. Alle sind sie gegen uns‹. Ich antwortete immer: Glauben Sie nicht, daß dies Sie allein schmerzt. Es schmerzt sie auch. O.K., Bush und Baker hatten Unrecht mit ihren Erwartungen hinsichtlich des Verhaltens der Araber bei den Friedensgesprächen. Sie waren im Unrecht im Hinblick auf die Garantien. Aber wir können doch ihre Rolle bei der Einwanderung der sowjetischen und äthiopischen Juden nach Israel, ihr Beharren darauf, daß die Friedensverhandlungen direkt sein werden, und vor allem ihren Krieg gegen den Irak nicht vergessen. Und sie haben auch die Gespräche mit der PLO, die von unserem großen Freund Ronald Reagan in die Wege geleitet wurden, eingestellt. Nun Dreck auf Bush zu schleudern ist leicht. Das jüdische Establishment in den USA bekommt eine große Publizität dadurch. Aber klug ist es nicht.«

Nicht nur eine Sache der Religion

Aus »Yediot Ahronot«: Der Antisemitismus feiert Feste.

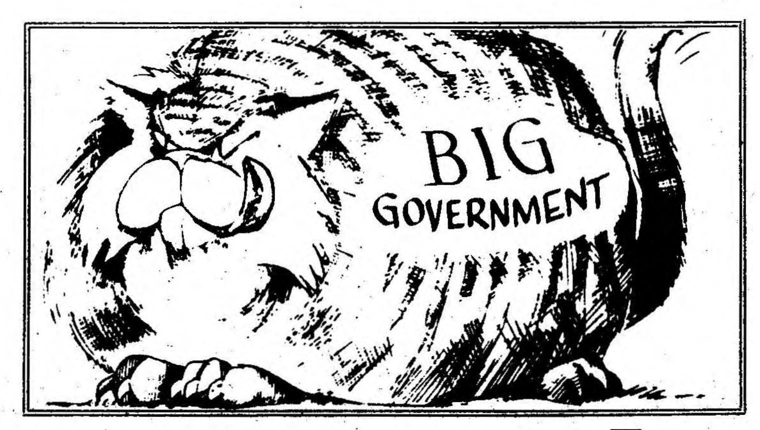
Kürzlich sah ich im Fernsehen den Staatssekretär Elyakim Rubinstein, wie er früh morgens über Antisemitismus sprach. Zunächst wollte ich ihn fragen: Ist dies, was Sie im Fernsehen »Guten Morgen« nennen? Wollen Sie uns schon am frühen Morgen mit Elyakim Rubinstein behelligen? Und muß ich mir das Gerede über das Anwachsen des Antisemitismus anhören, während ich meinem kleinen Jungen beim Ankleiden helfe?

Zwischen Butterbrote machen und Kakao servieren fiel mir ein, daß Mr. Rubinstein irgendwie für Angelegenheiten des Antisemitismus verantwortlich ist, oder daß er der Chef eines Ausschusses für Antisemitismus ist, und ihm kürzlich mitgeteilt wurde, daß es einen Antisemitismus gibt, und daß er überall in der Welt blüht und gedeiht, und daß Juden verfolgt werden, weil Sie Juden sind. Es gibt Angehörige des rechten Flügels in Frankreich, es gibt solche des linken Flügels in Deutschland, es gibt viel Fundamentalismus in arabischen Ländern, und im amerikanischen Außenministerium werden Juden sogar als Sexualobjekt behandelt.

Bis ich das begriffen hatte, hatte ich meinem kleinen jüdischen Jungen schon die Schnürsenkel geschnürt, aber die ganze Zeit hatte ich das Gefühl, daß der Staatssekretär etwas vergessen hatte. Erst als mein kleiner Junge sich seine Zähne putzen ging, fiel mir das ein. Elyakim Rubinstein hatte vergessen, Israel zu erwähnen, einen Staat, in dem Juden ununterbrochen belästigt werden, nur weil sie Juden sind. Kennen Sie irgendeinen anderen Staat in der Welt, wo es Juden nicht gestattet ist, eine bürgerliche Ehe einzugehen? Kennen Sie irgendeinen anderen Staat wo Juden gezwungen werden, sich mitten in einer schändlichen Prozession von Bettlern zu verstecken, während die erpreßt werden? Können Sie sich irgendein anderes Land vorstellen, das Juden verbietet, im April (während der Passah-Zeit) Brot zu essen? Welchen Aufschrei über Antisemitismus würden wir dann veranstalten.

Es ist jedoch nicht nur eine Sache der Religion. Werden alle Juden in Israel nicht gezwungen, in der Armee zu dienen? Und was ist mit den Steuern, die hier von Juden eingezogen werden? ... Und was ist mit der hier zwischen Juden verschiedener Art bestehenden Diskriminierung? Aber mittlerweile war mein kleiner Junge auf dem Weg zur Schule, das jüdische Gehirn mit dem er geboren wurde zu zerstören, und wenn dies kein Antisemitismus ist, dann weiß ich nicht was Antisemitismus ist. □

Dr. Israel Shahak, ein Überlebender des Holocaust, ist Vorsitzender der Israelischen Liga für Menschen- und Bürgerrechte.



Vereinte Nationen

Geplant ist eine eigene Armee und ein eigener Spionagedienst

Die Vereinten Nationen bekommen endlich das, was sie und die internationalistische Elite schon seit langem anstreben: Ein stehendes Heer und einen Geheimdienst. Durch Zustimmung zu dieser Entwicklung hat US-Präsident George Bush sein Land ausverkauft und die amerikanische Souveränität an die Weltregierung übergeben.

Präsident George Bush, der wie berichtet wird, glaubt, daß nur eine zweite Runde des hochtechnischen Krieges gegen den Irak seine Wiederwahl im Herbst garantieren werde, mobilisiert seine UN-Verbündeten zu einem zweiten Ansturm auf Saddam Hussein.

Als Gegenleistung dafür hat Bush in aller Stille versprochen, das seit langem angestrebte Ziel dieser internationalen Bürokratie zu unterstützen: Ein permanentes stehendes Heer und einen eigenen Geheimdienst für den Sicherheitsrat der Vereinten Nationen, Elemente, die diese Weltkörperschaft in eine Weltregierung verwandeln würden.

Bush brauchte damit nicht hinter dem Berg zu halten. Die »New York Times«, das Sprachrohr des Council on Foreign Relations (CFR), das Poltik- und Planungsdirektorium der Eine-Weltler, ging voran mit der Erwähnung der internationalen Gendarmerie schon in der Schlagzeile zu einem Leitartikel, in dem rundheraus erklärt wird: »Die Armee von morgen ist nicht die US-Armee ... Frieden wird von UN-Streitkräften gesichert, die durch den turbulenten Globus patrouillieren.«

Andere Beobachter waren weniger begeistert. »Die Bush-Regierung verwandelt die Vereinten Nationen von einem Instrument des Friedens in eine Kriegswaffe«, warnte Dr. Aino Heikonen, ein Berater für Politik für den Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen. »Im Augenblick trifft sie Vorbereitungen, den Irak wieder einmal unter einem Vorwand – eine technische Verletzung der Vereinbarung zur Feuereinstellung – zu bombardieren. Führende Nahost-Experten, wie Britanniens angesehener Norman Lewis, haben dies jedoch schon im voraus als zynische Lüge abgetan.«

Am schlimmsten ist, warnt Professor Demaree Robinson, ein junger Verfassungswissenschaftler an der Harvard University, daß »Bush zu glauben scheint, daß die Durchführung von militärischen Expeditionen unter der Flagge der Vereinten Nationen es unnötig mache, den Kongreß, die Wähler oder eine andere Verfassungsbehörde zu Rate zu ziehen. Es ist eine klare und deutliche Demonstration, wie ein solches internationales Konstabulat unser Verfassungswesen, unsere gesetzliche Ordnung und letztendlich unsere nationale Identität zerstören wird.«

Eine kleine, permanente Militärorganisation unter dem Kommando der Vereinten Nationen wurde schon in der Charter von 1948 dieser Weltorganisation avisiert. Auf Grund der Spannungen des Kalten Krieges kam diese Idee jedoch niemals zum Tragen. Ironischerweise begannen die Vereinten Nationen unter der »patriotischen« Reagan-Regierung damit, sich in eine große militärische Präsenz zu verwandeln.

»In ihren ersten 30 Jahren starteten die Vereinten Nationen nur sechs militärische Operationen«, sagte Heikonen. »Aber ab 1981 stieg die Anzahl solcher Operationen rapide. Trotz seiner Reden muß Reagan im Herzen ein Ein-Weltler sein.«

Es geschah in dieser kriegerischen Atmosphäre, daß der neue Generalsekretär der Vereinten Nationen, Butros-Ghali, ein innerdienstliches Memorandum unter den Mitgliedern des Sicherheitsrats umlaufen ließ, in dem dahingehend argumentiert wird, daß die Vereinten Nationen ihren eigenen CIA haben müssen.

»Butros-Ghali vertrat die Ansicht, daß, wenn die UNO eine Armee aufstellt und sie irgendwo in der Welt einsetzt, sie dann auch einen eigenen Geheimdienst brauche, um sie davor zu schützen, ›hintergangen‹ oder ›manipuliert‹ zu werden«, berichtete ein Mitarbeiter der Vereinten Nationen.

Erfahrene diplomatische Beobachter machten sich in Privatgesprächen über die Beweggründe des Generalsekretärs lustig. »Die bereits tätigen Geheimdienstorganisationen sind schon die größten Manipulierer und Roßtäuscher der Welt«, höhnte Oberst Joao Pinha, ein brasilianischer Attaché. »Stellen Sie sich einmal den CIA, die britischen Spione, den Mossad und einen Haufen neu geprägter UNO-Geheimagenten vor, wie sie sich zusammensetzen um eine Krise zu erörtern. Es wäre ein Täuschungsmanöver; ein Marathon der Manipulation.«

Aber ungeachtet solcher ausgesprochenen Vorbehalte scheint es möglich zu sein, daß Butros-Ghali sowohl seine langbegehrte internationale Armee und seinen Geheimdienst bekommen wird.

»Bush ist Globalist geworden, fast so wie eine gierige Bank außer Landes tätig wird; um sich von den Zwängen, Kontrollen und Gegengewichten unserer Verfassung zu befreien«, schlußfolgerte Robinson. »Er wird sie schließlich zerstören, wenn ihm nicht Einhalt geboten wird – dies ist im Moment das Wichtigste was amerikanische Wähler tun müssen.« □

Philippinen

Präsident Ramos setzt sich für die Todesstrafe ein

Fidel Ramos, der am 30. Juni 1992 als neuer Präsident der Philippinen vereidigt wurde, sagte in einem Interview, er wolle den elektrischen Stuhl zurückbringen, berichtete Reuters aus Manila. Ramos hatte vorher angedeutet, daß er beabsichtigt, energische Programme zur Bevölkerungsbeschränkung zu betreiben. Der erste protestantische Präsident des weitgehend katholischen Landes äußerte, er werde den philippinischen Kongreß auffordern, ein Gesetz zu verabschieden, um für »scheußliche Verbrechen«, wie den illegalen Drogenhandel und Vergehen unter Benutzung von nicht genehmigten Schußwaffen die Todesstrafe wiederaufleben zu lassen.

Die Todesstrafe sollte auch über unverbesserliche Verbrecher verhängt werden, meinte er. »Unter unseren heutigen Gesetzen kann der Verbrecher seine Verbrechen wiederholen, weil er durch Kaution freikommen kann, aber das ist genau das, was ihn anspornt, in sehr scheußliche und brutale Arten von Verbrechen einzusteigen«, sagte Ramos.

Ramos kündigte an, er beabsichtige, mehrere Gesetzesentwürfe wiederaufleben zu lassen, die er als Verteidigungsminister unter der früheren Regierung von Corazon Aquino vorgeschlagen, auf die der Kongreß aber nicht reagiert habe. □

Vereinte Nationen

Truppen zum Einmarsch ohne jeden Vorbehalt

Der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Butros-Ghali, legte einen Bericht vor, in dem er die Mitgliedstaaten der UNO aufforderte, »Friedensdurchsetzungs-Einheiten« dem Sicherheitsrat der Vereinten Nationen auf Dauer zu unterstellen. Die stehende Streitmacht könnte jederzeit von ihrer jeweiligen nationalen Armee abgerufen werden, um auf »direkte Aggression, unmittelbar bevorstehend oder aktuell«, zu reagieren, berichtete die »Washington Post«. Der Vorschlag wäre ein großer Schritt in Richtung auf das Ende nationaler Streitkräfte und nationaler Souveränität.

Die »Friedensdurchsetzungs-Einheiten« wären schwerer bewaffnet als »Friedenerhaltungs-Streitkräfte« und würden innerhalb ihrer Landesstreitkräfte eine umfangreichere Ausbildung erhalten. Die höhergestuften Streitkräfte der Vereinten Nationen würden auch zur »präventi-

ven Ausschwärmung« im Falle nationaler Krisen oder Streitigkeiten zwischen Staaten eingesetzt. Der Sicherheitsrat soll ermächtigt werden, »Streitkräfte zu entsenden auf Anforderung einer einzelnen Regierung, die den Angriff eines Nachbarstaates befürchtet«, schreibt die »Washington Post«.

In Butros-Ghalis Vorschlag sind dies keine »Friedenserhaltungs«-Streitkräfte mehr, sondern Verbände, die in Spannungsgebiete eingesetzt werden können, um einen Konflikt im Keim zu erstikken oder einen Einmarsch abzuwehren. Butros-Ghali sagte: »die Zeit der absoluten und ausschließlichen Souveränität ist vorbei. Ihre Theorie konnte niemals der Wirklichkeit standhalten.« Er setzte hinzu, daß eine andere Möglichkeit zur einigenden Konfliktlösungen darin bestehe, daß Regierungen die Gerichtssprechung des Internationalen Gerichtshofes in Den Haag »ohne jeden Vorbehalt« akzeptieren.

Die spanische Nachrichtenagentur EFE berichtete, der Vorschlag sei von der Völkergemeinschaft, die über den Verlust des Grundsatzes der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder, der stillschweigend aus dem Butros-Ghali-Vorschlag hervorgeht, mit Beunruhigung und mit Zurückhaltung aufgenommen worden. □

Panama

Regierung beschuldigt US-Beamte

Julio Linares, der Außenminister der von den USA eingesetzten panamaischen Regierung, berief den US-Botschafter Deane Hinton zu sich, und beschuldigte die Vereinigten Staaten »grober Verstöße gegen die Kanal-Verträge«.

Am 16. Juni dieses Jahres machten amerikanische Soldaten eine Razzia auf das Haus des oppositionellen Kongreßabgeordneten Gerado Gonzáles und verletzten damit dessen parlamentarische Immunität und die Souveränität Panamas. Die Razzia, vorgeblich zur Untersuchung der Todesschüsse auf einen US-Soldaten und der Verwundung eines anderen am Vorabend des Besuchs von US-Präsident Bush in Panama, war eine Repressalie für das Fiasko vom 11. Juni, als Bush gezwungen wurde, Panama mit Tränen in den Augen zu verlassen, nachdem die Polizei gegen Demonstranten, die gegen den Besuch protestierten, Tränengas eingesetzt hatte. Linares sagte, Hinton habe sich wegen der Militärstreifen entschuldigt. Das Ganze beruhe auf »einem Mißverständnis«. Den Vereinigten Staaten war die Erlaubnis erteilt worden, die Sicherheitsvorkehrungen für den Besuch von Bush zu verstärken, aber das galt nur für einen Tag, sagte Linares, wie die mexikanische Zeitung »La Jornada« schrieb: »Niemand dachte daran, daß dies für mehrere Tage sein werde.« □

Japan

Reichstag billigt Truppeneinsatz in Übersee

Nach Jahren der Debatte wurde das UN-Peace-Keeping Operations Bill (Gesetz über friedenserhaltende Einsätze der Vereinten Nationen), das es japanischen Truppen zum ersten Male seit dem Zweiten Weltkrieg gestattet, im Ausland eingesetzt zu werden, vom japanischen Reichstag verabschiedet und trat inzwischen in Kraft. Das unmittelbare Ziel der Befürworter der Maßnahme besteht darin, mitzuhelfen, die völkermordenden Roten Khmer in Kambodscha in Schach zu halten, so daß Japan und Thailand damit beginnen können, ihre langfristige Strategie für das Entwicklungsprogramm am Mekong in die Tat umzusetzen.

In dem Gesetzesentwurf wird erschöpfend festgelegt, daß die Soldaten angefordert werden müssen und nur zu rein friedlichen Zwecken eingesetzt werden dürfen. Effektiv schafft die Maßnahme ein »japanisches Armee-Korps von Pionieren«.

Der Gesetzesentwurf wurde gegen heftigen Widerstand seitens der amerikanischen Botschaft in Tokio durchgesetzt, die die sich in der Minderheit befindlichen Sozialistische Partei Japans dazu ermunterte, am Tage der Abstimmung den Sitzungssaal zu verlassen und die Regierung durch den Aufruf zu einer allgemeinen Wahl über den Gesetzesentwurf zu stürzen. Ministerpräsident Kiichi Miyazawa weigert sich jedoch, ihren Rücktritt entgegenzunehmen oder den Reichstag aufzulösen. □

Südafrika

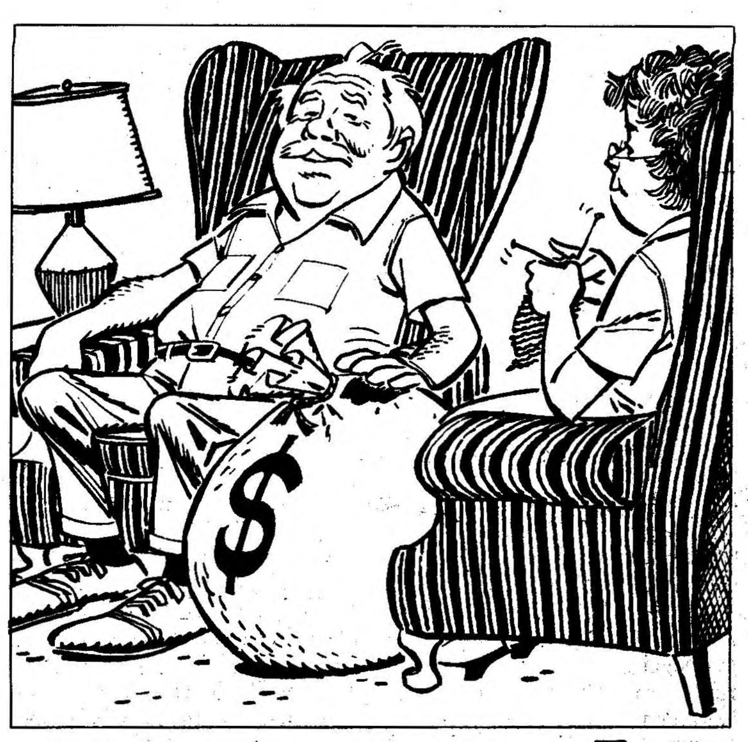
Buthelezi warnt vor einem Bürgerkrieg

Der Inkatha-Häuptling Mangosuthu Buthelezi wies warnend darauf hin, daß Südafrika durch die Weigerung des African National Congress (ANC), die Gespräche über eine neue Verfassung fortzusetzen, in einen Bürgerkrieg gestürzt werden könnte, berichtete die »Washington Post«.

Die Rivalität zwischen der Inkatha und dem ANC ist dermaßen eskaliert, daß professionelle Mordbanden des ANC 80 Inkatha getötet haben, seitdem der ANC im Februar 1990 legalisiert wurde. Andere trachten jedoch danach, sich die Krise zunutze zu machen, um die Polizeikontrolle der Vereinten Nationen zu erweitern.

In einer Rede in Dakar, Senegal, auf einer dreitägigen Gipfelkonferenz der Organization of African Unity (OAU), sagte der Generalsekretär der Vereinten Nationen, Butros-Ghali, daß die UNO in die südafrikanische Krise eingreifen werde.
»Es kann ein Beobachter der Vereinten Nationen sein, was wir bereits getan haben. Es kann ein Vermittler der Vereinten Nationen sein. Es kann auch nur eine Tatsachenfeststellungs-Mission sein«, sagte Butros-Ghali. Er meinte weiter, die an Südafrikas festgefahrenen Gesprächen über Demokratie beteiligten Parteien hätten im Prinzip zugestimmt, daß irgendeine Hilfestellung durch die Vereinten Nationen notwendig ist.
Butros-Ghali traf den Führer des ANC Nelson Mandela in Dakar, wo er mit dem südafrikanischen Außenminister Pik Botha sprach. Mandela wird von Reuters dahingehend zitiert, daß er drei Monate zuvor dazu aufgerufen habe, eine Friedenserhaltungs-Streitmacht der Vereinten Nationen nach Südafrika zu entsenden.

Die OAU rief zur »dringenden Einberufung einer Sitzung des Sicherheitsrats der Vereinten Nationen auf, um die Frage der Anwendung von Gewalt in Südafrika zu untersuchen und alle angemessenen Schritte zu unternehmen, um dem ein Ende zu bereiten«. □



Briefe

Betr.: Bonn »Keine Enteignungen nach Besatzungsrecht«, Nr. 8/92.

Mit großem Interesse las ich als Bezieher von CODE Ihre Abhandlung über den riesigen Eigentumsraub in der ehemaligen Sowjetzone, beziehungsweise DDR. Ihre Ausführungen sagen mir natürlich weitgehend zu. Mich wundert aber, daß Sie das grundlegende Urteil des Bundesverfassungsgerichts (BVG) Karlsruhe vom 23. April 1991 nur am Rande erwähnen. Sie schreiben indes, hier scheine sich »aber ein neuer gewaltiger Skandal anzubahnen«.

Ich meine aber, dieses »Urteil« stellt bereits einen unglaublichen Skandal dar. Dieses Urteil ist eine unglaubliche Fehlentscheidung – gelinde ausgedrückt. Man hört nichts, wie man dieses Urteil zu überwinden gedenkt. Seit Erlaß dieser verfehlten Entscheidung ist mehr als ein Jahr vergangen. Eine Kritik von amtlicher Seite konnte ich nicht wahrnehmen. Nur in Leserbriefen Betroffener las man mehr als abfällige Meinungen, auch in einzelnen Zeitungsberichten.

Das »Urteil« des BVG erwähnt nicht mit einem Wort die Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. November 1950 und das Zusatzprotokoll hierzu vom 20. März 1952, obwohl Artikel 1 des Zusatzprotokolls ausdrücklich den Schutz des Eigentums garantiert und die Entziehung des Privateigentum grundsätzlich untersagt.

Beide Abkommen hat die Bundesrepublik Deutschland mit den anderen EG-Staaten damals unterzeichnet und also selbst als rechtens anerkannt.

Diese Abkommen standen also anderen Regelungen des sogenannten Einigungsvertrages entgegen. Der ehemalige Minister Schäuble soll sich in seinem Buch über den Einigungsvertrag über die von ihm inszenierte Klausel des Verbots der Rückgabe des geraubten Eigentums an die beraubten Opfer gebrüstet haben. Die Herren Modrow, de Maizière und Genossen waren also nicht die einzigen »Mittäter«. Wollten sich die Herren Verfassungsrichter etwa gar noch einen Lenin-Orden verdienen?

Wenn die Verfassungs-Richter unsere freiheitliche Verfassung wirklich schützen wollten, hätten sie zu dem Schluß kommen müssen, daß die sogenannten »Enteignungen« keine Verwaltungsakte, sondern Raubtaten waren, die mindestens durch »räuberische Erpressungen« nach §§ 253/255 StGB schon damals strafbar waren. Denn in der SBZ/DDR herrschte kein rechtsfreier Raum, sondern das alte Reichsrecht. Denn nur die Wehrmacht, nicht aber das »Reich« hat kapituliert.
Nach früherer Entscheidung des BVG besteht das Reich noch fort.

Hubert Nerlich, Nürnberg

Betr.: Deutschland »So kommt in Deutschland die politische Wende«, Nr. 6/92.

Mit Interesse verfolge ich das politische Geschehen. Ich hatte schon von früh an ein großes Interesse für Geschichte und Politik und, geprägt durch die Tatsache, daß meine Großeltern aus Ostpreußen vertrieben wurden und durch ein konservatives nationalgesinntes Elternhaus wurde mir bewußt gemacht, daß Deutschland mehr ist, als BRD und DDR oder nun die neue BRD.

Während BRD und DDR noch durch eine unmenschliche Mauer geteilt waren, gingen die Heimatvertriebenen davon aus, daß bei einer möglichen »Wiedervereinigung« natürlich Ostdeutschland einbezogen sein würde. Umso schlimmer war dann das Erwachen, als die Mächtigen der BRD ihre Versprechen brachen und den deutschen Osten Polen und der UdSSR überließen.

Spätestens an diesem Tag wurde mir bewußt, daß »unsere« Politiker nicht die Interessen Deutschlands vertreten. Seitdem ist die Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches für mich die wichtigste Aufgabe geworden, die die Deutschen, um wirkliche Freiheit zu erlangen, anpacken müssen. Nach dem kläglichen Abrutschen der sich national gebenden Parteien (Republikaner, DVU) bei der Bundestagswahl 1990 sah ich nur noch eine Organisation, die vor allem ostdeutsche Interessen vertritt und zwar die Vereinigten Länder des Deutschen Osten im Deutschen Reich, welche auf der Grundlage der Weimarer Reichsverfassung und den Regeln des allgemein gültigen und zwingenden Völkerrechts das Deutsche Reich in gerechten Grenzen zu neuem Leben erwecken will.

Die erwähnten »nationalen« Parteien sind für mich kein Ausweg mehr und das Besatzerprotektorat BRD habe ich eigentlich auch schon abgeschrieben. Doch nun beginnen wieder nationale Knospen aufzubrechen. In Mitteldeutschland erstarken nationale Randgruppen, die durch ihre Zersplitterung leider nur ein Strohfeuer darstellen. In der alten BRD erzielen REP und DVU beträchtliche Gewinne, die Zahl der Nichtwähler steigt und steigt, die Parteienverdrossenheit erschüttert die BRD.

Und nun kommen Sie in CODE mit der Ankündigung einer neuen deutschen Partei, die wirklich deutsche Interessen vertreten und Ihrer Meinung nach 1994 erdrutschartige Veränderungen in der BRD-Parteienlandschaft bewirken würde. Es ist für mich allerdings fraglich, ob über den Weg der BRD das Deutsche Reich rechtlich einwandfrei wieder handlungsfähig gemacht werden kann, wo dies doch die Voraussetzung für die Erlangung der wirklichen Freiheit ist.

Wenn eine neue politische Bewegung mit diesem Ziel bei den Wahlen 1994 antreten sollte will ich ihr gerne meine Stimme geben. Ich bin noch jung und Schüler an einer konfessionellen Schule.

Robert Woelk, Berlin

Betr.: Deutschland »Die deutsche Rechte ist vogelfrei«, Nr. 8/92.

Die generalstabsmäßige Lenkung einer Progromhetze gegen die patriotischen Deutschen findet ihren Niederschlag im neuesten Verfassungsschutzbericht, der die »Rechtsextremen« als Gewalttäter ersten Ranges herausstellt.

Das Weiterbestehen der mörderischen RAF wird als selbstverständlich hingenommen und die nachweislichen Verbrechen der anarcho-marxistischen Täter, denen vor allem die »Bullenschweine« am Herzen liegen, werden unterkühlt wahrgenommen.

Grundtendenz dieses Berichtes ist die Unterstellung, daß alles, was rechts ist, als »Extremistisch« eingestuft werden kann. Dieses alles in einer Zeit, in der Mörder von angeblichen oder wirklichen Rechten straflos ausgehen.

Auf Deutschlands Straßen macht sich langsam aber sicher die Anarchie breit und Scheinasylanten, die Lieblinge der Multikulturellen, spielen hierbei ihren Part. Der Verfassungsschutz wird hier zum verlängerten Arm der politischen Justiz, die jede offene Diskussion über Fragen schwer bestraft, die die Lebensrechte des deutschen Volkes auf das schwerste tangieren.

Die grundsätzliche Verurteilung der Rechten in diesem Lande trifft natürlich auch Leute in den etablierten Parteien, deren Meinung mit denen der Verfemten häufig deckungsgleich ist. SPD Bürgermeister bekamen es zu spüren.

Sinn des Unternehmens ist es, die Rechtsparteien als unwählbar und potentielle Gefahr für Deutschland hinzustellen. So hofft man die Dauerherrschaft der ungeliebten Etablierten zu fixieren und den Eintritt in das fremdbestimmte Europa zu sichern.

Jetzt fehlen bei diesem Unternehmen nur noch Bundeswehreinsätze für die UNO, die uns mit den §§ 57 und 103 nach wie vor zu Parias, zu Feindstaaten stempelt. Man kann dann, um eine logische Schlußfolgerung zu ziehen, in diesem Europa auch die Bundeswehr gegen die eigenen Landsleute einsetzen, wenn diesen der ganze Brüsselladen nicht passen sollte.

Aus dem früheren Jugoslawien haben Kohl, Delors und Co. nichts gelernt. Die nächste Wahl ist die letzte Chance die Freiheit unseres Landes zu retten. Die Deutschen müssen und werden sie wahrnehmen.

Dr. R. O. Muth, Unna

Betr.: Wahlen »Euro-Ring der Volkstreuen gefordert« Nr. 8/92.

Endlich werden alle Masken fallengelassen, und wir wissen, woran wir sind! Das »Europa von Maastricht« ist »nichts anderes als der Versuch, Europa der Finanzkrise anzupassen, einer Welt, die von Wucher, sozialer Brutalität und Malthusianismus bestimmt ist. Es ist ein Europa, das sich gegen die Völker Europas selbst wendet.« So heißt es in einem Flugblatt, das quer durch Europa von einer breiten Koalition aus verschiedenen landwirtschaftlichen und anderen gesellschaftlichen Organisationen verbreitet wird.

Die Nationalstaaten Europas müssen gegen Multikultopia gemeinsam handeln – oder jeder stirbt für sich allein! Wir volkstreuen Patrioten sind für ein Europa der Völker und Vaterländer gegen jenes geplante multikulturelle und multirassische Chaos.

Rudolf Stubert, Kulmbach

Betr.: Deutschland-Journal »Zeichen britischer Freundschaft«, Nr. 7/92.

Zu der unwürdigen Denkmalsenthüllung für »Butcher« Harris in London, ist in vielen deutschen Zeitungen vieles und auch treffendes geschrieben worden. Auch der Artikel in CODE fällt darunter.

Leider ist dort, wie bei allen anderen das Wichtigste vergessen worden. Nämlich, daß die Alliierten 1945 extra Gesetze gemacht haben, um den Nürnberger Racheprozeß überhaupt durchführen zu können. Gesetze, die es ermöglichten, deutsche Offiziere und Politiker zu verurteilen und hinzurichten. Für diese und ähnlich gelagerte Taten, bekommt dagegen der größte Massenmörder aller Zeiten heute unter dem Beifall der Menge ein Denkmal gesetzt. Wer soll das verstehen? Er hätte mit seinem Auftraggeber Churchill und Roosevelt genau so auf die Anklagebank und dann an den Fleischerhaken gehört. Aber die Stadt Aachen hat schon die Geschmacklosigkeit besessen, Churchill den Karlspreis der Stadt Aachen zu verleihen.

Daß die 91jährige Königinmutter maßgeblich an der Feier teilgenommen hat, sollten wir nicht überbewerten. Was kann man von einer 91jährigen senilen Oma schon anderes erwarten? Bei Frau Thatcher ist das wesentlich anders. Sie weiß, was sie sagt und was sie will. Die ist viel gefährlicher.

Wie die Engländer heute zu Deutschland stehen, haben sie erst kürzlich bewiesen bei der Diskussion um die Aufnahme von Flüchtlingen aus dem jugoslawischen Krisengebiet. Man fragt sich dabei unwillkürlich: Ist dieses die so vielgerühmte feine englische Art?

Günter Hellmich, Wolfenbüttel

Sehr verehrte Leser,

bisher haben Sie CODE bei Ihrem Zeitschriftenhändler oder im Bahnhofsbuchhandel gekauft. Leider mußten wir laufend viele Klagen entgegennehmen. Die Leser teilten uns mit, daß CODE nicht mehr geführt wird, »die Zeitschrift eingestellt sei« oder »der Verlag sei pleite«. Wir haben uns alle Mühe gegeben, die Verbreitung von CODE zu verbessern, es lag jedoch nicht in unserer Hand. Wir sind dabei von den Grossisten abhänging.

Schweren Herzens haben wir uns entschlossen, CODE nur noch im Abonnement zu verbreiten.

Ab der November-Ausgabe können Sie CODE nur noch im Abonnement beziehen. Wir haben uns dazu einiges einfallen lassen, damit Ihnen dieser Schritt leichter fällt.

CODE wird in einem neutralen Umschlag von unserer Aboverwaltung verschickt. Wir haben ein besseres Papier.

Und wer den Schritt in das Abonnement wagt, bekommt als einmaliges Dankeschön unser neues Buch »Das ABC der Insider«.

CODE kostet im Abonnement DM 90,– einschließlich Porto und Mehrwertsteuer; im Ausland DM 90,– zuzüglich DM 15,– für den einfachen Postweg.

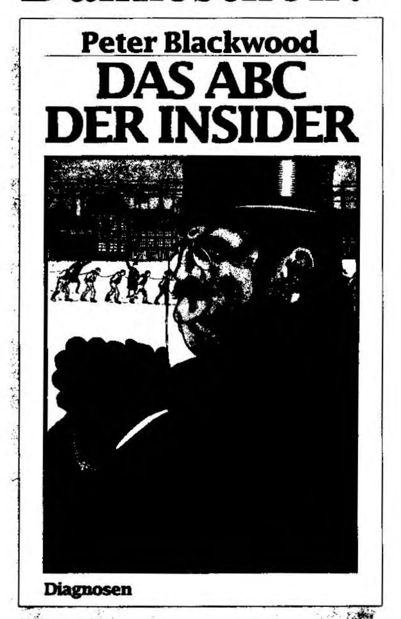
Wenn Sie bei einer deutschen Bank oder Postgiroamt ein Konto unterhalten, können Sie CODE auch in zwei Raten von jeweils DM 45,– bezahlen. Wir buchen den Betrag dann jeweils von Ihrem Konto ab.

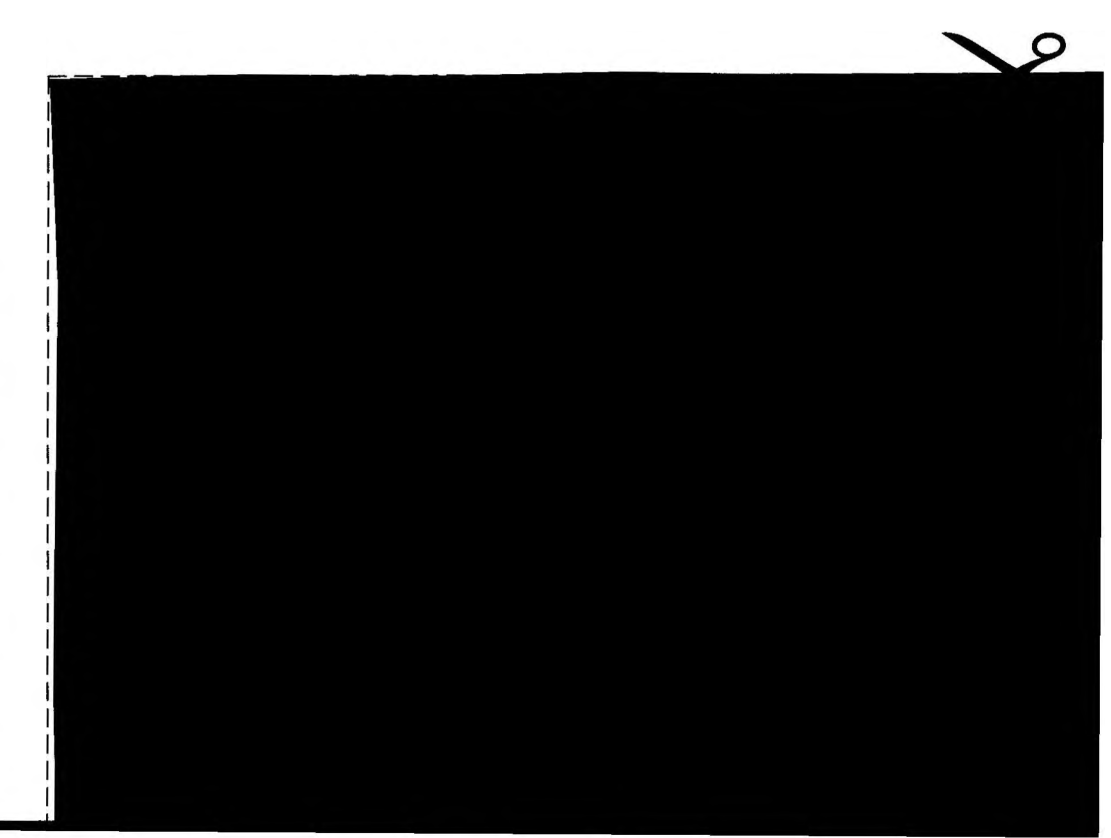
Wir haben eine Bestellkarte vorbereitet. Schicken Sie uns bitte die Karte umgehend ein.

Wir hoffen, daß Sie für unseren Schritt Verständnis haben. Wir hatten keine andere Wahl.

Ihr
Diagnosen Verlag

Das ist das Dankeschön!





Lieber Abonnent,

der Vertrieb von CODE über den Zeitschrifteneinzelhandel hat uns immer mehr Probleme und Kosten auferlegt. Es gab ganze Landstriche, wo Sie CODE nicht kaufen konnten.

Wir gehen nun ab der November-Ausgabe aus dem Einzelhandel heraus. CODE kann man dann nur noch im Abonnement beziehen.

Viele Abonnenten haben an uns immer wieder den Wunsch herangetragen, daß sie CODE verschlossen in einem Umschlag erhalten möchten. Mit der Umstellung zur November-Ausgabe tragen wir diesem Wunsch Rechnung, versenden CODE nur noch in einem neutralen Umschlag.

Auch das Papier der Zeitschrift wird verbessert.

Dies hat natürlich alles seinen Preis, zumal wir in der letzten Zeit mehrmals Erhöhungen der Postzeitungsgebühren hatten.

CODE kostet ab der November-Ausgabe im Abonnement DM 90,– für zwölf Ausgaben, einschließlich Porto und Mehrwertsteuer; im Ausland DM 90,– zuzüglich 15,– für den einfachen Postweg.

Bitte haben Sie für unsere Preiserhöhung Verständnis. Am Kiosk hat die Zeitschrift immer schon DM 90,– im Jahr gekostet.

Ihr
Diagnosen Verlag

